

PERSPECTIVES ON YOUTH

GESUNDES EUROPA: VERTRAUEN UND UNSICHERHEIT VON JUNGEN MENSCHEN IM HEUTIGEN EUROPA



3. Ausgabe

Youth Partnership

Partnership between the European Commission
and the Council of Europe in the field of youth



EUROPEAN UNION

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

Perspectives on youth

Gesundes Europa:
Vertrauen und Unsicherheit
von jungen Menschen
im heutigen Europa

3. Ausgabe

Europarat

*Die Meinungen in dieser Veröffentlichung
liegen in der Verantwortung
der Autor(inn)en und spiegeln
notwendigerweise nicht die offizielle
Politik des Europarates wider.*

Alle Rechte vorbehalten.
Kein Teil dieser Publikation darf
ohne vorherige Genehmigung
übersetzt, reproduziert oder weiter
versandt werden, in jedweder Form
oder Mittel, elektronisch (CD-ROM,
Internet, etc.) oder mechanisch,
inklusive Fotokopien, Aufnahmen
oder anderer Informationssicherungen
oder Datenabfragesysteme;
Genehmigungen hierzu können
schriftlich beim Direktorat
für Kommunikation (F-67075
Strasbourg Cedex) oder book.coe.int
eingeholt werden.
Umschlaggestaltung: Documents
and Publications Production
Department (SPDP),
Council of Europe
Layout: Jouve, Paris
Cover photo: ©Shutterstock
Satz: Markus Schmitz, Büro für
typographische Dienstleistungen,
Altenberge
Übersetzung: Natascha Renz, Renz
Fachübersetzungen (Haan)
Druck: DCM Druck Center Meckenheim
GmbH

ISSN 2413-659X
© Council of Europe/European
Commission, 2016, English publication
© IJAB, 2016 German translation
Text originated by, and used with
the permission of, the Council of
Europe. This translation is published
by arrangement with the Council
of Europe, but under the sole
responsibility of the translator.

Inhalt

EDITORIAL – VERTRAUEN UND UNSICHERHEIT VON JUNGEN MENSCHEN IM HEUTIGEN EUROPA	5
<i>Howard Williamson und Antonia Wulff</i>	
1. INTERVIEW MIT HARALD HARTUNG ZU JUGEND UND GESUNDHEIT	11
2. DAS JUGENDLICHE PREKARIAT, „GENERATIONISMUS“ UND DIE URBANE AUSTERITÄT	15
<i>Fred Powell und Margaret Scanlon</i>	
3. VON GANZHEITLICHEN BEDÜRFNISSEN ZU SEKTORÜBERGREIFENDEN MASSNAHMEN – EINE ANALYSE DER SEKTORÜBERGREIFENDEN JUGENDPOLITIK AUF BASIS EINER WICHTIGEN DOKUMENTATION	29
<i>Magda Nico</i>	
4. DER ENTWURF EINER NACHHALTIGEN ZUKUNFT	45
<i>Beata Sochacka</i>	
5. JUNGE MENSCHEN IM WANDEL: CHANCEN UND OPTIONEN – GLOBALE DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN	55
<i>Dr. Dragana Avramov</i>	
6. KORRELATIONEN DER SEELISCHEN GESUNDHEIT UND DES PSYCHISCHEN WOHLBEFINDENS VON JUGENDLICHEN IN EUROPA: ERGEBNISSE DER EUROPÄISCHEN ERHEBUNG ZUR LEBENSQUALITÄT	71
<i>Haridhan Goswami und Gary Pollock</i>	
7. „ILLEGALE PERSONEN“ IN BEWEGUNG – EIN KRITISCHER BLICK AUF ZWANGSMIGRATION IM HINBLICK AUF SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR JUNGE ASYLSUCHENDE	93
<i>Maria Pisani</i>	
8. SELBSTWIRKSAM, AKTIV UND GESUND – GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND INTERNATIONALE JUGENDARBEIT	113
<i>Ansgar Drücker</i>	
9. HOMOPHOBE UND TRANSPHOBE DISKRIMINIERUNG JUNGER LGBT VOR DEM HINTERGRUND DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTE	123
<i>Michael Barron</i>	
10. EIN LEBENSLANGES ENGAGEMENT IN DER JUGENDARBEIT – REFLEXIONEN UND FRAGEN, DIE NICHTS VON IHRER AKTUALITÄT EINGEBÜSST HABEN	141
<i>Gordon Blakely</i>	
11. JUGEND, PEER-EDUCATION UND GESUNDHEIT: EINE ZWEIFELHAFTE METHODE ZUR VERRINGERUNG VON SOZIALEN UNGLEICHHEITEN IM GESUNDHEITSBEREICH	161
<i>Yaëlle Amsellem-Mainguy</i>	
12. KÖRPER, GESUNDHEIT UND DAS UNIVERSUM – EIN POLEMISCHER UND KRITISCHER BLICK AUF DAS GESUNDHEITSVERHALTEN VON JUGENDLICHEN	173
<i>Manfred Zentner</i>	
ÜBER DIE AUTOREN	185
ÜBER DAS REDAKTIONSTEAM	187
ZUSAMMENFASSUNGEN	189

Editorial

Vertrauen und Unsicherheit von jungen Menschen im heutigen Europa

Howard Williamson und Antonia Wulff

Mit der dritten Ausgabe von *Perspectives on Youth* greifen wir den Arbeitsschwerpunkt ‚Gesundes Europa‘ auf. Wir waren nicht nur am eng gefassten Begriff Gesundheit und Wohlergehen von Jugendlichen interessiert, sondern wollten auch auf einer breiteren Basis verstehen, was es bedeutet, jung zu sein in einem Europa, das sich Konflikten und Härten ausgesetzt sieht, wie es sich anfühlt, jung zu sein angesichts der stetigen Wechsel, die uns vor große Herausforderungen stellen. Die Bezugspunkte ändern sich: Was empfinden Jugendliche, wenn sie ein weiteres unsicheres und unterbezahltes Praktikum antreten, obwohl sie eine beeindruckende Vita vorzuweisen haben? Nehmen sie einfach ihr Schicksal an oder wünschen sie sich, sie hätten besser einen anderen (möglichen, ultimativen, gleichermaßen unsicheren) Weg eingeschlagen? Wie gehen sie mit der Tatsache um, dass Qualifikationen einmal viel mehr für den späteren Berufsweg auf dem Arbeitsmarkt bedeuteten? Wie fühlen sie sich dabei, wenn sie ein Leben planen müssen, obwohl die Ressourcen, auf die sie ihre Planung gründen, so unvorhersehbar sind? Planen sie noch ihre Zukunft oder leben sie nur in der Gegenwart? Inwieweit kann man diese Fragen auf das Thema Gesundheit beziehen oder ein Konzept daraus ableiten?

Unsere Vermutung war, dass Gesundheit immer noch ein kontroverses Thema innerhalb der Jugendpolitik ist, bei dem die Ausgangspunkte der Politiker auf der einen Seite und die der Jugendlichen auf der anderen Seite oft dramatisch auseinanderfallen. Denn Jugendliche neigen dazu, die üblichen Diskussionen zum Thema Gesundheit als Einschränkungen und elterliche Vorgaben abzutun und empfinden diese vielleicht sogar als Affront. Ein gesunder Lebensstil entspricht eher einem normativen Lebensweg mit vielen Vorgaben, wobei oft Normen vorgegeben werden, die in einer sogenannten wissensbasierten Wirtschaft so nicht eingehalten werden können.

Die Frage der Gesundheit bringt natürlich die alten Spannungen zwischen Schutz und Teilhabe als auch Vermittlung und Struktur auf die Spitze. Manche vertreten den Standpunkt, dass es unfair ist, ein Rahmenkonzept für Gesundheit versus Nichtgesundheit für junge Leute zu entwickeln, da diese Dichotomie weit davon entfernt ist, neutral zu sein und impliziert, dass es Wahlmöglichkeiten gibt und sie sich Besseres aussuchen können. Andere wiederum sagen, dass ein Fokus auf Gesundheit gleichbedeutend ist mit dem Fokus auf das Individuum und dass daher alle gesundheitsbezogenen Fehler als individuelle Fehler einzustufen sind und nicht die Konsequenzen eines breiteren gesellschaftlichen Nicht-Wohlergehens.

Alternativ dazu: Könnte die Sicht auf die Gesundheit innerhalb der Jugendpolitik breiter ausfallen und über die traditionellen Indikatoren wie den Body-Mass-Index, Alkohol und Gewohnheiten der sportlichen Betätigung hinausgehen? Was macht gesundheitliche Beteiligung, Bürgerschaft oder Konsumgewohnheiten aus? Was sind gesunde Bewältigungsmechanismen für eine Generation, die sieht, dass die Rolle des Staates sich verändert und abnimmt? Kann uns ein Gesundheitskonzept dabei helfen, Themen aus einer neuen Perspektive zu betrachten?

Als wir mit der Konzeption dieses Buches anfangen, haben wir zunächst die Vorstellungen von Liebe und Hass betrachtet, ein Versuch, die oft tief eingepflanzten und emotionalen Positionen zu erfassen, die Jugendliche einnehmen können. Dieser Versuch war eigentlich nicht erfolgreich, da wir nach entgegengesetzten, kontroversen, vergleichenden und länderübergreifenden Beiträgen im Zusammenhang zu jenen suchten, die im Themengebiet Jugend in Politik, Forschung und in der Praxis verankert sind. Vielleicht hatten wir uns so weit von konkreteren Gesundheitskonzepten entfernt, dass potenzielle Autorinnen und Autoren keine Vorstellung davon hatten, was wir suchten!

Genauso haben wir wirklich keine Vorstellung davon, was in den Köpfen (und in den Körpern) von Jugendlichen vorgeht, da sie ihre vielfältigen Wandlungen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Sehnsüchte und den Erwartungen der anderen vollziehen. Was wir wissen, ergibt ein eher gemischtes und verschwommenes Bild. Surveydaten geben eine Perspektive an, aber qualitative Daten zeichnen oft ein anderes Bild. Der Standpunkt der Forschung kann vollkommen anders sein als die Praxis. Und Politiker versuchen unter Umständen weiterhin beharrlich, 'alten Wein in neue Schläuche zu füllen' oder Beziehungen zu neuen Realitäten herzustellen, und hierzu gehören nicht zuletzt die wechselhaften Themen rund um soziale Eingliederung und zunehmende psychosoziale Störungen bei einem bedeutenden Anteil von Jugendlichen. Diese Faktoren betreffen vielleicht alle Jugendlichen außer solchen aus den privilegiertesten Kreisen. Gesundheitliche Probleme mentaler Art bei Jugendlichen rühren weniger von sozialer Benachteiligung her, sondern gemäß globaler Analysen der wissenschaftlichen Literatur vielmehr von sozialer Verwerfung. Wohin gehören Jugendliche im Europa von heute? Was erwarten Jugendliche von und durch Europa? Was erwartet Europa von ihnen?

Nicht alle Fragen werden im Detail in dieser Ausgabe von *Perspectives on Youth* behandelt, aber viele werden doch angerissen. Wir haben absichtlich eine eklektische Mischung von Beiträgen gewählt, um eine diversifizierte Argumentation zu präsentieren und um eine Reflexion und Diskussion anzuregen. Wie gemeinhin bei

Perspectives on Youth beabsichtigt, war es unser Bestreben, die Sichtweisen von Akademikern, Politikern und Menschen aus der Praxis zu erhalten, die theoretische, empirische und hypothetische Aussagen und Analysen beinhalten.

Es gibt einige ziemlich unbestreitbare Argumente über Faktoren, die eine gute Gesundheit, zu Wohlbefinden oder auch zu gesundheitlichen Problemen beitragen. Ein Schlüsselfaktor bleibt die soziale Klasse – Muster der Ungleichheit und Armut. Wie Richard Wilkinson (1996) einwandfrei argumentierte, sind die gesündesten Gesellschaften diejenigen, in denen mehr Gleichheit herrscht. Sein späteres Werk mit Kate Pickett *The spirit level: why more equal societies almost always do better* (2009) erhielt internationale Anerkennung (siehe auch Atkinson 2015). Ihr Buch wurde gerade sechs Monate nach Beginn der aktuellen Krise in Europa im Anschluss an den Bankenzusammenbruch in 2008 veröffentlicht. Es ist eine heilsame Lektüre angesichts der wachsenden Ungleichheiten der Länder Europas, innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen den Generationen. Und wir sollten vielleicht die Vorstellung von Geist nicht nur in Bezug auf eine Angleichung von Möglichkeiten und Bedingungen sehen, sondern auch in Bezug auf den Zeitgeist – der sich versteht als der definierende Geist oder die Stimmung einer bestimmten Zeit in der Geschichte, wie sie durch die Ideen und Glaubenssätze dieser Zeit wiedergegeben werden. Wie sollten wir die Stimmung des frühen 21. Jahrhunderts in Europa im Kontext der Chancen und Erfahrungen für Jugendliche einschätzen? Diese unterscheidet sich sicherlich sehr von dem oft recht entspannten Optimismus und der positiven Erwartung, die gerade noch vor ein paar Jahren vorherrschten, als die Berliner Mauer gefallen war, der Kommunismus zusammenbrach, die Menschenrechte, Demokratie und der Rechtsstaat in einer sich erweiternden Europäischen Union (EU) und einer wachsenden Mitgliederzahl im Europarat proklamiert wurden.

Natürlich kann die Politik etwas bewegen. Das schwer definierbare Konzept der Jugendpolitik – alle politischen Bereiche, die auf die ein oder andere Art die Position und die Perspektiven von Jugendlichen formen und beeinflussen – kann die Fähigkeit fördern oder beeinträchtigen, in ihrem Leben voranzukommen, sich geographisch und physisch an andere Orte und Plätze zu begeben und sich in psychologischer Hinsicht bezüglich ihrer Ansprüche und ihrer Identität zu verändern. Heute wird eine solche Veränderung in der virtuellen und der tatsächlichen Realität erleichtert oder blockiert. Aber die Ziele und die Umsetzung der aktiven Jugendpolitik oder im Gegenteil dazu die Inaktivität bei fehlender Jugendpolitik können entweder ein Gefühl des Wohlbefindens bei jungen Menschen entwickeln oder lähmen. Europäische Rahmenkonzepte können den Ton angeben, obwohl es in der Regel die spezifischen Maßnahmen der nationalen, regionalen und lokalen Regierungen sind, die wirklich Auswirkungen haben.

Wir starten mit einem Interview mit Harald Hartung, dem relativ neuen Direktor im Bereich Jugendpolitik und -programme innerhalb der Europäischen Kommission, um seine Interpretation von Jugendlichen und Gesundheit im heutigen Europa zu erfahren. Anschließend folgt eine sehr kritische Sichtweise von Fred Powell und Margaret Scanlon zu der prekären Situation vieler Jugendlicher im modernen Europa und dem Bedürfnis nach einer radikaleren politischen Agenda. Es besteht wenig Zweifel, dass Politik nicht nur im Bereich Gesundheit per se wichtig ist,

sondern auch in vielen anderen Politikbereichen, die Jugendliche betreffen. Eine konstruktive, chancenorientierte Ausbildung, Beschäftigung, die Wohnungs- und Bildungspolitik tragen heute und in der Zukunft zu einer besseren Gesundheit von Jugendlichen bei. Aber die Rhetorik der transversalen bzw. sektorübergreifenden Jugendpolitik ist verwirrend, wird kaum verstanden und schwach umgesetzt, wie Magda Nicos Analyse der Dokumentation von Schlüsselinstitutionen klar zeigt.

Jugendliche können die Perspektiven für ihre Gesundheit – wie auch immer sie konzipiert und definiert sind – selbst nicht beeinflussen. Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass dringend unmittelbare Maßnahmen in Bezug auf Umwelt- und ökologische Fragen notwendig sind, jedoch werden die Fragen an sich weiterhin diskutiert und sind auch strittig, wie Beata Sochacka angibt. Während in der Umwelt(schutz)debatte eine kurzfristige Sichtweise entscheidend ist, wird eine langfristige Sichtweise erforderlich, wenn es um Demografie geht. Dragana Avramov erforscht und präsentiert die, wie sie es nennt, ‚demografische Dynamik‘ bei Jugendlichen in Europa und berücksichtigt dabei die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, und wie diese Risiken vielleicht gleicher verteilt werden können.

Das Buch widmet sich im Anschluss daran einigen spezifischeren Analysen zur Gesundheit von Jugendlichen, wenn auch in Bezug auf die internationale Jugendarbeit und später auf ein Themengebiet, das sinngemäß ‚Jugend für Jugend‘ und ‚Jugend von Jugend‘ genannt werden kann. Haridhan Goswami und Gary Pollock betrachten Gesundheit und Wohlbefinden in dem verändernden Kontext von Jugendlichen in Europa. Was das psychische Wohlbefinden von Jugendlichen betrifft, bestätigen sie viele Dinge, die jene, die im Jugendbereich arbeiten, als ziemlich vorhersagbar betrachten. Aber es gibt auch einige Überraschungen. Es werden auch Bereiche aufgezeigt, in denen die Politik involviert ist.

Allerdings könnte man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen in der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität nicht vorkommt. Es sind die Jugendlichen, die verzweifelt versuchen das zu sichern, was in ihrer Wahrnehmung und nach ihren Worten ein ‚besseres Leben‘ in Europa ist. Der steigende Bevölkerungsanteil an Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern, die Zugang zu Europa suchen, und dabei vor der Armut, Unsicherheit, den Konflikten und der Unterdrückung des Mittleren Ostens und Afrikas flüchten, umfasst eine Vielzahl an Kindern und Jugendlichen. Maria Pisani beleuchtet die Themen rund um ihre Notlage und beschönigt dabei nicht die politische Perspektive, die durch die Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Auch stößt sie eine Diskussion zu den theoretischen Defiziten in hauptsächlich westeuropäischen Jugendstudien an, die aus ihrer Sicht mit den globalen Realitäten wenig Schnittmenge besitzen.

Unser Fokus wendet sich dann weg von den spezifischen sozialen und physischen Bedingungen von Jugendlichen in Europa (und ihren theoretischen Implikationen) hin zu weiter gefassten Themen rund um die Internationale Jugendarbeit und wie diese zur Gesundheit und zum Wohlergehen beitragen kann. Ansgar Drücker stellt die Verflechtungen zwischen dem gesetzlich vorgeschriebenen Jahresbericht zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, der durch die Bundesregierung herausgegeben wird, und dem Potenzial der Jugendverbandsarbeit

und internationalen Jugendarbeit dar, in der die ‚implizite Gesundheitsförderung‘ in der Praxis umgesetzt wird, insbesondere durch die Selbstwirksamkeit (oder ‚Selbst-Effektivität‘) für Jugendliche, die durch Erfahrungen wie Diskriminierung und Hasstiraden stark untergraben werden können. Drücker stellt fest, dass das Thema sexuelle Orientierung (und Trans- bzw. Intersexualität) im 13. Kinder- und Jugendbericht ein ‚weißer Fleck‘ ist. Der Punkt wird von Michael Barron aufgenommen. Er weist darauf hin, dass vor allem in Osteuropa und Afrika ein Wiederaufleben homophober Gesetze und Ressentiments zu erleben ist, trotz der Tatsache, dass Menschenrechtsverletzungen gegenüber Schwulen, Lesbierinnen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT) bald zwei Jahrzehnte lang für öffentliche Aufmerksamkeit sorgten und dadurch zum Schutz und zur Förderung ihrer Rechte eine Fülle internationaler und europäischer Resolutionen, Konventionen und Initiativen insbesondere im Hinblick auf den Aufbau einer sicheren Bildungsumgebung entstanden sind. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon kann zwar argumentieren, dass Menschenrechte über kulturelle Ansichten ‚den Sieg davontragen‘ müssen, aber wie wir auch aus Pisanis Diskussion zu Migration gelernt haben, können Aussagen von oben, die auf Prinzipien beruhen, oft eine schwache und ineffiziente Resonanz für den Alltag von Jugendlichen haben. Menschenverachtende Diskriminierung und Gewalt als eine Form des Mobbing, das sich auf die Identität eines Menschen bezieht, gefährdet die positive und aussichtsreiche Gesundheit von Jugendlichen, die dies erfahren, erheblich.

Die Entwicklung der Internationalen Jugendarbeit könnte Drückers Behauptung untermauern, dass diese implizit die Gesundheitsförderung und im weiteren Sinne die Lebensqualität von Jugendlichen fördern kann, wird im Anschluss durch einen autobiographischen Beitrag von Gordon Blakely reflektiert, der sein ganzes Leben in diesem Umfeld verbracht hat. Aus seinem Loblied auf die lebensverbessernden Ergebnisse der Internationalen Jugendarbeit werden zwar einige wichtige Warnungen deutlich, aber er spricht sich nachdrücklich für eine gesunde Infrastruktur in einem gesunden Europa aus.

Für die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen sind jedoch nicht nur Strukturpolitik und politische Praxis ausschlaggebend. Es gibt ein wachsendes Interesse an Peer-Education Lernen. Dies zeigt sich in vielfältigen Formen mit unterschiedlicher Zielsetzung – insbesondere Prävention, Bildung, Förderung – und wird in einem Beitrag von Yaëlle Amsellem-Mainguy angemessen kritisch diskutiert. Immer wahrscheinlicher ist, dass Jugendliche sich an dem Bild orientieren, das Internet und soziale Medien im Hinblick auf ihre Gesundheit und, was ihnen noch wichtiger ist, fittes Aussehen (d.h. ihr Körper und ihr Image) vorgeben. Dies ist ein relativ neues Gebiet – und eine neue Art der Selbstdarstellung im öffentlichen Raum – und birgt unvermeidlich sowohl positives Potenzial für die Gesundheit als auch Risiken. Das Thema wird anhand eines eher experimentellen und polemischen Ansatzes von Manfred Zentner beleuchtet.

Diese Beiträge umfassen unvermeidlich eine Reihe sich deckender und auch widersprüchlicher Positionen. Als wir die oben beschriebenen verschiedenen Beiträge sammelten und aufnahmen, kamen wir zu dem Schluss, dass der Oberbegriff nicht ‚Gesundheit und Wohlbefinden‘ oder ‚Liebe und Hass‘ sein müsste, sondern ein Dialog rund um ‚Vertrauen und Unsicherheit‘, aus dem heraus sich – natür-

lich – Gesundheit und Wohlbefinden oder das Gegenteil davon ergeben. Vielleicht ist es eine Binsenweisheit, aber eine Perspektive muss immer ganzheitlich sein – Jugendliche, die unter besseren Bedingungen leben, haben wahrscheinlich bessere Möglichkeiten und Erfahrungen, die ihnen ein größeres Vertrauen und einen größeren Sinn für Mögliches geben, was sich wiederum wahrscheinlich in einem besseren Ansatz für einen gesunden Lebensstil und auch eine gesündere Physiologie niederschlägt. Umgekehrt sind diejenigen, die in schwierigeren, misslichen Situationen leben, in denen Wege für den Fortschritt verbaut sind, vielleicht eher geneigt (wegen einer falschen Wahl oder aus wirtschaftlicher Notwendigkeit), einen weniger gesunden Lebensstil zu führen, mit der Folge einer schwachen physischen und seelischen Gesundheit. Dies sind sicherlich keine linearen Bezüge. Sie sind in vielfältiger Verflechtung zu beobachten.

Die Autoren beschäftigen sich auf verschiedenste Art mit Vertrauen und Unsicherheit. Es werden Fragen zur Verantwortung gestellt, zum Gleichgewicht zwischen individueller und kollektiver, globaler und persönlicher Maßnahme und – die allgegenwärtige Herausforderung – wie man die Jugendlichen verbindlich erreicht und gewinnt, die am meisten gefährdet und in den größten Schwierigkeiten sind, sowohl die, die ‚innerlich sterben‘ (durch Ängste, Depression, Fatalismus, sozialer Verwerfung, dem Gefühl der Isolation und Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die Zukunft) als auch die, die tatsächlich sterben (Tod nach Krankheit, Suizid und an den Küsten Europas). Es sind nicht alles schlechte oder traurige Neuigkeiten. In gewisser Hinsicht achten Jugendliche heute besser als jemals zuvor auf sich selbst und wir achten auf sie. Ihr Vertrauen in unterschiedliche sexuelle Orientierungen ist eindeutig stärker, selbst wenn dies im deutschen Gesundheitsbericht ein weißer Fleck bleibt. Das digitale Zeitalter kann ein Vorbote sein für neue Möglichkeiten hinsichtlich mehr Selbstbewusstsein, Verständnis und Vertrauen in Jugendliche. Aber es ist dringend notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts bei Mobilität und Migration, die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte und schließlich auf die Gleichheit zu richten. Wir können niemals gleiche Ergebnisse erzielen oder selbst erzielen wollen, aber wir müssen gleiche Chancen sicherstellen. Gesundheit und die Möglichkeit, Gesundheit zu erlangen, stärken den Aufbau einer vertrauensvollen Generation von Jugendlichen, die nicht mit Unsicherheit belastet ist.

LITERATUR

- Atkinson A. (2015), *Inequality: what can be done?*, Harvard University Press, New York.
- Wilkinson R. (1996), *Unhealthy societies: The afflictions of inequality*, Routledge, London.
- Wilkinson R. and Pickett K. (2009), *The spirit level: why more equal societies almost always do better*, Allen Lane, London.

Kapitel 1

Interview mit Harald Hartung zu Jugend und Gesundheit

Direktor im Bereich Jugendpolitik und -programme, Europäische Kommission

F 1: Wenn man die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen auf unserem Kontinent berücksichtigt, wie „gesund“ (in Bezug auf Lebensbedingungen, Wohlbefinden, Chancen etc.) ist Ihrer Meinung nach die Situation junger Menschen gegenwärtig und in naher Zukunft im heutigen Europa?

Die Krise betrifft viele Aspekte im Leben der derzeitigen Generation junger Menschen – Bildung, Arbeit, soziale und zivilgesellschaftliche Beteiligung oder Gesundheit. Dennoch sind die rund 90 Millionen Jugendlichen in der EU eine heterogene Gruppe. Es gibt junge Menschen mit einem relativ leichten Zugang zu den Angeboten, aber die Schere zwischen diesen und benachteiligten Gruppen wird größer. Oft sind Nachteile nicht gleichmäßig verteilt: Einige Gruppen von Jugendlichen scheinen besonders benachteiligt zu sein. Zu häufig reproduziert Bildung bestehende sozioökonomische Muster und junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen haben ein höheres Risiko, vom ‚NEET‘-Status (weder in Ausbildung, Beschäftigung noch in Training) betroffen zu sein. Arbeitslosigkeit, Verarmung oder schlechte Wohnsituationen können ebenfalls zu Problemen der seelischen Gesundheit wie Depression, Drogenmissbrauch oder Selbstmord führen.

Die Situation junger Menschen, die auf der falschen Seite stehen, ist alarmierend. Wenn wir nicht in das menschliche und soziale Potenzial aller Jugendlichen investieren, behindert dies zukünftiges wirtschaftliches Wachstum. Arbeitsplätze sind wichtig, aber nicht die alleinige Antwort, um die Integration junger Menschen und ihr Zugehörigkeitsgefühl zu den Gemeinschaften, in denen sie leben, zu gewährleisten. Jugendliche, die sich aus irgendeinem Grund übergeben, ausgeschlossen oder ausgegrenzt fühlen, können einen antisozialen Lebensstil entwickeln, und negative Einstellungen können in Feindseligkeit umschlagen. Wir beobachten eine wachsende Anziehungskraft radikaler oder antidemokratischer Denkweisen. Die Terroranschläge von Paris und Kopenhagen haben gezeigt, was passieren kann, wenn diese Ideen extreme Ausmaße annehmen.

F2: Wie sieht aus jugendpolitischer Sicht eine ‚gesunde‘ Reaktion aus, die zu Autonomie und Selbstbestimmung (Empowerment), sozialer Eingliederung, Teilhabe und zum Wohlbefinden junger Menschen beiträgt?

Junge Menschen sind Europas wichtigstes Gut für die Zukunft und verdienen unsere Unterstützung. Arbeitsplätze, soziale Eingliederung, Teilhabe, Gesundheit und Wohlbefinden dienen als Kommunikationsvehikel, so dass wir die Situation der Jugendlichen allumfassend ansprechen müssen. Aus unserem Verständnis der Interaktion zwischen diesen Faktoren heraus müssen wir den Teufelskreis durchbrechen und in eine Erfolgsspirale umwandeln. Dazu bedarf es kohärenter politischer Antworten, die bereichsübergreifend entwickelt wurden, und einer Bündelung unserer Ressourcen.

‚Gesunde‘ Antworten sollten sich darauf konzentrieren, junge Menschen auszubilden und widerstandsfähig zu machen, so dass sie mit nachteiligen Erfahrungen und widrigen Herausforderungen umgehen können. Wir sollten auch sicherstellen, dass ihre Belange durch die Entscheidungsträger wahrgenommen werden und dass junge Menschen eine Chance erhalten, ihren eigenen Beitrag zur Zivilgesellschaft zu leisten.

Dies ist eine Aufgabe für alle, die mit Jugendlichen, Schulen, Jugendbetreuern, Gesundheitsexperten, kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen usw. zu tun haben, diese unterstützen und Entscheidungen diesbezüglich treffen. Diese Organisationen sollten zusammenarbeiten, damit ihre Aktivitäten aufeinander abgestimmt sind und die Interessen junger Menschen vollumfänglich abdecken. Der Leitgedanke, der die Interessen junger Menschen in ihrer Gesamtheit berücksichtigen soll, zieht sich durch die EU-Jugendstrategie, die für die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten im Jugendbereich maßgeblich ist.

Bereichsübergreifende Kooperation sollte ab lokaler Ebene bis hin zu internationalen Foren erfolgen. Auf lokaler Ebene kann dies beispielsweise durch zentrale Anlaufstellen für junge Menschen erfolgen, an denen sie von interdisziplinären Teams beraten werden, wie in Frankreich und Belgien oder wie in den Houses for Teens in Dänemark und den Headspace-Zentren in Irland. Auf EU-Ebene können wir Knowhow und Erfahrung zusammenbringen, um nationale, regionale und lokale Maßnahmen zu unterstützen.

F3: Wie sehen diesbezüglich konkret die Prioritäten und Maßnahmen Ihrer Institution aus?

Da Jugendpolitik in erster Linie eine nationale Kompetenz ist, koordiniert und ergänzt die Europäische Kommission die Bemühungen der Mitgliedstaaten durch das Sammeln von Vergleichsdaten und Good-Practice-Beispielen. Im Sinne einer durchgängigen Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen unterstützt die EU-Jugendpolitik unter anderem, dass Jugendthemen in EU-Politikbereiche wie Beschäftigung oder Gesundheit einbezogen werden.

Beispielsweise fordert die Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie die Mitgliedstaaten auf, jungen Menschen innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen oder arbeitslos werden, eine

Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Weiterbildungsmaßnahme anzubieten.

Die EU-Gesundheitspolitik widmet den Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten, dem Alkohol-, Zigaretten- und Drogenkonsum oder der sexuellen Gesundheit von Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit. Im Rahmen der EU-Strategie für mit Ernährung, Übergewicht und Adipositas zusammenhängenden Gesundheitsfragen [Strategy for Europe on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues, 2007] bezieht sich ein Aktionsplan auf die Fettleibigkeit im Kindesalter. Innerhalb der EU-Strategie zur Verminderung alkoholbedingter Schäden wird ein Aktionsplan zum jugendlichen Alkoholkonsum und Koma-Trinken entwickelt.

F4: Wie könnte Jugendarbeit Ihrer Ansicht nach zu mehr ‚gesunden‘ Perspektiven für Jugendliche beitragen? Wie sehen Sie die Rolle der Jugendarbeit und ihre Grenzen?

Welche unterstützende Rolle die Jugendarbeit bei der persönlichen und sozialen Entwicklung spielt, ist in einer EU-Studie über den Wert der Jugendarbeit bestätigt worden. Die Studie zeigte, dass Jugendarbeit Empowerment, Emanzipation, Toleranz und Verantwortung bei jungen Menschen stärkt, und somit gleichzeitig die Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft, Prävention von risikoreichen Verhaltensweisen sowie soziale Eingliederung und Zusammenhalt fördert.

Durch die Auswirkungen der Krise ist der Bedarf an Jugendarbeit in den vergangenen Jahren gestiegen, genauso wie der Druck auf die Jugendarbeit. Die Herausforderungen für junge Menschen haben sich selbstverständlich geändert, aber gleichzeitig ändert sich die Art der Herausforderungen. Beispielsweise bedingt die Allgegenwart des Internets und der sozialen Medien im Leben der Jugendlichen eine höhere Medien- und Digitalkompetenz und wirkt sich darauf aus, wie Jugendarbeit gestaltet wird. Darüber hinaus müssen Jugendarbeiter angesichts der zunehmenden Komplexität und Verflechtung der Herausforderungen junger Menschen immer offener für Partnerschaften und Kooperation mit anderen Anbietern von Unterstützungsleistungen sein. Durch den steigenden Bedarf an Querschnittskompetenzen oder den sogenannten Kompetenzen des 21. Jahrhunderts [21st Century Skills] beispielsweise wird es immer wichtiger, dass man die Ergebnisse der Jugendarbeit anerkennt. Eine solche Kooperation sollte idealerweise so gestaltet sein, dass sich die Jugendarbeit ihre Identität und ihren besonderen Beitrag zum Leben der Jugendlichen bewahren kann, und dies kann manchmal eine herausfordernde Aufgabe sein. Nicht zuletzt sind seit der Krise die Budgets in vielen Bereichen gekürzt worden, und das macht eine nachhaltige Finanzierung schwierig.

Die Anpassung an neue Gegebenheiten ist in diesem Kontext eine Herausforderung, aber nicht unmöglich. Überlegungen und Empfehlungen zur Bewältigung derartiger Herausforderungen und zur Zukunft der Jugendarbeit wurden in der Erklärung auf der zweiten *European Youth Work Convention*, die im April 2015 unter belgischer Präsidentschaft im Europarat veranstaltet wurde, zusammengefasst.

Im Mai 2015 verabschiedete der EU-Rat der Jugendminister Schlussfolgerungen zur Stärkung der Jugendarbeit und unterstrich dabei seinen Beitrag zur persönlichen Entwicklung, sozialen Eingliederung, kulturellen Vielfalt und aktiven Bürger-

schaft. Der Rat kündigte die Erstellung eines Instruments an, das den nationalen, in der Jugendarbeit tätigen Organisationen als Referenzwerk und Leitlinie in puncto Qualität dienen und Transparenz und Qualität für junge Menschen sicherstellen soll.

Kapitel 2

Das jugendliche Prekariat, ,Generationismus' und die urbane Austerität

Fred Powell und Margaret Scanlon

„Mir schien, als wollten sie im Inneren der Spiele, innerhalb des fiktiven Raums einer Maschine sein. Die reale Welt existierte nicht länger für sie – sie hatte komplett an Bedeutung verloren. Sie befanden sich in diesem fiktiven Raum und die Maschine vor ihnen war die schöne neue Welt.“

William Gibson, Neuromancer

William Gibson erfand das scheinbar unsinnige Wort ‚Cyberspace‘ in seinem 1984 erschienenen futuristischen Roman *Neuromancer*, der von einer Fantasiewelt der Computer und einer Post-Punk-Generation von jungen Menschen handelt, die in einer Welt des städtischen Verfalls leben. Die Idee kam ihm, als er Kindern bei Videospielen in Vancouver zusah. Die Fantasie wurde zur Realität. Dreißig Jahre später hat sich Science-Fiction zu einer digitalen Massenkultur entwickelt, in der sich viele junge Menschen am Rande der virtuellen Realität bewegen. Es ist eine psychologische Flucht aus der Realität der urbanen Austerität, in der Heerscharen von anonymen jungen Menschen sich selbst einem marginalisierten Leben verschrieben haben. Sie werden das ‚Prekariat‘ genannt (Standing 2011). Das Wort Prekariat übermittelt den prekären Status schutzbedürftiger junger Menschen in der urbanen Austerität als eine Bevölkerungsschicht mit wenigen Rechten. In Bezug auf die urbane Austerität erklärt David Harvey (2013), dass es ein möglicher Ansatzpunkt sei, den Fokus auf die rasch abnehmende Lebensqualität in den Städten zu legen, die auf Zwangsvollstreckungen, das Fortbestehen von unlauteren Praktiken am städtischen Wohnungsmarkt, die Reduzierung der Angebote und vor allem das Fehlen lukrativer Arbeitsplätze zurückzuführen ist.

Junge Menschen, die der urbanen Austerität ausgesetzt sind, stehen vor schwierigen existenziellen Herausforderungen, die Auswirkung auf ihre Befindlichkeit haben. Auf der jüngsten Konferenz der EU-CoE Jugendpartnerschaft (offiziell: Partnerschaft zwischen Europäischer Union und dem Europarat im Jugendbe-

reich) „*Beyond Barriers*“ (Jenseits aller Grenzen) in Malta im November 2014 zum Stellenwert der Jugendarbeit zur Unterstützung von Jugendlichen in prekären Situationen bemerkte einer der jungen Teilnehmer, dass es keinen Unterschied „zwischen dem virtuellen und dem echten Sterben“ gibt. Diese düsteren Worte sind eine Zusammenfassung der Mentalität von schutzbedürftigen jungen Menschen in der postmodernen Welt. Viele dieser jungen Menschen stehen möglicherweise vor ähnlichen Herausforderungen wie vertriebene junge Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg (Lowe 2012). Während sich die europäische Stadtlandschaft von Städten in Schutt und Asche in florierende Zentren für Kultur und Entspannung verwandelt hat, ist die Psychogeografie der urbanen Austerität geprägt von schutzbedürftigen Jugendlichen mit einem tiefen Gefühl der Abschiebung und sozialen Ausgrenzung.

Eines der charakteristischsten Merkmale von jugendlichen Zugehörigen der urbanen Austerität ist die Nutzung von Cyberspace, um ihrer Wut auf die Welt freien Lauf zu lassen. Der Troll hat sich in dieser Kulturlandschaft zu einem modernen Trickster entwickelt, der in der Welt der Erwachsenen Streiche spielt. Einige dieser Troll-Aktivitäten, wie beispielsweise die angebliche Frauenfeindlichkeit von „Gamergate“ (Trolle sind vornehmlich männlich) (Gleick 2014), wurden öffentlich angeprangert. Trolle sagen einfach „I do it for the lulz“, was im weitesten Sinne „Ich mache es für die Lacher“ bedeutet. Abgeleitet wurde es vom Internetaacronym LOL (laugh out loud) und drückt den spöttischen Humor des Prekariats aus, das am Rande der städtischen Zivilisation lebt (Gleick 2014). In diesem Artikel untersuchen wir (i) die Position der Jugend in der postmodernen Gesellschaft in Bezug auf die Änderung des Lebensstils und die Übergangsphase, (ii) die Entstehung des jugendlichen Prekariats und des ‚Generationismus‘ als neue Größe in Politik und Gesellschaft sowie (iii) die Auswirkungen auf die Jugendpolitik und Jugendarbeit. Wir übernehmen das Konzept der urbanen Austerität als Metapher für die wachsende soziale Ungleichheit, die junge Menschen erleben.

JUGEND IN DER POSTMODERNE: EIN GESUNDER ODER UNGESUNDER LEBENSSTIL?

Es gibt tiefgreifende Fragen, die über die Definition und die grundlegende Bedeutung von Jugend, Jugendpolitik und Kindheit in einer postmodernen Welt, in der die gesellschaftliche Fragmentierung immer weiter voranschreitet und Identitäten destabilisiert, informieren und dieser Gestalt geben. Philippe Aries (1962) erweiterte seine These zur Entdeckung der Kindheit als das Produkt der Neuzeit. Norbert Elias (1994) verstand die Entstehung der Kindheit als Teil des Zivilisationsprozesses, den er Zivilität nannte. Talcot Parsons (1963) konzeptualisierte Jugend als ein Produkt des Kapitalismus, das einen Bruch in der Gesellschaft geschaffen hatte und zu einem verlängerten Übergang zum Erwachsenenalter führte. In der modernen Gesellschaft entstand ein Kulturraum außerhalb der traditionellen Familie, der auf die Sozialisierung der Jugend für komplexere berufliche Positionen und soziale Verantwortung abzielt. Formale Bildung wurde zum Hauptmechanismus, durch den sich in urbanen Industriegesellschaften zunehmend die Sozialisierungsaufga-

ben der Familie in den Verantwortungsbereich des Staates verlagert haben. Die Jugendarbeit fand in dieser neuen Ordnung ihren Platz und bot informelle Bildung und persönliche Entwicklung durch Erholung und Freizeitgestaltung in der Gemeinschaft. Dieser modernistische Prozess führte zu einer Dekonstruktion der vormodernen Jugend: Als nicht erkennbaren organischen Teil heraus aus einer traditionellen Großfamilie, die innerhalb eines von der Landwirtschaft geprägten Gebiets ohne Altersabstufungen lebt, hinein in die strukturierte urban-industrielle Welt der Bildung und Beschäftigung.

Die Postmoderne hat neue sozialgeschichtliche kulturelle Prägungen der Fragmentierung, der Individualisierung und des Konsumdenkens in der Risikogesellschaft hervorgebracht (Beck 1992; Giddens 1991). Dies ist der gesellschaftliche und kulturelle Raum, in dem sich die Jugend als gesellschaftliche Gruppe in Europa befindet, verloren in einer Welt ohne klare Koordinaten oder ein leicht identifizierbares Ziel (Crook et al. 1992; Putnam 2000). Ein schrumpfender Staat und eine schwächelnde Zivilgesellschaft stehen vor der Herausforderung, sich mit diesem sozialen Vakuum im Leben der postmodernen Jugend zu beschäftigen (Powell et al. 2012). Wohin mit der Jugend in der postmodernen Gesellschaft?

Der *Irish National Youth Work Development Plan 2003–2007* (NYWDP) befasst sich mit dem Einfluss der postmodernen Änderungen bei der Jugend in Bezug auf eine Reihe von soziokulturellen Faktoren: Demografie, Diversität, verschwimmende Grenzen, komplexe Übergänge, Auswahl und Belastungen, Individualismus und Konsum (Department of Education and Science 2003: 2–4). Als Folge der Finanzkrise 2008 müssen Arbeitslosigkeit und Armut in diese Liste mit aufgenommen werden. Laut NYWDP geht der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung zurück, doch „die kulturellen Unterschiede in der jungen Bevölkerung sind ausgeprägter als bisher, wodurch der Bedarf unter jungen Menschen und unter denjenigen, die mit ihnen arbeiten, an einem interkulturellen/multikulturellen Verständnis und eines Bewusstseins dafür steigt“ (ebd.: 2–3). Er soll in überzeugender Art und Weise mit der grundlegenden Bedeutung der Jugend in der postmodernen Welt verankert werden, mit dem Argument, dass die Grenzen zwischen Kindheit und Erwachsenenalter fließender sind und frühere Unterscheidungsmerkmale verschwimmen. Dies hat Einfluss auf den Übergang von der Kindheit zum Erwachsenenalter: „Der Übergang, der für so lange Zeit mit Jugend assoziiert wurde, dehnt sich derzeit erheblich aus. Zudem wird der Übergang – eigentlich die Übergänge – immer komplexer“ (ebd.: 3). Der NYWDP behandelt kritische Themen wie Konsumdenken und Individualismus in Bezug auf die Wahl des Lebensstils und die Belastungen, die junge Menschen in einer Welt, in der die Stabilität der traditionellen Familie und der Gemeinschaft belastet ist, früher zu Sexualität und Beziehungen führen (ebd.: 3–4). Die Spannung zwischen Gruppenbewusstsein und atomistischem Individualismus und der Verflechtung von Ethik und Ästhetik definiert die moderne Jugendkultur (Gilroy 2010).

Untergraben diese tiefgreifenden Veränderungen in der postmodernen Gesellschaft die Grundlagen der Jugend als soziales und kulturelles Konstrukt? Gibt es einen Verlust an Bedeutung in einer dezentrierten Welt? Können wir ‚Jugend‘ nicht länger als kohärentes Ganzes ansprechen? Steckt die Jugendpolitik in einer Krise der Alterung? Oder gibt uns das die Gelegenheit, die Mission neu zu definieren? Der

NYWDP (Department of Education and Science, 2003: 4) kommt zu dem Schluss, dass sich junge Menschen immer mehr von der festgelegten Bedeutung traditioneller religiöser Werte und der Glaubwürdigkeit sozialer Einrichtungen entfernen, diesen skeptisch gegenüberstehen und sie in Frage stellen. Dies könnte man als Baudrillards Version der Postmoderne interpretieren, in der Jugendkultur einfach als stilisierte und ritualisierte Formen der Tätigkeit in einer Welt abgetan werden kann, die zu einem schwarzen Loch der Sinnlosigkeit geworden ist (Barker 2008: 428). Der NYWDP (Department of Education and Science 2003: 4) weist die These vom ‚Tod der Sinnhaftigkeit‘ zurück und kommt zu dem optimistischen Ergebnis, dass „es keinen Anhaltspunkt dafür gibt, dass junge Menschen weniger an der spirituellen Dimension ihres Lebens interessiert sind als vorher und ein Glaubenssystem entwickeln, das ihren Erfahrungen eine Richtung gibt und Aussagen macht über ihr Verhältnis zu anderen Menschen und der Gesellschaft“. Allerdings ist hier auch eine Warnung enthalten, dass Jugendpolitik an „die sich verändernde Natur der Jugend“ angepasst werden muss und dies als „Chance“ und „Herausforderung“ zu verstehen ist (ebd., 2003: 11–12).

JUGEND UND DIE URBANE AUSTERITÄT: DIE ENTSTEHUNG DES ‚PREKARIATS‘

In der postmodernen Welt erleben junge Menschen eine schwere Krise, die durch das Leben in der urbanen Austerität verkörpert wird. In seinem einflussreichen Buch *Prekariat* nennt Standing (2011) vier wichtige Schlüsselbeobachtungen über die Jugend in der urbanen Austerität.

- ▶ Die Stadt ist das Objekt für einen utopischen Wunsch (z. B. Paris, Berlin, London, Amsterdam und Schanghai) – eine Verschiebung der raumzeitlichen Ordnung, die sowohl mit der Realisierung von Träumen als auch mit dem Akt der Rebellion assoziiert wird.
- ▶ Die Realität ist die, dass durch die urbane Austerität des 21. Jahrhunderts eine neue Gesellschaftsklasse, das Prekariat genannt, entstanden ist, deren Mitglieder eher Bewohner (besonders junge Migranten) als Bürger sind – ein gefährlicher kultureller Gegensatz im Zeitalter der Globalisierung.
- ▶ Die Bürgerschaft für das Prekariat ist durch die „Unsicherheit des Wohnsitzes, der Arbeitssituation und des sozialen Schutzes“ (ebd.: 5) eingeschränkt.
- ▶ Für das Prekariat ist Arbeit Mittel zum Zweck (als Broterwerb), opportunistisch (man nimmt, was man kriegen kann) und prekär (unsicher) (ebd.: 22–23).

David Harvey (2013: xi) betrachtet in seinem Buch *Rebellische Städte* die fortschreitende Entwicklung entwurzelter urbaner Jugendlicher in „eine inaktive Jugend, die in der puren Langeweile der steigenden Arbeitslosigkeit und der Vernachlässigung seelenloser Vorstädte, die schließlich zu Standorten siedender Unruhen werden, verloren gehen“. Die Jugendunruhen in den französischen Banlieues im Jahr 2005 und den englischen Städten im Jahr 2011 sind wohl negative und zerstörerische

Folgen der Sparpolitik. Diese Unruhen müssen in einen breiteren Kontext des Jugendprotests, einschließlich des Arabischen Frühlings, der Occupy-Bewegung, Los Indignados und Pussy Riot, gestellt werden (Powell 2013).

Es überrascht nicht, dass die antipolitische Haltung Teil der Weltanschauung dieser jungen Menschen ist. Dies hat zu einer Radikalisierung eines Diskurses geführt, in dem Howard Williamson (2013: 1) ein Szenario vorangebracht hat, „in dem historisch sozial benachteiligte Jugendliche sich mit neu intellektuell unzufriedenen jungen Menschen zusammentun, um entweder noch schädlichere oder kreativere Bündnisse unter den jungen Menschen zu bilden“. Erwachsene tun den Radikalismus der Jugend häufig einfach als ein Produkt des jugendlichen Idealismus ab. Aber ist er das?

Der Historiker Roy Foster (2014) hat das Thema der Jugendrevolte vor kurzem in seinem Buch *Vivid Faces* aufgegriffen, in dem die irische revolutionäre Generation des frühen 20. Jahrhunderts betrachtet wird. Foster (2014: 6) behauptet, „das Konzept *Generation* ist sowohl einträglich als auch beschwerlich, insbesondere dann, wenn sie mit einer Veränderung des politischen Bewusstseins einhergeht“. Er stellt ferner fest: „wir sehen jetzt möglicherweise, wie der Begriff *Generationismus* in Frage gestellt oder sogar die Gesellschaftsschicht als organisierendes Prinzip der Analyse ersetzt wird: Konzeption von Altersgruppen als Träger von intellektuellen und organisatorischen Alternativen zum Status quo, die im Rahmen der Konstellation von Faktoren handeln, die zum Zeitpunkt ihrer Geburt vorherrschten“ (Kursivsetzung durch die Autoren). In Europa sprechen wir von der ‚Generation 1914‘, von der ‚Nachkriegsgeneration‘, von der ‚1960er Generation‘ usw., was zu der Vermutung führt, dass bestimmte Eigenschaften mit bestimmten historischen Generationen in Verbindung gebracht werden. Foster (2014: 7) warnt allerdings davor, dass „der Gefahr einer Generalisierung innerhalb einer Generation vorgebeugt werden muss. Selbst eine eigens erdachte Generation kann innerhalb ihrer Reihen sogenannte Generationsgruppen haben, die in gewisser Weise in einem scheinbaren Widerspruch stehen, aber durch die affinen Reaktionen auf ihre historischen und sozialen Umstände miteinander verbunden sind“. Dieser Kommentar erinnert uns daran, dass die Anerkennung der Generationen im sozialen Gedächtnis weitgehend in der Rückschau vonstattengeht. Wie Foster (ebd.: 7) es ausdrückt: „eine Generation entsteht nicht nur aus dem bewussten Prozess der Identifikation und Ablehnung im Leben der Protagonisten, sondern auch rückwirkend in ihren Erinnerungen und bei ihrer Kontrolle des komplexeren offiziellen und sozialen Gedächtnisses“. Er kommt zu dem Schluss, dass „die Veränderungen, welche die Gesellschaft erschüttern, aus dem Nichts zu kommen scheinen. Sie geschehen zunächst aber nur in den Köpfen der Menschen und zwar durch die Schaffung einer gemeinsamen Kultur, welche eher eine Kultur der Minderheit als eine der Mehrheit sein kann“ (ebd.: 8).

Matthew Collin (2007) untersuchte in seinem Buch *The Time of Rebels* die Rolle des ‚Generationismus‘ im 21. Jahrhundert. Jugendliche Widerstandsbewegungen in ehemaligen kommunistischen Staaten (wie Serbien, Georgien und der Ukraine) spielten eine Schlüsselrolle beim demokratischen Wandel. Collin identifiziert die Macht der Populärkultur (die Stimme der Jugend) als katalytische Kraft, um einen Wandel einzuleiten. Populärkulturen schaffen den gemeinsamen Dialog zwischen

jungen Menschen, der es ihnen ermöglicht, Bindungen einzugehen und Vertreter des sozialen und politischen Wandels zu werden. Oft beziehen sich die Auswirkungen dieser Änderung auf die schöpferische Politik (der Traum von einer besseren Zukunft) und nicht auf die Welt der praktischen Politik.

In der westlichen Welt wird ein Netzwerk namens Anonymous mit einer Reihe von Protestbewegungen, wie beispielsweise Occupy Wall Street, Los Indignados und dem Aufkommen von Hacktivismus im Internet in Verbindung gebracht. Es stellt eine Weiterentwicklung vom Trollen hin zu politischem Aktivismus dar (Gleick 2014: 36). Anonymous ist im Jahre 2003 aus dem Internetforum 4chan als eine im Wesentlichen spaßige und jugendliche Bewegung hervorgegangen. Der Name Anonymous spiegelt seine organisatorische Struktur als ein Phänomen ohne Führung wider, die sich über eine Kategorisierung als eine Bewegung, Organisation, Partei usw. hinwegsetzt. Es ist einfach nur eine Einladung zur Teilnahme an Protesten unter der Maske der Anonymität zur Neugestaltung der Politik durch eine Idealisierung der Zukunft. Auf diese Weise zeigt Anonymous seine Ablehnung gegenüber der Welt der Erwachsenenpolitik und verspottet und persifliert sie. Aber sie zeigt auch die Macht, die der Generationismus hat, wenn die bestehende Ordnung im Interesse der Förderung von Veränderungen in Frage gestellt wird. Die Populärkultur ist an sich schon eine Plattform für die junge Bevölkerung, damit diese ihre Ansichten über Musik, Theater und Comedy zum Ausdruck bringen kann, wobei der Fokus auf der schöpferischen Politik der sozialen Gerechtigkeit und auf politischen Veränderungen liegt.

Es ist oft nicht klar, ob der Generationismus die Politik der Verzauberung oder der Entzauberung der gesellschaftlichen Realität oder beides verkörpert. Die herkömmliche Auffassung von der Welt der Erwachsenen ist, dass das Individuum sich mit der äußeren Realität als engagierter Bürger identifiziert. Kindheit und Jugend werden als eine Entwicklungsphase zum Erwachsensein dargestellt, in welcher die jungen Menschen gesellschaftlich als ‚Lernende‘ konstruiert sind. Das Problem an dieser Vorstellung von Jugend ist, dass es in einer Zeit der längeren Übergänge und der verwischten Grenzen höchst problematisch wird: Wann beginnt die Jugend und wann das Erwachsenenalter? In Bezug auf die soziale Realität trennt die Welt Jugend und Erwachsensein und erlaubt der kulturellen Darstellung die Überbrückung der Barrieren zu übernehmen. Die Anonymität, die einige junge Menschen beim Anonymous-Phänomen annehmen und welche durch das Tragen von Masken symbolisiert wird, deutet darauf hin, dass sich viele junge Menschen von der Öffentlichkeit entfremden. Darüber hinaus führt Schutzbedürftigkeit zu sozial benachteiligten jungen Menschen, die durch das Sicherheitsnetz fallen, das traditionell vom Wohlfahrtsstaat zur Verfügung gestellt wird. Das stellt eine große Herausforderung für die Jugendarbeit und Jugendpolitik dar.

Aus unserer Sicht ist eine neue Initiative zur Jugendpolitik notwendig, um die urbane Austerität in Angriff zu nehmen. Zu den wichtigsten Herausforderungen und Aufgaben zählen:

- Obdachlosigkeit und residuale Ausgrenzung in den banlieues (Vororten) – was Michel Foucault als das ‚Innere der Außenseite‘ bezeichnet – müssen durch eine Neuinterpretation der Stadt als einen gemeinsamen Raum mit

gemeinsamen Zugangsrechten und Dienstbarkeiten in Angriff genommen werden.

- ▶ Über den sozialen Wohnungsbau muss für junge Menschen Wohnraum in den Stadtzentren zu subventionierten Mieten in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft/mit Jugendorganisationen zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ Anstatt öffentliche Plätze zu privatisieren, müssen diese als Treffpunkt für junge Menschen erschlossen werden, damit sie im Zuge ihrer Entwicklung Sport treiben, Musik machen und hören, sich an der Gemeinschaftskunst beteiligen und kostenfreien WLAN-Zugang nutzen können – Jugendliche und die Berichte über eine nachhaltige Zukunft müssen als zentrales Ziel der Jugendpolitik angepasst werden.
- ▶ Jugendpolitik muss auf eine Art und Weise gestaltet werden, dass die Gesundheit und das Wohlergehen junger Menschen im Mittelpunkt stehen.
- ▶ Jugendarbeitslosigkeit (die in einigen Teilen der EU bei schätzungsweise 50% liegt) zerstört die heutige Generation junger Menschen und macht sie zu einer zukunftslosen Bürgerklasse.
- ▶ Es bedarf einer europäischen Bildungsbank, die allen jungen Menschen drei Jahre lang kostenlosen Unterricht an neuen experimentellen Universitäten anbietet. Diese Universitäten basieren auf den Werten der freien Zugänglichkeit, des flexiblen Lernens und der Mitgestaltung von Lehrplänen und stehen im Rahmen von Partnerschaften mit Jugendorganisationen in jedem Teil der urbanen Austerität zur Verfügung.
- ▶ Das Erasmus-Programm der EU, das erfolgreich den Austausch von Studenten in der Europäischen Union ermöglicht hat, sollte für alle Jugendlichen zugänglich gemacht werden, und zwar mit dem ausdrücklichen Ziel der Förderung gemeinsamer europäischer Werte, Kulturen und Bürgerrechte.
- ▶ Eine neue Jugendpolitik muss die schöpferische Politik der Jugend – ihre Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit – mit konkreten politischen Initiativen, die zu einem politischen Wandel führen, kombinieren.

WAS IST JUGENDARBEIT: EMPOWERMENT ODER KONTROLLE?

Der Begriff der Jugendarbeit umfasst ein breites Spektrum an Praktiken und wird durch eine vielgestaltige Gruppe von Organisationen, unabhängigen lokalen Vereinen und großen internationalen Organisationen wie der *Young Men's Christian Association* (YMCA) geleistet. In den vergangenen zehn Jahren sind neue Formen oft als Reaktion auf die Regierungspolitik und -schwerpunkte entstanden, welche die Grenzen, von dem, was als Jugendarbeit beschrieben wird, weiter ausdehnen. Zudem finden es Jugendarbeiter bisweilen selbst schwierig zu formulieren, was ihre Arbeit ausmacht. In seinen Kommentaren bezüglich Europa deutet Coussée

(2009: 6) darauf hin, dass die Jugendarbeit unter „einer ständigen Identitätskrise“ leidet, in der es für Jugendarbeiter schwierig scheint, „ihre Arbeit in Worte zu fassen“. Kiely (2009) kommt in ihrer Untersuchung der irischen Jugendarbeit zu weitgehend ähnlichen Ergebnissen und weist auf einen Mangel an Klarheit hin, der bei vielen Begriffen, die zur Kommunikation der Werte und Ziele in dem Bereich verwendet werden, herrscht. Die Öffentlichkeit neigt andererseits zu der Ansicht, dass Jugendarbeit in einem weitaus engeren Sinne eine Form der Freizeitgestaltung an einem bestimmten Ort (ein Verein, eine Art ‚Lager‘ oder ein Zentrum) ist, ohne dass dabei auf ehrgeizigere Ziele, welche sich der Sektor selbst gesetzt hat, eingegangen wird. Hierzu zählen beispielsweise der Aufbau von Beziehungen, die persönliche Entwicklung und soziale Bildung (Devlin und Gunning 2009).

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten bei dem Versuch, die Jugendarbeit zu definieren, ist es möglich, aus akademischen und politischen Dokumenten eine Reihe von Eckpunkten zu extrapolieren. Die Jugendarbeit wird im Allgemeinen als informelle Bildung beschrieben, die auf der freiwilligen Teilnahme von jungen Menschen beruht. Während einige ‚Lernsituationen‘ geplant sind (wie Diskussionsgruppen oder strukturierte Programme), entstehen die meisten bei den alltäglichen Begegnungen der Mitglieder sowie der Mitglieder und Jugendarbeiter (Hurley und Treacy 1993: 1). Der erzieherische Zweck der Jugendarbeit wird oft als persönliche und soziale Entwicklung betrachtet. So wird es auch im irischen Gesetz über Jugendarbeit (*Irish Youth Work Act*) 2001 definiert:

... ‚Jugendarbeit‘ ist ein planmäßiges Bildungsprogramm, das zur Unterstützung und Förderung der persönlichen und sozialen Entwicklung von Jugendlichen durch ihre freiwillige Teilnahme konzipiert wurde, und das (a) als Ergänzung zu ihrer formalen, schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung dient und (b) vorwiegend durch die freiwillige Arbeit von Organisationen für Jugendarbeit geleistet wird.

Ein Problem bei der persönlichen Entwicklung und der sozialen Bildung/dem informellen Lernen wird in Berichten der Regierung ab den 1970er Jahren deutlich, denn es deutet sich eine Abkehr von der ‚charakterbildenden‘ Philosophie der früheren Formen der Jugendarbeit an (Hurley und Treacy 1993; Treacy 2009). Wie Kiely (2009) schon richtig aufgezeigt hat, bieten ‚persönliche Entwicklung‘ und ‚soziale Bildung‘ natürlich Interpretationsspielraum.

Die freiwillige Teilnahme ist nach allgemeiner Einschätzung ein weiteres bestimmendes Merkmal der Jugendarbeit (Davies 2005). Jugendliche waren bisher stets in der Lage, Jugendorganisationen freiwillig beizutreten und auf eigenen Wunsch zu verlassen. Dies hat bedeutende Auswirkungen auf die Inhalte der Jugendarbeit und die Interaktion zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Jugendarbeiter müssen Programme und Arbeitsweisen entwickeln, die für die Teilnehmer attraktiv sind und von ihnen als wertvoll für das Hier und Jetzt wahrgenommen werden und nicht nur für einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft (Davies 2005: 13). Das Freiwilligkeitsprinzip sorgt dafür, dass Jugendliche ein gewisses Maß an Macht haben und beibehalten, die sie möglicherweise in anderen Bereichen ihres Lebens nicht erleben. Davies (2005: 13) zeigt auf, dass Gesprächsführungen, ‚Offenheit für ein echtes Geben und Nehmen‘ und eine größere gegenseitige Achtung deshalb wichtige Elemente der Beziehung Jugendarbeiter/Jugendlicher sind: „Jeder

Jugendarbeiter, der sie bevormundet, rücksichtslos über sie hinweggeht oder sie einfach ignoriert, wird kein Klientel haben, mit dem er arbeiten kann.“

Ein weiterer Punkt ist, dass die Mitgliedschaft in einem Jugendclub eine stärkende Erfahrung sein kann, da junge Menschen die Möglichkeit haben, Entscheidungen zu treffen, neue Aufgaben zu übernehmen und ihre Meinung zu vertreten: Erfahrungen, die ihnen in anderen Bereichen ihres Lebens oft verweigert werden, vor allem bei der formellen Bildung. So argumentierten Jeffs und Smith (2008), dass die meisten Menschen ‚echte Demokratie‘ nur in autonomen Organisationen, Vereinen und Verbänden finden, in denen nicht der Profit der Hauptzweck ist, wo einer allzu starken Führung misstraut und der Dialog gepflegt wird. Eine Reihe anderer Ziele und Ideale der Jugendarbeit sind in der Literatur festgelegt: die Förderung sozialer Eingliederung (Devlin und Gunning 2009, Morgan und Kitching 2009), „dort anfangen, wo Jugendliche anfangen“ (Davies 2005: 15), Förderung von Zusammenarbeit, Beziehungen und Gemeinschaft (Jeffs und Smith 2008); „freundlich, zugänglich und reaktionsfähig“ sein, „während integer gehandelt wird“ (ebd. 278) sowie für alle jungen Menschen ein offenes Ohr haben und nicht nur für die, denen von den Erwachsenen ein „bestimmter Stempel“ aufgedrückt wurde (ebd.: 15).

Obwohl es eine gewisse Kohärenz zwischen den verschiedenen Definitionen der Jugendarbeit gibt, verweist O'hAodain (2010) darauf, dass es auch eine Reihe von Widersprüchen gibt. Jugendarbeit kann aufbauend wirken, aber auch ein Instrument der sozialen Kontrolle, Regulierung und Konformität sein. Gilchrist et al. (2003) kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf Jugend- und Gemeinschaftsarbeit und begründet dies damit, dass es am besten ist, wenn sich diese über die Ideale der Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichheit motivieren, und am schlimmsten, wenn sie durch ‚Angst und Unsicherheit‘ motiviert werden, und dadurch zu einem ‚bedingungslosen Diener‘ von Mächten der ‚Repression und Kontrolle‘ werden. Jugend- und Gemeinschaftsarbeit war von Anfang an „dazu verpflichtet, die Spannung zwischen Domestikation und Freiheit zu bewältigen“ (ebd.: 7). Spannungen innerhalb des Jugendarbeitssektors sind vielleicht bei gezielten Projekten am offensichtlichsten. Einige Kommentatoren behaupten, dass diese Initiativen das Ethos und die Ziele untergraben, die der Jugendarbeitssektor traditionell für sich beansprucht hat (Kiely 2009).

Um den Herausforderungen zur Unterstützung junger Menschen in der urbanen Austerität gerecht zu werden, sind in der Jugendarbeit Ressourcen und Investitionen notwendig. Die Werte der Jugendarbeit, die junge Menschen individualisieren und die persönliche Entwicklung, soziale Bildung und Befähigung fördern, sollten im Mittelpunkt jeder inklusiven Jugendstrategie stehen. Informelles Lernen, das stärkt und ermutigt (Batsleer 2008), sollte eher der Ansatz sein, als Sozialisierung, die junge Menschen problematisiert. Jugendinitiativen, die Jugendliche problematisieren, sind unter Umständen kontraproduktiv, weil sie junge Menschen in eine Kultur der Kontrolle ziehen, die sie in einer Weise definiert, die bevormundend ist. In seinem wichtigen Buch *Kultur der Kontrolle* zeigt David Garland (2001) auf, dass die soziale Organisation der postmodernen Ordnung eine Reihe von politischen und kulturellen Anpassungen umfasst, welche auf die Denk- und Handlungsweisen von Bürgern in Bezug auf Kriminalität und Bedrohung durch Kriminalität einwirkt. Diese Veränderungen haben Politik und Praxis in einer Art und

Weise geformt, dass sozial benachteiligte Jugendliche als potenziell kriminogene Bevölkerung zur Zielgruppe geworden sind. Bei einer Jugendarbeitsstrategie, in der Empowerment und Integration hervorgehoben wird, während der Fokus auf der Schutzbedürftigkeit von jungen Menschen liegt, muss Problematisierung vermieden werden. Die Ausrichtung auf eine Zielgruppe problematisiert und ist die Gegenthese zu Werten der traditionellen humanistischen Jugendarbeit (Powell et al 2012: 150–171): Jugendarbeit sollte in der urbanen Austerität sozial benachteiligte Jugendliche erreichen, indem man sich mit der Bewusstseinsbildung befasst (Freire 1972). Dies umfasst große Herausforderungen in Bezug auf die Kommunikation, um eine informelle Lernkultur zu schaffen. Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung, in der die Kommunikation (insbesondere) unter Jugendlichen sich ins Internet verlagert hat. Die Jugendarbeit ist gefordert, ihre Methoden zu verändern, um diese Herausforderungen in der postmodernen Gesellschaft zu meistern. Aber das Mittel muss mehr als eine Nachricht sein. Junge Menschen müssen durch eine Bewusstseinsbildung befähigt werden, sich über wirtschaftliche, soziale und politische Ursachen für ihre Schutzbedürftigkeit bewusst zu werden.

Aus unserer Sicht bedarf die Rolle und Aufgabe der Jugendarbeit in der urbanen Austerität einer Veränderung, wenn auf die Sorgen der zunehmend unzufriedener werdenden Nachwuchsgeneration effektiv eingegangen werden soll. Die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen umfassen die folgenden Vorschläge:

- ▶ Die Jugendarbeit muss das Internet als neuen kreativen Raum annehmen, das neue Wege zur Stärkung und Befähigung (zum Beispiel E-Aktivismus) und potenzielle neue Möglichkeiten für die Teilnahme und Beratung (zum Beispiel E-Demokratie) von jungen Menschen bietet.
- ▶ Die Wolkenkratzer sind zu einem symbolischen Riesen dieser Stadtlandschaft geworden – dominiert von Finanzzentren, Hotels und Spielplätzen für reiche Erwachsene, von denen junge Menschen ausgeschlossen sind – Inklusion ist der Schlüssel zur Verbesserung der Gesundheit und des Wohlergehens schutzbedürftiger Jugendlicher.
- ▶ Die Jugendarbeit ist gefordert, sich bei der Neubildung der Psychogeografie der urbanen Austerität in einem inklusiven Raum einzubringen. Das bedeutet, die Jugendarbeit muss politische Entscheidungsträger und Gesetzgeber dazu bewegen, die Stadt als einen gemeinsamen Raum wiederherzustellen.
- ▶ Junge Menschen müssen aus den Randgebieten der Inklusion/Exklusion herausgeholt werden, um echte Bürger der postmodernen Stadt zu werden. Die Jugendarbeit ist gefordert, die Brücke zu einer Inklusion zu sein, die real und greifbar und nicht – wie in der medialen Darstellung der Jugend – imaginär ist.
- ▶ Jugendarbeit muss sich mit den Übergangsphasen zwischen Jugend und Erwachsenenalter befassen, in deren Mittelpunkt eine Ausweitung der Betreuung und Unterstützung für junge Menschen bis zu einem Alter von 25 Jahren steht, um Gesundheit und Wohlergehen für alle zu gewährleisten.

- ▶ Die Jugendarbeit ist gefordert zu erkennen, dass wir bereits in einem neuen Generationenterritorium leben, das genau in diesem Moment neu erfunden wird – Respekt, Anerkennung, Staatsbürgerschaft, Sicherheit und Schutz sind entscheidend für die Gesundheit und das Wohlergehen junger Menschen und erfordern ein dynamisches und stärkendes Engagement.
- ▶ Werte, welche die Realität des Multikulturalismus in einer globalen Welt widerspiegeln, müssen explizit im Lehrplan der informellen Bildung für die Jugendarbeit enthalten sein, wenn Toleranz und sozialer Zusammenhalt gewahrt werden sollen.
- ▶ Die Jugendarbeit muss sich mit philosophischen Fragen auseinandersetzen, indem mit jungen Menschen als eine Maßnahme zur Stärkung der eigenen Person und der Identität der Sinn für ihr Dasein auf der Welt und ihr demokratisches Recht, Möglichkeiten und Chancen zu teilen, erforscht werden. Welche Menschenrechte haben junge Menschen? Wie fördern junge Menschen ihr Recht, Rechte zu haben?

DAS ‚RECHT, RECHTE ZU HABEN‘

Historisch gesehen, mangelt es jungen Menschen an Rechten und Aufmerksamkeit. Hannah Arendt nannte dies bekanntermaßen ‚das Recht, Rechte zu haben‘. Die Kontrolle über ihr Leben bleibt jungen Menschen verwehrt: Sie werden traditionell als Eigentum ihrer Eltern definiert, und neuerdings sind sie durch das Prinzip *parens patriae* zu ‚Wohlfahrtsuntertanen‘ (Pinkney 2000) des Staates geworden, dem ultimativen Verwalter des Rechts auf Fürsorge und Schutz eines jungen Menschen. Die Abhängigkeit des Status von Kindern und Jugendlichen von diesem rechtlichen und kulturellen Rahmen wird mit Berichten über Kindesmissbrauch in Frage gestellt, da diese auf ein Versagen von Erwachsenen hinsichtlich ihrer Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen hinweisen, die kulturell als ‚unschuldig und verletzlich‘ umrahmt werden (Powell und Scanlon 2015). In zunehmendem Maße werden Fragen über die jugendlichen Bürger gestellt (Keane 2008). Sollten Jugendliche ebenso wie andere Gruppen, die von jeher entmachtet sind (zum Beispiel Frauen, ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen usw.), nicht befähigt werden? Warum haben Jugendliche kein öffentliches Sprachrohr? Warum sind sie nicht wahlberechtigt? Erleichtert diese Verweigerung eines grundlegenden Menschenrechts den Missbrauch an Kindern? Das sind schwierige Fragen, welche die Normativität bedrohen, auf der unsere kulturelle Welt aufgebaut ist. Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1989 sieht vor, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, ihre Meinung in Bezug auf ihr Wohlergehen frei zu äußern – „die Stimme des Kindes“. Die Umsetzung verspricht der Menschenrechte für Kinder und Jugendliche (Young Bruehl 2012) zu verändern.

Die UN-Kinderrechtskonvention (1989) wurde von jedem Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen mit Ausnahme von Somalia und den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Doch was heißt das für Jugendliche? Artikel 12 unterstützt das Recht auf Teilhabe, aber seine Sprache ist unscharf. Hört die Fürsorge mit dem 18. Lebens-

jahr auf? Was geschieht mit schutzbedürftigen jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, immerhin ein wichtiger Abschnitt für die persönliche Entwicklung des Einzelnen? Ist dies eine Frage der sozialen Schicht? Trägt die Gesellschaft eine Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Jugendlichen in diesen komplexen und schwierigen Jahren des Übergangs? Viele sind über die traditionellen Interventionen der Jugendarbeit zwar hinaus, haben aber immer noch einen Bedarf an Fürsorge und Unterstützung. Dieser Bedarf an Fürsorge und Unterstützung stellt für die Jugendpolitik eine große Herausforderung dar. Unter Umständen ist in der Jugendarbeit und Sozialpolitik ein transformativer Wandel nötig, um auf die sich verändernden Bedürfnisse der Jugend einzugehen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Dieser Artikel hat versucht, das Leben junger Menschen in der urbanen Austerität zu kontextualisieren. Junge Menschen bilden zunehmend ein ‚Prekariat‘ an Bürgern, das am Rande der Gesellschaft lebt. Einige suchen die Revolte, um die Politik neu zu erfinden. Diese Rebellion wird von Erwachsenen oft als jugendliche Fantasie abgetan. Unserer Ansicht nach bedeutet ‚Generationismus‘ einen Realitätscheck für die Stärke von Erwachsenen. Er unterstreicht auch die Grenzen der Jugendpolitik und -arbeit sowie die Notwendigkeit eines transformativen Wandels in der Gesellschaft bei ihrem Engagement für die Jugend. Es gibt eine Reihe von zentralen Themen und Herausforderungen, mit denen sich die postmoderne Jugendpolitik als Basis für eine integrative Gesellschaft auseinandersetzen muss. Dabei handelt es sich um die Grundbedürfnisse von jungen Menschen, die wie folgt definiert werden können:

1. Staatsbürgerschaft, Rechte und Anerkennung,
2. Empowerment, Information und Unterstützung,
3. Würde, Schutz und Sicherheit.

Ohne diese Grundbedürfnisse werden junge Menschen zu einer prekären Klasse von Bürgern, die am Rande der urbanen Austerität leben. Jugendarbeit spielt eine Schlüsselrolle in diesem Transformationsprozess. Aber die Herausforderung ist, sich mit jungen Menschen zu befassen und mit ihnen in einen Dialog zu treten, der Anschluss an ihre soziale Realität findet.

LITERATUR

- Aries P. (1962), *Centuries of childhood*, Penguin, London.
- Barker C. (2008), *Cultural Studies – Theory and Practice*, Sage Publications, New York.
- Batsleer J. (2008), *Informal learning in youth work*, Sage, London.
- Beck U. (1992), *Risk society*, Sage, London.

- Collin M. (2007), *The time of the rebels: youth resistance movements and 21st century revolutions*, Serpent's Tail, London.
- Coussée F. (2009), "The relevance of youth work's history", in Verschelden G. Coussée F. Van de Walle T. and Williamson H. (eds) *The history of youth work in Europe and its relevance for youth policy today*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.
- Crook S., Pakulski, J. and Waters M. (1992), *Postmodernization: change in advanced society*, Sage, London.
- Davies B. (2005), "Youth work: a manifesto for our times", *Youth and Policy* No. 88, S. 7–27.
- Department of Education and Science (2003), *National youth work development plan 2003–2007*, Stationery Office, Dublin.
- Devlin M. and Gunning A. (2009), *The purpose and outcomes of youth work: report to the Youth Services Interagency Group*, Irish Youth Work Press, Dublin.
- Elias N. (1994), *The civilising process*, Blackwell, Oxford.
- Foster R. B. (2014), *Vivid faces: the revolutionary generation in Ireland 1890–1923*, Allen Lane, London.
- Friere P. (1972), *Pedagogy of the oppressed*, Penguin, Harmondsworth.
- Garland D. (2001), *The Culture of Control*, University Press, Oxford.
- Giddens A. (1991), *Modernity and self-identity*, Polity, Cambridge.
- Gilchrist R., Jeffs, T. and Spence J. (2003), *Architects of change: studies in the history of community and youth work*, The National Youth Agency, Leicester.
- Gilroy P. (2010), *Darker than blue: on the moral economies of Black Atlantic culture*, Harvard University Press, Cambridge MA.
- Gleick J. (2014), "Today's dead end kicks", *New York Review*, 18 December, S. 36–40.
- Harvey D. (2013), *Rebel cities: from the right to the city to the urban revolution*, Verso Books, London.
- Hurley L. and Treacy D. (1993), *Models of youth work: a sociological framework*, Irish Youth Work Press, Dublin.
- Jeffs T. and Smith M. (2008), "Valuing Youth Work", *Youth and Policy* No. 100, S. 277–302.
- Keane J. (2008), *Children and civil society*, seminar paper, Sydney University.
- Kiely E. (2009), "Irish youth work values: a critical appraisal", in Forde C., Kiely E. and Meade R. (eds), *Youth and community work in Ireland*, Blackwell Publications, Blackrock.
- Lowe K. (2012), *Savage continent: Europe in the aftermath of World War II*, Viking, London.
- Morgan M. and Kitching K. (2009), *Report on the Quality Standards Framework (QSF) evaluation*, available at: www.academia.edu/333931/Report_on_Quality_Standards_Framework_QSF_Evaluation.

- O'hAodain M. (2010), "The contemporary relevance of historical trends on youth work in Ireland", in Burgess P. and Hermann P. (eds), *Highways, crossroads and cul-de-sacs – Journeys into Irish youth & community work*, Europaischer Hochschuerverlag, Bremen.
- Parsons T. (1942), "Age and sex in the social structure of the United States", *American Sociological Review* No. 7, S. 604–616.
- Parsons T. (1963), "Youth in the Context of American Society", *Daedalus* No. 91, S. 97–123.
- Pinkney S. (2000), "Children as welfare subjects in restructured social policy", in Lewis G. et al. (eds), *Rethinking Social Policy*, Sage, London.
- Powell F., Geoghegan M., Scanlon M. and Swirak K. (2012), *Youth policy, civil society and the modern Irish state*, Manchester University Press, Manchester.
- Powell F. (2013), *The politics of civil society: big society and small government*, Policy Press, Bristol.
- Powell F. and Scanlon M. (2015), *Dark secrets of childhood: media power, child abuse and public scandals*, Policy Press, Bristol.
- Putnam R. (2000), *Bowling alone*, Simon Schuster, New York.
- Standing G. (2011), *The precariat: the new dangerous class*, Bloomsbury, London.
- Treacy D. (2009), "Irish youth work: exploring the potential for social change", in Forde C., Kiely E. and Meade R. (eds), *Youth and Community Work in Ireland*, Blackwell Publishing, Blackrock.
- Williamson H. (2013), "Radicalisation to Retreat: responses of the young to austerity Europe", *International Journal of Adolescence and Youth* No.19, S. 1–14.
- Young Bruehl E. (2012), *Childism: confronting prejudice against children*, Yale University Press, New Haven.

Kapitel 3

Von ganzheitlichen Bedürfnissen zu sektorübergreifenden Maßnahmen – Eine Analyse der sektorübergreifenden Jugendpolitik auf Basis einer wichtigen Dokumentation

Magda Nico

EINLEITUNG

Sich sicher, gesund und glücklich zu fühlen ist keine Sache der Magie und ist auch nicht unumkehrbar. Notwendig hierfür sind bestimmte Existenzbedingungen und ein Minimum an Wohlergehen, Selbstachtung und ein Gefühl der Erfüllung. Diese Bedingungen sind notwendig, aber nicht unbedingt hinreichend, um Glückseligkeit oder Selbstverwirklichung zu erreichen. Sie sind auf zahlreiche Lebenssphären verteilt und zumindest die meisten davon finden eine relative Entsprechung in Teilen der Jugendpolitik oder der Verwaltung, wie z. B. Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnungspolitik und Kultur.

Der ganzheitliche Lebensansatz wird nicht nur durch die Forschung gestützt, sondern auch durch die gemeinsame Definition von Gesundheit und ein vielschichtiges Verständnis von Wohlbefinden. Die 1948 von der Weltgesundheitsorganisation ausgegebene Definition von Gesundheit wird immer noch genutzt. Sie besagt, dass „Gesundheit [...] ein Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“ ist. Dies nähert sich an Definitionen von Wohlbefinden an, in denen sowohl

objektive Bestandteile (Aspekte wie die geographische/soziale Lage, das Haushaltseinkommen, die Armutsrate, Beschäftigungssituation, Lebensbedingungen, Gesundheitsstatus, Risikoverhalten und Gefährdung) als auch subjektive Bestandteile (einschließlich Zufriedenheit mit dem Einkommen, Nachbarschaft, die Qualität des schulischen Lebens, die Wahrnehmung der individuellen Beziehung zu den Eltern, zu Peers und anderen bedeutenden Menschen) erfasst werden. Objektive Aspekte können leichter in der Jugendpolitik oder Verwaltung berücksichtigt werden, während subjektive Aspekte zwangsläufig eher privater Natur sind und sich schwieriger in die Politik aufnehmen lassen, da sie „außerhalb der Reichweite der EU-Politik“ liegen (Sacareno, Olagnero und Torriani 2005: 5).

Die Jugendlichen selbst bestätigen diese vielschichtige und ganzheitliche Definition von Wohlbefinden. Sie sehen Wohlbefinden überwiegend als eine Kombination aus seelischem/philologischem, physischem und vor allem emotionalem und sozialem Wohlbefinden (Nico und Alves 2015: 15). Aber sie begreifen Wohlbefinden auch als komplex und unterscheiden es vom Glück. Wohlbefinden in diesem Sinn entspricht der Erreichung der grundlegenden objektiven und subjektiven Lebensbedingungen, während Glück auf einer höheren Ebene gesehen und gewöhnlich nur momentan oder stufenweise oder kumulativ erlebt wird. Wohlbefinden wäre somit eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Glück (Nico und Alves 2015: 16).

Somit ist ‚Erfolg‘ im Gegensatz zur Aussage von Oscar Wilde, keine Wissenschaft. Wenn man über die ‚Bedingungen‘ verfügt, erzielt man nicht automatisch ‚die Ergebnisse‘. Aber irgendwo muss man ja anfangen. Die Aufgabe der Jugendpolitik wäre dann sicherzustellen, dass der Ausgangspunkt für alle Jugendlichen in etwa derselbe ist. Sie soll die minimalen Grundvoraussetzungen für Jugendliche schaffen, damit Glück unabhängig von der sozialen Herkunft oder dem sozialen Hintergrund im Laufe des Lebens erreicht werden kann. In diesem Sinn ist es wichtig zu untersuchen, ob dieser ganzheitliche und vielschichtige Ansatz des Lebens durch die Verwendung, Verbreitung, Erreichung und Umsetzung des Konzepts der sektorübergreifenden Jugendpolitik unterstützt wird.

In diesem Beitrag möchte ich einen Überblick über vorliegende Informationen zur sektorübergreifenden und politikgestaltenden Kooperation geben, die auf Materialien beruhen, welche bei der Arbeit mit der EU, dem Europarat und spezifischen Ländern mit praktischer Erfahrung in der Zusammenarbeit mit anderen Politikbereichen entstanden sind. Zu diesem Zweck wurde für eine bestimmte Anzahl und Art von politikbezogenen Dokumenten eine thematische Inhaltsanalyse durchgeführt. Dabei konnte man einerseits die formale oder offizielle Bedeutung und die politische Anerkennung, die einige der großen europäischen Institutionen den sektorübergreifenden Merkmalen der Jugendpolitik zuteil werden lassen, auf der anderen Seite die Umsetzung der Querschnittspolitik im Jugendbereich auf nationaler Ebene analysieren. Dieser Beitrag folgt in seinem Aufbau diesen zwei Zielen und fasst eine frühere Veröffentlichung zur sektorübergreifenden Jugendpolitik (Nico 2014) zusammen.

1. METHODOLOGIE: MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Um dieses oben beschriebene Ziel zu erreichen wurde eine bestimmte Anzahl und Art an Dokumenten unter vielen Möglichkeiten ausgewählt. Mithilfe der Software Maxqda® wurden diese Dokumente dann einer thematischen Inhaltsanalyse unterzogen, was Folgendes ermöglichte:

1. Analyse der formalen Bedeutung und politischen Anerkennung sektorübergreifender Jugendpolitik durch einige der wichtigsten europäischen Institutionen. Ziel war es, Rückschlüsse auf die Bedeutung sektorübergreifender Jugendpolitik (CSYP, cross-sectoral youth policy) auf internationaler und europäischer Ebene zu ziehen. Die Analyse konzentrierte sich daher auf das vermehrte oder seltenere oder gleichbleibende Vorkommen der CSYP (Erwähnung bzw. Inhalt) in Schlüsseldokumenten, die von den Vereinten Nationen (hauptsächlich politische Dokumente) und von einigen bedeutenden europäischen Akteuren der Politik im Jugendbereich, wie unter anderem zum Beispiel dem Europäischen Jugendforum, dem Europarat und der Europäischen Kommission, erstellt wurden. Die für die Analyse des ‚Diskurses‘ ausgewählten und verwendeten Dokumente wurden ausschließlich von Institutionen (den wichtigsten Akteuren in diesem Bereich) veröffentlicht.

2. Analyse der Funktionsweise und der Umsetzung der CSYP auf nationaler Ebene. Wegen des beschränkten Zugangs sowie der sprachlichen und zeitlichen Einschränkungen war es nicht möglich, Dokumente der Jugendpolitik direkt zu analysieren. Zu den Dossiers, die in dieser (indirekten) Analyse verwendet wurden, gehören hauptsächlich die Prüfberichte zur Jugendpolitik [*youth policy reviews*], die vom Europarat veröffentlicht werden, genauer gesagt die Inhalte der typischerweise als Querschnittsthemen bezeichneten Aspekte und den in den Empfehlungen vorgestellten Themen.

Es ist jedoch festzustellen, dass diese Methodologie und die Auswahl der Dokumente einige Beschränkungen aufweisen:

- ▶ Zeit: Das Beobachtungsfenster musste aus praktischen und Effizienzgründen beschränkt sein. Alle Dokumente, die vor mehr als dreißig Jahren erstellt wurden, wurden in dieser Analyse nicht berücksichtigt. Die Schlussfolgerungen werden daher als ‚neuere‘ Trends und Entwicklungen bezeichnet.
- ▶ Inhalt: Zu den offiziellen Dokumenten gibt es direkten Zugang, die Analyse der Funktionsweise und Umsetzung der CSYP auf nationaler Ebene konnte jedoch leider nicht genauso durchgeführt werden. Vielmehr wurde sie über die Prüfberichte zur Jugendpolitik, die im Namen des Europarats veröffentlicht wurden, indirekt durchgeführt. Nur der *Inhalt* dieser Dokumente und nicht der Hintergrund der Herausgabe werden analysiert und berücksichtigt. Analysiert werden nicht die Prüfberichte an sich, sondern *die Verwendung von querschnittspolitischen Konzepten der CSYP* in diesen Prüfberichten. Die politischen Prüfberichte des Europarats werden somit als verfügbare Stellvertreter für die nationalen Jugendpolitiken verwendet.

- Vergleichbarkeit: Zwischen verschiedenen Ländern werden Vergleiche unter Vorbehalt gezogen, da die Dokumente nicht vollständig vergleichbar sind (unterschiedliches Erscheinungsjahr, Autor, politischer Hintergrund). Eine diachronische Analyse im engeren Sinn ist ebenfalls nicht möglich. Die Analyse der Entwicklung der Prüfberichte zur Jugendpolitik sowie des Hintergrunds und der zugrundeliegenden „Geschichte“ zu dieser Entwicklung sollten in diesen Beitrag nicht einfließen.

2. DER OFFIZIELLE DISKURS ÜBER DIE SEKTORÜBERGREIFENDE JUGENDPOLITIK (CSYP)

3.1. Die Vereinten Nationen

Seit den 1990er Jahren erkennen die Vereinten Nationen die Bedeutung „nationaler sektorübergreifender Jugendpolitik und -programme“ an und versuchen, die Entwicklung dieser Politik auf nationaler Ebene zu fördern. Ebenso entstand die Forderung nach mehr Studien, bei denen Good-Practice der CSYP auf nationaler Ebene beobachtet und identifiziert werden. Die Vereinten Nationen haben seit dem Internationalen Jugendjahr (1985) nationale „Jugendpolitik, die sektorübergreifend und integriert“ stattfindet, gefördert (UN 1999: 3) und als „prioritäres Jugendthema im 21. Jahrhundert“ zumindest seit 1999 anerkannt. Jedoch hat die Beachtung, die die UN dem sektorübergreifenden Ansatz geschenkt hat – hier gemessen an der Anzahl der Bezugnahmen auf die CSYP (selbst bei Nichtverwendung dieser spezifischen Terminologie) – signifikant über die Jahre abgenommen. Diese Abnahme wird kompensiert durch die höhere Beachtung, die dem Thema in der politischen Diskussion Europas zuteil wird, in ungefähr demselben Zeitraum.

Was den Inhalt betrifft, ist nachweisbar, dass die Bezüge auf die CSYP in den von den Vereinten Nationen veröffentlichten Dokumenten über die Jugend ziemlich vielseitig sind. Zunächst wird in Durchführungsberichten die Querschnittspolitik ziemlich anders verstanden als in den Beschlussdokumenten.

In den Beschlussdokumenten schwankt die Vorstellung einer CSYP zwischen zwei Bedeutungen. Die eine basiert auf der Kommunikation und der Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen (d.h. der Stimme der Jugendlichen) und der Politik – sichtbar in der Aussage „sektorübergreifende Jugendpolitik sollte die Übertragung von Verantwortung (Empowerment) und die volle und effektive Partizipation von Jugendlichen sowie ihre Rolle als eine Ressource und als unabhängige Entscheidungsträger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigen“ (UN 2002: 2). An anderer Stelle wird die Partizipation von Akteuren, wie z. B. „betroffenen Mitgliedstaaten, Organen der UN, spezialisierten Agenturen, regionalen Kommissionen sowie zwischen- und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere Jugendorganisationen, betont, um alles Mögliche zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms für die Jugend (*World Programme of Action for Youth – WPAY*) zu unternehmen. Hier steht die sektorübergreifende Jugendpolitik im Vordergrund, bei der eine Perspektive für die Jugend in alle relevanten Planungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird“ (UN 2004: 2). Auf der einen Seite bezieht man

sich also auf eine vertikale Kommunikationsstruktur – von unten nach oben – zwischen Regierungs- und Nichtregierungsbereichen, auf der anderen Seite auf eine horizontale Kommunikationsstruktur zwischen Regierungs- und Verwaltungsabteilungen, Gremien oder Behörden.

Diese Dichotomie steht im Mittelpunkt der begrifflichen Verwirrung über die exakte Definition der CSYP und was sie in der Folge sein sollte. Die zweite Bedeutung wird auch in diesem Beitrag verwendet. Aber diese Definition beinhaltet immer noch eine begriffliche Doppeldeutigkeit, denn unterschiedliche Umsetzungssysteme werden oft als wechselseitig äquivalent bezeichnet (wie z. B. Zusammenarbeit, Koordination, Kooperation usw.).

In den Durchführungsberichten, vor allen Dingen in den Berichten von 1997 und 1999, bemüht man sich sehr, die Idee zu verfechten und zu fördern, dass der Aufbau der Jugendpolitik einen sektorübergreifenden Ansatz haben muss. Jedoch setzt dieser an einer sehr ambitionierten Vorstellung an, in der beide oben beschriebenen unterschiedlichen Sichtweisen (horizontale und vertikale Kommunikation) integriert sind. Im Grunde wird die Idee vorgetragen, dass Jugendpolitik auf eine „mehrstufige und sektorübergreifende Basis“ gestellt werden sollte (UN 1997: 6) und daher „die Partizipation jugendbezogener Abteilungen und Ministerien, nationaler nichtstaatlicher Jugendorganisationen und des privaten Sektors“ einschließt. Die folgenden Durchführungsberichte sahen das Thema in einem eher geschlossenen Kreis und betonten hauptsächlich die Bedeutung „die Belange von Jugendlichen in einer multidisziplinären Perspektive anzusprechen, so dass integrierte und sektorübergreifende Interventionen der Politik möglich sind“ (UN 2001: 5) sowie die Unzulänglichkeit von sektoralen Konzepten angesichts der vielschichtigen Herausforderungen, denen Jugendliche ausgesetzt sind, und die „Verbesserung des Wohlbefindens von Jugendlichen unter ganzheitlichem Aspekt.“ (UN 2010: 13).

3.2. Der europäische Institutionendiskurs

Die folgende Analyse berücksichtigte die Schlüsseldokumente, die in den letzten zwei Jahrzehnten durch die wichtigsten Akteure in dem Bereich entstanden sind: unter anderem durch die Europäische Kommission, den Europarat und das Europäische Jugendforum. In einer Vergleichsanalyse zu den Begrifflichkeiten und Bedeutungen der CSYD können wir beobachten, dass ungeachtet der Einigkeit in der Fachwelt, der Aufbau der Jugendpolitik breit, multidimensional, ‚ganzheitlich‘, ‚integriert‘ und ‚sektorübergreifend‘ gefasst sein muss, sich die praktischen Begrifflichkeiten, die mit dieser Vorstellung verbunden sind, erheblich unterscheiden (Abb. 1). Während der Analyse wird klar, dass Jugendpolitik viel mehr ist als reine Jugendpolitik per se; sie muss zusammenarbeiten, kommunizieren, umfassen, integrieren bzw. ein Set kohärenter Pläne, Aktivitäten, Programme und Politik aufstellen. Oft können diese in der formalen oder gesetzlichen Verantwortung anderer politischer Bereiche liegen. Aber es wird auch klar, dass Zusammenarbeit, Kommunikation und Integration usw. als wechselseitig äquivalent behandelt werden, so dass sie gerade das Konzept der CSYP als selbstverständlich erachten und die Erwähnung einer Zusammenarbeit mit anderen Politikbereichen auf die Ebene

der Absicht, des Vorhabens und des Ziels begrenzen. Es wäre nützlicher, sie als eine Methode, einen Plan oder einen Prozess zu verwenden.

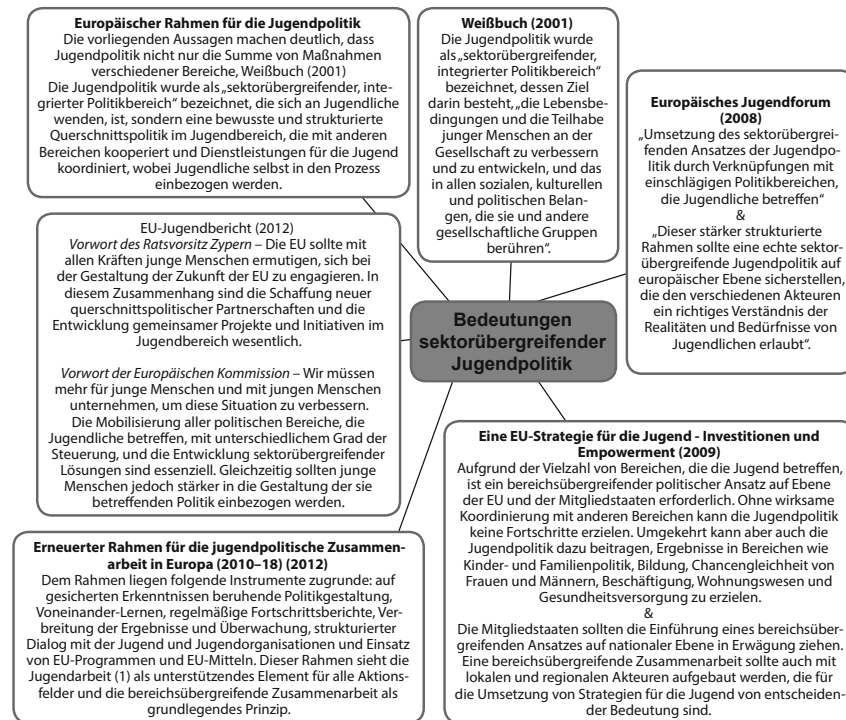
CSYP als ‚wichtig‘ und ‚natürlich‘: der Konsens

In allen Dokumenten und Aussagen zur CSYP wird ihre Bedeutung unterstrichen. Jedoch gibt es einige Dokumente, in denen dieses Konzept für die Definition dieser Querschnittpolitik kaum ausreicht. Der EU-Jugendbericht 2012 ist ein solcher Fall. Beschreibungen wie ‚wesentlich‘ oder ‚zentral‘ werden verwendet, um die „Schaffung neuer querschnittspolitischer Partnerschaften und die Entwicklung gemeinsamer Projekte und Initiativen im Jugendbereich“ (Vorsitz Zypern) und die Entwicklung ‚sektorübergreifender Lösungen‘ (Europäische Kommission) zu beschreiben. In anderen Dokumenten wird z. B. das sektorübergreifende Konzept als inhärentes Merkmal der Jugendpolitik verstanden, ein ‚Prinzip‘ oder etwas, das untrennbar zur Jugendpolitik dazugehört. In der Definition der Jugendpolitik aus dem Weißbuch 2001 ist dies z. B. der Fall: Hier wird Jugendpolitik als ‚sektorübergreifender, integrierter Politikbereich‘ bezeichnet, dessen Ziel darin bestehe, „die Lebensbedingungen und die Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft zu verbessern und zu entwickeln, und das in allen sozialen, kulturellen und politischen Belangen, die sie und andere gesellschaftliche Gruppen berühren“ (Europäische Kommission 2001: 73). Gleiches findet man im erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa, der ein Jahrzehnt später angibt, dass der „Rahmen [...] die Jugendarbeit als unterstützendes Element für alle Aktionsfelder und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit als grundlegendes Prinzip“ sieht (Europarat und Europäische Kommission 2012: 6).

Inhalt, Rolle und Ebenen einer CSYP: die Verwirrung

Die Bedeutung und die Art einer CSYP werden relativ direkt angesprochen; dies gilt jedoch nicht für den (i) Inhalt einer CSYP, (ii) die Rolle der Jugendpolitik in anderen Bereichen (sichtbar z. B. in der Aussage „eine strukturierte Querschnittpolitik im Jugendbereich, die mit anderen Bereichen kooperiert und Dienstleistungen für die Jugend koordiniert, wobei Jugendliche selbst in den Prozess einbezogen werden“ (Europäischer Rahmen für die Jugendpolitik) oder (iii) den Grad der Führung (sichtbar in Aussagen wie „sektorübergreifende Zusammenarbeit sollte zudem mit lokalen und regionalen Akteuren entwickelt werden.“ (Europäisches Jugendforum) oder „Die Mobilisierung aller politischen Bereiche, die Jugendliche betreffen, mit unterschiedlichem Grad der Steuerung, und die Entwicklung sektorübergreifender Lösungen sind essenziell“ der Europäischen Kommission im EU-Jugendbericht 2012).

Abb. 1: Bedeutungen der sektorübergreifenden Jugendpolitik in Schlüsseldokumenten



Aufstellung einer Kaleidoskop-Definition für ‚sektorübergreifende‘ Jugendpolitik: ein Vorschlag

Berücksichtigt man den heterogenen Charakter der Bedeutungen der CSYD in Schlüsseldokumenten, die von den wichtigsten Akteuren im Jugendbereich erstellt wurden, ergibt sich in der folgenden Tabelle ein Vorschlag, wie man die verschiedenen Paradigmen und Definitionen zusammenfassen, organisieren und voneinander abgrenzen kann. Es ist der Versuch, die Besonderheiten der unterschiedlichen Querschnittspolitik im Jugendbereich klassifiziert darzustellen. Die Identifikation der unterschiedlichen Paradigmen, die hinter der Heterogenität stecken, ist der erste Schritt bei der Bestimmung dessen, was funktionieren kann und unter welchen Bedingungen es funktionieren kann.

Tabelle 1: Aufstellung der Definitionen für ‚sektorübergreifende‘ Jugendpolitik

Der Bereich der CSYD	
CSYP als Prinzip	
Übergreifend	Jugend betrifft alle anderen Bereiche. Daher sollten „die für Jugendfragen zuständigen Minister ihrerseits [...] darauf achten, dass die Anliegen der Jugendlichen bei diesen anderen politischen Maßnahmen berücksichtigt werden [...]“ (Europäische Kommission 2001). Dies würde eine Art „Überwachung“ durch die Ministerien, die für Jugend zuständig sind, implizieren, was nicht mit der Position, die sie normalerweise innerhalb der formalen Hierarchie einnehmen, vereinbar ist. Nach diesem Prinzip gäbe es Informationen darüber, welche Bereiche für eine spezifische Politik und zu welchem Anlass auszuwählen sind und in welcher Dringlichkeit der übergreifende Ansatz durchgeführt würde.
Integriert	Jugend ist Teil eines Systems aus Wechselbeziehungen. Daher müssen Jugendpolitik und andere Politikbereiche sicherstellen, dass sie effektiv und kohärent nebeneinander bestehen können. Dies würde gegenseitige und regelmäßige Konsultationen beinhalten, um Überlappungen oder unzusammenhängende Ziele zu vermeiden. Diese Anhörungen erfordern, dass jeder Bereich oder jedes Büro darauf vorbereitet sein muss, regelmäßig die relevanten Informationen zu sammeln und aufzubereiten. Eine Politik, die dieses Prinzip zugrunde legt, ist extrem abhängig von den nationalen behördlichen Strukturen.
CSYP als Prozess mit festen Rollen	
Zusammenarbeit/ Kooperation	Jugend als gleichrangiger und gleichberechtigter Partner. In dieser Variante der CSYP sind die Beziehungen bilateral. Der Jugendbereich teilt „Informationen und Kompetenzen, Ziele und Zwecke und auch Ergebnisse“ mit jedem der anderen relevanten Bereiche (Motamed-Afshari 2014). Dies würde bedeuten, dass die Zusammenarbeit paarweise erfolgt, aber zersplittert ist, und das Potenzial für gemeinsame Lösungen könnte verloren gehen. Um dies zu vermeiden, wäre eine mögliche Lösung, eine „interministerielle Arbeitsgruppe als Teil der Struktur zur Entwicklung einer nationalen Jugendpolitik einzurichten“ (Denstad 2009).
Koordinierung	Jugend bestimmt den Weg der Jugendpolitik. Der Hauptunterschied zwischen dieser Vision einer CSYP und der vorherigen ist mit der Rolle verknüpft, die das Ministerium für Jugend einnehmen kann und möchte. Mit der richtigen Menge an Instrumenten und Ressourcen würden bilaterale Beziehungen in multilaterale umgewandelt.

Querschnittsthemen, ein Prozess mit flexiblen Rollen	
	Die Regel ist, dass es keine Regel gibt. Es ist schwierig zu bestimmen, in welche Kategorie die einzelnen Jugendthemen gehören. Aus diesem Grund können einige Themen gleichzeitig unterschiedlichen Bereichen und einige womöglich unberechtigt dem Jugendbereich alleine zugeordnet werden, obwohl sie andere Bereiche betreffen. Dies schwankt auch in den verschiedenen Ländern. Das ist einer der Gründe, warum jedes Thema verschiedene Attribute erhält, obwohl alle Jugendthemen von Natur aus schon ‚sektorübergreifend‘ sind: ▶ Vorkommen oder Bedeutung in einem Land, ▶ Dringlichkeit in einem Land oder einer Region, ▶ Abhängigkeit von guten Beziehungen zu anderen Regierungsbereichen, ▶ Abhängigkeit von der Arbeit mit und durch Nichtregierungsorganisationen, ▶ Verbände für Prävention, Intervention und Nachhaltigkeit, Möglichkeiten und Zwänge durch Partnerschaften. Dies würde eine Auflösung der Standards bei der Jugendpolitik auf nationaler Ebene bedeuten, die – aus europäischer Perspektive betrachtet – negativ beurteilt werden könnte. Aber es würde die Berücksichtigung folgender Aspekte sicherstellen: ▶ die behördliche Struktur jedes Landes, ▶ die Prioritäten jedes Landes, ▶ die Komplexität jedes Querschnittsthemas, ▶ die Berücksichtigung des wichtigsten, o.g. Prinzips, dass Jugendpolitik per se sektorübergreifend ist (in der Praxis aber auch sein muss).

3. DIE SUCHE NACH DEM ‚SEKTORÜBERGREIFENDEN‘ BEI DER ‚JUGENDPOLITIK‘

Um besser zu erfassen, wie die formale bzw. offizielle Bedeutung der CSYP bei Konzept, Prüfung, Beurteilung und Überwachung der Jugendpolitik berücksichtigt wurde, müssen andere Datenquellen analysiert werden. In den Prüfberichten zur Jugendpolitik kann man auf zweierlei Arten vorgehen. Zum einen kann man danach suchen, ob das Thema Querschnittsforschung in Dokumenten vorkommt, wie oft es erwähnt wird und wie übergreifend es im Vergleich zur Prüfung oder zum Bericht behandelt wird. Zu diesem Zweck wurden die Inhaltsverzeichnisse der Prüfberichte zur Jugendpolitik des Europarats durchsucht und analysiert, zudem wurde eine lexikalische Suche und Analyse für diese Dokumente durchgeführt. Die zweite Methode ist die Überprüfung des Inhalts an sich, d. h. die Art, wie die sektorübergreifende Jugendpolitik operativ beschrieben, dargelegt und klassifiziert wird und wie oft die Defizite beschrieben werden, die es diesbezüglich gibt.

4.1. Anwendung des Konzepts der ,sektorübergreifenden Jugendpolitik‘

Wenn man die Prüfberichte zur Jugendpolitik als Ganzes betrachtet (und zunächst einmal die Tatsache außer Acht lässt, dass sie sich auf unterschiedliche Länder beziehen, durch unterschiedliche Arbeitsgruppen verfasst und in unterschiedlichen Jahren erstellt wurden), können wir feststellen, dass die Themen als Dimensionen gesehen werden, die sich in ‚Bereiche‘ und ‚Themen‘ unterteilen. Die Kombinationen, die aus diesen Themen gebildet werden, sind recht variabel und reichen von einigen Fällen, bei denen keine Untereinteilung vorgenommen wird (wie im Falle des Prüfberichts aus Litauen (Breen et al. 2003), in dem die Themen einzeln vorgestellt werden und sich unter dem Dach ‚allgemeiner Themen‘ befinden) bis zu einigen Fällen, bei denen die verschiedenen ‚Themen‘ viel detaillierter ausgeführt werden (wie im Prüfbericht aus Moldawien (Vanhee et al. 2009), in dem die Jugendthemen in Kategorien wie ‚Essenziell‘, ‚Sonstige‘, ‚Übergreifend‘ und ‚Querschnittsthemen‘ eingeteilt werden.

Diese flexiblen Kombinationen bei den verwendeten Begrifflichkeiten zeugen nicht nur von den natürlichen und erwarteten Unterschieden zwischen den Themen, die in jedem Prüfbericht zur Jugendpolitik behandelt werden, sondern auch von einem gewissen fehlenden Konsens über die Begriffe an sich (als Folge der nationalen Besonderheiten und des nationalen Verständnisses). Diese fehlende Standardisierung in Konzept und Analyse könnte kontraproduktiv für den Austausch der bewährten Praktiken zwischen den Ländern (horizontale Vergleiche), für die Analyse der Wiederholung bestimmter Themen in einer bestimmten Zeitspanne (diachronische Vergleiche) und schließlich für die Entwicklung und die Umsetzung der sektorübergreifenden Jugendpolitik an sich sein. Ein gewisser Grad an Vergleichbarkeit der Konzepte wäre in diesem Zusammenhang vorteilhaft.

Es werden drei Arten von Themen berücksichtigt: (i) einzelne Themen, (ii) gemeinsame Themen, (iii) Querschnitts- bzw. übergreifende Themen. ‚Einzelne‘ bzw. autonom behandelte Jugendthemen sind bei den drei o.g. Arten von Themen in der Minderheit. Die wenigen einzeln behandelten Themen sind solche, bei denen eindeutig ein Konsens für die Priorität und die Aufmerksamkeit der Politik bestand. Zugrunde liegen hier die Wichtigkeit solcher Themen, wie z. B. Bildung und auch Beschäftigung, oder auch der Verweis auf den Kern und die Identität einer ‚Jugendpolitik‘ und ‚Jugendarbeit‘, wie im Fall des ‚informellen Lernens‘ (Abb. 2).

Abb. 2: Wortwolke der Begriffe, die im Zusammenhang mit einzelnen Jugendthemen verwendet werden



Die als ‚Querschnittsthemen‘ bzw. ‚übergreifend‘ bezeichneten Themen sind ebenso in der Minderheit. Es scheint keinen klaren Konsens darüber zu geben, was ein ‚Querschnittsthema‘ denn ist. Dies bekräftigt die frühere Schlussfolgerung, dass es zwischen den verschiedenen Ländern keinen terminologischen, konzeptuellen und analytischen Konsens gibt. Nichtsdestotrotz wird der Begriff ‚Querschnittsthemen‘ (Themen, Thematik oder Bereiche) in den letzten Jahren immer häufiger verwendet.

Die am häufigsten verwendete Themenart, auf die in den Prüfberichten zur Jugendpolitik Bezug genommen wird, sind die gemeinsamen bzw. kombinierten Themen (d. h. Themen, die in Inhaltsverzeichnissen als Begriffspaare oder Dreifachbegriffe aufgenommen wurden). Es ist die Gruppe an Themen, die ein größeres Spektrum umfassen und bei denen häufiger ein Konsens festgestellt werden kann. Es handelt sich vielleicht nicht um ‚Querschnittsthemen‘ durch ihre Benennung als solche, aber sie sind es durch ihre Art. Es sind Punkte, die oftmals im Verantwortungsbereich separater Verwaltungseinheiten stehen, wie z. B. Ministerien, die mit einem anderen Punkt oder anderen Themen eine bedeutungsvolle Wechselwirkung haben, so dass die diesbezüglichen Maßnahmen, Programme und die jeweilige Politik unbedingt von mehr als einem Bereich, einer Behörde oder Organisation geplant, gestaltet und umgesetzt werden muss. Schließlich sind sie Querschnittsthemen, weil sie gemeinsame, kombinierte oder überlappende Prozesse der Inklusion oder des Übergangs zum Erwachsenenendasein darstellen.

Einige Themen sind genau im Zentrum dieser Wechselwirkungen (Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Freizeit, Gerechtigkeit und Verbrechen, ebenso Partizipation, informelles Lernen und Bürgerschaft) und andere fungieren eher als ‚Satelliten-Themen‘. Zentrum und Peripherie, wie sie aus den Begriffen für gemeinsame Jugendthemen oder Fachgebiete in den Prüfberichten zur Jugendpolitik

Abb. 3: Wortwolke der Begriffe, die im Zusammenhang mit gemeinsamen Jugendthemen verwendet werden



CSYD ist ein unvermeidliches Thema in den entsprechenden nationalen Prüfberichten. Sie ist an sich ein Indikator für die Aufstellung und die Entwicklung einer Jugendpolitik. Aber welche internen und externen Probleme hat man identifiziert? Die Prüfberichte des Europarates zur nationalen Jugendpolitik geben hierzu einige sehr direkte Antworten:

- Perspectives on youth Volume 3 ▶ Seite 40**

2. fehlende Effizienz in bestehenden Strukturen, einschließlich:
 - ▶ fehlende Kommunikation,
 - ▶ fehlende Zusammenarbeit bzw. Koordination zwischen Abteilungen, Ministerien oder Behörden,
 - ▶ überlappende Verantwortlichkeiten und Geringschätzung der außerhalb des Jugendministeriums bzw. äquivalenter Institutionen oder anderweitig geleisteten Arbeit
3. Probleme, die mit der Struktur an sich assoziiert sind.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser Beitrag befürwortet eine klare, transparente, klassifizierbare, flexible, aber nachhaltige sektorübergreifende Jugendpolitik. Gleichzeitig wird jedoch ein kritischer Ansatz entwickelt, und es werden Dokumente und Praktiken analysiert, die auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene existieren. Hier kann man zwei Hauptschlussfolgerungen ziehen.

Wunsch nach einer formalen Definition

Nach Durchsicht der Beschluss- und Umsetzungsdokumente der UN bis hin zu den wichtigsten offiziellen Dokumenten, die von europäischen Institutionen veröffentlicht wurden, ist festzustellen, dass CSYD je nach Kontext, Dokument und Organisation unterschiedliche Dinge bedeutet.

1. In einigen Fällen bedeutet es vertikale Kommunikation (zwischen dem Ministerium für Jugend oder einer äquivalenten Institution und den Jugendlichen – nämlich durch Nichtregierungsorganisationen), in anderen bedeutet es horizontale Kommunikation (zwischen dem Ministerium für Jugend bzw. einer äquivalenten Institution und anderen Ministerien).

2. Selbst unter Zugrundelegung des zweiten Ansatzes (dessen Analyse hier der Vorzug gegeben wird) differiert die Idee einer ‚sektorübergreifenden‘ Jugendpolitik von ‚CSYD als Prinzip‘ bis hin zu ‚Jugendpolitik als ein System‘. Als Prinzip ist es unbestritten, aber dies allein reicht nicht aus. Es muss auch ‚funktionieren‘. Und als System gibt es ebenso viel Verwirrung in Bezug auf das Konzept. Sektorübergreifende Jugendpolitik kann Zusammenarbeit oder Koordination bedeuten, oder sie kann einfach erfolgreich die vielen Querschnittsthemen der Jugendpolitik behandeln. Die Zugrundelegung des letzten Konzepts – was in etwa in den Prüfberichten zur Jugendpolitik getan wird – würde eine Auflösung der Standards der Jugendpolitik auf nationaler Ebene bedeuten, aber es würde sicherstellen, dass die behördlichen Strukturen und Prioritäten der einzelnen Länder sowie die Komplexität der einzelnen Querschnittsthemen und die Fülle der verschiedenen, individuell erfahrenen, Hindernisse für soziale Eingliederung berücksichtigt werden.

Keine ‚grounded‘ Politik

In den Sozialwissenschaften ist eine ‚fundierte Theorie‘ [*grounded theory*] das Ergebnis eines induktiven Prozesses aus einer Masse an Daten. Direkt verwendet werden empirische Daten ohne (viele) theoretische Vorurteile oder (viel) theoretisches Wissen. Jugendpolitik kann nicht genauso vorgehen, obwohl es in vielen Fällen so aussieht. Die Analyse von Schlüsseldokumenten zeigte, dass der fehlende Konsens bei Konzept und Definition zu sektorübergreifenden Arbeitssystemen sich in der Praxis durch eine fehlende Organisation bei der Entwicklung der Jugendpolitik zeigt, wenn ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde gelegt wird. Denn neben der Problematik der reinen Definition gibt es auch Probleme in der Vergleichbarkeit, der Nachhaltigkeit, bei Wissen und Forschung.

Es braucht ein Gleichgewicht zwischen zwei kontraproduktiven Versuchungen: Bürokratisierung und Auflösung von Standards. Im Extremfall führt ersteres zu interministeriellen Arbeitsgruppen, die sich mit jedem spezifischen Problem beschäftigen, was die Jugendprobleme multipliziert und an ‚Satelliten‘-Gruppen auslagert, die nicht die Macht, die Ressourcen oder die Autonomie besitzen, um das Thema vollständig aufzubereiten. Auf der anderen Seite würde zweiteres jede Chance verbauen, Vergleichbarkeit, Beurteilung und Nachhaltigkeit zu erreichen.

LITERATUR

Breen P., Shiønnemann M., Nurse L., Azzopardi A., Lagree J., Lauritzen P. (2003), *Youth Policy in Lithuania*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

Council of the European Union and European Commission (2012), *Joint Report of the Council and the Commission on the implementation of the renewed framework for European co-operation in the youth field (EU Youth Strategy 2010–2018)*, 2012/C 394/03, European Commission, Luxembourg.

Denstad F. (2009), *Youth Policy Manual – How to develop a national youth strategy*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

European Commission (2001), White Paper on youth – “A new impetus for European youth”, European Commission of the European Union, Strasbourg.

European Commission (2009), “An EU Strategy for Youth: Investing and Empowering”, COM(2009)200, European Commission, Brussels.

European Commission (2012), *EU Youth Report*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

European Youth Forum (2008), *Key principles for the new framework for European cooperation in the youth field*, available at: www.youthforum.org/assets/2013/10/0781-08-FINAL_FutureEUyouthpolicy1.pdf.

Motamed-Afshari B. (2014), *Models and Instruments of Cross-sectorial youth policy (Good Practice)*, presentation available at <http://eapoyouth.eu/sites/default/files/doc->

uments/9_behrooz_models_and_instruments_of_cross_sectorial_youth_policy_cooperation_eng.pdf.

Nico M. (2014), *Life is cross-sectoral. Why wouldn't youth policy be? Overview of existing information on cross-sectoral youth policy in Europe*, Youth Partnership, Strasbourg.

Nico M. and Alves N. A. (2015), *WP4 National Report*, Measuring well-being project, Manchester.

Sacareno C., Olagnero M. and Torrioni P. (2005), *First European Quality of Life Survey: Families, work and social networks*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.

Siurala L. (2006), *A European framework for youth policy*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

United Nations (1997), "Implementation of the World Programme of Action for Youth, to the Year 2000 and Beyond", by the General Assembly, Economic and Social Council.

United Nations (1999), "Implementation of the World Programme of Action for Youth, to the Year 2000 and Beyond", by the General Assembly, Economic and Social Council.

United Nations (2001), "Implementation of the World Programme of Action for Youth, to the Year 2000 and Beyond", by the General Assembly, Economic and Social Council.

United Nations (2002), Resolutions of the General Assembly on policies and programmes involving youth.

United Nations (2004), Resolution 56/177 of the General Assembly on policies and programmes involving youth.

United Nations (2010), "Implementation of the World Programme of Action for Youth, to the Year 2000 and Beyond", by the General Assembly, Economic and Social Council.

Vanhee J., Härmäläinen A., Brandtner G., Titarenko L., Williamson H. (2010), *Youth Policy in Moldova*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

Kapitel 4

Der Entwurf einer nachhaltigen Zukunft

Beata Sochacka

„Wir möchten hervorheben, wie wichtig die aktive Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen ist, denn die Themen, mit denen wir uns gerade beschäftigen, haben großen Einfluss auf heutige und künftige Generationen und die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung ist unverzichtbar. Zudem haben wir die Notwendigkeit erkannt, den Dialog und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern, indem wir lernen, ihre Sichtweisen zu verstehen.“ (The Future We Want 2012)

Nachhaltige Entwicklung bedeutet ein Entwicklungsparadigma, das für alle Menschen dauerhaftes Wohlergehen schafft. Es „ist eine Entwicklung dahingehend, dass die Bedürfnisse der Gegenwart auf eine Weise erfüllt werden, die nicht die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, beeinträchtigt.“ (WCED 1987). Bei der Darstellung von Zukunftsszenarien, die sich aus unbegrenztem Wachstum ergeben, konzentriert sich das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung auf das Leid und das Elend zukünftiger Generationen, um moralischen Druck auf heutige Generationen auszuüben. Somit bildet das Konzept der Gerechtigkeit zwischen den Generationen das Herzstück der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, und junge Menschen spielen dabei eine entscheidende Rolle, denn sie sind die wichtigsten Interessengruppen und damit vielversprechende Betreiber des Wandels für eine bessere Zukunft.

JUGEND ALS WESENTLICHE INTERESSENVERTRETER FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Warum nachhaltige Entwicklung insbesondere im Interesse junger Menschen liegt

Es ist allgemein bekannt, dass die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die zunehmende Umweltverschmutzung eine Bedrohung für die Existenz und das Wohlergehen der heutigen Generationen darstellen. Aber wie stark sie die Ressourcen, die künftigen Generationen zum Überleben bleiben, verbrauchen, scheint weniger Aufmerksamkeit zu erhalten. Die fehlende Repräsentanz

dieser noch kommenden Generationen in den politischen Entscheidungsprozessen wird als ein Problem für die nachhaltige Entwicklung gesehen – diese fehlende Repräsentanz trägt nicht nur zu einer kurzfristigen (Ein-Generationen-)Perspektive in Bezug auf die Strategien für wirtschaftliches und soziales Wachstum bei, sondern weist auch auf einen Fehler in demokratischen Prozessen hin, in denen Entscheidungen ohne die Zustimmung derjenigen gefällt werden, auf die sie sich am wahrscheinlichsten auswirken. Wie können diese künftigen Generationen in die Diskussion miteingebracht werden, obwohl es sie noch gar nicht gibt? Die heutige Jugend scheint der greifbarste Interessenvertreter zu sein, da sie den größten Teil ihres Lebens unter den Bedingungen leben wird, die unter den jetzt getroffenen Entscheidungen geschaffen wurden. Einige störende Tendenzen, die jetzt zu beobachten sind, werden auch für Generationen, die noch in 20, 30 oder 50 Jahren leben, eine Herausforderung darstellen.

Der *World Youth Report 2010* (DESA 2010) bekräftigt, dass der Klimawandel eines der Probleme ist, vor dem künftige Generationen stehen werden: „Sich mit den Herausforderungen, die mit dem Klimawandel einhergehen, befassen und sich darauf einstellen, wird entscheidenden Einfluss auf die Zukunft der heutigen Jugend haben“. Diese Erkenntnis beruht auf der Prognose, dass die negativen Auswirkungen, die mit dem Klimawandel einhergehen, in den kommenden Jahren erheblich zunehmen werden, und auf der Annahme, dass die Regionen, die am stärksten von der Klimaveränderung betroffen sein werden, Regionen mit einem hohen Anteil an jungen Menschen sind. Es ist auch anzunehmen, dass der Klimawandel zusammen mit menschlichem Handeln zu einem Verlust der biologischen Vielfalt und einem Abbau der bereitgestellten Ökosystemdienstleistungen führt. Es sind die Jugendlichen von heute, die für die Kosten aufkommen, die entstehen, um die Vorteile, die die Natur bietet, zu ersetzen. Die Ökosystemdienstleistungen, die von Pollenbestäubern wie die Bienen zur Verfügung gestellt werden, werden sich möglicherweise aufgrund eines massiven Bienensterbens, dem sogenannten Colony Collapse Disorder, verringern. Und das ist nur ein Beispiel von Dienstleistungen, die durch den Einsatz neuer Technologien ersetzt werden müssen, zusammen mit den zusätzlichen Mitteln, die damit einhergehen. Wasserknappheit, die nicht nur durch den Klimawandel, sondern auch durch Wasserverschmutzung und der wachsenden Nachfrage verursacht wird, wird mit aller Wahrscheinlichkeit die Lebensqualität in Schwellenländern verringern und kann zudem zu Konflikten in anderen Teilen der Welt führen. Und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Unterschiede – und die damit einhergehenden sozialen und psychologischen Folgen, von denen bereits jetzt junge Menschen in vielen Regionen der Welt, einschließlich Europa, betroffen sind – machen eine Lösung der oben erwähnten Umweltprobleme mit Sicherheit nicht einfacher.

Generationengerechtigkeit – Inwieweit kann eine Umsetzung erfolgen?

Es besteht die Möglichkeit, diese Frage aus dem Blickwinkel von zwei Konzepten zu betrachten, die zum ersten Mal von Costanza und Daly (1992) auf den Weg gebracht und von Neumayer (2003) eingehender analysiert wurden – schwache und starke

Nachhaltigkeit. Obwohl sich diese Begriffe im Besonderen auf die Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung (Naturkapital) beziehen, können sie als illustrative Beispiele dafür dienen, wie Generationengerechtigkeit verstanden werden kann:

„Schwache Nachhaltigkeit basiert auf der Ansicht, dass für künftige Generationen nur der gesamtwirtschaftliche Bestand an ‚künstlichem‘ und ‚natürlichem‘ Kapital (und möglicherweise auch andere Formen von Kapital) ausschlaggebend ist, aber nicht das Naturkapital allein. Grob gesagt, für die schwache Nachhaltigkeit spielt es keine Rolle, ob die heutige Generation Naturkapital wie beispielsweise nicht erneuerbare Ressourcen erschöpft oder die Umwelt belastet, solange genug Maschinen, Straßen und Häfen sowie Schulen und Universitäten als Ausgleich geschaffen werden. (...) Da das Naturkapital bei der Produktion von Verbrauchsgütern und als direkter Energielieferant als im Wesentlichen substituierbar angesehen wird, nenne ich die schwache Nachhaltigkeit das ‚ersetzbare Paradigma‘. Im Gegensatz zur schwachen Nachhaltigkeit steht die starke Nachhaltigkeit. (...) Der wesentliche Aspekt der starken Nachhaltigkeit ist, dass das Naturkapital grundsätzlich nicht durch andere Kapitalformen ersetzbar ist. Ich nenne die starke Nachhaltigkeit daher das ‚nicht ersetzbare Paradigma‘.“ (Neumayer 2003: 1, 24)

Starke Nachhaltigkeit bedeutet, dass die Umwelt so weit wie möglich intakt bleiben sollte, weil das Naturkapital größtenteils nicht erneuerbar ist – dieses Vorsichtsprinzip begründet sich aus der Unsicherheit möglicher Folgen aus heutigen Handlungen. Um die Generationengerechtigkeit unter dem starken Nachhaltigkeitsparadigma sicherzustellen, sollten nicht erneuerbare Ressourcen niemals vollständig erschöpft werden. Schwache Nachhaltigkeit ist zwar nicht so starr, allerdings bleibt die Frage nach einem angemessenen Ausgleich sowie nach einer subjektiven Entscheidung der heutigen Generation, die Gefahr läuft, dass moderne Schätzungen hinsichtlich des Wertes dieses Kapitals voreingenommen und unzureichend sind. In der Praxis beinhaltet starke Nachhaltigkeit einen Konversationsansatz, der die Verluste durch den Erhalt der heute vorhandenen Ressourcen minimiert, während schwache Nachhaltigkeit deren Nutzung mit den zu erwartenden Vorteilen für künftige Generationen rechtfertigt.

Was die Konzepte der schwachen und starken Nachhaltigkeit kennzeichnet, ist dass eigentlich niemand untersucht hat, was künftige Generationen von heutigen Generationen an Handlungen erwarten würden – wir können uns vielleicht eine Situation vorstellen, in der bestimmte erschöpfte Naturkapitalien aus der Sicht künftiger Generationen als wertfrei angesehen werden können (z.B. Öl), während andere erschöpfte Naturkapitalien unter gewissen Umständen eindeutig nicht substituierbar sind (z.B. Wasser). Es gibt keine direkte, klare Lösung für das Problem der Repräsentativität künftiger Generationen, ähnlich verhält es sich beispielsweise mit dem Problem der Repräsentativität von Tieren. Das Problem wird in Angriff genommen, indem die jüngste lebende Generation in die Diskussion miteinbezogen wird, unter der Annahme, dass sie am besten im Namen der kommenden Generationen sprechen kann und in der Lage ist, ihre Sorgen und Bedenken vorzusehen. Da es im besten Interesse der heutigen Generation junger Leute ist, eine bessere Zukunft sicherzustellen, wird auch davon ausgegangen, dass sie ihre Entscheidungen nicht auf kurzfristig zu erreichende Ziele festlegen, die langfristig zu Verlusten führen können.

Wie Jugend durch das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung zu einem wichtigen sozialen Akteur wird

Die Interessen der künftigen Generationen geben auch Raum für Diskussionen über die Rolle junger Menschen bei der Bestimmung, in welcher Art Entwicklungspolitik vorzugehen soll, welche Maßnahmen zur Durchsetzung ergriffen werden und welche langfristigen Ziele für eine wünschenswerte Entwicklungspolitik festgelegt werden sollten. Anders gesagt, mit Generationengerechtigkeit als eines der grundlegenden Konzepte, auf denen das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung beruht, erkennt die Nachhaltigkeit Jugend als wichtigen Akteur in der Diskussion über den aktuellen und den zukünftigen Zustand der Welt und bietet Raum, um Sorgen und Erwartungen zu äußern. Es gilt, dass die heutigen Entscheidungsträger und Politiker für ihre langfristigen Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn ihre Wirkung nur spekulativ ist, und dass die jungen Menschen das Recht haben, diese Rechenschaftspflicht einzufordern.

Das Ideal einer Generationengerechtigkeit kann jungen Menschen Potenzial bieten, auch wenn dies noch etwas unklar erscheinen mag und Raum für Interpretationen lässt. Wie kann sichergestellt werden, dass bestimmte Handlungen nicht zur Erschöpfung von Ressourcen führen, die künftige Generationen nützlich finden? Ist es möglich, Maßnahmen zu bewerten, die für die Sicherung einer nachhaltigen Zukunft unternommen werden, und zweifellos zu bezeugen, dass die Zukunft, die dadurch geboten wird, besser sein wird als die Gegenwart? Gibt es eine Möglichkeit, eine Reihe von Regeln aufzustellen, die zu Handlungen für eine nachhaltige Zukunft führen würden? Und was vielleicht am wichtigsten ist, wie kann das Konzept der Generationengerechtigkeit tatsächlich die Stimme der jungen Menschen stärken und sie in die Diskussion über langfristige strategische Ziele miteinbeziehen? Auf der einen Seite bringt die Generationengerechtigkeit moralische Werte in die Diskussion zurück. Es geht nicht länger um unglückliche wirtschaftliche Gegebenheiten und ihre periodischen Zyklen unabhängig von menschlichen Einflüssen, wie es in der Diskussion über die Jugendarbeitslosigkeit der Fall ist. Generationengerechtigkeit dient als Erinnerung daran, dass strategische Entscheidungen Früchte tragen und negative Folgen mit Verzögerung eintreten können. Daher sollten frühere Entscheidungsträger für aktuelle Krisen haftbar gehalten und zur Rechenschaft gezogen werden. Andererseits werden wirtschaftliche Krisen gegenüber sozialen Krisen als Bedrohung für die gesamte menschliche Bevölkerung und nicht nur für vereinzelte gesellschaftliche Gruppen (beispielsweise nach Alter) wahrgenommen. Daher sollte es einfacher sein, gehört zu werden, wenn man über ein Thema von universellem Wert für jeden spricht, und nicht über ein Problem, das nur für wenige von Belang ist.

Eine Frage bleibt jedoch: Wie sorgen wir dafür, dass sich junge Menschen über eine nachhaltige Zukunft Gedanken machen, wenn sie mit den dringenden und drängenden Problemen der Gegenwart beschäftigt zu sein scheinen? Zukunftsszenarien zu entwerfen, ist eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen – es macht nicht nur die Zukunft weniger abstrakt und stärkt damit die Motivation sich Gedanken darüber zu machen, es schafft auch Raum für Diskussionen für andere soziale Gruppen und Akteure.

DER ENTWURF EINER ZUKUNFT

Eine Möglichkeit, junge Menschen als Akteure in die Nachhaltigkeitsdebatte mit einzubeziehen, ist den Raum und die Bedingungen zu schaffen, wo sie ihre Erwartungen und Ängste in Bezug auf die Zukunft äußern und besprechen können. Junge Menschen zu ermutigen, über verschiedene Zukunftsszenarien zu sprechen und Kriterien ihrer Bewertung festzulegen, ist nicht bloß ein Mittel, um Bedürfnisse und Interessen künftiger Generationen zu identifizieren; es ist auch nicht nur die Möglichkeit, eine gemeinsame Vorstellung von Entwicklung basierend auf dem Konsens der verschiedenen Akteure zu schaffen. Junge Menschen einzuladen, eine Zukunftsvision zu entwerfen, hat auch langfristige Auswirkungen auf deren Denkweise. Sie ist daher eine der Kernkompetenzen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu entwickeln versucht. Die Zukunftsvorstellung junger Menschen nur als eine pädagogische Tätigkeit zu betrachten, scheint ihre Bedeutung als Stimme in der Diskussion über die Entwicklung zu verringern und ihre Macht, die Entscheidungsfindung zu beeinflussen, in Frage zu stellen. Das ist fast so, als würde man behaupten, das vorrangige Ziel der Abstimmung bei den Wahlen ist es, die Bürger in Bezug auf demokratische Werte und Verfahren zu erziehen und sie erst in zweiter Linie dazu zu befähigen, an der Regierungsbildung teilzunehmen. Doch was eine nachhaltige Entwicklung auszeichnet, ist dass sie nicht auf eine bestimmte gemeinsame Vorstellung von der Zukunft abzielt, denn es liegt klar auf der Hand, dass alle Annahmen unsicher und nichts weiter als Wahrscheinlichkeiten einer Zukunftsprognose sind. Der Entwurf einer nachhaltigen Zukunft löst Diskussionen aus und wirft Fragen auf, hilft dabei, nicht nachhaltige Lösungen zu vermeiden, indem eher begründete Zweifel geäußert werden, anstatt vorgefertigte Richtlinien dafür aufzustellen, wie jedes aufkommende zukünftige Problem zu lösen ist. Oder anders gesagt, der Entwurf der Zukunft wird als eine öffentliche Debatte gesehen und nicht als eine Abstimmung.

Die zentrale Aufgabe, der dem Entwurf der Zukunft in Bezug auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung zukommt, wurde 2011 auf der von der UN-Kampagne geförderten Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro, Rio+20, hervorgehoben. Die Kampagne „The Future We Want“ war darauf ausgerichtet, „Menschen dazu aufzurufen, einen Entwurf darüber zu erstellen, wie Gesellschaften in allen Teilen der Welt eine Zukunft aufbauen können, die Wohlstand und Gerechtigkeit fördert und die Lebensqualität der Menschen verbessert, während die begrenzten Ressourcen unseres Planeten respektiert werden“. Die Ergebnisse dieser globalen Kampagne diente als Grundlage für das Dokument „*The Future We Want: Our Common Vision*“, das als Abschlussdokument der Rio+20 Konferenz verabschiedet wurde.

Die Fähigkeit, die Zukunft zu entwerfen, ist eine der Schlüsselkompetenzen, die die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung versucht zu entwickeln. Andere umfassen Systemdenken, kritisches Denken, Verantwortung und Führungsverhalten bei Transformation, Zusammenarbeit und beim Aufbau von Partnerschaften (Tilbury und Wortman 2004; UNECE 2011). Es wird argumentiert, dass eine angeleitete Reflexion über die Zukunft dabei helfen kann:

- ▶ Fragen über den aktuellen Zustand der Welt zu stellen, Probleme und Bereiche zu erkennen und zu identifizieren, die verbessert werden müssen,
- ▶ Treiber für den Wandel zu schaffen und vorhandene Motivation zu stärken,
- ▶ konkrete Ziele zu identifizieren und zu setzen, die als Sprungbrett auf dem Weg zur Erreichung eines optimalen Zustands dienen,
- ▶ eine Diskussion über verschiedene Vorstellungen der Zukunft anzuregen und zugrunde liegende Annahmen zu identifizieren, die die grundlegenden Unterschiede zwischen ihnen verursachen,
- ▶ die Folgen möglicher Handlungen und Entscheidungen (sowohl auf individueller als auch globaler Ebene) abzuwägen.

DER ENTWURF EINER NACHHALTIGEN ZUKUNFT – FALLSTRICKE VON NACHHALTIGEN UTOPIEN UND DYSTOPIEN

Bei all dem pädagogischen Nutzen, den die Diskussion über die verschiedenen Zukunftsszenarien bringen kann, können mögliche Fallstricke leicht übersehen werden. Kritiker des Paradigmas der nachhaltigen Entwicklung machen auf übermäßig optimistische oder pessimistische Prognosen, unklare und immaterielle Ziele, eine zurückhaltende Haltung hinsichtlich einiger dringender sozialer Probleme oder das Fehlen eines kohärenten Handlungsprogramms aufmerksam. Natürlich gibt es einige Tendenzen, die in den Diskussionen über eine nachhaltige Zukunft identifiziert werden und zu vereinfachten Vorstellungen führen können und damit zum Thema einer solchen Kritik werden.

1. Eschatologische Vision

Eine Vision, die die Entwicklung als unilinearen Prozess sieht, die entweder im ultimativen Glück (oder in einem anderen Status des optimalen Wohlbefindens) oder in einer Katastrophe endet. Alternativ ist auch ein Zustand absoluter Nachhaltigkeit als Ziel zu erreichen. Diese vereinfachte Vision der Zukunft lässt die Komplexität der Welt außen vor.

2. Kultivierter Hedonismus

Eine Vision, in der die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen das ultimative Ziel und der Selbstzweck ist. Die Umwelt wird aufgrund der Auswirkungen, die sie auf das Wohlergehen der Menschen hat, geschützt – das Angebot an schönen Orten, die ununterbrochene Versorgung mit Nahrungsmitteln und Ressourcen sowie gesunde Lebensräume, die ein langes Leben garantieren. Wenn Menschen ihr Verhalten anpassen, dann nur, weil eine Veränderung eine zusätzliche Verbesserung ihres Wohlergehens bietet (Fahrrad fahren beispielsweise ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch gesund und angesagt). Das Spannungsverhältnis

zwischen Lebensqualität und planetarischer Grenzen wird als eine Herausforderung verstanden, die gemeistert werden kann.

3. Krisenfreie Zone

Eine Vision, die auf der Annahme beruht, dass soziale und ökologische Krisen das Ergebnis von einigen Fehlentscheidungen (unzureichende Informationen) oder Handlungen sind, die durch moralisch verwerfliche Motive (Gier, persönlicher Gewinn usw.) motiviert wurden. Durch die Korrektur der in der Vergangenheit gemachten Fehler können Menschen somit Krisen in der Zukunft vermeiden. Diese Vision von der Zukunft basiert auf Negativen – der Fokus liegt auf Dingen, die es nicht mehr gibt, beispielsweise bestimmte Probleme wie Arbeitslosigkeit –, um einen Zustand vollkommener Sicherheit darzustellen. Oftmals ist sie nicht so sehr eine Vision der Zukunft, sondern eher eine Präsentation einer spezifischen Lösung für ein bestimmtes Problem.

4. Naive Sentimentalität

Eine Vision, die die Natur in ein romantisches Licht taucht und eine scharfe Trennung zwischen Natur (verbunden mit allem, was gut und gesund ist) und Zivilisation (verbunden mit allem, was schlecht und schädlich ist) macht. Anhänger dieser Vision übersehen Konflikte, die mit der Natur verbunden sind. Sie erkennen auch nicht an, dass die Unterscheidung zwischen Natur und Kultur ein menschliches Konstrukt ist.

5. Harmonisches Miteinander

Eine Vision, die eine Version der naiven Sentimentalität ist, aber die menschliche Natur romantisiert – Menschen werden verstanden als gleichermaßen interessiert an genau denselben Werten (wie beispielsweise Glück), die sie erreichen können, wenn sie starke individualistische Tendenzen überwinden. Die Idee der inneren (Authentizität) und äußeren (friedliches Miteinander aller Menschen) Harmonie wird auch auf die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und der Natur projiziert. Das Konzept der Balance spielt oft eine wichtige Rolle in dieser besonderen Vision der Zukunft – die Erreichung eines Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Elementen (z.B. Ausmaße der nachhaltigen Entwicklung) oder die Einigung auf einen Kompromiss (was als ein Gleichgewicht zwischen den Interessen beider Seiten verstanden wird) löst jedes Problem, das entstehen kann.

6. Patentlösung

Eine Vision, die anerkennt, dass Probleme in der Zukunft auftreten könnten, für die es aber immer eine Lösungsmöglichkeit gibt. Patentlösungen können Technologie („technologische Fortschritte werden uns dabei helfen, das Hungerproblem zu lösen“), Bildung („Sensibilisierung wird die Kriminalitätsrate senken“) oder politi-

sche Regelungen (neue Gesetze stoppen die Landverödung) umfassen. Lösungen, die für unterschiedliche Probleme vorgeschlagen werden, sind nicht unbedingt falsch – ganz im Gegenteil, sie sind in der Regel effektiv. Was allerdings typisch für diese Art von Vision für die Zukunft ist, ist die Überschätzung der Rolle eines einzelnen Faktors bei der Lösung komplexer Probleme. Alternativ besagt diese Version der Zukunft, dass es einen einzigen Betreiber des Wandels gibt (eine bestimmte soziale Gruppe), der das Paradigma der Entwicklung verändern und die Form, die es haben soll, bestimmt. Eine solche spezifische Gruppe könnte sich beispielsweise aus jungen Menschen zusammensetzen, was im Folgenden Diskussionsthema ist.

JUGEND ALS BETREIBER DES WANDELS FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Die Identifizierung junger Menschen als Hauptbeteiligte an einer nachhaltigen Zukunft könnte den Eindruck vermitteln, dass sie auch dazu verpflichtet sind, deren Betreiber des Wandels zu sein. Diese Betrachtungsweise könnte man in den irreführenden Tendenzen, die im vorangegangenen Abschnitt besprochen wurden, auflisten, da sie in ein bestimmtes vereinfachtes Zukunftsszenario passen. Das heißt nicht, dass junge Menschen nicht Betreiber des Wandels für eine nachhaltige Entwicklung werden können, aber es bedeutet, nicht vorschnell übermäßig optimistische Visionen anzunehmen, in denen keine anderen Bedingungen erfüllt werden müssen, ehe junge Menschen diese Aufgabe übernehmen.

Bevor junge Menschen die wichtigsten gesellschaftlichen Akteure im sozialen Wandel werden, was unserer Meinung nach wünschenswert wäre, könnte es von Bedeutung sein, die folgenden Fragen zu berücksichtigen.

1. Welche Veränderungen gehen in der Gesellschaft vonstatten? Wenn überhaupt wird eine wichtige soziale Veränderung selten einen einzigen Faktor induziert. Obwohl eine bestimmte Gruppe, einen latent vorhandenen Konflikt auslösen oder solche Spannungen verbalisieren kann, sollte ihre Rolle weder über- noch unterschätzt und nicht ohne entsprechenden Kontext dargestellt werden. Günstige Bedingungen würden in der Regel die Haltung der anderen Gruppen (sowohl gegensätzlich als auch sympathisierend) und das Umfeld der Gruppe (wirtschaftlich, politisch, sozial, physisch) berücksichtigen:

2. Wer fällt in die Kategorie, die wir als „junge Menschen“ bezeichnen? Eine Sache, die es gilt zu betrachten, ist, wie wir zwischen Personen, die als junge Menschen bezeichnet werden können und denen, die nicht in diese Gruppierung fallen unterscheiden (Welches Alter legen wir fest? Wie können wir uns auf historische und geographische Unterschiede im Lebensstil einstellen?). Aber noch wichtiger ist, wie sich junge Menschen selbst definieren. Sehen sie sich selbst als eigene soziale Gruppe? Können junge Menschen eine soziale Bewegung bilden?

3. Ist eine nachhaltige Zukunft wirklich im Interesse junger Menschen? Wenn wir über junge Menschen sprechen, sprechen wir über Mitglieder unterschiedlicher sozialer Schichten, die verschiedene Nationen, Traditionen und Lebensweisen repräsentieren und die vor allem aber unterschiedliche Prioritäten haben. Nachhaltige

Entwicklung und deren Bedeutung für das Management von Naturkapitalien und die soziale Sicherheit können tatsächlich die wirtschaftlichen Förderungschancen einiger Gruppen beeinträchtigen. Auf individueller Ebene können Handlungen auf der Basis des persönlichen Zugewinns eine effektive Gewinnstrategie sein, unter der Voraussetzung, dass jeder das Gleiche macht.

4. Sind junge Menschen bereit, die Aufgabe des Betreibers des Wandels für eine nachhaltige Entwicklung zu übernehmen? In diesen Krisenzeiten können junge Menschen tatsächlich auf die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben verzichten und darauf warten, dass sich die Situation verbessert. Notsituationen (Arbeitslosigkeit, fehlende Sicherheit) produzieren nicht unbedingt sozialen und politischen Aktivismus, noch fordern sie dazu auf, aus einer langfristigen Perspektive zu denken. Anders gesagt, auch wenn eine nachhaltige Zukunft im besten Interesse der jungen Menschen von heute ist, sind sie möglicherweise nicht bereit, eine führende Rolle bei Veränderungen zu übernehmen.

5. Können junge Menschen unter den aktuellen Umständen Einfluss auf die Zukunft haben? Hören politische Entscheidungsträger ihre Forderungen und berücksichtigen sie die Meinung der jungen Menschen? Welche politischen Werkzeuge haben junge Menschen, um auf die bestehende Politik und vorhandene Geschäftspraktiken Einfluss zu nehmen? Es hat den Anschein, dass die aktuelle Situation für junge Menschen besonders nachteilig ist. Die Krise hat junge Menschen im Vergleich zur Situation im vergangenen Jahrhundert möglicherweise entmachtet.

Diese abschließenden Ausführungen über die Fähigkeit junger Menschen, Veränderungen zu beeinflussen, sollen keineswegs den Glauben an die transformierende Kraft alternativer Zukunftsentwürfe diskreditieren. Vielmehr sollte dies ein Hinweis sein auf die Komplexität der Zusammenhänge zwischen jungen Menschen und der Nachhaltigkeit sowie auf die Notwendigkeit einen nüchternen Blick auf die Perspektiven der Einbeziehung junger Menschen in die Schaffung einer nachhaltigen Zukunft zu werfen. Junge Menschen können die wichtigsten Akteure für eine nachhaltige Zukunft sein. Sie könnten sich bereit erklären, mit ihren Zukunftsvisionen einen Beitrag zu leisten. Allerdings erfordert ihr aktives Engagement möglicherweise den Aufbau eines günstigeren Umfelds für den Dialog zwischen den Generationen zum Thema Nachhaltigkeit.

LITERATUR

Bouwer H. (2000), "Integrated water management: emerging issues and challenges", *Agricultural water management* 45(3), S. 217–228.

Burkhard B., Petrosillo I. and Costanza R. (2010), "Ecosystem services – Bridging ecology, economy and social sciences", *Ecological Complexity* 7(3), S. 257–259.

Costanza R. and Daly H. E. (1992), "Natural capital and sustainable development", *Conservation biology* 6(1), S. 37–46.

Costanza R., Groot R. (de), Sutton P., Ploeg S. (van der), Anderson S. J., Kubiszewski I. and Turner R. K. (2014), "Changes in the global value of ecosystem services", *Global Environmental Change* 26, S. 152–158.

DESA (2010), "World Youth Report: youth and climate change", United Nations.

Kronenberg J. and Bergier T. (2010), *Challenges of sustainable development in Poland*, Fundacja Sendzimira.

Neumayer E. (2003), *Weak versus strong sustainability: exploring the limits of two opposing paradigms*, Edward Elgar Publishing Inc., Northampton MA.

Tilbury D. and Wortman D. (2004), *Engaging People in Sustainability*, IUCN, Gland, Switzerland.

UNECE Steering Committee on Education for Sustainable Development (2011), Learning for the Future: Competences in Education for Sustainable Development; ECE/CEP/AC.13/2011/6.

United Nations General Assembly (2012), "The future we want", Resolution A/RES/66/288, S. 9.

WCED (World Commission on Environment and Development) (1987), *Our common future*, Oxford University Press, Oxford, S. 43.

White R. (2011), "Climate change, uncertain futures and the sociology of youth", *Youth Studies Australia* 30(3), S. 13.

Kapitel 5

Junge Menschen im Wandel: Chancen und Optionen – Globale demografische und soziale Herausforderungen

Dr. Dragana Avramov

EINLEITUNG

Wenn es um die Frage geht, ‚Wie gesund ist die Gegenwart und die Zukunft in Europa?‘ nehme ich als Ausgangspunkte sowohl den soziodemografischen Wandel auf Makroebene, basierend auf der Logik der Weltsystemtheorie (z. B. Wallerstein 1974), als auch die Analyse der Lebensereignisse auf der Ebene des Individuums, bei der es um Trends und die Fähigkeiten des Einzelnen geht und darum, wie Menschen im Zusammenhang mit den Übergängen im Lebensverlauf Entscheidungen treffen. Diese beiden Betrachtungsweisen zu kombinieren ist vor allem angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise und der Politik auf Sparkurs, einer galoppierenden Globalisierung und der globalen demografischen und ökologischen Herausforderungen von Bedeutung.

Der Wandel junger Menschen hat in erster Linie mit den kritischen Veränderungen im Laufe des Lebens zu tun: Übergang von einer Ausbildungsstufe in die nächste, Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben, Übergang von der elterlichen Obhut (und dem Leben im Elternhaus) hin zu einem unabhängigen Leben oder einem eigenen Familienleben – alle diese Phasen zunehmend in Kombination mit grenzüberschreitender Mobilität.

Die Übergänge junger Menschen vollziehen sich nicht nur vor dem Hintergrund des individuellen und biosozialen Wachstums und der Entwicklungsprozesse, sondern sie sind auch sehr stark durch gesellschaftliche Prozesse bedingt, die einer demografischen, kulturellen und sozioökonomischen Dynamik folgen. Daher möchte ich, bevor ich mich den individuellen Lebensereignissen zuwende, auf

einige gesellschaftliche Entwicklungen eingehen, vor allem in demografischer Hinsicht. Diese erklären ein wenig einige Herausforderungen und Chancen, denen junge Menschen wahrscheinlich begegnen.

DEMOGRAFISCHE DYNAMIK

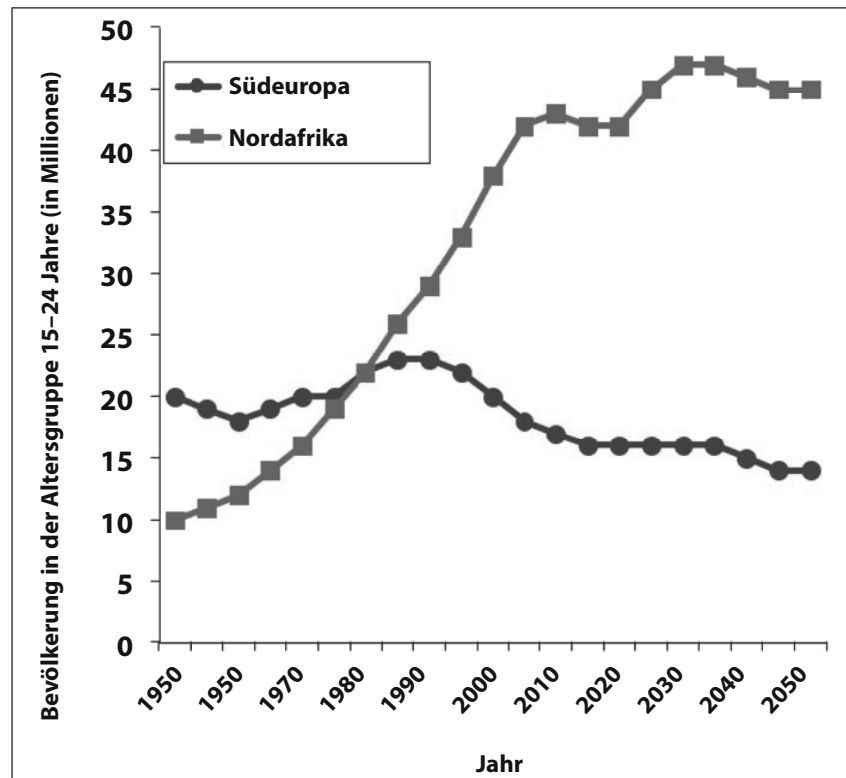
Junge Menschen als Altersgruppe

Alter ist ein biosoziales Phänomen, das von den biologischen Prozessen und den Lebensbedingungen und Normen abhängt, durch die verschiedene Altersgruppen voneinander abgegrenzt werden (z.B. Cliquet 2010), auch wenn das Alter für einige Autorinnen und Autoren vornehmlich ein historisch und kulturell gewachsenes, institutionalisiertes und kontrolliertes Phänomen ist (z.B. Wyn und White 1997, Côté und Allahar 2006).

Unter Jugend versteht man im allgemeinen die Zeitspanne zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenalter, aber es gibt verschiedene Interpretationen zu dieser Altersgruppe. EUROSTAT definiert z.B. im Bericht „Youth in Europe“ junge Menschen als Altersgruppe zwischen 15 und 29 Jahren. In Europa macht diese Altersgruppe ca. 20 % der Gesamtbevölkerung aus.

In den nächsten Jahrzehnten wird in Gesamteuropa die Bevölkerung der Altersgruppe zwischen 15 und 29 Jahren allmählich abnehmen, während sie in den umliegenden Regionen stark ansteigen wird (siehe z.B. die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in der Altersgruppe 20–29 Jahre in Südeuropa und Nordafrika in Abb. 1).

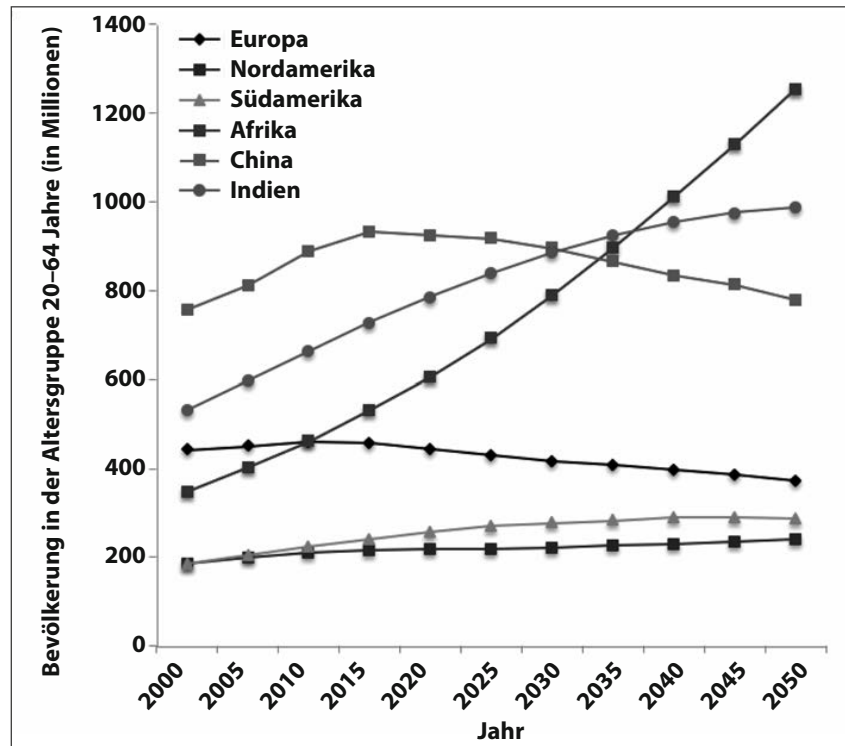
Abb. 1: Bevölkerung 20–29 Jahre in Nordafrika und Südeuropa (UN 2012, Szenario Mittlere Variante)



Weniger Arbeitskräfte

Als Folge der demografischen Entwicklung in der Vergangenheit – das Aussterben der Baby-Boom-Generation aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die anhaltend geringe Geburtenrate unterhalb des Reproduktionsniveaus – wird Europa in den nächsten Jahrzehnten einen allmählichen Rückgang seiner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erleben (siehe z. B. die Bevölkerungsprognose für die Altersgruppe 20–64 Jahre in Abb. 2), es sei denn, es gäbe einen (unwahrscheinlichen) Anstieg der Geburtenrate oder eine hohe Immigrationsrate. Die Prognosen für Europa stehen in scharfem Kontrast zu den Entwicklungen z. B. in Afrika oder in Indien.

Abb. 2: Bevölkerungsprognose für die Altersgruppe 20–64 Jahre in ausgewählten Regionen der Welt (UN, 2012)



In einigen Bereichen der Wissenschaft und der Politik sorgt die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter für Besorgnis, da man einen Arbeitskräftemangel befürchtet. Andere hingegen sehen in der Situation eine Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit - insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit - entgegenzuwirken, da die derzeitigen Arbeitskräftereserven aus der nicht in Beschäftigung stehenden Bevölkerung diese kompensieren. Wie dem auch sei, die Zukunft wird wahrscheinlich komplexer sein, als diese Erwartungen nahelegen. Das Verhältnis zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitslosigkeit steht dabei nicht unbedingt in direkter Beziehung. Das zunehmende Konzentration der Arbeitslosigkeit bei gering qualifizierten Menschen mit einem geringeren Bildungsgrad ist ein Indikator dafür, dass in einer Gesellschaft mit hohem technischen Fortschritt Arbeitskräftemangel und Erwerbslosigkeit in einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gleichzeitig existieren kann (Blanchet und Marchand 1991).

Der zu erwartende Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter könnte einige gesellschaftliche Vorteile mit sich bringen, wie z.B. die Anpassung der Arbeitsorganisation mit mehr Flexibilität, die Ausweitung der beruflichen Möglichkeiten für Frauen, die Erwerbstätigkeit älterer Menschen usw. Angesichts der ohnehin zu hohen Belastung auf die begrenzten natürlichen Ressourcen und

Ökosysteme der Welt könnte eine schrumpfende Bevölkerung insgesamt auf dem dicht bevölkerten und verbrauchsintensiven europäischen Kontinent eine Entlastung sein (Meadows et al. 2004; Ehrlich und Ehrlich 2008; Cliquet und Avramov, in Kürze erscheinend). Aber diese Perspektiven haben auch einen Preis.

Steigender Altersquotient

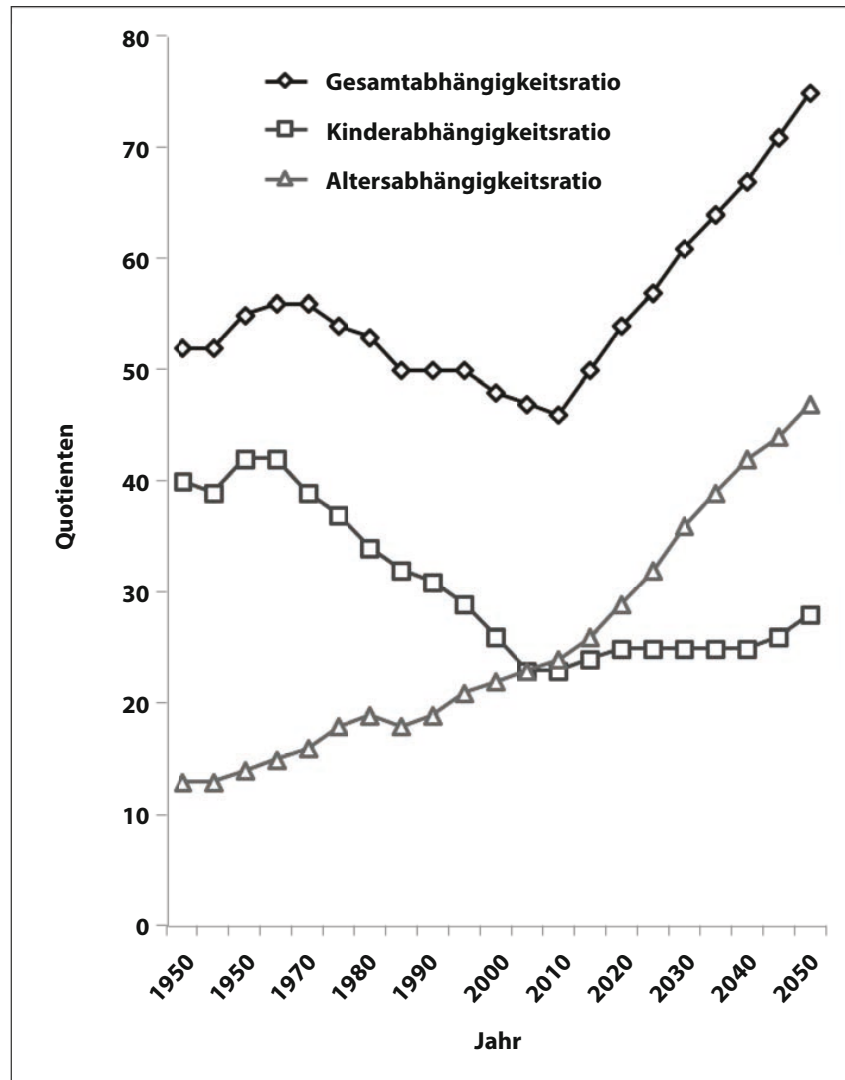
Die Modernisierung geht Hand in Hand mit einer deutlich alternden Bevölkerung, sowohl absolut als auch relativ gesehen. Die Gründe für dieses Phänomen sind hinlänglich bekannt: eine höhere Lebenserwartung und eine geringere Geburtenrate.

Die oft gehörten Klagen vor allem aus den politischen Reihen über die zerstörerischen gesellschaftlichen Konsequenzen einer Überalterung sind im Grunde genommen skurril, weil moderne Gesellschaften alles daran setzen, die Lebenserwartung zu erhöhen und offensichtlich ganz gesund sind (Avramov und Cliquet 2005).

Jedoch führt eine überalternde Bevölkerung zu höheren Kosten bei den Renten, im Gesundheitssystem und bei der Pflege älterer Menschen. Eine höhere Anzahl von Menschen, die von diesen Leistungen abhängig sind, bedeutet auch eine höhere finanzielle und pflegerische Belastung für die aktive Bevölkerung. Bereits Mitte der 1970er Jahre schätzte die Wirtschaftskommission für Europa, dass die von der öffentlichen Hand getragenen Kosten für die Pflege eines älteren Menschen im Vergleich zu den Kosten für ein unterhaltsberechtigtes Kind dreimal so hoch sind. Abb. 3 zeigt, dass der Altersquotient in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist und in der nahen Zukunft noch weiter steigen wird. Es ist ein Trend, an den sich moderne Gesellschaften mit einer Vielzahl an politischen Maßnahmen anpassen muss. Und es ist ein Phänomen, dass junge Menschen unbedingt verstehen müssen, damit sie sich auf Anpassungen in ihrem Erwachsenenleben und in ihrem Verhalten gegenüber Senioren sowie in ihrem eigenen Leben im Alter vorbereiten können.

Hinsichtlich der demografischen Prozesse werden Ungleichheiten bei den Lebenschancen zwischen den Generationen (siehe Abb. 3) und zwischen Bevölkerungen unterschiedlicher Länder (siehe Abb. 4) weiter bestehen bleiben, da sie zum Teil in die Demografie eingebettet sind.

Abb. 3: Abhängigkeitsquotienten Europa (UN 2012)

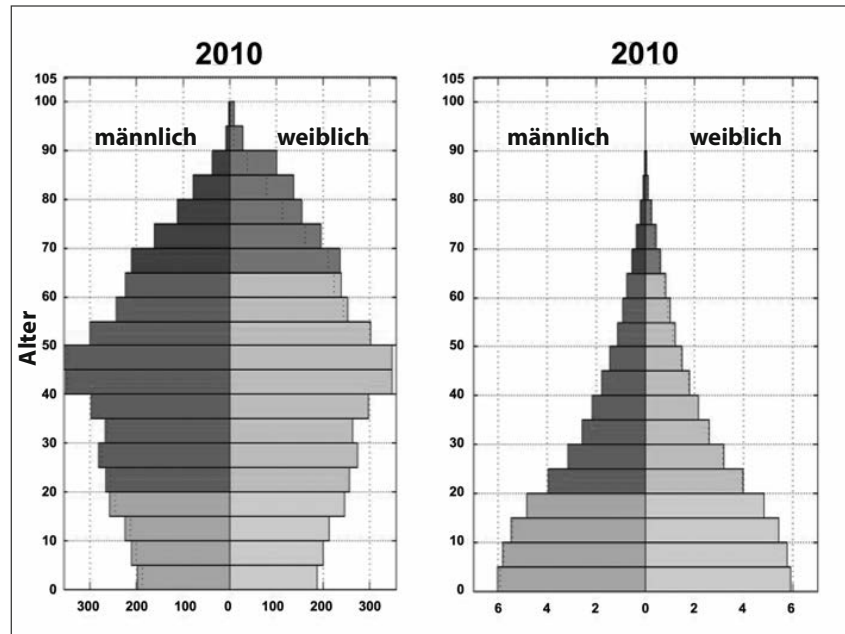


Legende:

„Kinderabhängigkeitsratio“ ist der Quotient der Bevölkerung 0–14 Jahre im Vergleich zur Bevölkerung 15–64 Jahre

„Altersabhängigkeitsratio“ ist der Quotient der Bevölkerung ab 65 Jahre im Vergleich zur Bevölkerung 15–64 Jahre

Abb. 4: Bevölkerungspyramiden Österreich und Äthiopien, 2010 (UN)



Bevölkerung von Österreich in Tausend Bevölkerung von Äthiopien in Millionen

Immigration, eine Wunderlösung?

Die Zukunft der jungen Bevölkerung in Europa und ihr Übergang zum Erwachsenenleben wird auch durch die Immigrationspolitik der europäischen Länder beeinflusst werden: Eine große Anzahl an Immigranten, die normalerweise der jüngeren Erwachsenengruppe angehören, können den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Massive Immigration aus Ländern mit anderen Kulturen und Religionen, in denen universell anerkannte Rechte – einschließlich der Meinungs- und Weltanschauungsfreiheit, Geschlechtergleichstellung, individueller Möglichkeiten (Rechte) durch die Emanzipation sowie der demokratischen Entscheidungsfindung – weitreichend fehlen oder gar nicht existieren, kann gruppeninterne oder -übergreifende Konflikte verschärfen oder fundamentale Werte bedrohen, die in europäischen Ländern allgemein anerkannt sind (Avramov and Cliquet 2005).

Es gibt keine Zweifel daran, dass Europa in den nächsten Jahrzehnten immer stärker mit den Problemen einer hohen Immigration aus Ländern Afrikas und Asiens mit beträchtlichem demografischen und wirtschaftlichen Ungleichgewicht und aus den Krisenregionen konfrontiert sein wird.

Einige europäische Politiker glauben, dass Immigration eine Wunderlösung für die bestehende oder erwartete Überalterung der Bevölkerung und den Bevölkerungsrückgang ist. Wenngleich es stimmt, dass Massimmigration schnell den

Verlust der Bevölkerungsanzahl kompensieren kann (auch wenn hierdurch viele andere gesellschaftliche Probleme provoziert werden), haben Demografen schon lange gezeigt, dass Masseneinwanderung langfristig gesehen scheinbar keine erhebliche Auswirkung auf die Altersstruktur der Bevölkerung hat (z. B. Blanchet 1988; Espenshade 1987; Lesthaeghe et al. 1988; Steinmann 1991; Prinz und Lutz 1993). Die „Ersatz-Migration“ (siehe UN 2000) ist keine adäquate, langfristige Lösung für Gesellschaften mit demografischer Überalterung (z. B. Coleman 1992; Feld 2000; Avramov und Cliquet 2005).

Jüngere Generationen müssen sich in Zukunft mit der Einwanderungspolitik eingehender befassen als das frühere Generationen taten und dabei nicht nur das verfügbare Wissen zu den längerfristigen demografischen und sozialen Auswirkungen der Migration aus der Wissenschaft berücksichtigen, sondern gleichzeitig anerkennen, dass die unausweichliche weitere Globalisierung der menschlichen Aktivitäten in diversen Bereichen wie z. B. Handel, wissenschaftliche Forschung, Tourismus und Politik ein höheres Maß an Mobilität zwischen den Ländern und Kontinenten erfordert. In einer umfassenden und multidimensional aufgestellten Politik muss selektive Migration einen Platz haben, doch ist eine Migrationspolitik unter diesem Aspekt eine ganz andere im Vergleich zu der Politik, bei der eine überalternde oder schrumpfende Bevölkerung nur durch massive Einwanderung kompensiert wird. Eine effiziente Einwanderungspolitik erfordert eine gut vorbereitete und facettenreiche Integrations- und Eingliederungspolitik, um zu vermeiden, dass sich die neuen Einwanderer in Minderheitenghettos mit Menschen aus niedriger sozioökonomischer Schicht mit eingeschränkten Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und höherem Risiko einer sozialen Ausgrenzung abschnitten.

ÄNDERUNGEN IM LEBENSVERLAUF

Ein charakteristisches Merkmal der Moderne, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, ist die Verlängerung der Jugendphase im Vergleich zum gesamten Leben.

Im Gegensatz dazu, was man auf den ersten Blick denken mag, trägt nicht nur die wesentlich verlängerte Ausbildungsphase zu dieser Ausdehnung bei. Auch die großen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt wie die zunehmend schwierigeren Bedingungen des Einstiegs, die Gelegenheitsbeschäftigung, die Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen sowie Teilzeitarbeit tragen zu diesem Verlängerungsprozess bei (Blossfeld et al. 2005). Schließlich sind die Verfügbarkeit der modernen Verhütungsmethoden, veränderte Normen im Sexualverhalten und Faktoren wie der zunehmende Wohlstand von Eltern und die Freizeit- und Reisemöglichkeiten für junge Menschen, zusammen mit den Veränderungen hinsichtlich Bildung und Arbeitsmarkt, alles Faktoren, die jungen Menschen die Möglichkeit bieten, wichtige Lebensentscheidungen wie z. B. den Auszug aus dem Elternhaus, das Eingehen einer Partnerschaft in einem eigenen Haushalt ohne Eltern und die Familiengründung auf später zu vertagen.

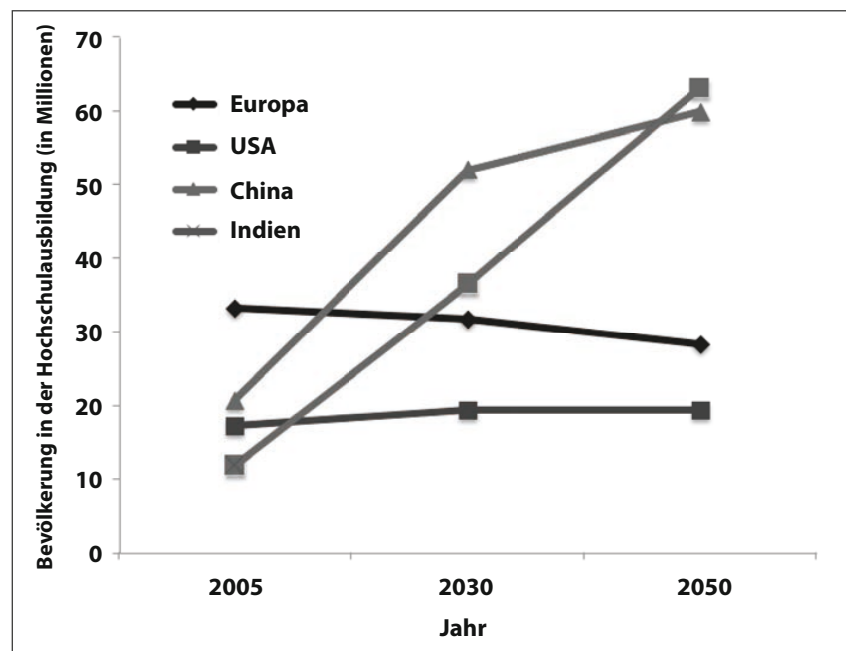
Ausbildung und Lebenschancen

In der zunehmend komplexen Kultur und Gesellschaft der Moderne mit ihrer wissenschaftlichen, technologischen und bürokratischen Dynamik wird eine längere und hochqualifizierte Ausbildung zu einem Schlüsselinstrument, das weiteren wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt eröffnet.

Unter diesem Aspekt ist es nützlich, einen Blick auf die weltweiten Bildungstrends zu werfen. In Abb. 5 wurden Bevölkerungsdaten der UN-World Population Prospects (2012) sowie Bildungsdaten der UNESCO-Datenbank ausgewertet. Dabei wurde die Anzahl der Studierenden in einer Hochschulausbildung in den meisten Teilen der Welt auf der Basis neuester Entwicklungen extrapoliert.

Obwohl sich der relative Anteil an Studierenden in einer Hochschulausbildung zwischen dem Westen und den wichtigsten Ländern Asiens unterscheidet, werden letztere bald die westliche Welt bei der absoluten Anzahl an Menschen mit höhe-

Abb. 5: Bevölkerung in der Hochschulausbildung – absolute Zahlen in Millionen – Hochrechnung auf die Jahre 2030 und 2050 basierend auf den Trends der Jahre 2000–2005



Legende: Hypothesen zum Anteil an Studierenden in einer Hochschulausbildung in der Altersgruppe 20–24 Jahre zur Berechnung der absoluten Zahlen der Hochschulausbildung für die Jahre 2030 und 2050:

2030: Europa (einschl. Russische Föderation) und die USA: 80 %, China: 60 %, Indien: 30 %

2050: Europa (einschl. Russische Föderation) und die USA: 80 %, China: 80 %, Indien: 60 %

rer Bildung überholt haben – wegen ihrer immensen Bevölkerungszahlen. Daher werden in naher Zukunft die jüngeren Generationen im Westen voraussichtlich mit einem härteren Wettbewerb auf weltweiter Ebene rechnen müssen, nicht nur wegen der Modernisierung der wichtigsten Schwellenländer, sondern auch wegen der Arbeitskultur, die in einigen dieser Länder herrscht.

Einige fallen durch das Raster

Bildung, ein Schlüsselinstrument zur Vermeidung und Überwindung sozialer Ausgrenzung, ist in der Praxis oft Begründer und Verstärker sozialer Ungleichheiten. Kinder aus Familien mit ineinandergreifenden sozialen Benachteiligungen wie z. B. Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse, geringe Erstausbildung der Eltern, geringe Alphabetisierung, Immigrationshintergrund bzw. ethnische Minderheit, sind in allen Ländern Europas bei den Schulabbrüchen überrepräsentiert.

Der frühe Schulabbruch ist nach wie vor ein gravierendes soziales Problem. Obwohl es Anfang der 2000er Jahre eine leichte Verbesserung gab, warnte Avramov den Ministerrat, dass die Ziele, die zur nachhaltigen Reduzierung des Prozentsatzes an frühen Schulabbrechern bis 2010 aufgestellt wurden, wahrscheinlich nicht erreicht würden. Weitere Maßnahmen wären notwendig, um die Benchmarks für 2010 zu erreichen (Avramov 2008). In der Tat wurde das Ziel von 10 % nicht erreicht, und die Europäische Kommission verlegte die Erreichung dieses Ziels kurzerhand auf ein Jahrzehnt später, d. h. 2020.

Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben

In Europa findet dieser Übergang meistens zwischen dem 18. und dem 24. Lebensjahr statt. Im Jahr 2006 befanden sich 59 % der jungen Menschen im Alter von 18 Jahren ausschließlich in einer Aus- oder Weiterbildung, und nur 13 % waren ausschließlich aktiv erwerbstätig. In der Altersgruppe ab 24 Jahren hingegen war dieses Verhältnis umgekehrt. Jedoch kombinierten 20 % aller Europäerinnen und Europäer aus der Altersgruppe der 18-Jährigen und 16 % der 24-Jährigen eine Aus- oder Weiterbildung mit beruflicher Tätigkeit (EU Arbeitskräfteerhebung 2007).

Die Jugendarbeitslosigkeit (der unter 25-Jährigen) ist mit fast 22 % inakzeptabel hoch (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1036>). Bis zum Jahr 2020 werden schätzungsweise 35 % aller Stellen eine hohe Qualifikation sowie Anpassungs- und Innovationsfähigkeit erfordern, im Vergleich zu 29 % heute. Dies bedeutet 15 Millionen weitere Stellen für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Aber die europäische Wirtschaft ist derzeit durch einen Mangel an hochqualifizierten IKT-Kräften [*Informations- und Kommunikationstechnologie, Anm. d. Red.*] gehemmt, und weniger als ein Drittel der EU-Bürger besitzt einen höheren Bildungsabschluss im Vergleich zu über 40 % in den USA und über 50 % in Japan. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule früh und laufen damit Gefahr, arbeitslos bzw. nicht erwerbstätig zu werden, in Armut zu leben und hohe ökonomische und soziale Kosten zu produzieren. Derzeit haben 14 % der 18- bis 24-Jährigen in der EU einen Bildungsabschluss unterhalb der Sekundarstufe II und sind nicht in weiterführender Schul- oder

Berufsausbildung. Europa muss auch einiges bei der Alphabetisierung aufholen, denn 24 % der 15-Jährigen zeigen schlechte Lesefähigkeiten, und dieser Anteil ist in den letzten Jahren gestiegen. Schlimmer jedoch ist, dass die Arbeitslosigkeit derzeit auch bei jungen Hochschulabsolventen aus unterschiedlichsten Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung hoch ist. Die europäischen Systeme haben zu langsam auf die Erfordernisse einer Wissensgesellschaft reagiert und haben nicht die Lehrpläne und Programme an die veränderten Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst.

Junge Arbeitskräfte werden oft mit Zeitverträgen eingestellt, so dass Unternehmen die Fähigkeiten und die Produktivität von Mitarbeitern testen können, bevor sie ihnen unbefristete Stellen anbieten. Aber zu oft sind Zeitverträge bloß eine billigere Alternative im Vergleich zu unbefristeten Verträgen. Dies ist vor allem in den Ländern der Fall, in denen sich der Kündigungsschutz für Zeitverträge und unbefristete Verträge sehr unterscheidet. Das Ergebnis ist ein zersplitterter Arbeitsmarkt, auf dem viele junge Arbeitskräfte eine Abfolge an zeitlich begrenzten Stellen im Wechsel mit Arbeitslosigkeit erleben und dabei nur eine geringe Chance auf einen sichereren unbefristeten Vertrag haben und unvollständige Beiträge in die Rentenversicherung leisten. Junge Frauen haben ein besonders hohes Risiko, in diese Zersplitterungsfalle zu tappen. Schließlich erfassen die Indikatoren für die Leistungsfähigkeit des Jugendarbeitsmarktes nicht vollständig, dass erstaunliche 15 % der 20- bis 24-Jährigen in Europa weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in Aus- oder Weiterbildung sind (NEETs: *not in education, employment or training*). Sie riskieren, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden und von Sozialleistungen zu leben. In der neuesten Präsentation der Statistik über NEETs (z. B. EURYDICE und EUROSTAT 2014) werden die Altersgruppen vermischt und Daten der 15- bis 29-Jährigen präsentiert, so dass der hohe Anteil der 20- bis 24-Jährigen damit verdeckt wird.

Übergang zu Paarbeziehung und Elternschaft

Das 20. Jahrhundert und vor allem die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg war auch dadurch gekennzeichnet, dass es viele Änderungen bei der Wahl des Zeitpunkts für die wichtigsten biosozialen Ereignisse im Leben junger Menschen gab.

Das durchschnittliche Alter, in dem Menschen ihre ersten sexuellen Begegnungen hatten, nahm im Laufe des letzten Jahrhunderts ab, von über 20 Jahren auf unter 18 Jahren (Cliquet 2003). In den letzten Jahren hat sich das Alter noch weiter gesenkt; der Durchschnitt liegt nun bei rund 16 Jahren in nördlichen Ländern (Durex Network Research Unit 2009). Vorehelicher Sex ist in den meisten Ländern ein allgemeines Verhaltensmuster geworden, obwohl nach wie vor Unterschiede im Alter des ersten Geschlechtsverkehrs bestehen – er ist früher in Nordeuropa als in Mitteleuropa und vor allem Südeuropa.

Dagegen ist das Alter der ersten Eheschließung gestiegen; in vielen nordwestlichen Ländern Europas liegt es bei ca. 30 Jahren oder sogar darüber (Datenbank der UN/ECE-Statistikabteilung 2014). In vielen Fällen jedoch geht der Eheschließung eine Zeit des unverheirateten Zusammenlebens oder der Partnerschaft, in der

beide Partner in getrennten Haushalten leben, bekannt als LAT-Beziehung (*Living Apart Together*) (siehe z. B. Kiernan 2002; OECD Familien-Datenbank 2012), voraus.

Eine weitere Änderung bei der Haushaltsgründung ist, dass mehr junge Menschen den elterlichen Haushalt verlassen und einen eigenen gründen, bevor sie mit einem Partner zusammenziehen oder heiraten. Dies führt zu einer gestiegenen Anzahl an Einpersonenhaushalten bei jungen Erwachsenen.

Schließlich ist seit Mitte der 1970er Jahre das durchschnittliche Alter für die Geburt eines ersten Kindes kontinuierlich von Anfang 20 auf Ende 20 gestiegen. Der Durchschnitt liegt jetzt zwischen 25 und 30 Jahren (Datenbank der UN/ECE-Statistikabteilung 2014). Die Wahl, später Kinder zu bekommen, erklärt zum Teil die sinkende oder geringe Geburtenrate, da es im höheren Alter eine unzureichende Erholung gibt, weil entweder die Unfruchtbarkeit zunimmt oder weil die Verschiebung des Kinderwunsches schnell zu einem Verzicht auf Familie führt, indem einmal ein besonderer Lebensstil ohne Kinder oder mit einer kleinen Anzahl an Kindern übernommen wurde (Lesthaeghe 2001).

ÜBERLEGUNGEN ZUM PARADIGMA DES LEBENS IM 21. JAHRHUNDERT

Die Lebensumstände des Einzelnen hängen zum großen Teil von der Historie der Umstände ab. Sie sind eine Mischung aus Chancen und Optionen in Bezug auf Gesundheit, Bildung, Arbeit, Familienleben, Eigenschaften der Persönlichkeit und der soziokulturellen Umgebung, in der Möglichkeiten erweitert oder begrenzt wurden.

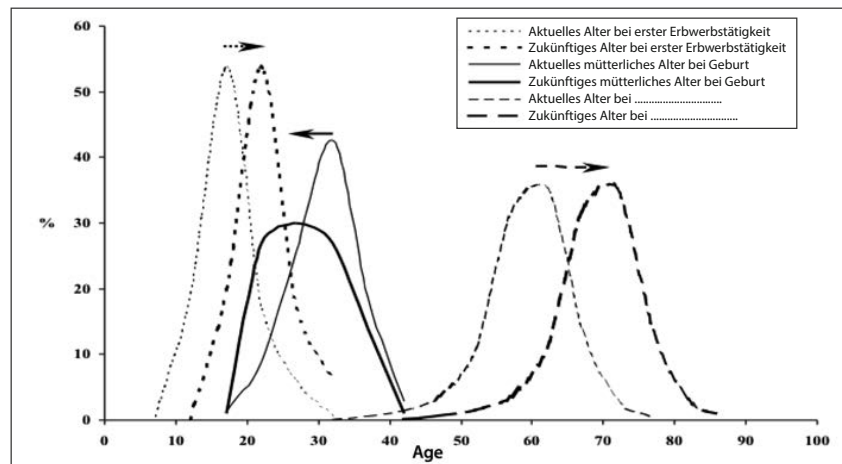
Es werden andere Wege benötigt, um die Risiken, die mit dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, der Verknüpfung zwischen geringem Einkommen und großen Bedürfnissen, mit beruflichem Stress und hohem zeitlichen Anspruch am Arbeitsplatz und in der Familie im gesamten Leben verbunden sind, effektiver zu verteilen.

Der Staat hat in der Vergangenheit ziemlich schlecht die Ökonomie der Zeit für den Einzelnen und die Familie in der Lebensperspektive geregelt. Die größte Last liegt auf jungen Menschen in den frühen Erwachsenenjahren, in denen sie sich gleichzeitig der weiteren Bildung widmen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, einen eigenen Haushalt und eine Familie gründen sollen. Im Gegensatz dazu gibt es viel freie Zeit nach dem Eintritt ins gesetzliche Rentenalter, eine Zeit, die von der überwältigenden Mehrheit der älteren Menschen unproduktiv verbracht wird.

Daher muss die Verteilung der Lebenszeit auf die wichtigsten Aktivitäten in Bezug auf Bildung, bezahlte Arbeit, Haushalt, Partnerschaft, Elternschaft, Pflege und aktive und passive Freizeit durch eine aktive Sozialpolitik umgestaltet werden, so dass der Einzelne in der Lage ist, bezahlte und unbezahlte Arbeit und Freizeit innovativer über das gesamte Leben zu verteilen (Abb. 5). Diese Umgestaltung macht es notwendig, dass die Organisationsprinzipien der gesamten Wirtschaft überdacht werden müssen, insbesondere die Normen der Arbeitsmarktpolitik – eine schwierige Aufgabe, da nicht nur die derzeitigen Marktmechanismen und -kräfte

solchen Innovationen entgegenstehen, sondern auch ältere Erwachsene die Vorschläge in Bezug auf ein längeres aktives Leben im Alter ablehnen (Avramov und Cliquet 2003; 2006; 2008).

Abb. 6: Das Leben überdenken (Avramov und Cliquet 2003)



LITERATUR

Avramov D. (2003), *People, Demography and Social Exclusion*, Population Studies No. 37, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

Avramov D. (2008), *Early School Leaving*, Report for the Council of Ministers, Education/ Culture/Youth Council, 14 February 2008.

Avramov D. and Cliquet R. (2003), *Economy of Time and Population Policy: Rethinking the 20th Century Life-Course Paradigm in the Light of Below-replacement Fertility*, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* Vol. 28 No. 2–4, S. 905–938.

Avramov D. and Cliquet R. (2005), *Integrated Policies on Gender Relations, Ageing and Migration in Europe: Lessons from the Network for Integrated European Population Studies (NIEPS)*, CBGS Publications, Garant, Leuven-Apeldoorn.

Avramov D. and Cliquet R. (2006), "Preferences and expectations about generational replacement and age at retirement in Europe. Results from the DIALOG project", *Finnish Yearbook of Population Research XLII*, The Population Research Institute, Helsinki, S. 13–26.

Avramov D. and Cliquet R. (2008), "The need to adapt and reform social policy: setting the stage for effective population-friendly policies", in Höhn C., Avramov D., Kotowska I. (eds), *People, Population Change and Policies. Lessons from the Population*

Policy Acceptance Study, Vol. 2: Demographic knowledge – Gender – Ageing, European Studies of Population, Volume 16/2, Springer, Dordrecht, S. 267–286.

Avramov D. and Maskova M. (2003), *Active Ageing in Europe*, Population Studies No. 41, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

Blanchet D. (1998), "Immigration et régulation de la structure par âge d'une population", *Population*, Vol. 43, 2.

Blanchet D. and Marchand O. (1991), "Au-delà de l'an 2000, s'adapter à une pénurie de main-d'oeuvre", *Horizon 2000, Economie et Statistique* Vol. 243, S. 61–68.

Blossfeld H.-P., Klijzing E., Mills M. and Kurz K. (eds) (2005), *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, Routledge, London and New York.

Cliquet R. (2003), "Major trends affecting families in the new millennium: Western Europe and North America", in United Nations, *Major Trends Affecting Families. A Background Document. Prepared by the Programme on the Family*, United Nations, New York, S. 1–26.

Cliquet R. (2010), *Biosocial Interactions in Modernisation*, Masaryk University Press, Brno.

Cliquet R. and Avramov D. (forthcoming), *Evolution Science and Morality in the Third Millennium*.

Coleman D. (1992), "Does Europe Need Immigrants? Population and Work Force Projections", *International Migration Review*, 26: 413–461.

Côté J. E. and Allahar A. L. (2006), *Critical Youth Studies: A Canadian Focus*, Pearson Prentice Hall, Toronto.

Durex Network Research Unit (2009), *Face of Global Sex Report, 2005–2009*, SSL International plc, Cambridge.

Ehrlich P. R. and Ehrlich A. H. (2008), *The Dominant Animal: Human Evolution and the Environment*, Island Press, Washington DC.

Espenshade T. J. (1987), "Population Dynamics with Immigration and Low Fertility", in Davis K., Bernstam S., Ricardo -Campbell R. (eds), "Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies", *Population and Development Review, A Supplement to Volume 12*, S. 248–261.

Eurostat (2007), *European Union Labour Force Survey*, available at: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/EU_labour_force_survey_%E2%80%93_data_and_publication.

Eurostat (2009), *Youth in Europe. A Statistical Portrait*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Eurydice & Eurostat (2014), *Key Data on Education in Europe 2012*, EACEA.

Feld S. (2000), *Active Population Growth and Immigration Hypotheses in Western Europe*, *European Journal of Population*, 16: 3–40.

- Kiernan K. (2002), "Cohabitation in Western Europe: Trends, issues, and implications", in Booth A., Crouter A. C. and Landale N. S. (eds), *Just Living Together: Implications of Cohabitation on Families, Children, and Social Policy*, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum, S. 1–29.
- Lesthaeghe R. (2001), Postponement and Recuperation. Recent Fertility Trends and Forecasts in Six Western European Countries, *Interuniversity Papers in Demography*, 2001/1, Brussels: VUB.
- Lesthaeghe R., Page H. and Surkyn J. (1988), "Are immigrants substitute for birth?", IDP Working Paper 1988-3, Interface Demography, Vrije Universiteit, Brussels.
- Meadows D.H., Randers J. and Meadows D.L. (2004), *Limits to Growth: The 30-Year Update*, Earthscan, London.
- OECD Family Database (2012), www.oecd.org/social/database.htm.
- Prinz C. and Lutz W. (1993), Alternative Demographic Scenarios for 20 Large Member States of the Council of Europe, 1990–2050, in Cliquet R. (ed.), *The Future of Europe's Population*, Population Studies No. 26, Council of Europe Publications, Strasbourg, S. 85–106.
- Steinmann G. (1991), "Immigration as a Remedy for the Birth Dearth: The Case of West Germany", in Lutz W. (ed.), *Future Demographic Trends in Europe and North America. What Can we Assume Today*, Academic Press, London, S. 337–358.
- UNECE Statistical Division Database (2014), *Mean age at first marriage by sex*, UNECE, Geneva.
- UNECE Statistical Division Database (2014), *Mean age of women at birth of first child*, UNECE, Geneva.
- UNESCO, www.unesco.org/new/en/education/resources/online-materials/databases/.
- United Nations (2000), "Replacement migration: is it a solution to declining and ageing populations?" United Nations Population Division, Department of Economic and Social Affairs, available at: www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm.
- United Nations (2012), *World Population Prospects: The 2012 Revision*, United Nations, New York.
- Wallerstein I. (1974), *The Modern World System*, Academic Press, New York.
- Wyn J. and White R. (1997), *Rethinking Youth*, Sage Publications, London.

Kapitel 6

Korrelationen der seelischen Gesundheit und des psychischen Wohlbefindens von Jugendlichen in Europa: Ergebnisse der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität

Haridhan Goswami und Gary Pollock

EINLEITUNG

Das Wohlbefinden junger Menschen ist für das Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes von grundlegender Bedeutung. Die Förderung des Wohlergehens von Jugendlichen ist nicht nur unerlässlich für junge Heranwachsende, sondern bildet auch eine solide Grundlage für ihr zukünftiges Wohlbefinden als Erwachsene (Rees et al. 2012). Wie es jungen Menschen in kritischen Phasen ihrer Entwicklung ergeht, beeinflusst ihre Lebensqualität, Produktivität und Abhängigkeit von Sozialleistungen sowie die Art und Weise, wie sie dies in ihrer späteren Lebenssituation an ihre eigenen Kinder weitergeben (Richardson 2012).

In den vergangenen Jahren hat sich das Wohlbefinden Jugendlicher zu einem Topthema auf der politischen Agenda in Europa entwickelt. Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung zeigt die EU ein starkes politisches Engagement bei der Förderung des Wohlbefindens von Jugendlichen. Dies kommt (neben anderen Initiativen) beispielsweise in der Etablierung einer EU-Task-Force für Kinderarmut und Kindeswohl im Jahr 2001 (TARKI Social Research Institute 2010) zum Ausdruck.

Die EU-Task-Force erstellte daraufhin 2008 einen Bericht (EU Task Force 2008), in dem Empfehlungen für die Analyse, Überwachung und Beurteilung von Kinderarmut und Kindeswohl auf europäischer, nationaler und subnationaler Ebene dargelegt werden. Der Task-Force-Bericht und die Empfehlungen wurden durch den Ausschuss für Sozialschutz und die Europäische Kommission offiziell gebilligt und sind nun Teil des EU-Besitzstands (Ausschuss für Sozialschutz 2012).

Auch wenn die Zusammenarbeit der EU bei sozialen Themen (insbesondere durch die Offene Koordinierungsmethode im Bereich Soziales) den wichtigsten Rahmen für die Bekämpfung von Kinderarmut und Kindeswohl im EU-Kontext bietet, beschäftigen sich viele weitere Bereiche mit dem Thema: die Bildungs- und Ausbildungspolitik (insbesondere im Hinblick auf vorzeitigen Schulabbruch, frühkindliche Bildung), die EU-Agenda für die Rechte des Kindes, die Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (unter anderem im Rahmen der Europäischen Allianz für Familien), die Gesundheitspolitik und die Kohäsionspolitik (über die Entwicklung in der Kinderbetreuung und/oder Wohninfrastrukturen sowie Unterstützung für die Deinstitutionalisierung) (Ausschuss für Sozialschutz 2012).

Neuen Schwung erhalten die Bemühungen zur Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung in der EU durch die Strategie Europa 2020. Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben konkrete Ziele oder Teilziele in Bezug auf Kinderarmut/soziale Ausgrenzung festgelegt, um so ihren Beitrag zur europäischen Zielvorgabe zu leisten, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu verringern (Rat der Europäischen Union 2012). Europa 2020 legt somit einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und die Verbesserung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen.

Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen in der Europapolitik gehört die Verbesserung des Wohlbefindens von Jugendlichen auf der Grundlage von soliden empirischen Daten zu den größten Herausforderungen der EU. Erfreulicherweise gibt es eine Reihe europaweiter Studien, die überaus wertvolle Daten zum Wohlbefinden enthalten. Forscher aus ganz Europa werten diese Daten derzeit aus und veröffentlichen die Ergebnisse. Hieraus lassen sich wertvolle Erkenntnisse über das Gesamtfinden ziehen, so dass die EU die einzelnen Mitgliedstaaten und -regionen, was das Wohlbefinden angeht, in verschiedene Kategorien einordnen kann. Ferner sind in diesen Studien Daten über zahlreiche Faktoren gesammelt worden, die, wie allgemein angenommen wird, das Wohlbefinden beeinflussen. Auch wenn die meisten dieser Studien das Alter als einen wichtigen Aspekt für das Wohlbefinden sehen, scheinen sie mit der Annahme, dass das Wohlbefinden von Jugendlichen sich von dem der erwachsenen Allgemeinbevölkerung unterscheidet, zurückhaltend zu sein. In diesem Zusammenhang argumentieren Fattore et al. (2007), dass der für Erwachsene entwickelte Begriff des Wohlbefindens nicht unmittelbar zur Bewertung des Wohlbefindens von Jugendlichen herangezogen werden kann. Außerdem legt Bradshaw (2009) dar, dass die begrenzte Anzahl an Bereichen, die für das Wohlbefinden von Erwachsenen festgelegt wurden, nicht vollständig den Zustand des Wohlbefindens junger Menschen abbilden.

Dieser Paradigmenwechsel in der Forschung zum Wohlbefinden von Jugendlichen wird durch die sozialstrukturierten Übergänge untermauert, die junge Menschen auf ihrer Reise ins Erwachsensein erleben – eine Reise, die immer mehr in nichtlinearen Bahnen verläuft (Pollock 2008). Des Weiteren argumentieren Croxford et al. (2006), dass wir als Folge der Veränderungen am Arbeitsmarkt und im Bildungswesen seit über einem Jahrzehnt beobachten können, dass sich die Art und Weise, wie Jugendliche die Übergänge erleben, wandelt. Die EU sieht sich heute großen wirtschaftlichen, umweltspezifischen, politischen und sozialen Veränderungen gegenüber, die sich auch auf Kinder und Jugendliche auswirken. In der EU sind Kinder eher von relativer Armut betroffen als die Bevölkerung insgesamt (20 % der 0- bis 15-Jährigen und 21 % der 16- bis 24-Jährigen im Vergleich zu 16 % der Erwachsenen) (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006). Ferner nimmt der Anteil der Kinder, die in Armut oder sozialer Ausgrenzung leben, aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise in einer Reihe von Mitgliedstaaten zu (Rat der Europäischen Union 2012). Der demografische Wandel, wie beispielsweise die höhere Lebenserwartung und niedrige Geburtenrate sowie sich verändernde Geschlechterrollen bei der Kinderbetreuung und Beschäftigung sind Faktoren, die sich auf das familiäre Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, auswirken. Neue Herausforderungen ergeben sich durch die höheren Anforderungen an die Mobilität durch den Arbeitsmarkt, wodurch die Möglichkeit und/oder Häufigkeit der familiären Kontakte zwischen den Generationen schwieriger und weniger werden dürfte.

Als Folge der höheren Scheidungsraten und der gestiegenen Anzahl an Eineltern-, Stief- und Patchworkfamilien sind neue Familienstrukturen entstanden. Zudem wachsen immer mehr Kinder in den europäischen Ländern in Migrantenfamilien auf (Perrig-Chiello 2009). Um zu verstehen, wie sich diese Faktoren (und andere) auf das Wohlbefinden der Jugend auswirken, sind weitere Analysen insbesondere zu den jugendlichen Untergruppen unentbehrlich. Dieser Beitrag legt daher einen Schwerpunkt auf das Wohlbefinden der Jugendlichen in Europa und soll die demografischen und psychosozialen Faktoren aufzeigen. Die Ergebnisse stellen einen guten Ausgangspunkt für die Identifizierung europaweiter Gemeinsamkeiten und Unterschiede dar und dürften somit als Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträger bei der Verbesserung des Wohlbefindens von Jugendlichen in ganz Europa dienen.

WOHLBEFINDEN: ASPEKTE DER PSYCHISCHEN UND SEELISCHEN GESUNDHEIT

Trotz des erheblichen akademischen und politischen Interesses am Thema Wohlbefinden in den vergangenen Jahrzehnten gibt es keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs. In der wissenschaftlichen Literatur wird es als ein übergreifendes Konzept für die Lebensqualität von Menschen in einer Gesellschaft beschrieben (Rees et al. 2010).

Bei der Definition des Begriffs Wohlbefinden wird auch zwischen dem hedonistischen und eudämonistischen Ansatz unterschieden (Ryan und Deci 2001). Wissenschaftler, die der hedonistischen Perspektive folgen, sehen Wohlbefinden als

subjektives Glück und Erfahrung von Freude, wohingegen Missbehagen im weitesten Sinne als eine alles umfassende Bewertung der guten oder schlechten Lebens-elemente auszulegen ist. Auch wenn das Freude/Schmerz-Kontinuum menschlicher Erfahrung auf vielfache Weise bewertet werden kann, folgt die Forschung im Bereich der neuen hedonistischen Psychologie hauptsächlich dem Ansatz des subjektiven Wohlbefindens (SWB) (Diener und Lucas 1999). Das SWB besteht aus drei Komponenten: Lebenszufriedenheit, Vorliegen einer positiven Stimmung und Fehlen einer negativen Stimmung, was im allgemeinen als Glück bezeichnet wird.

Auf der anderen Seite vertritt der eudämonistische Ansatz die Auffassung, dass nicht alle Wünsche – nicht alle Erfolge, die einer Person gefallen könnten – Wohlbefinden bedeuten, sobald sie erreicht sind. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf Sinn-gehalt und Selbstverwirklichung, und Wohlbefinden wird als der Grad definiert, zu dem eine Person voll leistungsfähig ist. Ryff und Singer (1998, 2000) haben die Frage nach Wohlbefinden vor dem Hintergrund der Entwicklung einer Lebens-spannentheorie zum ‚Flourishing‘ (menschliches Gedeihen) untersucht. Ryff und Keyes (1995) unterscheiden das psychische Wohlbefinden (PWB) vom SWB und präsentieren ein mehrdimensionales Konzept für die Messung des PWB, das sechs verschiedene Elemente menschlicher Verwirklichung umfasst: Autonomie, persönliche Entwicklung, Selbstakzeptanz, Lebensinhalt, die Fähigkeit, sein Leben und seine Umgebung erfolgreich zu gestalten, und positive Beziehungen zu anderen.

Die Selbstbestimmungstheorie (SDT) [*SDT = Self-Determination Theory, Anm. d. Red.*] (Ryan und Deci 2000) ist eine weitere Perspektive, die das eudämonistische Konzept oder die Selbstverwirklichung als zentrales begriffbestimmendes Merkmal von Wohlbefinden berücksichtigt und dabei gleichzeitig festzulegen versucht, was es bedeutet, sich selbst zu verwirklichen und wie dies erreicht werden kann. Die SDT postuliert drei psychische Grundbedürfnisse – Autonomie, Kompetenz und soziale Eingebundenheit – und stellt die Theorie auf, dass die Befriedigung dieser Bedürfnisse für das psychische Wachstum (d. h. die intrinsische Motivation), die Integrität (d. h. Verinnerlichung und Übernahme kultureller Gepflogenheiten) und das Wohlbefinden (d. h. Lebenszufriedenheit und psychische oder seelische Gesundheit) entscheidend sind (Ryan und Deci 2001).

Wenn wir uns die bisherige Entwicklung ansehen, welche die Erforschung des Wohlbefindens auf Basis dieser zwei Paradigmen vollzogen hat, scheint die Forschung zum subjektiven Wohlbefinden der Jugend (hedonistischer Ansatz) verglichen mit der Erforschung des psychischen Wohlbefindens der Jugend (eudämonistischer Ansatz) prägender zu sein (Rees et al. 2013). Umfangreiche Studien beinhalten seltener Fragen, die sich auf diesen Ansatz stützen (Eurofound 2013). Rees et al. (2013) nennt als Grund hierfür die Tatsache, dass in vielen Fällen die herkömmlichen PWB-Messverfahren für Jugendliche nicht geeignet sind. Im vorliegenden Beitrag soll diese Forschungslücke in Bezug auf das Wohlbefinden der Jugend durch Präzisierung der demografischen und psychosozialen Faktoren, welche die seelische Gesundheit und das psychische Wohlbefinden von Jugendlichen beeinflussen, geschlossen werden.

DATEN UND METHODEN

Die Daten für diesen Beitrag stammen aus der dritten Europäischen Erhebung zur Lebensqualität (EQLS), die alle vier Jahre durch die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen realisiert wird. Die dritte Umfrage der EQLS, die in den Jahren 2011 und 2012 durchgeführt wurde, erfasste Personen im Alter von 18 Jahren und älter aus 34 Ländern (EU-27 plus Kroatien, Island, Montenegro, „die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Serbien, die Türkei und den Kosovo¹). In allen Ländern wurden die Daten in persönlichen Interviews gesammelt und die Befragten durch ein mehrstufiges Strichprobenverfahren ausgewählt. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 41 %. Eine ausführlichere Beschreibung der Studie stellt Eurofound (2012) zur Verfügung. Dieser Beitrag bezieht sich auf die Daten der etwas weniger als 5.000 Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die an der dritten Erhebung teilnahmen.

MESSGRÖSSEN

Abhängige Variablen

Psychisches Wohlbefinden

In der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität (EQLS) bezogen sich drei Items insbesondere darauf, ob die Befragten das Leben lohnenswert sowie Eigenständigkeit und Optimismus empfanden. Diese Items waren (a) „Grundsätzlich glaube ich, dass ich ein erstrebenswertes Leben führe“ (b) „Ich glaube, dass ich frei entscheiden kann, wie ich mein Leben lebe“ und (c) „Ich sehe der Zukunft optimistisch entgegen“. Die Befragten antworteten anhand einer fünfstufigen Skala mit „Stimme voll und ganz zu“ (Wert = 4) bis „Stimme überhaupt nicht zu“ (Wert = 0). In einer Hauptkomponentenanalyse mit einer orthogonalen (Varimax-)Rotation wird ein Faktor extrahiert (anfänglicher Eigenwert von insgesamt 1,84), was 61,33 % der Gesamtvarianz aufklärt. Demzufolge messen diese Items ein Einzelkonstrukt von PWB. Die interne Konsistenzanalyse dieser drei Items ergibt einen Cronbachs Alpha von 0,68, was auf eine moderate Skalenreliabilität hinweist. Die einzelnen Itemwerte ergaben in der Addition eine Summenskala von 0 bis 12, wobei ein höherer Wert für ein höheres PWB steht.

Seelische Gesundheit

Die seelische Gesundheit wurde anhand von fünf Items gemessen, die ursprünglich von der Weltgesundheitsorganisation entwickelt wurden (Bech 1998). Die Teilneh-

1 Jede Bezugnahme auf das Gebiet, die Institutionen oder die Bevölkerung des Kosovo in diesem Text soll gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und unbeschadet des Status Kosovo verstanden werden.

mer wurden befragt, wie häufig sie sich in den letzten zwei Wochen entsprechend der folgenden Aussagen gefühlt haben. Diese lauteten: (a) „Ich fühlte mich ruhig und entspannt“, (b) „Ich war fröhlich und guter Laune“, (c) „Ich fühlte mich aktiv und energisch“ (d) „Ich wachte erfrischt und ausgeruht auf“ (e) „Mein tägliches Leben war voll mit Dingen, die mich interessieren“. Die Antworten sollten eingestuft werden mit: „Die ganze Zeit“ (Wert = 5), „Meistens“ (Wert = 4), „Etwa die Hälfte der Zeit“ (Wert = 3), „Weniger als die Hälfte der Zeit“ (Wert = 2), „Einen Teil der Zeit“ (Wert = 1) oder „Zu keiner Zeit“ (Wert = 0). Die Ergebnisse einer Faktorenanalyse deuten darauf hin, dass diese Items auf einen Faktor laden (Eigenwert von 3,18, was 63,69% der Varianz aufklärt) und damit auf ein eindimensionales Konstrukt der ‚seelischen Gesundheit‘ hinweisen. Ein Cronbachs Alpha von 0,85 spricht für eine hohe Skalenreliabilität dieser Items. Die Werte für die einzelnen Items ergeben in der Addition eine Summenskala für ‚seelische Gesundheit‘ von 0 bis 25, wobei ein höherer Wert für eine bessere Qualität der seelischen Gesundheit steht.

Unabhängige Variablen

Demografische Daten

In der Erhebung wurden die Teilnehmer nach ihrem Alter befragt, woraus sich das in diesem Beitrag betrachtete Jugendsegment (18 bis 25) ergab. Auf Basis des Äquivalenzeinkommens konnten vier Einkommensquartile abgeleitet werden, die jeweils eine bestimmte Haushaltseinkommensgruppe wiedergeben (1 = die niedrigste und 4 = die höchste). Das niedrigste Einkommensquartil wird als Referenzkategorie verwendet. Zur Bewertung des Haushaltseinkommens wurden die Teilnehmer(innen) gebeten, die eigene finanzielle Situation ihres Haushalts mit den meisten Bürgern ihres Landes zu vergleichen und sich selbst in eine der folgenden Kategorien einzustufen: „Besser“, „Gleich“ oder „Schlechter“. „Besser“ wird als Referenzkategorie verwendet. Um die Liquidität der Haushalte zu messen, sollten die Befragten angeben, wie gut oder schlecht sie mit ihrem Haushaltseinkommen auskommen. Die Antworten wurden in eine der folgenden zwei Kategorien eingruppiert: „Sehr gut“ oder „mit Schwierigkeiten“. Um die Erwartungen der Teilnehmer an zukünftige Veränderungen ihres Haushaltseinkommens einzustufen, wurden diese gefragt, ob ihre finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten „sich verbessern“, „sich verschlechtern“ oder „gleich bleiben“ würde. Zur Bestimmung der Staatsangehörigkeit sollten die Teilnehmer angeben, ob sie Staatsangehöriger des Landes sind, in dem sie leben. Die Befragten stufen sich selbst als „Behindert“ oder „Nicht behindert“ ein. Zur Messung der urbanen Dichte ordneten die Teilnehmer ihr Wohnumfeld in eine der vier Kategorien ein: „Auf dem Land“, „Dorf“, „mittelgroße Stadt“ oder „Großstadt“. Die in die Umfrage einbezogenen Länder wurden je nach ihrer geographischen Position in eine der fünf Kategorien eingeteilt: Nordische Länder (Referenzkategorie), Großbritannien und Irland, Mittel- und Osteuropa, Länder des europäischen Mittelmeerraums.

Psychosoziale Faktoren

Qualität der Unterkunft

Zur Messung der Qualität der Unterkunft sollten die Teilnehmer angeben, ob sie irgendwelche der folgenden Probleme mit ihrer Unterkunft haben: (a) Platz-/Raummangel, (b) Fäulnis in Fenstern, Türen oder Fußböden, (c) Feuchtigkeit oder undichte Stellen in Wänden oder im Dach, (d) keine Innentoilette mit Wasserspülung, (e) kein Bad oder keine Dusche oder (f) kein Platz zum Draußensitzen (z.B. Garten, Balkon, Terrasse). Teilnehmer, die auf einen der sechs Punkte mit „Nein“ antworteten, wurden gezählt, was einen Index von 0 bis 6 ergab (höhere Werte deuten auf eine bessere Unterkunftsqualität hin).

Unterstützendes Netzwerk

Die EQLS-Erhebung fragte bei den Teilnehmern ab, von wem sie in den folgenden fünf Situationen Unterstützung erhalten: (1) bei Krankheit Hilfe im Haushalt, (2) Rat bei ernsten persönlichen oder familiären Problemen, (3) Hilfe bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, (4) wenn sie sich niedergeschlagen fühlten und mit jemandem reden wollten und (5) wegen eines Notfalls dringend Geld benötigten. Die Befragten konnten aus vier Möglichkeiten wählen: Familienmitglied/Verwandter, Freund/Nachbar, Dienstleister oder von niemandem. Teilnehmende, die mit Familienmitglied/Verwandter, Freund/Nachbar oder Dienstleister antworteten, wurden gezählt, was einen Index von 0 bis 5 ergab (höhere Werte deuten auf ein besseres unterstützendes Netzwerk hin).

Soziale Spannungen zwischen alten und jungen Menschen

Zur Messung der sozialen Spannungen wurden die Teilnehmenden befragt, wie viel Spannung es ihrer Meinung nach in ihrem Land zwischen alten und jungen Menschen gibt. Die Antworten wurden auf einer Drei-Punkte-Skala wie folgt eingestuft: „Keine Spannung“ (Wert = 0), „Einige Spannungen“ (Wert = 1) oder „Große Spannungen“ (Wert = 2).

Kontakt mit Freunden und Nachbarn

Zur Messung des Kontakts mit anderen wurden die Teilnehmenden befragt, wie oft sie Kontakt zu Freunden oder Nachbarn haben. Die Antworten wurden auf einer Fünf-Punkte-Skala wie folgt eingestuft: „Täglich oder fast täglich“ (Wert = 4), „Mindestens einmal pro Woche“ (Wert = 3), „Ein- bis dreimal im Monat“ (Wert = 2), „Seltener/weniger häufig“ (Wert = 1) und „Nie“ (Wert = 0).

Betreuungsaufgaben

Zur Messung des Ausmaßes von Betreuungsaufgaben, die junge Menschen übernehmen, wurden diese gefragt, wie oft sie mit der Pflege von älteren oder behinderten Verwandten beschäftigt sind (neben der eigentlichen beruflichen Tätigkeit).

Die Antworten wurden auf einer Fünf-Punkte-Skala wie folgt eingestuft: „Täglich“ (Wert = 4), „Mehr als in der Woche“ (Wert = 3), „Ein- bis zweimal in der Woche“ (Wert = 2), „Seltener“ (Wert = 1) und „Niemals“ (Wert = 0). Höhere Werte deuten darauf hin, dass Jugendliche mehr Zeit für die Betreuung aufwenden.

Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation des Landes

Zur Messung der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation eines Landes sollten die Befragten auf einer Zehn-Punkte-Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) eine Bewertung abgeben.

Beurteilung öffentlicher Einrichtungen

Zur Beurteilung der öffentlichen Dienste und Einrichtungen sollten die Teilnehmenden angeben, wie schwer oder leicht es ihnen fällt, Zugang zu den folgenden Einrichtungen zu erhalten: (a) Poststellen, (b) Banken, (c) öffentliche Verkehrsmittel, (d) Kino, Theater oder Kulturzentren und (e) Naherholungsgebiete oder Grünflächen. Dies wurde für jede Einrichtung auf einer Vier-Punkte-Skala (von „Sehr einfach“ bis „Mit großen Schwierigkeiten“) gemessen. In einer Hauptkomponentenanalyse mit einer orthogonalen (Varimax-)Rotation wird ein Faktor extrahiert (anfänglicher Eigenwert von insgesamt 2,83), was 56,65 % der Gesamtvarianz aufklärt. Demzufolge werden diese Items zur Messung eines Einzelkonstrukts „öffentlicher Einrichtungen“ verwendet. Die interne Konsistenzanalyse dieser fünf Items ergibt einen Cronbachs Alpha von 0,81, was auf eine sehr hohe Konsistenz der Skala hinweist. Eine Summenskala wird durch Addition der Werte gebildet. Die Skala geht von 5 bis 20, wobei ein höherer Wert eine höhere Qualität der öffentlichen Einrichtungen angibt.

Qualität der Nachbarschaft

Die Teilnehmenden sollten angeben, ob es hinsichtlich der folgenden sechs Aspekte in ihrer unmittelbaren Umgebung (viele, wenige oder gar keine) Gründe zur Beschwerde gibt. (a) Lärm, (b) Luftqualität, (c) Trinkwasserqualität, (d) Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus, (e) Abfall oder Unrat in den Straßen und (f) Staus. Die Ergebnisse einer Faktorenanalyse deuten darauf hin, dass diese Items auf einen Faktor laden (Eigenwert von 3,04, was 50,63 % der Varianz aufklärt) und damit auf ein eindimensionales Konstrukt der ‚Qualität der Nachbarschaft‘ hinweisen. Ein Cronbachs Alpha von 0,80 spricht für eine sehr hohe Skalenreliabilität dieser Items. Die Werte für die einzelnen Items ergeben in der Addition eine Summenskala für die ‚Qualität der Nachbarschaft‘ von 6 bis 18, wobei höhere Werte für eine bessere Qualität der Nachbarschaft stehen.

Religiosität

Zur Messung der Religiosität wurden Jugendliche befragt, wie häufig sie Gottesdienste (außer Hochzeiten, Beerdigungen oder Taufen) besuchen. Sie stufen ihre

Antworten auf einer Fünf-Punkte-Skala von 0 („Nie“) bis 4 („Jeden Tag bzw. fast jeden Tag“) ein.

Sportliche bzw. körperliche Betätigung

Um den Umfang der sportlichen bzw. körperlichen Betätigung junger Menschen zu messen, wurde eine Fünf-Punkte-Skala von 0 („Nie“) bis 4 („Jeden Tag bzw. fast jeden Tag“) entwickelt.

Datenanalyse

Wie oben ersichtlich, wird zur Evaluierung der psychometrischen Eigenschaften der Skalen die Faktorenanalyse zusammen mit Cronbachs Alpha verwendet. Die univariate Analyse setzte sich aus Prozentwerten sowie Mittelwert und Standardabweichung zusammen. Für die bivariate Analyse wurden die t-Test-, ANOVA- und Pearson-Korrelationskoeffizienten berechnet.

Ergebnisse

Persönliche Merkmale der Befragten

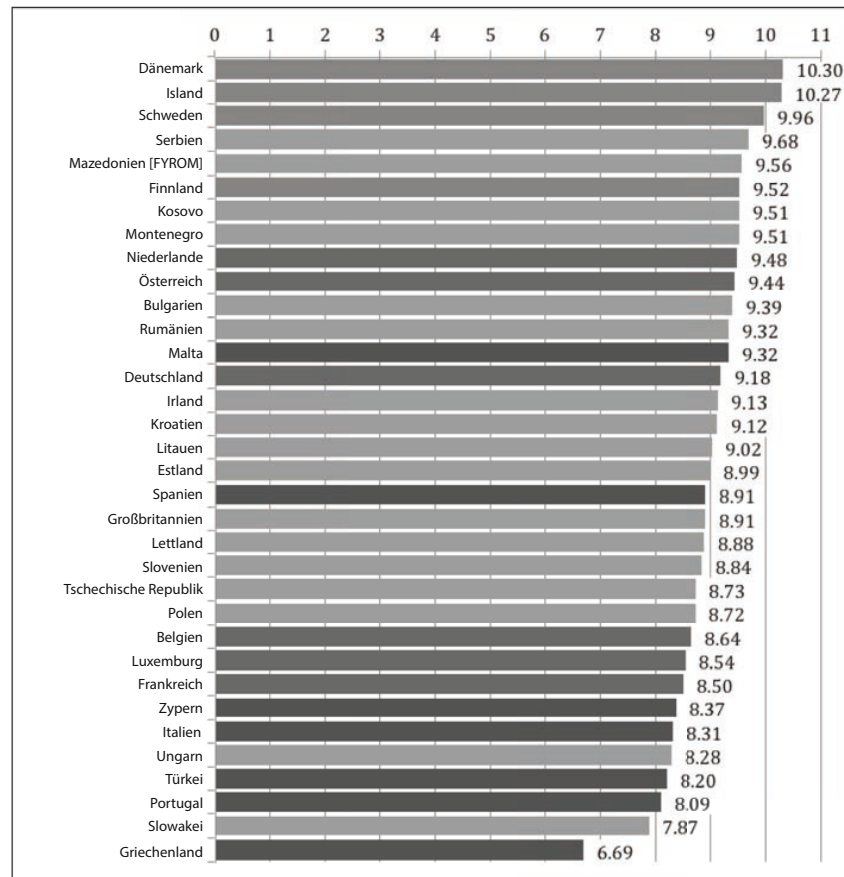
Das Durchschnittsalter der in dieser Studie untersuchten Jugendlichen in der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren betrug 21,61 Jahre (Standardabweichung = 2,21). Es nahmen geringfügig mehr weibliche Personen (53 %) als männliche teil. Etwas weniger als die Hälfte (46 %) und knapp ein Viertel der Teilnehmenden befanden sich jeweils in Ausbildung und Beschäftigung. Fast jeder Sechste glaubte, dass sein Haushaltseinkommen im Vergleich zu seinen Mitbürgern niedriger sei. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten (46 %) führte aus, dass sie Schwierigkeiten hätten, mit ihrem Haushaltseinkommen über die Runden zu kommen. Nahezu alle Befragten (96 %) waren Staatsangehörige des Landes, in dem sie lebten. Fast jeder Zehnte gab an, eine Behinderung zu haben. 61 % der Befragten lebten in einer mittelgroßen Stadt oder Großstadt, die Restlichen lebten in einem Dorf oder auf dem Land.

Psychisches Wohlbefinden der Jugendlichen in den europäischen Ländern

Der durchschnittliche Wert für PWB aller in der Umfrage teilnehmenden Jugendlichen lag bei 8,98 (aus einem Maximum von 12). Die Ergebnisse in Abbildung 1 weisen darauf hin, dass dieser Durchschnittswert in den untersuchten Ländern sehr unterschiedlich ausfällt. Die Balken in Abbildungen 1 und 2 sind je nach geographischer Region entsprechend der Kovariate in den unteren Tabellen 1 und 2 (nordische Länder, Mitteleuropa, Mittelmeerraum, Großbritannien und Irland) farbig codiert. Jugendliche in Dänemark, Island und Schweden zeigten die drei höchsten Durchschnittswerte auf der PWB-Skala, wohingegen für Jugendliche in Griechenland, der Slowakei und Portugal die niedrigsten Werte verzeichnet wurden. In der Tat gibt es Anzeichen dafür, dass es eine starke regionale Dimension gibt und die

nordischen Länder das psychische Wohlbefinden tendenziell hoch, die Länder des Mittelmeerraums hingegen niedrig einstufen.

Abb. 1: Mittelwert des psychischen Wohlbefindens in den europäischen Ländern



Zusammenhang von demografischen Merkmalen und psychischem Wohlbefinden von Jugendlichen

Von den 11 demografischen Merkmalen in Tabelle 1 stehen neun in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem PWB von Jugendlichen. Jedoch auch bei einer niedrigen Korrelation stuften die ‚älteren‘ Jugendlichen ihr PWB deutlich niedriger ein. Junge Menschen in Ausbildung bewerteten das PWB im Vergleich zu Jugendlichen in Beschäftigung höher. Diejenigen, die arbeitslos waren, stuften hingegen das PWB deutlich niedriger ein als erwerbstätige Jugendliche. Das Haushaltseinkommen spielt eine wesentliche Rolle, denn junge Menschen, die in einem

der Länder des höchsten Quartils leben, gaben ein höheres PWB an als Jugendliche, die im untersten Haushaltseinkommensquartil leben.

Das PWB schien bei Jugendlichen, die die finanzielle Situation des Haushalts schlechter einschätzen, deutlich niedriger zu sein als bei denen, die dies als besser empfanden. In diesem Zusammenhang zeigten Jugendliche, deren Haushalt nur „mit Schwierigkeiten“ über die Runden kommt, ein erheblich niedrigeres PWB. Finanzielle Sorgen in der Zukunft scheinen eine Schlüsselrolle für das psychische Wohlbefinden der Jugend zu spielen. Denn diejenigen, die eine Verschlechterung ihrer Haushaltsfinanzen erwarteten, stuften das PWB wesentlich niedriger ein. Junge Menschen mit Behinderung gaben für das PWB deutlich niedrigere Werte an. Ferner war im Vergleich zu den Jugendlichen in den nordischen Ländern das PWB der jungen Menschen in allen anderen Regionen Europas (Großbritannien und Irland, Mittelmeerraum, Mittel- und Osteuropa) bedeutend niedriger. Geschlecht und Staatsangehörigkeit zeigten keinen signifikanten Zusammenhang mit dem psychischen Wohlbefinden.

Tabelle 1: Demografische Merkmale und psychisches Wohlbefinden von Jugendlichen

Demografische Merkmale (Vergleichsgruppe)	Anzahl	Mittelwert	Testgröße	Signifikanz, zweiseitig
Alter	4710	8.98	$r = -0.04$	0.006
Geschlecht			$t = 0.571$	0.568
Männlich	2201	9.00		
Weiblich	2509	8.97		
Beschäftigungsstatus (erwerbstätig)			$F=28.37$	0.000
erwerbstätig	1609	8.97		N/A
arbeitslos	627	8.26		0.000
Schüler/Student	2173	9.25		0.004
Familienbetreuung	215	8.58		0.166
Sonstiges	86	8.67		0.811
Haushaltseinkommen (unterstes Quartil)			$F=5.42$	0.001
Unterstes Quartil	956	8.75		N/A
Q2	703	8.99		0.192
Q3	738	9.03		0.087
Höchstes Quartil	650	9.19		0.002
Wahrgenommenes Einkommen im Vergleich zu anderen (besser)			$F=63.57$	0.000
Besser	1184	9.39		N/A
Gleich	2688	8.99		0.000
Schlechter	735	8.25		0.000
Fähigkeit des Haushalts, über die Runden zu kommen			$t=14.51$	0.000
Leicht	2476	9.40		

Demografische Merkmale (Vergleichsgruppe)	Anzahl	Mittelwert	Testgröße	Signifikanz, zweiseitig
Schwer	2084	8.48		
Erwartungen für Haushaltsfinanzen in 12 Monaten (besser)			F=137.24	0.000
Besser	1315	9.38		N/A
Gleich	2164	9.16		0.016
Schlechter	817	7.90		0.000
Staatsbürger des Landes			t= -1.15	0.250
Ja	4508	8.99		
Nein	202	8.81		
mit Behinderungen			t= -4.03	0.000
Ja	438	8.81		
Nein	4247	9.10		
Urbane Dichte (Großstadt)			F=7.03	0.000
Auf dem Land	425	9.16		0.355
Dorf	1411	8.81		0.436
Mittelgroße Stadt	1421	9.15		0.082
Großstadt	1444	8.94		N/A
Länderregionen (nordische Länder)			F=47.49	0.000
Nordische Länder	385	10.00		N/A
GB und Irland	266	8.98		0.000
Mitteleuropa	816	8.96		0.000
Mittelmeerraum	1087	8.36		0.000
Osteuropa	2156	9.13		0.000

Psychosoziale Faktoren und psychisches Wohlbefinden der Jugend

Mit Ausnahme von Betreuungsaufgaben und Religiosität stehen die restlichen acht psychosozialen Faktoren in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zum psychischen Wohlbefinden der Jugend (Tabelle 2). Eine höhere Qualität der Unterkunft, unterstützende Netzwerke, Kontakt mit Freunden und Nachbarn sowie die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des eigenen Landes korrelieren deutlich mit dem PWB junger Menschen. Zudem scheinen Jugendliche, die hohe Werte für sportliche Betätigung, öffentliche Einrichtungen und die Qualität der Nachbarschaft abgaben, ein höheres PWB aufzuweisen. Stärkere Spannungen zwischen alten und jungen Menschen gingen interessanterweise mit einem niedrigeren PWB einher. Aus der Höhe, in der sich die einzelnen psychosozialen Faktoren auswirken, lässt sich ableiten, dass nach den öffentlichen Einrichtungen, der Qualität der Nachbarschaft und den unterstützenden Netzwerken die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des eigenen Landes der wichtigste Faktor ist.

Seelische Gesundheit von Jugendlichen in den einzelnen europäischen Ländern

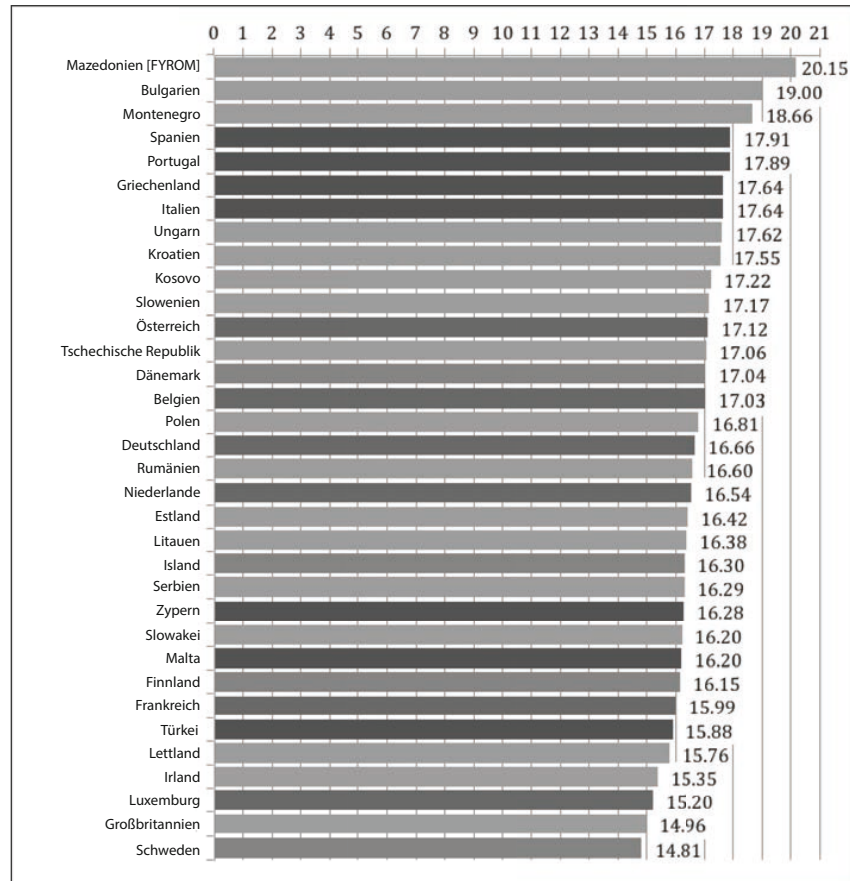
Der durchschnittliche Wert der seelischen Gesundheit für alle an der Umfrage teilnehmenden Jugendlichen lag bei 16,82 (aus einem Maximum von 25). Die seelische Gesundheit ist – genau wie das PWB – bei den Jugendlichen innerhalb der europäischen Länder sehr unterschiedlich (Abb. 2). Hier scheint es den Jugendlichen in Mazedonien, Bulgarien und Montenegro besser zu gehen als ihren Altersgenossen in einigen anderen europäischen Ländern wie Island, Großbritannien und Schweden. Bei einem Vergleich der Ergebnisse in Abbildung 1 und Abbildung 2 kann man ein interessantes Muster erkennen. Auch wenn sich die Jugendlichen aus den nordischen Ländern auf der PWB-Skala im oberen Bereich einstuften, zeigten sie im Vergleich zu den anderen Ländern in der Regel eine niedrigere seelische Gesundheit (Pearson $r = -0,023$).

Tabelle 2: Korrelationsmatrix für die psychosozialen Faktoren und das PWB der Jugend

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Qualität der Unterkunft (1)	1										
Unterstützende Netzwerke (2)	0.07***	1									
Spannungen zwischen alten und jungen Menschen (3)	-0.05***	-0.03	1								
Kontakt mit Freunden und Nachbarn (4)	0.10***	0.04*	-0.02	1							
Betreuungsaufgaben (5)	-0.10***	-0.04**	0.02	-0.08***	1						
Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation eines Landes (6)	0.10***	0.06***	-0.08***	0.01	-0.02	1					
Qualität öffentlicher Einrichtungen (7)	0.07***	0.06***	-0.10***	0.14***	-0.07***	0.09***	1				
Qualität der Nachbarschaft (8)	0.19***	0.04**	-0.10***	0.07***	-0.09***	0.13***	0.15***	1			
Religiosität (9)	-0.03*	0.05***	0.02	-0.07***	0.13***	-0.01	-0.13***	-0.12***	1		
Sportliche/körperliche Betätigung (10)	0.04**	0.05***	-0.01	0.09***	0.08***	0.09***	0.01	-0.02	0.10***	1	
PWB (11)	0.10***	0.11***	-0.05***	0.09***	-0.02	0.21***	0.12***	0.11***	0.02	0.10***	1
Mittelwert	5.30	4.87	0.83	3.27	0.41	4.28	15.38	15.45	0.92	0.99	8.98
Standardabweichung	1.09	0.48	0.69	1.06	0.94	2.37	3.05	2.74	1.04	1.26	2.17

* p < .05; ** p < .01; *** p < .001.

Abb. 2: Mittelwert der seelischen Gesundheit in den europäischen Ländern



Zusammenhang der demografischen Faktoren mit der seelischen Gesundheit der Jugend

Ältere Jugendliche, Frauen, Menschen mit einer Behinderung und junge Menschen, die in einem Haushalt leben, wo es schwer fällt, über die Runden zu kommen, stuften ihre seelische Gesundheit deutlich niedriger ein (Tabelle 3). Auch wenn Studierende und Schüler im Vergleich zu erwerbstätigen jungen Menschen eine höhere seelische Gesundheit zeigten, bewerteten Jugendliche, die eine Familie betreuen, die seelische Gesundheit niedriger. Jugendliche aus den zweiten, dritten und höchsten Einkommensquartilen gaben in Relation zu Jugendlichen aus dem niedrigsten Quartil für die seelische Gesundheit deutlich höhere Werte an. Junge Menschen, die ihr Haushaltseinkommen im Vergleich zu anderen Mitmenschen ihres Landes schlechter einstufen, schätzten die seelische Gesundheit erheblich niedriger ein als diejenigen, die sich als bessergestellt sahen. Diejenigen, die eine

Verschlechterung des Haushaltseinkommens in den nächsten zwölf Monaten befürchteten, zeigten wesentlich niedrigere Werte bei der seelischen Gesundheit. Jugendliche, die auf dem Land (im Gegensatz zu jugendlichen Stadtbewohnern) sowie in Ländern des Mittelmeerraums und in Osteuropa (im Gegensatz zu den nordischen Ländern) leben, schätzen die psychische Gesundheit deutlich höher ein. Die Staatsangehörigkeit junger Menschen hatte hingegen keine signifikante Auswirkung auf die seelische Gesundheit.

Tabelle 3: Demografische Merkmale und seelische Gesundheit der Jugend

Demografische Merkmale (Vergleichsgruppe)	Anzahl	Mittelwert	Testgröße	Signifikanz, zweiseitig
Alter	4724	16.82	$r=-0.06$	0.000
Geschlecht			$t=5.86$	0.000
Männlich	2205	17.26		
Weiblich	2519	16.44		
Beschäftigungsstatus (erwerbstätig)			$F=15.26$	0.000
erwerbstätig	1617	16.63		N/A
arbeitslos	640	16.29		0.672
Schüler/Student	2158	17.32		0.001
Familienbetreuung	218	15.27		0.004
Sonstiges	91	15.74		0.564
Haushaltseinkommen (unterstes Quartil)			$F=13.35$	0.000
Unterstes Quartil	963	15.76		N/A
Q2	709	16.84		0.000
Q3	745	16.89		0.000
Höchstes Quartil	655	17.11		0.000
Wahrgenommenes Einkommen im Vergleich zu anderen (besser)			$F=44.76$	0.000
Besser	1183	17.45		N/A
Gleich	2691	16.91		0.006
Schlechter	746	15.37		0.000
Fähigkeit des Haushalts, über die Runden zu kommen			$t=11.67$	0.000
Leicht	2484	17.56		
Schwer	2088	15.90		
Erwartungen für Haushaltsfinanzen in 12 Monaten (besser)			$F=31.7$	0.000
Besser	1324	16.88		N/A
Gleich	2148	17.28		0.055
Schlechter	827	15.73		0.000
Staatsbürger des Landes			$t=-0.84$	0.399
Ja	4519	16.83		

Demografische Merkmale (Vergleichsgruppe)	Anzahl	Mittelwert	Testgröße	Signifikanz, zweiseitig
Nein	205	16.54	t=-12.19	0.000
mit Behinderungen				
Ja	447	14.21		
Nein	4255	17.11	F=3.67	0.012
Urbane Dichte (Großstadt)				
Auf dem Land	423	17.41		0.019
Dorf	1417	16.81		0.637
Mittelgroße Stadt	1420	16.94		0.253
Großstadt	1452	16.57		N/A
Länderregionen (nordische Länder)			F=20.46	0.000
Nordische Länder	386	15.87		
GB und Irland	268	15.10		0.399
Mitteleuropa	819	16.46		0.409
Mittelmeerraum	1094	16.77		0.042
Osteuropa	2157	17.37		0.000

Psychosoziale Faktoren und seelische Gesundheit der Jugend

Abgesehen von Betreuungsaufgaben stehen die neun psychosozialen Faktoren in Tabelle 4 in signifikantem Zusammenhang mit der seelischen Gesundheit der Jugend. Hierbei beeinflussen eine höhere Qualität der Unterkunft, unterstützende Netzwerke, Kontakt mit Freunden/Nachbarn, Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation eines Landes, die Qualität der öffentlichen Einrichtungen und der Nachbarschaft, Religiosität und sportliche Betätigung die seelische Gesundheit von Jugendlichen positiv. Stärkere Spannungen zwischen alten und jungen Menschen hingegen sind mit schlechterer seelischer Gesundheit verbunden. Von den psychosozialen Faktoren scheint sich die Unterkunftsqualität stärker auszuwirken, danach kommen die Zufriedenheit mit der Finanzlage eines Landes, den unterstützenden Netzwerken und die Qualität der öffentlichen Einrichtungen.

Die wichtigsten Ergebnisse und deren Auswirkungen

Dieser Beitrag ermittelt die demografischen und psychosozialen Faktoren, die sich auf die seelische Gesundheit und das psychische Wohlbefinden einer repräsentativen Stichprobe von Jugendlichen in Europa auswirken. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse herausgestellt und ihre Auswirkungen auf die Theorien und Jugendpolitik in Europa diskutiert.

Das Niveau der psychischen und seelischen Gesundheit von Jugendlichen in europäischen Ländern variiert deutlich. Insgesamt weisen einige der Länder eine relativ niedrige seelische Gesundheit auf, auch wenn ein Teil der Länder – insbesondere im Norden – in Bezug auf das PWB von Jugendlichen gute Werte zeigen. Der nega-

Tabelle 4: Korrelationsmatrix für die psychosozialen Faktoren und die seelische Gesundheit der Jugend

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Qualität der Unterkunft (1)	1										
Unterstützende Netzwerke (2)	0.07***	1									
Spannungen zwischen alten und jungen Menschen (3)	-0.05***	-0.03	1								
Kontakt mit Freunden und Nachbarn (4)	0.10***	0.04*	-0.02	1							
Betreuungsaufgaben (5)	-0.10***	-0.04**	0.02	-0.08***	1						
Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation eines Landes (6)	0.10***	0.06***	0.08***	0.01	-0.02	1					
Qualität öffentlicher Einrichtungen (7)	0.07***	0.06***	-0.10***	0.14***	0.07***	0.09***	1				
Qualität der Nachbarschaft (8)	0.19***	0.04**	-0.10***	0.06***	-0.09***	0.13***	0.15***	1			
Religiosität (9)	-0.03*	0.05***	0.03	-0.07***	0.13***	-0.01	-0.13***	-0.12***	1		
Sportliche/körperliche Betätigung (10)	0.04**	0.05***	-0.01	0.09***	0.08***	0.09***	0.01	-0.02	0.10***	1	
PWB (11)	0.15***	0.10***	-0.05**	0.08***	-0.01	0.14***	0.10***	0.09***	0.07***	0.09***	1
Mittelwert	5.30	4.87	0.83	3.27	0.41	4.28	15.38	15.45	0.92	0.99	16.82
Standardabweichung	1.09	0.48	0.69	1.06	0.94	2.37	3.05	2.74	1.04	1.26	4.85

* p <.05; ** p <.01; *** p <.001.

tive Zusammenhang zwischen PWB und seelischer Gesundheit, die wir insgesamt feststellen, ist eventuell durch das gängige psychologische Konzept der *Affluenza* (Wohlstandssyndrom) zu erklären. James (2007) führt hierauf die höhere Prävalenz von psychischen Störungen in nach Wohlstand suchenden und konsumorientierten Ländern zurück. Auf individueller Ebene hängen seelische Gesundheit und psychisches Wohlbefinden von Jugendlichen jedoch stark von einer Reihe demografischer Faktoren ab, wie beispielsweise Alter, Beschäftigungsstatus, Haushaltseinkommen, Behinderungen und der Region, in der die Menschen wohnen. Außerdem sind seelische Gesundheit und PWB der Jugend in Europa deutlich mit der Qualität der Unterkunft, unterstützenden Netzwerken, dem Kontakt mit Freunden/Nachbarn, der Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage eines Landes, der Qualität der öffentlichen Einrichtungen und der Nachbarschaft sowie sportlicher Betätigung verbunden.

Diese Erkenntnisse haben theoretische Implikationen, da sie auf der Grundlage eines eudämonistischen Konzepts unseren Wissenstand über das jugendliche Wohlbefinden erweitern. Ein solcher Ansatz ist in der Forschung im Kinder- und Jugendbereich bisher vergleichsweise wenig ausgeprägt. Neben ihrer theoretischen Bedeutung haben die Ergebnisse auch einige Auswirkungen auf die europäische Jugendpolitik.

Die deutlich negative Korrelation zwischen Alter und seelischer Gesundheit sowie PWB legt gleichermaßen nahe, dass eine systematischere Intervention mit Blick auf die älteren Jugendlichen erforderlich ist. Junge Menschen, die eine Familie betreuen, arbeitslos sind oder eine Behinderung haben, sollten unter Umständen stärker unterstützt werden, da eine fehlende Unterstützung die seelische Gesundheit und das psychische Wohlbefinden verschlechtern dürfte. Makroökonomische Maßnahmen, insbesondere eine Politik zur Bekämpfung der Kinderarmut, sind für Europa unverzichtbar. Eine gleichbleibend hohe Qualität der Unterkunft, des nachbarschaftlichen Umfelds, der öffentlichen Einrichtungen und Sportanlagen sowie der unterstützenden Netzwerke ist unerlässlich, denn viele dieser Bereiche sind von Sparmaßnahmen betroffen. Die Politik auf nationaler und europäischer Ebene sollte ermitteln, in welchen Regionen und Orten aufgrund der erheblichen Unterschiede in Bezug auf seelische Gesundheit und PWB der Jugendlichen je nach Land und Wohngegend (ländlich, städtisch usw.) mehr Mittel gebraucht werden. Insgesamt sollten politische Maßnahmen in den Bereichen Sozialschutz und soziale Fürsorge, Kommunalverwaltung, bürgerschaftliches Engagement, Bildung, Gesundheit und Finanzen darauf ausgerichtet sein, die seelische Gesundheit und das psychische Wohlbefinden der Jugend zu verbessern, dabei aber die Beziehungen zwischen den benannten demografischen und psychologischen Faktoren im Blick haben.

Einschränkungen und künftige Entwicklungen

Ungeachtet der theoretischen und politischen Bedeutung der Ergebnisse unseres Beitrags sollten diese mit gewisser Vorsicht behandelt werden. Nachstehend werden einige Einschränkungen aufgezeigt, die in zukünftigen Studien berücksichtigt werden sollten.

1. Dieses Papier legt ein korrelierendes Design zugrunde. Daher lassen sich zwischen den demografischen und psychosozialen Faktoren und der seelischen Gesundheit bzw. dem psychischen Wohlbefinden keine kausalen Zusammenhänge herstellen. Zur Identifizierung der Wirkzusammenhänge sind Längsschnittdaten erforderlich, was ausschließlich über eine europaweite Longitudinalstudie zum Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen machbar ist.

2. Der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt auf einer bestimmten Jugendkohorte und verwendet die EQLS-Daten für die Altersgruppe ab 18 Jahren. Aus diesem Grund geben die Ergebnisse nicht die Ansichten jüngerer Altersgruppen (unter 18 Jahren) wieder. Auch wenn dies eine herausfordernde Aufgabe ist, sollte es das Ziel zukünftiger Studien sein, Daten über die seelische Gesundheit und das PWB jüngerer Gruppen zu erfassen.

3. Dieser explorative Beitrag stützt die Ergebnisse über die Wechselbeziehung zwischen demografischen und psychosozialen Faktoren und jugendlichem Wohlbefinden auf eine bivariate Analyse. Hier ist zukünftig eine nähere Untersuchung mittels multivariater statistischer Verfahren erforderlich. Eine Mehrebenenanalyse dürfte aufgrund der besonderen Datenstruktur (Einzelbefragte in einem Landeskontext) aussagekräftigere Ergebnisse liefern.

4. Zur Festlegung der demografischen und psychosozialen Faktoren für die seelische Gesundheit und das PWB von Jugendlichen untersuchte dieser Beitrag nur die Variablen auf individueller Ebene. Auch wenn dies entscheidende Faktoren sind, sollten zukünftige Studien die Zusammenhänge unter Berücksichtigung einiger kontextueller Faktoren bzw. Faktoren der Makroebene – wie länderspezifische Jugendarbeitslosigkeit, Bevölkerungsdichte, Bildungs- und Gesundheitsausgaben – untersuchen.

5. Dieser Beitrag behandelt das eudämonistische Wohlbefinden mit dem Schwerpunkt auf PWB und einem seiner wichtigsten Bestandteile – der seelischen Gesundheit. Das psychische Wohlbefinden von Jugendlichen wird von einer Reihe weiterer Aspekte wie Autonomie oder Persönlichkeit bestimmt. Zukünftige Studien zum jugendlichen Wohlbefinden sollten dies stärker berücksichtigen.

REFERENZVERMERK

Die in diesem Beitrag verwendeten Daten wurden durch Intomart GfK im Namen der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gesammelt und durch das UK Data Archive zur Verfügung gestellt. Die hier wiedergegebenen Ergebnisse und Meinungen entsprechen ausschließlich denjenigen der Autoren. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Intomart GfK (Datensammler) und das UK Data Archive sind für die Analyse oder Interpretation nicht verantwortlich.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, *Europäische Erhebung zur Lebensqualität, 2011–2012* [Computerdatei]. 2. Ausgabe. Col-

chester, Essex: UK Data Archive [Verteiler], Januar 2014. SN: 7316, <http://dx.doi.org/10.5255/UKDA-SN-7316-2>.

LITERATUR

Bech P. (1998), *Quality of life in the psychiatric patient*, Mosby-Wolfe, London.

Bradshaw J. (2009), "Social inclusion and child poverty", in Perrig-Chiello P. (ed.) *Interdisciplinary Workshop Report on Changing childhood in a changing Europe*, ESF Social Sciences Unit, Strasbourg.

Commission of the European Communities (2006), "Towards an EU Strategy on the Rights of the Child", Communication from the Commission, Commission of the European Communities, Brussels.

Council of the European Union (2012), *Preventing and tackling child poverty and social exclusion and promoting children's well-being*, Council of the European Union, Brussels.

Croxford L., Iannelli C., Shapira M., Howieson C. and Raffe D. (2006), "Education and youth transitions across Britain 1984–2002", *CES Briefing No. 39*, CES, University of Edinburgh, Edinburgh.

Diener E. and Lucas R. E. (1999), "Personality and subjective well-being", in Kahneman D., Diener E. and Schwarz N. (eds), *Well-Being: The Foundations of Hedonic Psychology*, Russell Sage Found, New York, S. 213–29.

Eurofound (2012), *Third European Quality of Life Survey – Quality of life in Europe: impacts of the crisis*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Eurofound (2013), *Third European Quality of Life Survey – Quality of life in Europe: Subjective well-being*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

EU Task Force (2008), *Child Poverty and Well-Being in the EU, Current status and way forward*, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.

Fattore T., Mason J. and Watson E. (2007), "Children's conceptualisation(s) of their well-being", *Social Indicators Research*, 80, S. 5–29.

James, O. (2007) *Affluenza: How to be Successful and Stay Sane*, Vermillion, Reading.

Perrig-Chiello P. (2009), "Introduction", in Perrig-Chiello P. (ed.), *Changing Childhood in a Changing Europe*, (S. 3–5), *Interdisciplinary Workshop Report*, European Science Foundation, Strasbourg.

Pollock G. (2008), "Youth Transitions: Debates over the social context of becoming an adult", *Sociology Compass* 2: 10.1111/j.1751-9020.2008.00097.x, S. 467–484.

Rees G., Bradshaw J., Goswami H. and Keung H. (2010), *Understanding Children's Well-Being: A national survey of young people's well-being*, The Children's Society, London.

Rees G., Goswami H., Pople L., Bradshaw J., Keung A. and Main G. (2012), *The Good Childhood Report 2012: A Review of Our Children's Well-being*, The Children's Society, London.

Rees G., Goswami H., Pople L., Bradshaw J., Keung A. and Main, G. (2013), *The Good Childhood Report 2013*, The Children's Society, London.

Richardson D. (2012), *An Evaluation of International Surveys of Children*, Social Policy Division, OECD, Paris.

Ryan R. M. and Deci E. L. (2000), "Self-Determination Theory and the Facilitation of Intrinsic Motivation, Social Development, and Well-Being", *American Psychology*, 55 (1): 68–78.

Ryan R. M. and Deci E. L. (2001), "On Happiness and Human Potentials: A Review of Research on Hedonic and Eudaemonic Well-being", *Annual Review of Psychology*, 52, S. 141–66.

Ryff C. D. and Keyes C. L. M. (1995), "The structure of psychological well-being revisited", *Journal of Personality and Social Psychology*, 69, S. 719–27.

Ryff C. D. and Singer B. (1998), "The contours of positive human health", *Psychological Inquiry*, 9, S. 1–28.

Ryff C. D. and Singer B. (2000), "Interpersonal flourishing: a positive health agenda for the new millennium", *Personality and Social Psychology Review*, 4, S. 30–44.

Social Protection Committee (2012), *Tackling and Preventing Child Poverty, Promoting Child Well-being*, Social Protection Committee Advisory Report to the European Commission, Brussels.

TARKI Social Research Institute (2010) *Child poverty and child well-being in the European Union*, Report prepared for the DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities (Unit E.2) of the European Commission, European Commission, Budapest.

Kapitel 7

„Illegale Personen“ in Bewegung – ein kritischer Blick auf Zwangsmigration im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit für junge Asylsuchende*

Maria Pisani

EINLEITUNG

Homo migratus. Ein Begriff, den ich gewählt habe, um es auf den Punkt zu bringen – einen wichtigen Punkt: Menschen bewegen sich. Es ist das, was wir immer getan haben und somit nichts Neues. Es ist sogar so, dass die heutigen Trends zeigen, dass internationale Migration in der heutigen Zeit ein wichtiger Bestandteil der Globalisierung ist. Gemäß Castles und Miller (2009) befinden wir uns gerade im ‚Zeitalter der Migration‘. Was aber bedeutet ‚Zeitalter‘ der Migration? Im Weltjugendbericht der UN aus dem Jahr 2013 wird dargelegt, dass Mitte 2010 die globale Anzahl der internationalen Migranten im Alter von 15–24 Jahre etwa 27 Millionen betrug, ungefähr ein Achtel der weltweiten Migrantenpopulation (zu diesem Zeitpunkt geschätzt rund 214 Millionen). Nach einem anderen Bericht der UN machen junge Menschen zwischen 19 und 29 Jahren ca. 36 % bis 57 % der internationalen Migranten aus (Vereinte Nationen 2013). Es gibt viele Gründe, weshalb sich junge Menschen auf den Weg machen – sei es Bildung, Arbeitsmöglichkeiten, freiwillige Arbeit im Ausland oder sogar Liebe. Es gibt aber auch diejenigen, die aufgrund von existenzieller Bedrohung gezwungen sind, aus ihrem Heimatland zu fliehen. Statistiken zu Asylanträgen in der EU sprechen eine deutliche Sprache. 2014 waren fast vier von fünf Asylbewerbern in der EU-28 unter 35 Jahre (79%). Knapp über die Hälfte aller Asylbewerber waren 18–34 Jahre alt (54 %) und knapp über ein Viertel (26 %) waren Minderjährige unter 18 Jahre. 2014 stellten mehr als

23.000 unbegleitete Minderjährige (UMF) einen Asylantrag in einem der 28 EU-Länder (EUROSTAT 2015).

In diesem Beitrag werde ich mich auf junge Menschen konzentrieren, die gezwungen waren, aus ihrem Heimatland zu fliehen. Das sind insbesondere diejenigen, die es aus dem subsaharischen Afrika, dem Mittleren Osten und Nordafrika in die Europäische Union geschafft haben.² Der Beitrag besteht aus zwei Abschnitten. Im ersten Abschnitt gebe ich einen Überblick über die Trends der Zwangsmigration über das Mittelmeer. Meine Analyse bestreitet die neoliberale Agenda und die Immigrationspolitik einer 'Festung Europa', die sich zu einem guten Teil über die blaue Grenze (Seegrenze) hinaus ausdehnt: politische Verfahren und Praktiken, die die Realität auf globaler, regionaler und lokaler Ebene strukturieren. Dann lege ich mein Augenmerk auf die jungen Asylbewerber, die in Malta angekommen sind³ und auf die Eindämmung der Sekundärmigration innerhalb der EU. Ich beschreibe Menschenrechtsverletzungen, Armut und soziale Ausgrenzung und ich zeige Prozesse demokratischer Ausgrenzung auf: die täglichen Erfahrungen illegalisierter junger Personen, die sich diskursiv und *de facto* außerhalb der Legalität befinden. Im zweiten Abschnitt veranschauliche ich, wie in der Jugendforschung eine Staatsfixiertheit [*statist' hegemony*] allgegenwärtig ist. Ich zeige auf, wie die 'Staatsbürgerschaftsannahme' [*citizenship assumption*] innerhalb der Jugendforschung versagt hat, den 'Nationalstaat' als Analyseeinheit zu hinterfragen. Abschließend lege ich dar, dass die vorherrschende, unkritische Haltung gegenüber den Begriffen Nationalstaat und Demokratie grundsätzlich problematisch und an sich schon ausschließend ist. Sie hat keinen Bezug zur globalen Realität, wie sie von Millionen junger Menschen gelebt wird: Junge Personen, die als 'illegal' abgestempelt werden und bei denen nicht davon auszugehen ist, dass für sie das „Recht, Rechte zu haben“ zutrifft (Arendt 1968).

Diese Abhandlung beinhaltet einen kritischen Ansatz über jugendliche Zwangsmigration. Im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Wissenserzeugung muss man sicherlich viele Disziplinen, Paradigmen und theoretische Ansätze einbeziehen. In diesem Beitrag beziehe ich mich *unter anderem* auf entscheidende

2 Für diesen Beitrag wird die Zwangsmigration als Bewegung Einzelner aufgrund einer existenziellen Bedrohung definiert. Das schließt Personen mit ein, die aufgrund von Krieg, Verfolgung, Konflikten, Hunger und Natur- oder Umweltkatastrophen vertrieben werden. Der Begriff 'Zwangsmigranten' schließt Flüchtlingsbewegungen, Binnenvertreibung und Vertreibung durch Natur- oder Umweltkatastrophen, chemische oder nukleare Katastrophen, Hunger oder Landentwicklungsprojekte ein (siehe auch Betts 2009; IASFM 2014). Migration basiert oft auf der Unterscheidung zwischen Zwangsmigration und Wirtschaftsmigration, wobei erstere der Kategorie 'Flüchtling' zugeordnet und die letztere als 'freiwillig' angenommen wird. Solch eine Zweiteilung in Freiwilligkeit und Zwang ist grundsätzlich problematisch (Crisp 2008). Zwischen der Flucht aus der Heimat auf der Suche nach Sicherheit und der Flucht als Mittel zur Existenzsicherung und des Überlebens liegt nur ein schmaler Grat. In der Realität ist diese Linie komplex und unscharf, wobei das menschliche Sicherheitsbedürfnis nicht nur auf Gewalt und Verfolgung begrenzt werden darf, sondern auch sozio-ökonomische Bedrohungen einschließen muss (Pisani und Grech 2015).

3 Malta (mit seinen Schwesterinseln Gozo und Comino), das mitten im Mittelmeer südlich von Sizilien und nördlich von Libyen liegt, ist mit nur knapp über 400.000 Einwohnern der kleinste EU-Mitgliedstaat.

internationale Beziehungen, Poststrukturalismus, postkoloniale Studien und Intersektionalität. Alle diese theoretischen Ansätze haben eines gemeinsam – die Zurückweisung jeder Idee von Objektivität oder Neutralität in Sprache, Konzepten und Kategorien. Stattdessen argumentieren sie, dass Wissen immer in historische und soziale Prozesse eingebettet ist. Durch die Übernahme eines kritischen Ansatzes zur Untersuchung der jugendlichen Zwangsmigration will dieser Beitrag nicht nur dominante und unterdrückende Strukturen hinterfragen, aufdecken und verstehen, sondern sich auch auf ein Projekt der praktischen und sozialen Transformation zubewegen (Habermas 1993). In dieser Hinsicht behauptet dieser Beitrag nicht von sich, objektiv oder neutral zu sein; er ist eher unapologetisch politisch und auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet. Dieser Aufsatz ist kein allumfassender Bericht über Jugend und erzwungene Migration, er versucht auch gar nicht, es zu sein. Mein Beitrag ist eher ein bescheidener, wenn nicht sogar verzweifelter Versuch, die Debatte über Jugend und Zwangsmigration zu forcieren. Dieses Thema verdient dringend theoretisches Engagement, kundige Maßnahmen und Praktiken und gesetzliche und politische Veränderungen, damit das Recht, Rechte zu haben und soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden.

KONTEXTUALISIERUNG DER SÜD-NORD-ZWANGSMIGRATION

In den letzten Monaten [aus der Sicht Spätsommer 2015, Anm. d. Redaktion], als die Zahl der Todesopfer immer weiter anstieg (aktuell in die Tausende gehend), haben die Migrantenströme über das Mittelmeer in den internationalen Medien sehr viel Aufmerksamkeit erregt. Bis April 2015 waren es nach groben Schätzungen etwa 1.780 Tote (IOM 2015). Die blaue Grenze hat sich als die tödlichste weltweit von Flüchtlingen und anderen Zwangsmigranten genutzte Seeroute herausgestellt. Wir werden wahrscheinlich niemals genau erfahren, wie viele der als 'illegal' eingestuft und positionierten Personen dort ihr Leben ließen; ihre Körper erweisen sich als entbehrlich. Wir verfügen jedoch über statistische Daten zu den Ankünften, auch wenn diese widersprüchlich sind. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) berichten, dass 2014 mehr als 10.000 unbegleitete Minderjährige ihr Leben bei der Überquerung des Mittelmeers riskiert haben (UNHCR und IOM 2014). Anderen Quellen ist zu entnehmen, dass im selben Jahr allein in Italien 12.164 bestätigt wurden, von denen nun ein Drittel als vermisst gilt (Malta Independent 2014). 2014 waren mehr als ein Viertel der auf Malta Ankommenden unter 18 Jahre und alleinreisend – Jugendliche (in der Regel zwischen 15 und 17 Jahre) zum größten Teil (aber nicht ausschließlich) aus Somalia und Eritrea auf der Flucht vor Kriegen, Konflikten und/oder Armut und auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa.

Die politischen und humanitären Antworten auf diese Realität waren nur zu oft ein Vorwand dafür, dass man „im besten Fall die zugrundeliegenden Ursachen ignoriert und im schlechtesten Fall die Strukturen, die der Grund für die fortlaufende Zwangsmigration sind, legitimiert“ (Betts 2009: 131). Ich möchte zunächst auf das Umfeld eingehen, das die Zwangsmigranten, die über das Mittelmeer kommen,

zurücklassen. Castles (2003) hat dargelegt, dass solche Zwangsmigrationsbewegungen ein elementarer Bestandteil der Nord-Süd-Beziehungen sind und dass sie wesentlich mit globalen sozialen Veränderungen verbunden sind. Die neoliberale Globalisierung hat die Hierarchie des Reichtums und der globalen Ungleichheiten noch verschärft, und es hat sich gezeigt, dass sie für die Rechte der Armen und deren Existenzen nachteilig ist. Ungeachtet der mit einer Überquerung des Mittelmeers verbundenen Risiken kommen nun schon seit Jahren junge Menschen (insbesondere junge Männer) aus dem subsaharischen Afrika auf der Flucht vor Armut und Krieg über das Mittelmeer und riskieren ihr Leben auf der Suche nach Sicherheit und der Hoffnung auf ein besseres Leben. Sie verkörpern diskursive, historische und geopolitische Formationen, die diese neuen Zwangsmigrantenströme erfassen (Ifekwunigwe 2013). Abgesehen von einigen ökonomischen Verbesserungen bleibt das subsaharische Afrika die bei weitem ärmste Region der Welt (Economist Intelligence Unit 2014). Das ist eine Realität, die einer anderen unbequemen Wahrheit gegenüber gestellt werden muss: Die ökonomischen Interessen der reicheren Länder der Welt haben dazu beigetragen, Kriege auszulösen und aufrechtzuerhalten. Tatsächlich hängt die Armut nur zu oft (und auf keinen Fall zufällig) mit fragilen Staatsgebilden zusammen, die ein schwaches Rechtssystem haben und in denen Verstöße gegen die Menschenrechte, korrupte Regierungen, Verunsicherung, Unterdrückung und Verfolgung an der Tagesordnung sind. Das alles führt zu strukturellen Zuständen, die Menschen dazu bringen, internationale Grenzen auf der Suche nach Sicherheit, Geborgenheit und Schutz zu überqueren (siehe auch Castles 2003; Betts 2009; Grech 2011). Wenn wir uns die Statistiken der letzten 12 Jahre für Malta ansehen, waren die Länder, aus denen die meisten Asylbewerber auf dem Seeweg kamen, konstant Somalia, Eritrea, Äthiopien und der Sudan. Bis zum 26. Juni 2015 haben mehr als 120.000 Asylbewerber die Küsten Italiens (62.000) und Griechenlands (63.000) erreicht, von denen die meisten aus Eritrea, Somalia, Syrien, Afghanistan und Irak kamen (BBC 2015; UN 2015).

DIE GLOBALE SPALTUNG

Um den aktuellen politischen Kontext zu verstehen, müssen wir in die jüngste Vergangenheit zurückschauen. Mit dem Ende des Kalten Krieges kamen eine neue Weltordnung und neue Migrantenströme. Die politischen und ökonomischen Interessen der reichen nördlichen Länder verschoben sich und mit ihnen ihre Agenda. Als sich die Migrantenströme veränderten, führte die EU eine Eindämmungspolitik ein und es entwickelte sich das, was zutreffend als ‚Festung Europa‘ bezeichnet wird. Ausgelöst durch 9/11 gehörten verstärkte Grenzkontrollen, die nachdrückliche Absicherung, ein strengeres Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus und Visabeschränkungen zu den Maßnahmen, die eingeführt wurden, um der Nord-Süd-Migration vorzubeugen oder spezifischer, damit Flüchtlinge aus dem Globalen Süden auch dort bleiben (Koffman et al 2000). Wie kürzlich ein junger Flüchtling auf einer auf Malta organisierten Konferenz mitteilte: „Es wäre für mich leichter gewesen, ein Visum zum Mars als ein Visum für Europa zu bekommen.“ Aus diesem Grund und im Gegensatz zu dem, was allgemein in Europa und darüber hinaus angenommen wird, wird die überwiegende Mehrheit der Vertrie-

benen in Ländern des Mittleren Ostens, Asiens und Afrikas aufgenommen. Ende 2013 beherbergten die ärmsten Länder der Welt tatsächlich 86% der weltweiten Flüchtlinge (UNHCR 2014). Das ist eine Realität, die auch im Rahmen eines weiter gespannten Kontextes der Nord-Süd-Beziehungen verstanden werden muss.

Während die Ursachen für die Zwangsmigration global sind, liegt die Verantwortung für die Unterbringung von Flüchtlingen deutlich lokal. Die Mehrheit der weltweiten Flüchtlinge und Vertriebenen befindet sich in einem verlängerten Flüchtlingsstatus (das bedeutet für mindestens fünf Jahre), weil sie nirgendwo anders hingehen können. Für viele Aufnahmeländer des Globalen Südens verstärkt die langjährige Aufnahme von Flüchtlingen die Unsicherheit, stellt eine ohnehin schon schwache Wirtschaft vor Probleme und bringt sie in ein politisches und ökonomisches Dilemma auch angesichts der Sicherheit der eigenen Einwohner. Die anhaltende Situation in den Ursprungsländern und die politischen Reaktionen des Aufnahmelandes erklären in gewisser Hinsicht die Ursachen für einen verlängerten Flüchtlingsstatus, zeigen aber nicht unbedingt die ganze Wahrheit.

Die restriktive Asylpolitik der reichen Länder des Nordens hat dafür gesorgt, dass die Grenzen in den Süden ausgelagert wurden und dabei die verhältnismäßige Verantwortung des Globalen Südens aufrecht erhalten wird (Milner 2014). Darin liegt auch das, was Hyndman (2011) als das „Rätsel ... einen Gegensatz oder einfache Geopolitik“ beschrieben hat (2011: 7). Die reichsten Staaten der Welt haben immer verworreneren Wege gefunden, ihren 1951 in der Genfer Konvention verankerten gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Die von liberalen demokratischen Ländern eingesetzten Hilfen, Gesetze und Strategien sind eine ungeheuerliche Verleugnung liberaler demokratischer Normen und der Menschenrechte, die eingeführt wurden, um Flüchtlinge zu schützen. Diese Eindämmungspolitik hat dazu beigetragen, dass sich Abermillionen von der Welt vergessene Menschen – Flüchtlinge – ohne die grundlegendsten Rechte auf Arbeit, Aufenthalt und Mobilität und mit eingeschränktem gesetzlichem Status in einer Art Schwebezustand befinden (ebd.). Wie Chimni (2009: 11) überzeugend dargelegt hat, muss der eingeschränkte Zugang zu internationalen Rechten im historischen Zusammenhang gesehen und als vorsätzlich erkannt werden, wodurch das, was er den „Mythos des Unterschieds zwischen Flüchtlingen aus der zweiten und dritten Welt“ nennt, noch verstärkt wird. Ohne dauerhafte Lösungen und effektive Schutzmaßnahmen werden einige Flüchtlinge ihre Reise fortsetzen und somit irreguläre sekundäre Migrationsbewegungen auslösen (Moret, Baglioni und Efonayi-Mäder 2006). Dies hat dann natürlich auch regionale und internationale Auswirkungen. Einige – und das zeigt die Statistik, durchaus nicht alle – werden versuchen, nach Europa zu ziehen. Nehmen wir z. B. die Flüchtlingslager Maiaini und Adi-Harush in Äthiopien, in denen seit mehr als zehn Jahren Flüchtlinge aus Eritrea leben. Angesichts eines Lebens in der Vorhölle ziehen Tausende junger eritreischer Flüchtlinge in Drittländer, viele von ihnen machen sich auf den Weg nach Europa oder in den mittleren Osten (UNHCR 2011).

FESTUNG EUROPA

Diese Eindämmungspolitik führte zusammen mit der restriktiven Immigrationspolitik zur Entstehung der ‚Festung Europa‘. Ähnlich wie die „Operation Souveräne Grenzen“ in Australien schwächt die Politik den Zugang der Asylbewerber zum Flüchtlingsschutz. Diese Strategie hat verheerende Auswirkungen, da die EU-Mitgliedstaaten versucht haben, eine zunehmend undurchdringbarere Festung zu errichten, die die Ungewollten, ungeachtet der verzweifelten Mittel, die sie bereit sind, auf der Suche nach Schutz in Kauf zu nehmen, außen vor lässt. Im Versuch, die Außengrenzen zu ‚verteidigen‘, hat die EU außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, indem sie die Grenzen über Leben und Souveränität über Rechte stellt.

Nehmen wir zum Beispiel die griechisch-türkische Grenze, an der Mittel wie Stacheldrahtzäune, Wärmebildkameras und Grenzpatrouillen eingesetzt werden, um das abzuwenden, was als Bedrohung für die nationale Sicherheit ausgelegt wird (Europarat 2010). Für die östlichen Grenzen hat die ungarische Regierung als Reaktion auf den dramatischen Anstieg der Asylbewerber aus Ländern wie Afghanistan und Syrien erst vor Kurzem einen Plan veröffentlicht, eine vier Meter hohe Wand entlang der 175 km langen ungarisch-serbischen Grenze zu errichten (The Wall Street Journal 2015).

Als weiteres Beispiel könnte man die südlichen Grenzen nennen. 2014 entschied die EU die italienische Mare-Nostrum-Operation nicht weiterzuführen und keine Ortungs- und Rettungseinsätze im Mittelmeer mehr durchzuführen, weil das nur weitere Migranten dazu ermutigen würde, die Überquerung zu versuchen. Natürlich bestiegen die Migranten weiterhin die Boote und die verzweifelten Versuche, Schutz zu finden, rissen nicht ab. Die Entscheidung mit der Ortungs- und Rettungsoperation aufzuhören, trug dazu bei, dass wir im Frühjahr 2015 hunderte Flüchtlinge ertrinken sahen.

In der Fachliteratur ist nachzulesen, dass ‚illegale‘ Migrationsströme durch immer strengere Grenzkontrollen entstehen. Die nachdrückliche Absicherung durch Gesetze, Politik und einer ‚Fülle von Praktiken‘ hat die Zwangsmigranten zu Illegalen und Kriminellen gemacht (Scheel und Squire 2014: 189).

Das Fehlen legaler und sicherer Verkehrsmittel hat die Ausbreitung immer gefährlicherer und skrupelloserer Schleuserringe gefördert. François Crépeau, der Sonderberichterstatter zu Menschenrechten von Migranten, hat dargelegt, wie das Palermo-Protokoll gegen die Schleusung von Migranten aus dem Jahr 2000 als repressives Mittel verwendet wird, das den staatlichen Interessen dient. Er argumentiert, dass das Protokoll eine vereinfachte Sichtweise des Phänomens aufweist und es nicht nur gefährlich ist, sondern auch die Rechte der Flüchtlinge missachtet. Das Protokoll gegen die Schleusung kann im Hinblick auf Zwang und Zustimmung vom Protokoll gegen den Menschenhandel abgegrenzt werden, wobei die Beweislast hier bei der Behörde liegt. Das soll nicht heißen, dass Schleuser nicht aus der Not der verzweifelten Menschen profitieren oder deren Verletzlichkeit ausnutzen, sondern in erster Linie den Willen der Migranten und deren Bewusstsein für die verbundenen Risiken im Gegensatz zu den beim Menschenhandel vorhandenen Attributen der Irreführung und des Zwangs hervorheben. Politiker werfen oft die

Begriffe Schleusen und Menschenhandel durcheinander und es wäre naiv, anzunehmen, dass dies nicht beabsichtigt ist. Dadurch entstehen die Voraussetzungen, die notwendig sind, die harte Linie gegenüber den Schleusern zu rechtfertigen (Crépeau 2003). Nach den Todesfällen im Mittelmeer entwarfen die EU-Mitgliedsstaaten eine Resolution des UN-Sicherheitsrates für ein UN-Mandat, dass Militärationen in Libyen zur Eindämmung der Migrationsströme durch „gezielte Maßnahmen gegen Menschenhändlerringe“ erlaubt (The Guardian 2015). Theresa May, die [damalige, Anm. d. Red.] Innenministerin des Vereinigten Königreichs, rechtfertigt eine solche Aktion mit den folgenden Argumenten:

„Wir sollten militärische Mittel sowie Mittel des Geheimdienstes und der Verbrechensbekämpfung nicht nur für die Ortung und Rettung einsetzen, sondern auch dazu, hart gegen die Menschenhändler vorzugehen, die Menschen einem solchen Risiko aussetzen“ (International Business Times 2015).

Eine weitere Lesart der Schleuserringe wird von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen untermauert. Das Versagen der Migrationspolitik ermöglichte die Entstehung einer Migrationsindustrie, wie z. B. der NROs (einschließlich der Organisation, der ich angehöre), von Dokumentenfälschung und Schleuserringen usw. In ihren Anstrengungen, die Ungewollten auf Abstand zu halten, hat die ‚Festung Europa‘ dann paradoxerweise dazu beigetragen, die unerlaubte Migration zu steigern: Die Zunahme der Schleuserringe wird als direkte Folge der staatlichen und regionalen Maßnahmen zur Abwehr der ‚ungewollten‘ Migration beschrieben. Einfach ausgedrückt, durch das Fehlen sicherer Möglichkeiten haben die Schleuser auf die Bedürfnisse der Zwangsmigranten reagiert und ihnen eine bei Weitem nicht ideale Alternative geboten. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass, gäbe es eine sicherere Alternative, diese auch von den meisten Menschen eher genutzt werden würde, als das Leben im Mittelmeer oder anderswo in dieser gespaltenen Welt zu riskieren. Beim augenblicklichen Stand der Dinge steht die Route auf keinen Fall für alle zur Verfügung, und Forschungen zeigen, wie der Prozess der Zwangsmigration sich *unter anderem* mit den Faktoren Alter, Geschlecht, Fähigkeit/Unfähigkeit, sozio-ökonomischer Status, ‚Rasse‘ und ethnische Zugehörigkeit überschneidet (UNHCR & Integra 2015). Eine zunehmend restriktive Migrations- und Asylpolitik hat die Kosten für das Erreichen eines sicheren Ortes jenseits der blauen Grenzen in die Höhe schnellen lassen, mit dem Endergebnis, dass Schutz für Flüchtlinge – und damit der Zugang zu Rechten – ein Gut ist, das bezahlt werden muss und so nur für diejenigen zugänglich ist, die es bezahlen können (Zetter 1991). Der Zugriff der Migranten auf unterschiedliche Kapitalformen (wirtschaftlich, sozial, kulturell, symbolisch und humanitär) bestimmt, wie sich der Migrationsprozess entwickelt (van Hear 2004). Die Reisen sind oft lang, gefährlich und eine große körperliche Anstrengung (Pisani und Grech 2015). Da überrascht es auch nicht, dass die meisten Asylbewerber, die die Überfahrt wagen, junge Männer sind (Ifekwunigwe 2013; Pisani und Azzopardi 2009). Und doch werden junge irreguläre Zwangsmigranten, trotz des Rahmenwerks der Menschenrechte, der Genfer Konvention von 1951 und besonderer Bestimmungen der UNKRK, Durchsetzungsmaßnahmen ausgesetzt, die ihre Rechte verletzen (Global Migration Group, UNICEF und OHCHR 2013).

„ILLEGALE PERSONEN“

In den Medien sehen wir oft Elendsbilder: die Notlage der ‚Flüchtlinge‘ in Afrika, dem Mittleren Osten und darüber hinaus. Die „Verdammten dieser Erde“ (Fanon 1963) repräsentieren eine durch die Geschichte und in komfortabler Entfernung gehaltene weit entfernte gesichtslose jämmerliche Menge. Zu dem Zeitpunkt, an dem dieselben Menschen die Küsten der EU erreichen, mutiert die Bezeichnung ‚Flüchtling‘ zu ‚illegaler Immigrant‘, ‚Klandestine‘, ‚illegale Asylbewerber‘ usw. Die Heterogenität der Asylbewerber wird gelöscht und oft durch ein ‚essentialisiertes Schwarz‘ ersetzt (Ifekwunigwe 2013: 221). Bezeichnungen sind nicht unproblematisch; Paradigmenwechsel finden nicht in einem Vakuum statt, sondern werden von der staatlichen Migrationspolitik und operativen Belangen vorangetrieben (Zetter 1991). Solche kriminalisierenden hegemonialen Diskurse wahren die Kräfteverhältnisse, die den Interessen des globalen Nordens dienen und definiert nicht nur, sondern rechtfertigt sogar die harte Linie der Politik, die nur allzu oft eine schamlose Verletzung der Menschenrechte darstellt. Es ist viel leichter, die Rechte einer ‚illegalen‘ Person zu verletzen – man könnte sogar soweit gehen, zu fragen, verfügen solche Personen aktuell noch über „das Recht, Rechte zu haben“ (Arendt 1968) ?

So werden zum Beispiel Asylbewerber nach der Ankunft auf Malta inhaftiert, bis zu 12 Monate oder bis über ihren Asylantrag entschieden wurde, abgelehnte Asylbewerber für bis zu 18 Monate. 2011 behauptete der Menschenrechtskommissar des Europarats, dass die Politik Maltas der obligatorischen und verlängerten Inhaftierung „nicht den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Rechtsprechung des Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg entspricht“. Der Gerichtshof stellte fest, dass keine der für Migranten verfügbaren Rechtsmittel „einen wirksamen und schnellen Rechtsbehelf zur Anfechtung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung der Bewerber darstellten“ und dass sie gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Verletzung des Rechts auf Freiheit darstellen (Menschenrechtskommissar 2011). Die Inhaftierungsbedingungen, denen man nachsagt, dass sie sich „jenseits der Schwelle für eine erniedrigende Behandlung“ befinden, sind ebenfalls Gegenstand großer Kritik geworden (Internationale Juristenkommission 2012: 31).

Die Genfer Konvention ist ein Instrument, das auf Status und Recht basiert und von zahlreichen fundamentalen Prinzipien untermauert wird, von denen die meisten vor allem nicht diskriminierend, nicht bestrafend und nicht zurückweisend sind. Noch wichtiger ist, dass die Konvention Strafen für eine illegale Einreise verbietet (UNHCR k.D: 3), doch werden bei ‚illegalen Personen‘ die ‚Rechte‘ auf die jene Staatsbürger beschränkt, die humanitär eingestellt sind. Es hat sich gezeigt, dass die Gewahrsamseinrichtungen, wie Agamben darlegt, das definitive Paradigma eines ‚Ausnahmezustands‘ sind, ein entpolitisierter Raum, in dem aufgrund des politischen und ontologischen Ausschlusses Leben unterbrochen und entmenslicht und in einem rechtsfreien Raum auf das ‚nackte Leben‘ reduziert werden (siehe Agamben 1998: 174). Das ist das Schicksal der ‚illegalen Personen‘, der politisch Unsicheren, zu deren Lasten die Kosten für die staatliche Sicherheit gehen

und denen „das Recht, Rechte zu haben“ verweigert wird (Arendt 1968). Die Politik der Ingewahrsamnahme bleibt unverändert.

Nach der Altersfeststellung werden unbegleitete Minderjährige ebenfalls Opfer der obligatorischen Inhaftierungspolitik – einer Politik, die auch eine Verletzung der UNKRK darstellt und niemals als im besten Interesse der jungen Menschen gerechtfertigt werden kann (aditus 2014).⁴

Diskursive Praktiken dienen dazu, die ‚illegale Person‘ außerhalb der nationalen politischen Gemeinschaft zu positionieren. Das Augenmerk liegt dabei auf der nationalen Sicherheit, nicht nur um die Bürgerschaft zu schützen, sondern auch um die Beziehung zwischen Staatsangehörigen und Nichtstaatsangehörigen zu stärken. Die folgende Aussage des früheren maltesischen Innenministers erfasst diesen Gedanken gut:

„Aufgrund der nur geringen Größe Maltas können Sie nicht erwarten, dass wir illegale Immigranten frei herumlaufen lassen, insbesondere hinsichtlich der steigenden Zahlen. Das würde ein falsches Signal geben und eine Katastrophe für das Land bedeuten ... Als Minister bin ich vor allem für den Schutz der maltesischen Staatsbürger verantwortlich.“ (Calleja 2009).

Die Regimes des Diskurses und der Macht, geprägt durch eine bis in die heutige Zeit hineinreichende fromme römisch-katholische Geschichte, in der der Sieg über den Islam immer noch gefeiert wird⁵, sind auf dem Körper eingebrannt und lassen das Thema der schwarzen illegalen Immigranten, die gefügig gemacht werden, neu auferstehen (Foucault 1976).

Die Politik der Ingewahrsamnahme ist symptomatisch für den hinterhältigen, immer präsenten Missbrauch der Macht von Regierungen auf der ganzen Welt, der dazu führt, dass Strategien und Praktiken angeordnet werden, die auf die na-

4 Nach der Feststellung des Alters wird vom Minister ein Pflegeauftrag ausgestellt, mit dem das Kind offiziell der Fürsorge des Ministers bzw. der Ministerin für Familie und soziale Solidarität unterstellt wird, und der unbegleitete Minderjährige wird in ein offenes Zentrum verlegt, in dem für ihn ein gesetzlicher Vormund benannt wird und das Asylverfahren abläuft. In einem kürzlich von aditus veröffentlichtem Bericht werden zahlreiche Kernforderungen hinsichtlich Altersbestimmung und Vormundschaft erhoben, zu denen eine Regelung der Altersfeststellung und eine größere Transparenz gehören. Die Altersfeststellung sollte nicht in Haft durchgeführt werden und Minderjährige sollten nicht zusammen mit Erwachsenen inhaftiert werden. Unbegleitete Minderjährige sind derzeit verpflichtet, sich dem Verfahren der Altersfeststellung und den Befragungen in Abwesenheit eines Vormunds oder gesetzlichen Vertreters zu unterziehen, ohne dass den unbegleiteten Minderjährigen geeignete und zugängliche Informationen zur Verfügung gestellt werden und sie so keine Möglichkeit der aktiven Beteiligung am Altersfeststellungsprozess haben. Die Pflichten und die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für unbegleitete Minderjährige sind gesetzlich oder politisch nicht klar festgelegt und unbegleitete Minderjährige haben nach der Ankunft und während der Haft keinen unmittelbaren Zugang zu einem Vormund oder gesetzlichen Vertreter (aditus 2014: 35-42).

5 Die Ankunft der Asylbewerber wird weitgehend als Bedrohung für die maltesische Gesellschaft und den Mythos der kulturellen Homogenität wahrgenommen. Malta ist ein römisch-katholischer Staat, der gesellschaftliche Diskurs hat mit der Mobilisierung kommunaler Symbole (nicht zuletzt ‚Religion der Nation‘ oder ‚christliche Werte‘) und gemeinsamen Erinnerungen reagiert, die die Heterogenität und soziale Hierarchie zu einer Art größeren kollektiven, wenn auch nur eingebildeten, nationalen Identität zusammenfassen (Borg und Mayo 2002).

tionalen Interessen und politischen Ziele ausgerichtet sind. Wenn wir von Werten ausgehen, die wir normalerweise mit einer ‚liberalen Demokratie‘ in Verbindung bringen – Gerechtigkeit, Rechte, Gleichheit usw. – übersteigt die Inhaftierung tausender Menschen, die kein Verbrechen begangen haben und wo der Begriff ‚schuldig oder unschuldig‘ nicht vorkommt, die Vorstellungskraft. Um das noch einmal klar auszudrücken: Dies würde nicht passieren, wenn diese jungen Menschen Bürger des Nationalstaats wären.

Der vorgegebene Rahmen dieses Aufsatzes erlaubt es mir nicht, die Lebensrealitäten unbegleiteter Minderjähriger und die Lebensumstände junger Asylbewerber in Malta zu vertiefen.⁶ Aber es sollte noch angemerkt werden, dass der großen Mehrheit der Asylbewerber in Malta – 2015 fast 80% (UNHCR Real Time) – aufgrund der Zustände, vor denen sie aus ihrem Heimatland geflohen sind, internationaler Schutz gewährt wird. Für die meisten von ihnen ist dieser Schutz begrenzt auf subsidiären Schutz, der ihnen Bewegungsfreiheit auf Malta, Aufenthalt (erneuerbar) für ein Jahr, Zugang zu Beschäftigung, staatliche medizinische Grundversorgung und grundlegende Sozialleistungen, Zugang zu staatlicher Bildung und Reisepapiere gewährt (UNHCR Malta 2010). Sie haben nicht das Recht, die Staatsbürgerschaft zu beantragen.⁷ Diejenigen, deren Schutzgesuch abgelehnt wurde, bleiben bis zur Abschiebung in Malta geduldet. Die Chancen für eine Abschiebung sind sehr gering, da viele aufgrund der Zustände in ihrem Land nicht zurück können, und so bleiben sie in der Schwebe – diskursiv, ontologisch und legal gesehen existieren sie am Rand der Gesellschaft. Isoliert von jeder politischen Existenz entscheidet die Macht für sie – ihre Stimmen durch den souveränen Staat verweigert, wurden sie in einem rechtsfreien Raum zum Schweigen gebracht (Agamben 1998).

In den vergangenen 13 Jahren haben mehr als 20.000 Asylbewerber die Küsten Maltas erreicht, wovon geschätzte 6.000 auf Malta bleiben. Von denen, die das Land wieder verlassen haben, wurden einige durch das amerikanische Neuansiedlungsprogramm und ein paar hundert Menschen in andere EU-Mitgliedstaaten umgesiedelt. Ein paar Hundert wurden in ihre Heimat zurückgeführt, einige davon freiwillig. Aber Tausende haben Malta verlassen, ohne dass wir wissen, wo sie sich derzeit aufhalten. Dazu gehören auch unbegleitete Minderjährige: Aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht geht hervor, dass jede Woche mindestens zwei als vermisst gemeldet, aber niemals gefunden werden (aditus 2014). Was ist also passiert?

6 Siehe zum Beispiel JRS Malta (2010); aditus (2014); UNHCR und Integra Foundation (2015).

7 Personen, denen Flüchtlingsschutz gewährt wird, haben das Recht, eine Staatsbürgerschaft zu beantragen, allerdings werden, so Debono (2013), das Staatsbürgerschaftssystem von Malta und der Unterbereich Einbürgerung von einer ‚protektionistischen Position‘ und ‚Bedenken hinsichtlich der Immigration‘ beherrscht. Die legalen Aspekte und Praktiken der Einbürgerung werfen kritische Fragen in Bezug auf Fairness und Gerechtigkeit auf. Debono beschreibt dies als „verfluchte Praxis“ und zeigt auf, dass der Ermessensspielraum des Ministers, dem es an Transparenz und der Möglichkeit der Berufung fehlt, auf eine „Unterscheidung und Hierarchie zwischen einem Staatsbürger und einem Nichtstaatsangehörigen“ hinweist, die aufgrund der allgemeinen politischen Unterstützung wahrscheinlich erhalten bleiben wird (Debono 2013: 10-11).

SEKUNDÄRES CONTAINMENT – SPALTUNG EUROPAS

Um diese Frage zu beantworten, muss ich nun meine Aufmerksamkeit der Eindämmungspolitik [*policy of containment*] innerhalb der EU und der irregulären Sekundärmigration zuwenden. Es ist heute mehr als offensichtlich, dass die Bereitschaft, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu entwickeln, gebrochen ist (aida 2014). Weit entfernt von einer einheitlichen Meinung bestehen Differenzen in der Anzahl der Asylanträge und in der Flüchtlingsanerkennungsquote – die Chancen der Asylbewerber, Schutz zuerkannt zu bekommen (und die Qualität des gewährten Schutzes) hängen sehr stark davon ab, in welchem EU-Land sie ihren Asylantrag stellen. Die Dublin-Verordnung legt fest, welches Land für die Prüfung eines gestellten Asylantrags verantwortlich ist, und das ist der Ort des Eintritts in die EU. Aus den oben bereits erklärten Gründen werden das in der Regel Mitgliedstaaten mit einer EU-Außengrenze sein, da es aufgrund der Einwanderungsbeschränkungen für Asylbewerber kaum alternative Wege gibt, um in die EU zu kommen. Das Ergebnis davon ist eine Nord-Süd-Spaltung innerhalb der EU. Die Länder im Norden haben auf eine humane Asylpolitik gedrängt, haben aber gleichzeitig gesagt, dass die Asylbewerber im Asylland bleiben müssen, während die Länder im Süden (und zunehmend auch der Osten) entgegnen, dass den Außengrenzen durch die Dublin-Verordnung eine unverhältnismäßige ‚Last‘ auferlegt wird. So wie die Dinge stehen, stellt die Dublin-Verordnung (zumindest auf dem Papier) sicher, dass Asylbewerber im ersten Asylland verbleiben, was auch durch das EURODAC-System gestützt wird. Nach der Ankunft werden von den Asylbewerbern systematisch Fingerabdrücke genommen und für eine spätere Identifikation und Rückführung in das erste Asylland in der Datenbank gespeichert (The Migration Observatory k. D.). Die Europäische Kommission plädiert für eine ‚Aufteilung der Last‘ mit einer festgelegten Quote für die Umsiedlung von 40.000 Personen, denen Schutz zuerkannt wurde, innerhalb der EU und von 20.000 außerhalb der EU; dies wurde von den Mitgliedstaaten abgelehnt. Im Juli 2015 kam nach „diplomatisch wüsten Beschimpfungen“ (Robinson 2015) die Mehrheit der Mitgliedstaaten überein, 40.000 Menschen in einem Zeitraum von zwei Jahren auf freiwilliger Basis und ohne festgelegte Quoten umzusiedeln (Bulgarien und Ungarn wurden ausgenommen und das Vereinigte Königreich hat widersprochen). Die vereinbarte Anzahl steht in einem starken Gegensatz zu den Ankunftszahlen des Jahres 2014 sowie zu den ersten Monaten in 2015 und dokumentiert die fehlende Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander sowie mit den Flüchtlingen und Zwangsmigranten. Die Vereinbarung hat bestenfalls einen Alibicharakter.

Die 28 Mitgliedstaaten sind nur auf die Wahrung der eigenen Interessen bedacht: Einwanderungsthemen sind im Allgemeinen auch Wahlthemen. Die Machthaber nehmen eher eine unnachgiebige Haltung ein und verändern ihre Haltung und Argumentation vor einem strategischen Hintergrund, um die Gefahr der wachsenden Popularität der Rechten abzuwenden. Nur allzu oft werden die ‚illegalen Personen‘ – und in manchen Ländern, wenn auch in geringerem Maße, die größere Gruppe der ‚Migranten‘ – aus Angst vor Wahlniederlagen zum Opferlamm: dem Sündenbock, mit dem die ganze Misere des Landes erklärt wird. Die Macht baut auf Wählerstimmen und ‚illegale Immigranten‘ haben keine Stimmen, die politi-

sche Schlagkraft der ‚illegalen Person‘ ist nicht existent⁸ und die Möglichkeiten, zu einer politischen Kraft zu werden, sind gering, wenn man von der sozialen Realität aus Erfahrungen Einzelner, auf politischer Ebene und der gesetzlichen Regelungen ausgeht. In der Zwischenzeit widersetzen sich die Asylbewerber der Entstehung des unpolitischen Status des ‚nackten Lebens‘. Sie ziehen ohne Rücksicht weiter, trainieren ihre Kraft auf mikropolitischer Ebene, überqueren Binnengrenzen und halten sich illegal innerhalb der Festung auf. Und so sind wir wieder Zeugen der Entstehung von Illegalität innerhalb der EU, dokumentiert durch endlose Medienberichte aus Frankreich und der Schweiz, die ihre Grenzen zu Italien verstärken, über ‚illegale Immigranten‘, die verzweifelt versuchen, von Calais in das Vereinigte Königreich zu gelangen usw.

ILLEGALE JUGEND – EINE ERKENNTNISTHEORETISCHE VERÄNDERUNG

Die Mehrheit der Asylbewerber, die auf Malta angekommen, hält sich mittlerweile in einem anderen Land inner- oder außerhalb der EU auf. Wir können nicht sicher sagen, wie viele – das ist die Realität der illegalen Migration. Die von mir beschriebene Situation trifft, wenn auch kontextspezifisch, innerhalb und außerhalb der EU zu. Innerhalb der EU sind die Daten im Allgemeinen ungenau und unzuverlässig. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE) schätzt, dass jährlich etwa eine halbe Million irregulärer Migranten in die EU kommt. 2007 – vor der Intensivierung der Migrantenströme über das Mittelmeer und Osteuropa – wurde angenommen, dass 10 % bis 15 % der 56 Millionen europäischen Migranten keine Papiere hatte (PICUM 2013). Das sind sehr viele Menschen. Das sind sehr viele junge Menschen.

Bisher habe ich in diesem Beitrag versucht zu zeigen, dass Zwangsmigration und insbesondere irreguläre Migration und Asylbewerberströme nicht zu trennen sind von der Geopolitik, neoliberaler Globalisierung und, was noch wichtiger ist, vom Nationalstaat. Ein souveräner Staat grenzt sich nicht nur durch seine Grenze von einem anderen Staat ab, sondern auch durch die Grenze zwischen dem Staatsbürger und dem Nichtstaatsangehörigen – und das ist die Realität, die es auf den Punkt bringt und aufzeigt, wie liberale Staaten die ‚illegalen Personen‘ behandeln (siehe auch Pisani 2012; Pisani und Grech 2015).

Ich möchte diesen Punkt für den Bereich der Jugendforschung nun noch einmal aufgreifen, was ich als Staatsfixiertheit bezeichnen würde. Sie geht mit dem einher, was ich an anderer Stelle bereits als ‚Staatsbürgerschaftsannahme‘ (Pisani 2012) definiert habe. Als Beispiel beziehe ich mich auf die Einführung in die Jugendforschung von Andy Furlong (2013). Furlong (2013: 210) akzeptiert, dass nicht alle

8 Obwohl Malta ein aufstrebendes Einwanderungsland ist, so spürt man auch, dass eine Stimme der Diaspora in der Bürgerschaft fehlt. Die Situation vor Ort kann zum Beispiel mit der Situation in den USA verglichen werden. Hier hatte die Stimme der Hispanoamerikaner einen beträchtlichen Einfluss auf die politische Debatte zu ‚illegaler Immigration‘ und Staatsbürgerschaft (siehe z. B. Cooper & Gabriel 2012).

„Einwohner eines Landes Anspruch auf Bürgerrechte haben“, und er fährt fort, dass ihnen „bestimmte Rechte formal versagt werden können und dass der Staat in diesen Fällen Ansprüche eingrenzen oder diese von bestimmten Kriterien abhängig machen kann, die strenger sind als die für die eigenen Staatsbürger ... ihre Rolle ist recht undurchsichtig“. Die Tatsache, dass der Nichtstaatsangehörige anerkannt wird, ist lobenswert. Die Analyse hört jedoch dort auf und verpasst es, die Auswirkungen auf die ‚illegale‘ Jugend zu hinterfragen. Furlong führt weiter aus, „dass

normalerweise [allen] jungen Menschen die Bürgerrechte Stück für Stück zuerkannt werden. Während das Alter, in dem das Stimmrecht verliehen wird, üblicherweise ein wichtiger Meilenstein ist, wird ein zusätzlicher Teil der Rechte immer wieder bis zu einem späteren Zeitpunkt zurückgehalten“ (ebd.).

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass alle jungen Menschen mit Einschränkungen hinsichtlich der Staatsbürgerschaft konfrontiert werden, diese Diskriminierung aber nur „temporärer Natur“ ist, auch „wenn sie staatlich angeordnete Leugnungen verschiedener Rechte und Pflichten der Staatsbürgerschaft beinhaltet“ (2013: S. 25). Im Fall der ‚illegalen‘ Jugend bedeutet der Übergang vom Minderjährigen zum Erwachsenen jedoch nicht das „Recht, Rechte zu haben“.

Im nachfolgenden Text von Bernard Davies „Jugendarbeit: ein Manifest für unsere Zeit – überarbeitet“ (2015) wird diese Annahme weitergeführt:

„Das Engagement der Jugendarbeit, die diese Ungerechtigkeiten zugunsten der jungen Menschen zu verändern versucht, muss in diesem gegenwärtigen Kontext gesehen werden. Das muss aber auch weiter gefasst verstanden werden: überspitzt formuliert: ‚Junge Menschen sind auch Staatsbürger – und zwar jetzt‘. Obwohl dies ein scheinbar einfacher Gedanke ist, gilt es, sich konsequent hierfür stark zu machen, vor allem zu einem Zeitpunkt, an dem die gegenwärtige Politik annimmt, dass, nur weil junge Menschen (und natürlich Kinder) auf die Staatsbürgerschaft vorbereitet werden müssen, sie deshalb *noch keine* Staatsbürger sind“ (Davies 2015: 103).

Dieser Abschnitt unterstreicht nicht nur das, was ich als ‚Staatsbürgerschaftsannahme‘ bezeichne, nämlich dass alle jungen Menschen Staatsbürger sind oder sein werden, sondern er veranschaulicht meiner Meinung nach auch, wie wir an der Entstehung einer sozialen Spaltung mitschuldig sein können: Staatsbürger und Nichtstaatsangehörige, jene mit Rechten (und dem Recht, Rechte zu haben) und jene ohne Rechte. Wenn ein junger Mensch kein Staatsbürger ist, wird er oder sie offiziell vom Staat ausgeschlossen, und das wird von den ‚Staatsbürgern‘, die auch die Mehrheit bilden, geduldet – oder sogar aktiv gefördert. Die Staatsbürgerschaft – ein formaler Status, der ein Paket legaler, exklusiver Rechte gewährt – repräsentiert auch eine staatlich sanktionierte Form der Diskriminierung: die Demokratie unterminiert demokratische Prozesse. Das ist dann problematisch, wenn zum Beispiel Tony Jeffs (2015) im nachfolgenden Auszug nicht die Demokratie problematisiert, sondern sie als utopisches Ziel übernimmt:

„Jugendarbeit war ein Weg, der eventuell den Horizont und die Wahrnehmung erweitern, Empathie fördern und Respekt für die Demokratie einflößen könnte“ (2015: 80).

Paradoxerweise ist die ‚illegale Person‘ von den wichtigsten, der Jugendarbeit und der Jugendforschung eigenen Werten, wie Demokratie, Freiheit und Gleichheit,

ausgeschlossen. Der Begriff Wettbewerbsgleichheit vor dem Gesetz und tatsächlich auch der Zugang zu Menschenrechten kann nicht als garantiert angenommen werden (Pisani 2012). Parker und Brassett (2005) demonstrieren, dass die Demokratie nicht die Aufgaben der Justiz übernehmen kann, da diese an die Abgrenzung der ‚nationalen Gemeinschaft‘ anschließt. Solchen Personen, die von dieser Abgrenzung ausgeschlossen sind, wird folglich auch die Möglichkeit verwehrt, sich als kritische Staatsbürger zu engagieren. Die Grenzen der transformativen Jugendarbeit und die Möglichkeiten des transformativen Handelns liegen hierbei in der Verteidigung eines demokratischen Prozesses, paradoxerweise in einem ‚nationalen‘ Rahmen der Demokratie, aus dem die ‚illegale Person‘ ausgeschlossen wird.

DAS VERMEINTLICHE AUFZEIGEN: DIE DENKWEISE DES HEGEMONIALEN NATIONALSTAATS HINTERFRAGEN

Und was nun? Furlong (2013) erinnert uns wie folgt:

„Jugendforschung ... beschäftigt sich nicht nur mit der Politik, den Bedenken der Mächtigen oder dem Verständnis für kulturelle Veränderungen. Die Untersuchung der Leben junger Menschen gewährt einen einzigartigen Einblick in den Prozess sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen und ermöglicht die Erforschung einiger der großen theoretischen Bedenken der Sozialwissenschaften. In diesem Zusammenhang befasst sich die Jugendforschung mit sozialer Gerechtigkeit, Klasse, ‚Rasse‘, Geschlecht und räumlichen Aufteilungen. Sie konzentriert sich einerseits auf die Probleme von Macht und Privilegien und andererseits auf Entbehrung und Exklusion“ (S. 5–6).

Als politisches Projekt beleuchtet die Jugendforschung die Beziehungen zwischen Wissen, Autorität und Macht. Als transformative Pädagogik versucht sie, hegemoniale Prozesse innerhalb der Gesellschaft freizulegen und festzustellen, wie vorherrschende Wahrnehmungen und Wissensauffassungen die bestehenden Machtverhältnisse bestätigen. Das Konzept der Hegemonie kann auch als Basis für eine politische Strategie eingesetzt werden, die darauf abzielt, eine alternative Hegemonie zu etablieren, die nicht dazu dient, die Unterdrückten in einer untergeordneten Position zu halten (Mayo 2010). In dieser Hinsicht können Jugendforscher Vorreiter sein, um die Voraussetzungen der Staatsbürgerschaft im Diskurs, in der Theorie und in der Praxis herauszustellen und um die Auswirkungen und Konsequenzen für die ‚illegalen Personen‘ hervorzuheben. Als Forscher und Fachleute haben wir auch die Verantwortung, die internationale und nationale Migrationspolitik, die Auswirkungen des rechtlichen Status und des Rechts, Rechte zu haben, zu verstehen und einzuschätzen. Das Gleiche gilt für den Prozess, wie normalisierende Diskurse die Politik und Leistungserbringung formen. Das ist Teil unseres Engagements zur sozialen Gerechtigkeit.

GESTALTEN EINER GEGENHEGEMONIALEN STIMME: EIN ERKENNTNISTHEORETISCHER WANDEL

Die Lösung von Hannah Arendt (1968) auf die Krise der ‚illegalen Personen‘ war die Kreierung eines supranationalen Gesetzes, das aus einem Menschenrecht besteht – dem Recht, einer politischen Gemeinschaft anzugehören. Die Befestigung der EU-Außengrenze, einem Raum, der mit Spannung und Widersprüchen zwischen Globalisierung und dem souveränen Staat belastet ist, lässt annehmen, dass eine Lösung lange nicht in Sicht ist. Und so fragt man sich: Wie kann im Paradigma eines hegemonialen Nationalstaats am besten soziale Gerechtigkeit – für alle Menschen – erreicht werden?

Homo migratus – das ist es, was wir sind. So lange, wie jungen Menschen die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird, werden ihnen auch die durch die Staatsbürgerschaft übertragenen Rechte verweigert. Die ‚illegalen Personen‘ bleiben uns erhalten, solange das Recht, sie auszuschließen auf den Säulen der Souveränität fußt, es das staatliche System festigt und die Rechte der Staatsbürger stärkt: Die Menschenrechte werden weiterhin im Keim erstickt. In der Zwischenzeit kann vielleicht ein erkenntnistheoretischer Wandel in der Art, wie wir Nichtstaatsangehörige theoretisieren [*in the way we theorise the non-citizen*], eine gegenhegemoniale Stimme erheben – hin zu einer Transformation. Dadurch, dass wir unseren theoretischen Rahmen erweitert haben, erkennen und begründen wir multiple Seiten der Unterdrückung – sei es Klasse, Geschlecht, Behinderung, Rasse usw. Die rechtliche Stellung kann aus dieser Analyse nicht ausgenommen werden. Demokratie – so wie wir sie heute verstehen – kann nicht die emanzipatorischen Möglichkeiten liefern, die sie beansprucht zu bieten, und das Recht, Rechte zu haben, kann nicht vorausgesetzt werden.

** Anm. d. Red.: Die von der Autorin im englischen Text bei einzelnen Begriffen zahlreich verwendeten doppelten Anführungszeichen wurden in der deutschen Übersetzung durch einfache Anführungszeichen übernommen.*

LITERATUR

aditus (2014), *Unaccompanied Minor Asylum-Seekers in Malta*, aditus, Valletta.

Agamben G. (1998), *Homo Sacer*, Stanford University Press, Stanford.

aida (2014), *Mind the Gap: an NGO Perspective on Challenges to Accessing Protection in the Common European Asylum System Annual Report 2013/2014*, A project by the European Council on Refugees and Exiles (ECRE), the Forum Réfugiés-Cosi, Brussels.

Arendt H. (1968), *The Origins of totalitarianism*, Harcourt, New York.

BBC (2015, 10 June), *Why is EU struggling with migrants and asylum?* Retrieved 2015, 17 June from BBC News: www.bbc.com/news/world-europe-24583286.

Betts A. (2009), *Forced Migration and Global Politics*, Wiley-Blackwell, Sussex.

Borg C. and Mayo P. (2002), Towards an Anti-racist Agenda in Education. The Case of Malta, *World Studies in Education* Vol. 2, No. 2, 47–64.

Calleja C. (2009), Doing away with detention “would spell disaster”, *Timesofmalta.com*, 18 April, retrieved 2 October 2010 from: www.timesofmalta.com/articles/view/20090418/local/doing-away-with-detention-would-spell-disaster.

Castles S. (2003), “Towards a Sociology of Forced Migration and Social Transformation”, *Sociology*, Vol. 37, S. 13–34.

Castles S. and Miller M. J. (2009), *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World*, Palgrave Macmillan, Basingstoke.

Chimni S. B. (2009), “The Birth of a ‘Discipline’: From Refugee Studies to Forced Migration Studies”, *Journal of Refugee Studies* Vol. 22, No. 1, S. 11–29.

Commissioner for Human Rights (2011), “Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Malta from 23 to 25 March 2011”, retrieved 22 May 2012 from <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1797917>.

Cooper H. and Gabriel T. (2012), “Obama’s Announcement Seizes Initiative and Puts Pressure on Romney”, *The New York Times*, 15 June 2012, retrieved 25 November 2015 from www.nytimes.com/2012/06/16/us/politics/obamas-immigration-shift-puts-pressure-on-romney.html?_r=0.

Council of Europe (2010), *Commissioner for Human Rights: Criminalisation of Migration in Europe: Human Rights Implications*, retrieved 18 October 2014 from https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1579605#P99_13092.

Crépeau F. (2003), “The Fight Against Migrant Smuggling: Migration Containment Over Refugee Protection”, in van Selm J., Kamanga K., Morrison J., Nadig A., Spoljar-Vrzina S. and van Willigen L., *The Refugee Convention at Fifty. A View from Forced Migration Studies* (S. 173–185), Lexington Books, Lanham.

Crisp J. (2008), “Beyond the Nexus. UNHCR’s Evolving Perspective on Refugee Protection and International Migration”, UNHCR Working Paper No. 155, UNHCR, Geneva.

Davies B. (2015), “Youth Work: A Manifesto For Our Times – Revisited”, *Youth & Policy Special Edition: The Next Five Years: Prospects for young people*, S. 96–117.

Debono D. (2013), *Naturalisation Procedures for Immigrants in Malta*, EUDO Citizenship Observatory, Italy.

Economist Intelligence Unit (2014), *Food Security in focus: Sub-Saharan Africa in 2014*, The Economist Intelligence Unit, London.

Eurostat (2015), *Eurostat statistics explained*, available at http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics.

Fanon F. (1963), *The Wretched of the Earth*, Gove Press, New York.

Foucault M. (1976), *The Will to Knowledge: The History of Sexuality* Volume 1, Penguin Books, London.

- Furlong A. (2013), *Youth Studies: an introduction*, Routledge, Abingdon.
- Global Migration Group, UNICEF and OHCHR (2013), *Human Rights of Undocumented Adolescents and Youth*, Global Migration Group, UNICEF and OHCHR, Brussels.
- Grech S. (2011), "Recolonising Debates or Perpetuated Coloniality? Decentring the Spaces of Disability, Development and Community in the Global South", *International Journal of Inclusive Education*, 15(1), S. 87–100.
- Habermas J. (1993), *Justification and Application: Remarks on Discourse Ethics*, MIT Press, Cambridge, MA.
- Hear N. (van) (2004), *'I went as far as my money would take me': conflict, forced migration and class*. Oxford: Centre on Migration, Policy and Society, Working Paper No. 6.
- Hyndman J. (2011), "A refugee camp conundrum: geopolitics, liberal democracy, and protracted refugee situations", *Refuge* Vol. 28 Issue 2, S. 7–15.
- IASFM (2014), *About Us*, International Association for the Study of Forced Migration, available at <http://iasfm.org/about/>.
- Ifekwunigwe J. O. (2013), 'Voting with their feet': Senegalese youth, clandestine boat migration, and the gendered politics of protest. *African and Black Diaspora: An International Journal* Vol. 6, No. 2, 218–235.
- International Business Times (2015), "Mediterranean Migrants: Theresa May says EU must return economic migrants to homelands", *International Business Times*, 13 May 2015, available at www.ibtimes.co.uk/mediterranean-migrants-theresa-may-says-eu-must-return-economic-migrants-homelands-1501007.
- International Commission of Jurists (2012), "Not Here To Stay: Report of the International Commission of Jurists on its visit to Malta on 26–30 September 2011", International Commission of Jurists, Geneva.
- IOM (2015), "IOM Monitors Migrant Arrivals, Deaths in Mediterranean", International Organization for Migration, 28 April 2015, available at www.iom.int/news/iom-monitors-migrant-arrivals-deaths-mediterranean.
- Jeffs T. (2015), "Innovation and Youth Work", *Youth & Policy Special Edition No. 114: The Next Five Years: Prospects for young people*, S. 75–95.
- JRS Malta (2010), *Becoming Vulnerable in Detention: National Report Malta*, DEVAS.
- Koffman E., Phizacklea A., Raghuram P. and Sales R. (2000), *Gender and international migration in Europe*, Routledge, Oxon.
- Malta Independent (2014), "Thousands of African child migrants fall prey to Italian drug and prostitution rings", *Malta Independent*, 19 October 2014, available at www.independent.com.mt/articles/2014-10-19/local-news/Thousands-of-African-child-migrants-fall-prey-to-Italian-drug-and-prostitution-rings-6736123998.
- Mayo P. (2010), "Gramsci and Educational Thought", in Mayo P., *Antonio Gramsci and his Relevance to the Education of Adults*, Wiley-Blackwell, Chichester, S. 21–37.

Milner J. (2014), "Protracted Refugee Situations", in Fiddian-Qasmiyeh E., Loescher G., Long K. and Signona N., *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, Oxford, Oxford, S. 151–163.

Moret J., Baglioni S. and Efonayi-Mäder D. (2006), *The Path of Somali Refugees into Exile*, SFM and UNHCR, Neuchatel.

Parker O. and Brasset J. (2005), "Contingent Borders, Ambiguous Ethics: Migrants", in (International) Political Theory, *International Studies Quarterly*, Vol. 49, No. 2, S. 233–253.

PICUM (22 April 2013), "PICUM Submission to the UN Committee on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families", Day of General Discussion on the role of migration statistics for treaty reporting and migration policies, PICUM, Geneva.

Pisani M. (2012), "Addressing the 'citizenship assumption' in critical pedagogy: exploring the case of rejected female sub-Saharan African asylum seekers in Malta", *Power & Education* 4(2), S. 185–195.

Pisani M. and Azzopardi A. (2009), "The Odyssey of the Young Female Asylum Seeker: Engaging Critically on Gendered Forced Migration", *Forum 21 [Research] European Journal on Child and Youth Research*, No. 3/June, S. 128–135.

Pisani M. and Grech S. (2015), "Disability and Forced Migration: Critical Intersectionalities", *Disability and the Global South*, Vol. 2, No. 1, S. 421–441 .

Robinson D. (2015), *EU plan to share asylum seeker burden collapses*, ft.com, 26 June 2015, available at <https://www.ft.com/content/4caa2b98-1bb1-11e5-8201-cb-db03d71480>.

Scheel S. and Squire V. (2014), "Forced Migrants as 'Illegal' Migrants", in Fiddian-Qasmiyeh E., Loescher G., Long K. and Signona N., *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, OUP, Oxford, S. 188–202.

The Guardian (2015), "EU draws up plans for military attacks on Libya targets to stop migrant boats", *The Guardian*, 10 May 2015, available at www.theguardian.com/world/2015/may/10/eu-considers-military-attacks-on-targets-in-libya-to-stop-migrant-boats.

The Migration Observatory (n.d.), "The UK, the Common European Asylum System, and EU Immigration Law", The Migration Observatory, available at <http://migrationobservatory.ox.ac.uk/policy-primers/uk-common-european-asylum-system-and-eu-immigration-law>.

The Wall Street Journal (2015), "Hungary Plans Security Fence on Serbia Border to Keep Out Migrants", *The Wall Street Journal*, 17 June 2015, available at www.wsj.com/articles/hungary-plans-security-fence-on-serbia-border-to-keep-out-migrants-1434561444.

Times of Malta (2014), "UNHCR: Malta last year received highest number of asylum seekers compared to national population", *Times of Malta*, 22 March 2014, available at www.timesofmalta.com/articles/view/20140322/local/unhcr-malta-last-year-received-highest-number-of-asylum-seekers.511699.

UN (2015), "Migrant arrivals in Europe top 100,000 in 2015 – UN refugee agency", UN News Centre, 10 June 2015, available at www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=51113#.VYFLO_mqqko.

UNHCR (n.d.), Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees, UNHCR, available at www.unhcr.org/3b66c2aa10.pdf.

UNHCR (2010), "Data at a Glance", UNHCR Malta, 24 November 2010, available at www.unhcr.org/mt/component/content/article/72-malta-and-asylum/113-malta-and-asylum.

UNHCR (2011), "Young Eritreans in Ethiopia face future in limbo", UNHCR, 21 July 2011, available at www.unhcr.org/4e27de636.html.

UNHCR (2014), *UNHCR Global Trends 2013*, UNHCR, Geneva.

UNHCR and Integra Foundation (2015), *My Diversity: Age, Gender & Diversity Perspectives in the Maltese Refugee Context*, UNHCR, Valletta.

UNHCR and IOM (2014), "Unaccompanied Migrant and Refugee Children: Alternatives to Detention in Malta", Reliefweb, 14 October 2014, available at <http://reliefweb.int/report/malta/unaccompanied-migrant-and-refugee-children-alternatives-detention-malta>.

UNHCR Malta (2010), "Subsidiary Protection in Malta", UNHCR Malta, 25 November 2010, available at www.unhcr.org/mt/who-we-help-in-malta/persons-of-concern/127-subsiary-protection.

UNHCR (Real Time), "Asylum claims and total number granted protection", Malta Asylum Trends, available at www.unhcr.org/mt/charts/.

United Nations (2013), *Youth & Migration*, United Nations World Youth Report, 23 September 2013, available at www.unworldyouthreport.org/index.php?option=com_k2&view=item&layout=item&id=67&Itemid=202.

Zetter R. (1991), "Labelling Refugees: Forming and Transforming a Bureaucratic Identity", *Journal of Refugee Studies*, S. 39–62.

Kapitel 8

Selbstwirksam, aktiv und gesund – Gesundheitsförderung und Internationale Jugendarbeit

Ansgar Drücker

In jeder Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist die Bundesregierung verpflichtet, einen Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vorzulegen. Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2009) hatte den Schwerpunkt "Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland". Der Bericht wird von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet und gemeinsam mit einer Stellungnahme der Bundesregierung veröffentlicht. Der 13. Kinder- und Jugendbericht befasst sich kaum mit der Jugend(verbands)arbeit und gar nicht mit der Internationalen Jugendarbeit und ist daher in diesen Themenfeldern nur unzureichend rezipiert worden; dennoch enthält er Erkenntnisse, die auf diese beiden Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe übertragbar sind und im Folgenden näher erläutert werden sollen.

Die im Bericht an vielen Stellen benannte Selbstwirksamkeit junger Menschen kann durch Diskriminierungserfahrungen und Hassrede deutlich eingeschränkt werden. Daher umfasst Gesundheitsförderung auch den Abbau von Diskriminierungen und wirksame Mittel gegen Hassrede. Gerade in diesem Zusammenhang können die Herkunft, die sexuelle Orientierung oder Identität oder körperliche Einschränkungen junger Menschen eine wichtige Rolle spielen. Daher wird am Ende dieses Artikels ein Bezug zu den aktuellen Schlagwörtern Diversität und Inklusion hergestellt.

RELEVANTE AUSSAGEN DES 13. KINDER- UND JUGEND- BERICHTS FÜR DIE JUGEND(VERBANDS)ARBEIT UND DIE INTERNATIONALE JUGENDARBEIT

Im genannten Bericht mit dem Titel "Mehr Chancen für ein gesundes Aufwachsen" heißt es im Kapitel 20.4 unter der Überschrift "Implizite Gesundheitsförderung":

„Weite Bereiche der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe lassen sich ohne großen Aufwand als bislang nicht bewusst wahrgenommene Formen der Gesundheitsförderung bzw. – in anderen Feldern – der gesundheitsbezogenen Prävention begreifen. Dabei handelt es sich nicht nur um gleichsam implizite, nicht unmittelbar intendierte Nebenwirkungen, sondern in vielen Fällen um konstitutive, aber bislang nicht als solche thematisierte Momente dieser Praxis“ (BMFSFJ 2009: 244).

Auch der im Kapitel 3.2.3 des Berichts beleuchtete Empowerment-Ansatz entspricht den Idealen und Zielen der Internationalen Jugendarbeit und kann insbesondere als Zugang und Methode für die Gesundheitsförderung in der Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen dienen. Partizipation als "eine zentrale Voraussetzung für die Erfahrung von 'Selbstwirksamkeit'" (ebd.: 72) ist für die Internationale Jugendarbeit konstitutiv – und gleichzeitig "ein Basiskonstrukt der Gesundheitsförderung" (ebd.).

„Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen erleichtern Kindern und Jugendlichen den Umgang mit potenziell belastenden Ereignissen und steuern zukünftiges Problemlöseverhalten. Sie haben darüber hinaus einen förderlichen Effekt auf die psychische Gesundheit" (ebd.: 117). Das genau bietet und leistet Jugend(verbands)arbeit und genau das ermöglichen auch Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit.

Handlungs- bzw. Selbstwirksamkeit sind notwendige Erfahrungen für junge Menschen und sollten in ihrem Alltag fest verankert sein. Diese beiden Lebensqualitäten benennt die Berichtskommission durchgehend als wichtige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Gesundheitsförderung – sie stehen gleichzeitig in der Jugend(verbands)arbeit im Mittelpunkt pädagogischer Ziele:

„Eine dritte gesundheitsbezogene Dimension der Jugend(verbands)arbeit wird sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Jugendverbände für viele Jugendliche als wichtige Orte wahrgenommen werden, an denen sie sich selbst als handlungswirksam erleben können. Zu einem nicht unerheblichen Teil macht dies – auch im Gegensatz zur Schule – die Attraktivität der Verbände aus" (ebd.: 209).

Deutlich wird einerseits: Die Jugend(verbands)arbeit und die Internationale Jugendarbeit stellen einen hervorragend geeigneten Rahmen für Aktivitäten dar, die Gesundheitsförderung enthalten und ermöglichen. Deutlich wird andererseits aber auch: Nicht jeder Bereich der Arbeit in diesen Themenfeldern kann ohne weiteres schon als „implizite Gesundheitsförderung“ interpretiert werden, sondern es bedarf auch der bewussten Gestaltung und ggf. Inszenierung, um Angebote und Aktivitäten der Jugend(verbands)arbeit auch als Gesundheitsförderung erkennbar und wirksam werden zu lassen. Beispielsweise bieten die besonderen Bedingungen einer internationalen Jugendbegegnung, wie das Zusammensein der Gruppe

über eine längere Zeit und die große biografische Relevanz (vgl. Thomas et al. 2006) besonders gute Voraussetzungen, um wirksame Impulse auch für die Gesundheitsförderung zu setzen.

Für die Jugend(verbands)arbeit und die Internationale Jugendarbeit bietet der Bericht bei aller positiven Würdigung ihrer Potenziale auch Anlass zur Selbstkritik:

„Die zum Teil langjährigen Traditionen in den Bereichen Rettung, Naturschutz und musische Bildung (vor allem Tanz) sowie die zahlreichen schon lange üblichen Freizeitangebote wie Zeltlager, Fahrten und Touren eröffnen so vielfältige Erfahrungs- und Erlebnisräume, dass zusätzliche Aktionen in diesen Fällen Gefahr laufen, aufgesetzt zu wirken. Das gilt nicht für das gesamte Spektrum von Gesundheitsförderung, aber doch für so zentrale Bereiche wie Bewegung und Körpererfahrung, aber auch für soziale Einbettung und soziales Lernen. Zugleich ist aber auch festzustellen, dass die Themen gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung im Bereich der Jugend(verbands)arbeit bislang nicht zu den Kernthemen und den Zielen in der täglichen Arbeit gehören. Noch wird die eigene Praxis kaum unter dieser Perspektive gedeutet. Gesundheit ist bisher kein eigenständiges Ziel von Jugend(verbands)arbeit, sondern eher ein Mittel, um mit ihm die Zielsetzungen des jeweiligen Verbandes besser erreichen zu können. (...) Hervorzuheben ist dabei, dass besondere Aktionen, Programme und Kampagnen stark von einzelnen engagierten Personen abhängen.“ (BMFSFJ 2009: 208 f.)

Die Gesundheitsförderung dürfte somit nur in wenigen Fällen zum konzeptionellen Kern der Angebote gehören, obwohl durchaus gesundheitsförderliche Wirkungen zu beschreiben sind. Eine konzeptionelle Erweiterung der Angebote der Jugend(verbands)arbeit und der Internationalen Jugendarbeit bietet sich daher insbesondere an, wenn verstärkt benachteiligte junge Menschen für die Angebote gewonnen werden sollen, bei denen, wie noch erläutert wird, Angebote der Gesundheitsförderung eine besonders intensive Wirkung entfalten können.

DIE GESUNDHEIT JUNGER MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Die Berichtskommission warnt vor einer Kulturalisierung und Ethnisierung gesundheitlicher Belastungen, rückt stattdessen die soziale Benachteiligung in den Vordergrund und beschreibt die Mehrfachzugehörigkeit junger Menschen zu Kulturen als „wichtige Ressource für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ (ebd.: 235). Aufbauend auf diesen positiven und würdigenden Ansatz gegenüber jungen Menschen mit Migrationshintergrund wird diese Gruppe dennoch sehr wohl als gesundheitlich benachteiligt und überdurchschnittlich belastet dargestellt – ein oft vernachlässigter Aspekt ihrer strukturellen Diskriminierung.

Interkulturellen Aspekten des Themas Gesundheitsförderung kommt daher bei auf Begegnung angelegten Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe eine besondere Bedeutung zu. Sie sind häufig konzeptioneller Teil der Internationalen Jugendarbeit. Hier ergeben sich zusätzliche Lernchancen, auch durch unterschiedliche Konzepte und Verständnisse von Gesundheit. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine kulturalisierende Betrachtung von Gesundheit(sproblemen), sondern um

Ansätze, die offen sind für verschieden zusammengesetzte Zielgruppen und für unterschiedliche Verständnisse von Gesundheit sowie verschiedenartige Settings auf Reisen und Freizeiten. In dieser Perspektive wird z. B. interkulturelle Vielfalt im Adressatenkreis von Methoden und Aktivitäten als Teil von Diversität gesehen: Angewendete Methoden und Konzepte der Gesundheitsförderung sollten möglichst für Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen und -einstellungen, kulturellen Hintergründen und Bildern von Gesundheit attraktiv und zugänglich sein.

SOZIALE ASPEKTE DER GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Sowohl die internationale als auch die sozialpolitische Dimension des Themas wird deutlich, wenn es im Bericht heißt: „Unter den entwickelten Ländern weisen nicht die reichsten den besten Gesundheitszustand auf, sondern jene, in denen die Einkommensunterschiede zwischen Reich und Arm am geringsten sind“ (ebd.: 48). Außerdem heißt es: „Gesundheit und Wohlbefinden von Heranwachsenden hängen in hohem Maße mit ihren gesellschaftlichen Chancen zusammen“ (ebd.: 33). Der hier hergestellte Zusammenhang zwischen Sozialstatus und gesellschaftlicher Positionierung einerseits und dem Gesundheitszustand und Wohlbefinden junger Menschen andererseits wird weder in der Kinder- und Jugendhilfe noch in der Gesundheitspolitik hinreichend berücksichtigt. Er stellt einen zusätzlichen Begründungszusammenhang für die Antidiskriminierungspolitik dar und verdeutlicht, dass Eigenverantwortung für Gesundheit ein notwendiger, aber keineswegs hinreichender Schritt zu möglichst hohem Wohlbefinden ist. Für die pädagogische Praxis bedeutet dies gleichzeitig, dass Gesundheitsförderung aufgrund der beschriebenen Verwobenheit von individuellen und gesellschaftlichen Faktoren der Gesundheit junger Menschen diese beiden Ebenen in den Blick nehmen muss, also weder darauf setzen kann, dass mit noch so guten Konzepten der Gesundheitsförderung sich automatisch ein Wohlbefinden bei allen teilnehmenden jungen Menschen einstellt, noch davon ausgehen kann, dass schon durch eine Haltung der Diversität und Antidiskriminierung automatisch auch eine Verbesserung der individuellen Gesundheit einzelner Teilnehmender erreicht werden kann.

AUSSAGEN DES BERICHTS ZU KINDER- UND JUGENDREISEN UND INTERNATIONALER JUGENDARBEIT

Die besonderen Leistungen und Potenziale des Arbeitsfeldes Kinder- und Jugendfreizeiten (einschließlich Kinder- und Jugendreisen und Internationale Jugendbegegnungen) werden zwar im Bericht nur angedeutet, allerdings in einer positiven Intonierung: „Freizeitangebote wie Zeltlager, Fahrten und Touren eröffnen so vielfältige Erfahrungs- und Erlebnisräume, dass zusätzliche Aktionen in diesen Fällen Gefahr laufen, aufgesetzt zu wirken“ (ebd.: 209). Dass die Kommission dennoch gerade Kinder- und Jugendreisen einen großen Beitrag zur Gesundheitsförderung beimisst, verdeutlicht sie im Kapitel 20.4 unter der Überschrift „Implizite Gesund-

heitsförderung“ am Beispiel einer Jugendgruppe unterwegs, bei der es implizit um Selbstwirksamkeit, Erleben des eigenen Körpers, Übernahme von Verantwortung und Abenteuer geht. Auch wird beschrieben, dass „bei vielen Aktionen die Themen Bewegung, Körpererfahrung sowie das Erproben der eigenen Grenzen im Vordergrund stehen“ (ebd.: 209). Weiterhin stellt der Bericht anhand eines Beispiels fest, „dass diese Fahrten im hohen Maße auch ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vermitteln, was alle, die die teilnehmenden Jugendlichen einigermaßen kennen, sofort bestätigen würden. Die mit den Fahrten verbundenen und im schulischen Alltag selten gewordenen Formen des Erlebens des eigenen Körpers erweisen sich als ebenso individuell und biografisch prägend wie die Notwendigkeit, selbst Verantwortung für sich zu übernehmen und immer wieder Abenteuer in ungewohnten Umgebungen heil zu überstehen“ (ebd.: 244). Diese Erfahrungen sind auch typisch für die vielfältigen Angebote der Internationalen Jugendarbeit und können sich bei positivem Verlauf zusätzlich durch die stimulierenden, herausfordernden und spannenden Aspekte der individuellen Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern tendenziell sogar noch verstärken.

DIE OTTAWA-CHARTA

Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des 13. Kinder- und Jugendberichts beruft sich auf die Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation und bezieht sich inhaltlich mehrfach auf dieses Grundlagenpapier zur Gesundheitsförderung aus dem Jahre 1986. Das Ziel eines umfassenden körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens ist immer noch nicht zum selbstverständlichen Repertoire der Gesundheitspolitik, der Gesundheitsförderung sowie der Kinder- und Jugendhilfe geworden. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Und nur, wenn es gelingt den Gesundheitsbegriff positiv zu füllen, erreichen die Aktivitäten zur Gesundheitsförderung Kinder und Jugendliche auch in der schönsten Zeit des Tages bzw. des Jahres, nämlich in ihrer Freizeit bzw. unterwegs auf Reisen oder Freizeiten. Nur dann stehen körperliches und seelisches Wohlbefinden, ein umfassendes Wohlfühlen in der eigenen Haut, in der eigenen Rolle und in der eigenen räumlichen, ökologischen und sozialen Umgebung im Mittelpunkt. Menschen, die sich innerlich frei fühlen, die das Gefühl haben, ihr Leben im positiven Sinne gestalten zu können, Menschen, die gerne in Kontakt mit anderen Menschen treten und diesen positiv gestalten können, sind im Durchschnitt gesündere Menschen. Dies gilt für junge Menschen in besonderer Weise.

Gleichzeitig liegt der ganzheitliche Ansatz der Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta nah am Alltag der Jugend(verbands)arbeit und wird im Bericht als „verdeckter Bezug“ bzw. verdeckte „Anleihe“ beschrieben: „Die strategischen Prinzipien der Ottawa-Charta der Gesundheitsförderung haben eine eindeutige Affinität zu den Grundlagen von Sozialer Arbeit“ (Franzkowiak 1998: 173)“ (ebd.: 160). Die sich daraus ergebende „unmittelbare Anschlussfähigkeit“ führt zu der Schlussfolgerung: „Gute Kinder- und Jugendhilfepraxis ist immer auch Gesundheitsförderung“ (ebenda). Dies stärker deutlich zu machen und nachvollziehbar darzustellen ist eine der großen Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit, die aus

dem 13. Kinder- und Jugendbericht resultieren. Eine „umfassende Unterstützung der psychosozialen Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft“ (ebd.: 41) erfordert eine Wiedernäherung der Kinder- und Jugendhilfe an das Thema Gesundheit (vgl. ebd.: 43).

ZWISCHENFAZIT

Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung verdeutlicht, dass einerseits das Bewusstsein für die Bedeutung der Förderung der Gesundheit junger Menschen in der Jugend(verbands)arbeit bisher nur unzureichend vorhanden ist, attestiert diesem Arbeitsbereich aber andererseits erhebliche Potenziale im Sinne einer impliziten Gesundheitsförderung. Gleichzeitig werden diese Potenziale im Bericht allenfalls beispielhaft angedeutet und enthält auch die Expertise zum Thema „Gesundheitsförderung in der Jugend(verbands)arbeit“ wenig konzeptionelle Hinweise.

Stärker in den Fokus der Jugend(verbands)arbeit werden in den nächsten Jahren psychische Störungen von Kindern und Jugendlichen treten. Unter Überschriften wie „schwierige Teilnehmende“, „Umgang mit Essstörungen“ oder „auffällige Jugendliche“ werden sie auf Jugendleiterschulungen oder in der Vorbereitung auf die pädagogische Begleitung von Reisen und Freizeiten sowie internationalen Jugendbegegnungen zwar bereits aufgegriffen. Insgesamt ist jedoch in der Jugend(verbands)arbeit wenig systematisches und handlungsleitendes Wissen in diesem Bereich vorhanden. Gleichzeitig stellt sich die Problematik des Umgangs mit Defiziten im Bereich der psychosozialen Gesundheit beispielsweise auf Reisen und Freizeiten aufgrund der längeren Dauer der Aktivitäten, der neuen Umgebung und des intensiven Einander-Ausgesetzt-Seins in der Gruppe in besonderer Weise.

Themen wie Stressbewältigung, Erhöhung der Frustrationstoleranz gegenüber äußeren Einflüssen oder ein gelassener Umgang mit Kritik und Konflikten sind Beispiele für wichtige Anforderungen an die Jugendarbeit durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Insbesondere benachteiligte junge Menschen können von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe in den genannten Bereichen besonders profitieren. Dabei kommt der Freiwilligkeit und Niedrigschwelligkeit dieser Angebote eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere im Rahmen einer konsequenten Orientierung an den Ressourcen statt an den Defiziten junger Menschen können Angebote einer bewussten Gesundheitsförderung im Rahmen der Jugend(verbands)arbeit und der Internationalen Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zum Empowerment benachteiligter junger Menschen leisten. Ein besonderes Augenmerk liegt somit auf der Förderung der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen. Hier ist der Zusammenhang zur psychosozialen Gesundheit besonders augenfällig. Ihr kommt ein besonderer Stellenwert zu, der bisher in der Kinder- und Jugendhilfe jedoch nur selten ausdrücklich thematisiert wurde.

BESONDERE CHANCEN DER JUGENDVERBANDSARBEIT UND DER INTERNATIONALEN JUGENDARBEIT

Jugend(verbands)arbeit und Internationale Jugendarbeit leben auch von ihrer Wertorientierung. Diese spielt auch im Bereich der Gesundheitsförderung eine wichtige Rolle. Daher kann es keine Patentrezepte für alle Jugendverbände oder Träger der Internationalen Jugendarbeit geben. Dies gilt vor allem für sensible und moralisch oder ideologisch aufgeladene Bereiche wie Körperlichkeit, Sexualität, Leistungsbereitschaft, Chancengleichheit bzw. -gerechtigkeit oder körperliche Leitbilder und Schönheitsideale.

Man kann Gesundheitsförderung mit einer konsumkritischen Perspektive realisieren, man kann Aspekte der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen, man kann Leistung eher positiv oder eher negativ bewerten (also vor allem als Druck oder vor allem als positive Selbstwirksamkeit), man kann Sexualpädagogik als selbstverständlichen Teil von Gesundheitsförderung oder als vorrangige Verantwortung der Eltern begreifen usw. Diese Beispiele deuten an, dass jeder Träger aufgerufen ist, eigene trägerspezifische Konzepte der Gesundheitsförderung auf seinen Maßnahmen zu entwickeln. Auch dadurch wird gewährleistet, dass die Angebote insgesamt verschiedene Zielgruppen auf unterschiedlichste Weise erreichen, dass Aspekte von Peer Counseling und Lernen von und mit Gleichaltrigen auf gleicher Augenhöhe verstärkt zum Tragen kommen und dass einer impliziten Normativität präventiver Ansätze mit unausgesprochenen Vorstellungen von konformem, normalem Verhalten einerseits und von Normabweichungen andererseits Empowerment-Ansätze und individuell gestaltbare Strategien der Gesundheitsförderung entgegengesetzt werden.

Da vorhandene Erfahrungen und Konzepte, Methoden und Alltagspraktiken bisher nur vereinzelt als Teil von Gesundheitsförderung wahrgenommen und häufig ohne oder nur im Rahmen eines diffusen Konzepts der Gesundheitsförderung stattfinden, erscheint eine Bündelung, Konkretisierung und Formulierung der oft unausgesprochenen und nicht niedergelegten Konzepte und Ansätze sinnvoll und notwendig.

SEXUELLE ORIENTIERUNG – EIN TABU?

Leider ist das Thema sexuelle Orientierung (ebenso wie Trans- und Intersexualität) ein „blinder Punkt“ des 13. Kinder- und Jugendberichts. Das immer frühere Coming Out von lesbischen und schwulen jungen Menschen bringt neben einer größeren Offenheit und Selbstverständlichkeit auch zusätzliche oder sich anders äußernde (gesundheitliche) Risiken mit sich. Die erhöhte Suizidrate unter jungen Schwulen und Lesben bzw. unter Jugendlichen, die sich ihrer sexuellen Orientierung unsicher sind, mahnt jedoch unmittelbaren Handlungsbedarf an. Dies ist der deutschen Bundesregierung durchaus bewusst, wenn es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „Jugendliche in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 16/1554 heißt:

„In [einer] Studie gaben mehr als zwei Drittel der befragten schwulen jungen Männer im Alter von 15 bis 25 an, dass sie wegen ihres Schwulseins mit größeren Belastungen fertig werden müssten als gleichaltrige heterosexuelle männliche Jugendliche. Ein Viertel der Befragten hat bereits psychologische Hilfe in Anspruch genommen, wobei Depression, Ängste und familiäre Probleme am häufigsten als Gründe dafür genannt werden. Ein großer Teil der schwulen jungen Männer leidet unter Einsamkeit. In der Mehrzahl der bisher veröffentlichten Befunde zur psychosozialen Situation schwuler und lesbischer Jugendlicher wird zudem eine hohe Suizid(versuchs)rate ausgewiesen. Einer Studie der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport von 1999 zufolge hatten 18 Prozent der schwulen oder lesbischen Jugendlichen bereits einen oder mehrere Suizidversuche hinter sich, mehr als die Hälfte hatte bereits an Selbstmord gedacht. Damit ist das Suizidrisiko bei gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen viermal höher als bei Jugendlichen mit heterosexueller Orientierung.“

Daraus ergibt sich, dass gerade länger dauernde Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wie etwa internationale Jugendbegegnungen, in besonderer Weise gefordert sind, in Bezug auf die sexuelle Orientierung, aber auch auf andere Ausschlusskriterien, eine möglichst diskriminierungsfreie Umgebung zu gestalten. Bereits bei der Konzeption mitzudenken, dass geoutete oder ungeoutete Schwule und Lesben, Trans- und Intersexuelle zum Kreis der Teilnehmenden gehören, wäre ein erster Schritt zur Auflösung des strukturellen Übersehens von nicht heterosexuellen jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Im 2015 beginnenden Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden Homophobie und Transphobie erstmals als Themenfelder im Kampf gegen Rechtsextremismus ausdrücklich benannt.

DIVERSITÄT UND INKLUSION

Der Begriff Inklusion wird in der deutschsprachigen Diskussion überwiegend in Bezug auf die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen gebraucht. Er beschreibt jedoch zunächst die von vornherein angenommene Gleichwertigkeit eines Individuums, das sich in Bezug auf ganz unterschiedliche Differenzlinien von einer gesellschaftlich prägenden Normalität unterscheidet. In einem diversitätsbewussten Verständnis von Inklusion löst sich diese Normalität auf. An ihre Stelle tritt eine von vornherein als vielfältig wahrgenommene Gesellschaft mit verschiedenen Gruppen von Menschen, deren besondere Bedürfnisse und Belange von Anfang an mitgedacht werden. In diesem Verständnis hat sich in den letzten beiden Jahren das Netzwerk für diversitätsbewusste (internationale) Jugend- und Bildungsarbeit DIVE (vgl. www.netzwerk-diversitaet.de) gegründet, dessen Verständnis abschließend umrissen werden soll.

Ziel eines diversitätsbewussten Ansatzes ist eine Erweiterung bzw. ein Wechsel der Perspektive: Diversitätsbewusste Pädagogik will für das Vorhandensein oder die Möglichkeit verschiedener Perspektiven sensibilisieren, sie will vorhandene oder mögliche Heterogenität bewusst machen und ihre Chancen aufzeigen sowie die

oft unbewusste und selbstverständliche Vorannahme, dass alles so ist, wie ich es selbst kenne oder wahrnehme, hinterfragen.

Eine diversitätsbewusste Pädagogik nimmt vielfältige Differenzen in den Blick. Eine Wahrnehmung der sehr heterogenen Lebensformen und Alltagsrealitäten in jedem Land oder der sehr heterogenen Positionierungen innerhalb einer nationalen Teilgruppe in einem internationalen Setting kann helfen, die Fokussierung auf national oder kulturell konstruierte Differenzen zu überwinden und dem Bedürfnis nach Sortierung entgegen zu wirken.

Die Vermeidung von kulturellen oder anderen Kategorisierungen bedeutet allerdings nicht, dass Unterschiede nicht ernst genommen würden. Es gibt sie, sie haben unterschiedliche Hintergründe und Ursachen und sie wirken sich auch in Gruppensituationen aus – die kritische Perspektive wendet sich vor allem gegen die Überbewertung eindimensionaler oder vermeintlich kulturbedingter Erklärungsansätze für differenzierte und häufig unübersichtliche Gruppensituationen und zielt auf eine Sensibilisierung für die Mechanismen und Effekte hinter solchen vereinfachenden Perspektiven.

Außerdem ist es wichtig, eigene Selbstverständlichkeiten selbstkritisch aufzudecken – erst das öffnet häufig den Blick für die Wahrnehmung und Anerkennung anderer Lebensrealitäten.

SCHLUSSFOLGERUNG

Ansätze einer Gesundheitsförderung, die diese diversitätsbewusste Perspektive aufnehmen, erscheinen besonders geeignet, die vielfältigen Jugendkulturen, die vielgestaltigen Lebenslagen und Identitäten junger Menschen und die vielfältigen Milieus und Herkünfte junger Menschen ausreichend zu berücksichtigen, ohne dabei den Blick auf die Gesamtgruppe zu verlieren oder einer in interkulturellen Zusammenhängen ohnehin kaum vorhandenen Normalität immer wieder zum Durchbruch zu verhelfen, die gesellschaftliche Ausschlussmechanismen reproduzieren würde. Stattdessen können in einer diversitätsbewussten und inklusiven Perspektive sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Aspekte der Gesundheit junger Menschen mitgedacht werden. Nur in der Berücksichtigung der Verwobenheit dieser beiden Seiten von Gesundheitsförderung liegt eine Chance zur wirksamen Bearbeitung des Themenfeldes in der Kinder- und Jugendhilfe. Besonders gute Möglichkeiten dafür bieten sich in der Jugend(verbands)arbeit und der Internationalen Jugendarbeit.

LITERATUR

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2009), 13. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin (www.bmfsfj.de/Redak-

tionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/13-kinder-jugendbericht,property=pdf ,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf).

Franzkowiak P. (1998), *Gesundheitsbezogene Soziale Arbeit zwischen Public Health und Gesundheitswissenschaft*, neue praxis, 28, Vol. 2, S. 171–79.

Thomas A., Chang C. and Abt H. (Hg.) (2006), *Erlebnisse, die verändern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen*, Vandenhoeck and Ruprecht, Göttingen.

Kapitel 9

Homophobe und transphobe Diskriminierung junger LGBT vor dem Hintergrund der europäischen und internationalen Menschenrechte

Michael Barron

EINLEITUNG

Im Dezember 2011 beschrieb UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon die homophobe Diskriminierung junger Menschen als „schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte“. Weiter sagte er:

„Auch die Staaten haben hier eine gesetzliche Verantwortung. Gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen müssen alle Staaten die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Menschen – alle Menschen – vor Gewalt und Diskriminierung, auch aus Gründen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, zu schützen.“⁹

Vor dem Hintergrund dieser historischen Aussage und unter Darstellung des Ausmaßes und der Art der uns bekannten homophoben und transphoben Diskriminierung weltweit beschreibt dieser Beitrag die europäischen und internationalen Menschenrechtsnormen und deren Auslegungen, um zu klären, inwieweit und

9 New York, 8. Dezember 2011, Botschaft anlässlich der Veranstaltung zur Beendigung von Gewalt und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, veröffentlicht von Ivan Simonović, Assistent des Generalsekretärs für Menschenrechte www.un.org/sg/statements/?nid=5747.

warum homophobe Diskriminierung die Menschenrechte junger Menschen verletzt.

Ursprünglich wurden die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität in den internationalen Menschenrechtsnormen nicht ausdrücklich erwähnt. Der Schutz für LGBT-Personen, auch junger LGBTler, erwuchs erst durch den Einsatz dieser Instrumente in den letzten Jahren. Obwohl dieses Gebiet wenig transparent und durch starke Debatten bestimmt sein kann, wird in diesem Beitrag die These aufgestellt, dass ein Großteil der internationalen Gesetze das Ziel hat, junge LGBT-Personen gegen homophobe und transphobe Diskriminierung zu schützen. Es wird hervorgehoben, dass alle LGBT-Personen nicht nur als Mitglieder einer Minderheit, sondern auch durch Rechte, die ‚allen Menschen‘ zugesprochen werden, geschützt sind. Weiterhin wird die These aufgestellt, dass LGBT-Jugendliche vor allem durch die UN-Kinderrechtskonvention (wieder als Teil ‚aller Kinder‘ und gleichzeitig als eine in Auslegungen der Konvention benannte Gruppe) sowie durch das Recht auf Bildung insbesondere in Schulen – als Orte, in denen viel homophobe und transphobe Diskriminierung stattfindet – geschützt werden.

In Irland wird der Diskriminierung von LGBT-Personen durch nationale Gleichheitsgesetze (Gesetz zur Gleichstellung am Arbeitsplatz und Gleichstellungsgesetz) Einhalt geboten. Ähnliche Gesetze gibt es auch in anderen Ländern, allerdings nicht in allen. Wir erleben einen Anstieg bei der Anti-LGBT-Gesetzgebung und Ressentiments in einigen Ländern, einschließlich Russland und Nigeria, eine Situation, die besonders verheerende Auswirkungen auf junge LGBTler hat. In der folgenden Analyse werden homophobe und transphobe Diskriminierung in ein Setting aus hassmotivierten Verbrechen und Vorfällen eingebettet und das oft zitierte Spannungsfeld zwischen kulturellen/religiösen Rechten und den Menschenrechten von LGBT-Personen aufgezeigt.

WARUM WIR EINEN SPEZIFISCHEN FOKUS AUF HOMOPHOBE UND TRANSPHOBE DISKRIMINIERUNG SETZEN MÜSSEN

Laut *UN-Weltbericht über die Gewalt gegen Kinder* (2006) erfolgt die Mehrheit der Diskriminierungen aus sexuellen bzw. geschlechtsbedingten Gründen, wenn man die Gruppe der Diskriminierten und die Art des Missbrauchs betrachtet. Besonders häufig betroffen sind junge Frauen und Kinder sowie junge Menschen, deren Geschlecht als nicht konform angesehen wird; die Diskriminierung bezieht sich meistens auf Sexualität und Geschlecht. „Dies zeigt eine irrationale Angst vor sexueller Vielfalt und atypischer Geschlechtsidentität und wird daher als homophobe oder transphobe Diskriminierung beschrieben“ (UNESCO 2012: 5). Homophobe Diskriminierung betrifft alle jungen Menschen, nicht nur junge LGBTler.

Zu den spezifischen Auswirkungen auf LGBT-Jugendliche sagte der frühere Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, in seinem Kommentar *Schulen müssen damit aufhören, homophobe und transphobe Botschaften zu verbreiten*:

„In Schulen überall in Europa werden junge Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität belästigt. Homophobe und transphobe Diskriminierung ist im Leben vieler Schüler an der Tagesordnung. Es ist Zeit, darauf zu reagieren, besonders angesichts einiger nationaler Studien und Berichte, die warnen, dass es eine Reihe von Selbstmorden unter jungen Lesbierinnen, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT) gab, die sich von ihren Gleichaltrigen und ihren Familien abgelehnt fühlten.“¹⁰

In Irland haben die Jugendorganisation *BeLonG To* und die Gleichstellungsbehörde homophobe und transphobe Diskriminierung als Formen der „identitätsbasierten Diskriminierung“ beschrieben. Die Kommission für Gleichheit und Menschenrechte in Großbritannien stellt identitätsbasierte Diskriminierung wie folgt dar:

„[Es handelt sich um] jede Form der Diskriminierung, die sich auf die Eigenschaften bezieht, die für die Identität eines Kindes einzigartig sind, wie z. B. Rasse, Religion, sexuelle Orientierung oder Aussehen. Diese Formen der Diskriminierung zielen nicht nur auf eine Einzelperson ab, sondern spiegeln eine negative Haltung gegenüber einer breiteren Untergruppe oder Gruppe wider, mit der sich die Einzelperson identifiziert (oder von der man glaubt, dass sie sich mit ihr identifiziert). Junge Menschen in solchen Gruppen können verletzlicher oder dem Risiko von Diskriminierung ausgesetzt sein und können von gezielter Unterstützung profitieren“ (Tippett et al. 2010, S. 3).

Diesem zusätzlichen Risiko, dem einige Gruppen ausgesetzt sind, begegnet Irland mit dem nationalen Aktionsplan gegen Diskriminierung. In diesem steht, dass das Ministerium für Bildung und Qualifikationen (Department of Education and Skills) „sich ein besseres Verständnis darüber erwarb, dass Diskriminierung in Schulen im Wesentlichen nicht auf dem Verhalten beruht, sondern in einem Mangel an Respekt gegenüber der Vielfalt und in sozialen Ungleichheiten verwurzelt ist. Beides ist in weiten Teilen der Gesellschaft feststellbar“ (Department of Education and Skills 2012: 24).

Es ist sinnvoll, homophobe und transphobe Diskriminierung auf der Basis von hassbedingten Verbrechen und Vorfällen zu betrachten. Am *International Day Against Homophobia and Transphobia* (IDAHOT) im Jahr 2011 warnte die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, vor einem Anstieg homophober Hassverbrechen. Sie sagte:

„Homophobie schränkt die Fähigkeit von Individuen ein, die eigenen Wünsche und Potenziale umzusetzen. Diskriminierung und Belästigung in Familien, Schulen, am Arbeitsplatz und beim Militär aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität führen dazu, dass Schüler vorzeitig die Schule verlassen, sie keine Arbeit finden und unterbinden, dass Millionen Menschen weltweit, entscheidende Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen.“¹¹

Als homophobe oder transphobe hassmotivierte Vorfälle definiert die britische Staatsanwaltschaft „alle Vorfälle, die seitens der Opfer oder von jeder anderen Person als homophob oder transphob wahrgenommen werden“ (Crown Prosecution

10 www.coe.int/en/web/commissioner/-/schools-must-stop-spreading-homophobic-and-transphobic-messag-1?inheritRedirect=true.

11 www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=38406&Cr=Pillay&Cr1#.U9TwDlyup-Q.

Service 2009: 3). Die britische Organisation *Stonewall* und die *Equality and Human Rights Commission* argumentieren, dass „hassmotivierte Straftaten und Vorfälle von Beleidigung, Anstiftung anderer zu Hass über schwere körperliche Gewalt bis hin zum Mord reichen. Die Motive homophober Straftäter basieren auf Vorurteilen oder Feindseligkeit gegenüber einer tatsächlichen oder wahrgenommenen lesbischen, schwulen und bi-sexuellen Orientierung ihrer Opfer“ (Equality and Human Rights Commission 2009: 3).

Paul Iganski hat in seiner Arbeit, die sich gegen Gewalt und gegen hassmotivierte Straftaten in Europa richtet, und im Rahmen seiner Analyse britischer Umfragedaten herausgefunden, dass hassmotivierte Vorfälle und Straftaten eine schwerwiegendere Wirkung auf die Psyche der Opfer als andere Straftaten haben. Er wendet sich gegen die Einstufung bestimmter hassmotivierter Straftaten und Vorfälle als „geringfügig“ (wie es das Mobbing häufig ist) und schließt daraus, dass „verbale Attacken, Dummejungenstreiche und Belästigungen eine gleichermaßen psychisch wie emotional schädigende Wirkung haben können wie eine körperliche Attacke“ (Iganski, 1999).

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sammelt jährlich Daten zu hassmotivierten Straftaten und hat in diesem Bereich umfangreiche Gutachten verfasst. Sie hat den Unterschied zwischen Hassdelikten und anderen Straftaten in Bezug auf ihre Wirkung auf das Opfer und die Gemeinschaft, aus der sie stammen, aufgezeigt.

„Die Wirkung hassmotivierter Straftaten kann viel weitreichender als die von Straftaten ohne ein vorurteilsbedingtes Motiv sein, besonders in ihrer Wirkung auf einzelne Opfer, die ihnen direkt Nahestehenden und die breite Öffentlichkeit. Diese stärkere Auswirkung ist einer der entscheidenden Gründe, warum Hassstraftaten anders behandelt werden sollten als die gleichen Straftaten ohne vorurteilsbedingte Motivation“ (OSCE/ODIHR 2009: 17).

Die OSZE führt weiter aus:

„Hassdelikte und hassmotivierte Vorfälle verursachen bei den Opfern Angst vor zukünftigen Angriffen und Angst vor einer Zunahme von Gewalt. Diese Angst beruht auf der Ablehnung der Identität des Opfers, die implizit mit Hassstraftaten verbunden ist. Weiterhin vermitteln hassmotivierte Straftaten und Vorfälle die Botschaft, dass die Opfer in der Gesellschaft, in der sie leben, nicht akzeptiert sind. Andere Mitglieder der Zielgruppe können sich nicht nur einem erhöhten Risiko vor zukünftigen Attacken ausgesetzt sehen, sondern auch aus psychologischer Sicht angegriffen fühlen, als wären sie selbst die Opfer. Diese Wirkungen können sich bei Opfern, die aus Gruppen stammen, die seit Generationen diskriminiert werden und Gegenstand von Vorurteilen sind, vervielfachen“ (ebd.).

WIE GROSS IST DAS PROBLEM UND WIE WIRKT ES AUF JUNGE MENSCHEN?

Homophob motivierte Diskriminierung ist in Irland die am weitesten verbreitete Diskriminierungsform (Lynch und Lodge 2002). In einer Studie fand man heraus,

dass 50 % der LGBT-Personen berichteten, verbaler homophober Diskriminierung ausgesetzt gewesen zu sein; 40 % davon wurden verbal von Mitschülern attackiert, 25 % gaben an, körperlich von Altersgenossen bedroht worden zu sein, und 34 % hörten homophobe Kommentare von ihren Lehrern, wobei nur einer von fünf LGBT-Jugendlichen, die homophober Diskriminierung ausgesetzt waren, Unterstützung an ihrer Schule suchten. Im Rahmen dieser Studie wurde zudem eine außergewöhnlich hohe Anzahl psychischer Erkrankungen, die mit diesen Erfahrungen verbunden sind, und ein Zusammenhang zwischen homophober Diskriminierung und Suizidverhalten bei LGBT-Jugendlichen festgestellt (Mayock et al. 2009). Auch irische Lehrer berichteten von sehr stark ausgeprägter homophober Diskriminierung. Von der *Dublin City University* durchgeführte Studien unter der Schirmherrschaft des irischen Bildungsministeriums (Department of Education and Skills) ergaben, dass 79 % der Lehrerschaft sich der homophob motivierten Diskriminierung an ihrer Schule bewusst waren. Die gleiche Studie belegte, dass 41 % der Lehrer es im Vergleich zu anderen Diskriminierungsformen für schwieriger hielten, homophober Diskriminierung entgegenzutreten (Norman et al. 2006).

Diese Ergebnisse stimmen mit den Ergebnissen auf internationaler Ebene überein. In einer ILGA-Europe- und IGLYO-Studie aus dem Jahre 2006 mit über 750 Teilnehmern aus 37 europäischen Ländern gaben 53 % der LGBT-Personen an, Gegenstand von Diskriminierung in der Schule gewesen zu sein (Takacs 2006). 2012 führte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) eine europaweite Erhebung mit 93.000 LGBT-Personen über ihre Erfahrungen mit Diskriminierung, Gewalt und Ablehnung durch. Mindestens sechs von zehn aller Teilnehmer berichteten von Erfahrungen mit negativen Bemerkungen oder Verhaltensweisen in der Schule aufgrund ihrer LGBT-Orientierung. Neun von zehn Teilnehmern aus allen LGBT-Gruppen berichteten, (zumindest „selten“) negative Bemerkungen oder Verhaltensweisen gegenüber einem als LGBT wahrgenommenen Mitschüler erlebt zu haben. Zwei Drittel aller Teilnehmer gaben an, dass dieses Verhalten „oft“ oder „immer“ in ihrer Schule vorgekommen sei. Zusätzlich berichteten drei Viertel aller Teilnehmer (72 %), dass sie sich daran erinnern konnten, im Laufe ihrer Schulzeit bis zum Alter von 18 Jahren negative Bemerkungen oder Verhaltensweisen gegenüber als LGBT wahrgenommenen Lehrern gehört oder beobachtet zu haben (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2014).

Auch Studien, die in Nordamerika, Australien, Neuseeland und Südafrika durchgeführt wurden, belegen, dass eine extrem hohe Anzahl von Belästigungen, Ablehnungen und Angriffen auf LGBT-Jugendliche in der Schule auftraten (Taylor et al. 2011; Kosciw et al. 2012; Stephens und Angeline 2011).

Erhebungen aus Südafrika zeigen eine starke Diskriminierung (verbaler, physischer, sexueller Missbrauch und bössartige Witze) von Lesben und Schwulen in Schulen in KwaZulu Natal. Der Ausgangspunkt der Diskriminierung waren Mitschüler (65 %), gefolgt von Lehrern (22 %) und Schuldirektoren (9 %) (Stephens und Angeline 2011 zitiert im UNESCO-Bericht 2012).

WAS BESAGEN INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSNORMEN UND -ÜBEREINKOMMEN ZUR VERANTWORTUNG DES STAATES BEIM SCHUTZ VON LGBT-JUGENDLICHEN VOR HOMOPHOBER UND TRANSPHOBER DISKRIMINIERUNG?

Die folgenden Aussagen beziehen sich in erster Linie auf die UN-Menschenrechtsstandards, verwiesen wird aber auch auf den Europarat, die EU und die OSZE.

In den Internationalen Pakten der UN und der Europäischen Menschenrechtskonvention sind die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität nicht ausdrücklich erwähnt, werden aber inzwischen aufgrund neuerer Auslegungen und Entwicklungen bei der Gesetzgebung oder Rechtsauffassung in Bezug auf LGBT-Personen, Kinder und Bildung als verbotene Diskriminierungsmerkmale anerkannt.

Die Prinzipien der Gleichheit und Nichtdiskriminierung sind fundamentaler Bestandteil der internationalen Menschenrechtsnormen. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) verpflichtet Staaten, die Wahrnehmung der Menschenrechte ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder eines sonstigen Status sicherzustellen. Obwohl Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung nicht explizit als Gründe genannt werden, haben die Vertragsparteien in ihren ständigen Rechtsprechungen oder in einer „allgemeinen Bemerkung“ die Pakte dahingehend ausgelegt, dass die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in die offene Liste einzuschließen ist.¹² So enthält die Allgemeine Bemerkung Nr. 20 des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte folgende Hinweise:

„Die Vertragsstaaten sollten gewährleisten, dass die sexuelle Orientierung kein Hindernis für die Verwirklichung der im Pakt niedergelegten Rechte bildet, beispielsweise beim Zugang zu Hinterbliebenenrenten. Darüber hinaus gehört die Geschlechtsidentität anerkanntermaßen zu den verbotenen Diskriminierungsgründen; so sehen sich beispielsweise Transgender, Transsexuelle oder Intersexuelle oft ernststen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, wie Belästigungen in der Schule oder am Arbeitsplatz.“¹³

Im Juli 2014 trat Irland vor den UN-Menschenrechtsausschuss zur Überprüfung der Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem ICCPR.¹⁴ Obwohl LGBT-Themen (mit Ausnahme der erforderlichen Anerkennung des Geschlechtes von Transgenderpersonen) nicht im Vordergrund standen, kam der Ausschuss in Relation zu

12 UN-Menschenrechtsausschuss, Toonen v. Australia, Communication Nr. 488/1992, 30 März 1994.

13 Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 20 zur Nichtdiskriminierung bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten 2009, Abschnitt 32.

14 Weitere Informationen zum Erscheinen Irlands vor dem UN-Menschenrechtsausschuss im Juli 2014 siehe ICCL "roundup" („Zusammenfassung“) – <http://iccl.ie/a-roundup-of-coverage-of-ireland-s-iccpr-examination-14-25-july-2014.html>.

Frauenrechten zu einem vernichtenden Ergebnis. Irlands Auftreten belegte die Bedeutung des ICCPR und seiner Mechanismen. Beides kann an der ausführlichen Medienberichterstattung und der Antwort des Ministeriums für Justiz und Gleichberechtigung, das sich daraufhin verpflichtete, den UN-Bericht über die Menschenrechtssituation in Irland dem „Herz der Oireachtas“ (Nationalversammlung) vorzulegen, abgelesen werden.¹⁵

Anhand ihres richtungsweisenden Berichts an den UN-Menschenrechtsrat bezüglich diskriminierender Gesetze, Praktiken und Gewalthandlungen gegen Einzelpersonen wegen ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität erläuterte die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte¹⁶, wie die UN-Mechanismen, einschließlich der Menschenrechts-Vertragsorgane und der Sonderverfahren des Menschenrechtsrates, auf die Verletzungen der Menschenrechte von LGBT-Personen seit fast zwei Jahrzehnten aufmerksam machen. Sie unterstrich auch, wie UN-Organen – unter anderen das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) – die Thematik der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität in ihre Arbeit einbezogen haben. Im Bericht der Hohen Kommissarin nimmt die Annahme, dass Universalität, Gleichheit und Nichtdiskriminierung den Kern aller internationalen Menschenrechtsnormen darstellen, eine zentrale Stellung ein:

„Die Anwendung der internationalen Menschenrechtsnormen wird von den Prinzipien der Allgemeingültigkeit und der Nichtdiskriminierung gelenkt, die in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind, welcher besagt: ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren‘. Alle Menschen, auch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT), können den Schutz in Anspruch nehmen, den die internationalen Menschenrechtsnormen bieten.“ (S. 4)

Die Rechte von jungen (meist schulpflichtigen) LGBT-Personen unter 18 Jahren werden ebenso in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, Artikel 19, anerkannt, der besagt: „Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung zu schützen“. In Bezug auf diesen Artikel wird in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 13 (2011) seitens des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes ausgeführt, dass ‚Bullying‘ sowohl eine Form der körperlichen als auch der psychischen Gewalt ist.¹⁷ In der Allgemeinen Bemerkung wird auch ausgeführt, dass „Gewalt unter Kindern, einschließlich der körperlichen, psychischen und sexuellen Gewalt, meistens über Diskriminierung erfolgt“. Insbesondere wird in der Bemerkung festgehalten, dass „Kinder in potenziell gefährdeter Lage“ und „Gruppen von Kindern, die mit großer Wahrscheinlichkeit Gewalt ausgesetzt sind“, diejenigen einschließen, die „lesbisch, schwul, transgender oder

15 The Irish Examiner vom 25. Juli 2014, „Damning report set for ‘heart of the Oireachtas‘, www.irishexaminer.com/ireland/damning-report-set-for-heart-of-the-oireachtas-276667.html.

16 A/HRC/19/41, November 2011.

17 UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13 (2011), S. 9-10.

transsexuell sind“.¹⁸ Hiermit ist klar, dass die Diskriminierung von LGBT-Kindern und Jugendlichen – homophobe und transphobe Diskriminierung – Gewalt darstellt, die entsprechend der UN-Konvention über die Rechte des Kindes verboten ist, und dass die Unterzeichnerstaaten der Konvention verpflichtet sind, Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu ergreifen.

Bezüglich des Rechts auf Bildung führt die UNESCO in ihrem *Review of Homophobic Bullying in Educational Institutions* (2012) aus:

„Gewalt, Angst und Einschüchterung darf in Bildungseinrichtungen keinen Platz haben. Trotzdem ist Diskriminierung allgegenwärtige Praxis, die die Gesundheit und das Wohlbefinden von Schülern beeinträchtigt, und wird daher als solche von den Vereinten Nationen anerkannt.“¹⁹

Durch die Erzeugung eines Klimas der Angst und Einschüchterung werden Schulen und andere Bildungseinrichtungen durch Diskriminierung zu fundamental unsicheren Orten. Dadurch und durch die Untergrabung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes²⁰, zusammen mit den Grundrechten auf Gesundheit, Sicherheit, Würde und Freiheit von Diskriminierung und Gewalt,²¹ stellt die Diskriminierung eine wesentliche Bedrohung für das grundlegende Recht auf Bildung, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und in den Millennium-Entwicklungszielen und den mit ihnen zusammenhängenden Maßnahmen des Aktionsrahmens von Dakar festgehalten ist, dar.²² (UNESCO 2012, S. 4).

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung argumentiert, dass eine objektive Information in Schulen zur Überwindung von Vorurteilen beitragen und junge Menschen vor Gewalt schützen kann:

„Bei der Sexualerziehung muss der Vielfalt besondere Beachtung geschenkt werden, da jeder das Recht auf einen eigenen Umgang mit der Sexualität hat, ohne dabei aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert zu werden. Die Sexualerziehung ist ein wichtiges Mittel bei der Beendigung der Diskriminierung von Menschen mit anderer sexueller Ausrichtung.“²³

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes gab für die Staaten die Empfehlung aus, Sexualerziehung in die Lehrpläne von Grundschulen und weiterführenden Schulen aufzunehmen. Dies kann auch bedeuten, dass Gesetze, die eine Aufklärung von Jugendlichen über ihre sexuelle Orientierung verhindern, in Konflikt mit der Konvention stehen (Europarat 2011).

18 ebd., S. 27.

19 Vereinte Nationen (2006), Weltbericht über Gewalt gegen Kinder.

20 Zusammen mit anderen internationalen Grundsätzen, wie den *Grundsätzen von Jakarta*, die auf die Beseitigung der Hindernisse bei der Anwendung des Rechts auf Bildung insbesondere für Opfer von Diskriminierung und/oder Gewalt zielen.

21 Vereinte Nationen (1948), Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

22 Vereinte Nationen (2000), Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, UN, New York; Weltbildungsforum, Der Aktionsrahmen von Dakar, UNESCO, Paris; UNESCO (2005), Weltbildungsbericht „Education for All“ 2005, UNESCO, Paris.

23 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, A/65/162, 23. Juli 2010, Abschnitt 60.

Im Rahmen eines Aufrufs zur Bildung und Prävention auf UN-Ebene hat die UNESCO im Jahr 2011 in Rio de Janeiro, Brasilien, in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Regierungsbehörden aus aller Welt und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die erste Konsultation zu homophober Diskriminierung durchgeführt. Bei diesem Treffen haben die vertretenen Gremien die Stellungnahme von Rio zur homophoben Diskriminierung und Bildung für alle (*Rio Statement on Homophobic Bullying and Education for All*) abgegeben, die mit der folgenden Erklärung schließt:

„Wir rufen die Regierungen auf, ihrer Verantwortung für einen universellen Zugang zu einer hochwertigen Bildung gerecht zu werden und diese durch die Beseitigung von Hindernissen aus Gründen der Homophobie und Transphobie sowie durch Vermeidung der nicht hinnehmbaren und zerstörerischen Verbreitung von Anti-LGBT-Tendenzen und Gewalttaten in Grundschulen, weiterführenden Schulen und höheren Bildungseinrichtungen weltweit zu gewährleisten.“²⁴

Im oben erwähnten Bericht der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte aus dem Jahr 2011 wird ihre Besorgnis über die Diskriminierung von jungen LGBT-Personen in Schulen²⁵ und insbesondere über die homophobe Diskriminierung deutlich erkennbar. Sie fügte empfehlend hinzu, „öffentliche Informationskampagnen gegen Homophobie und Transphobie in der Allgemeinheit sowie gezielte Anti-Homophobie-Kampagnen in Schulen zu unterstützen“ (S. 25).

Auch der Europarat spielt hier eine Rolle. Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Protokoll 12 der Konvention enthalten offene Listen mit den Gründen für ein Diskriminierungsverbot. Weder Artikel 14 noch das Protokoll erwähnen explizit die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität als verbotene Diskriminierungsgründe, aber die Kommentare zu den Vorschriften des Protokolls legen fest, dass die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Genau wie bei den UN-Konventionen liegt auf der Hand, dass sowohl sexuelle Orientierung als auch Geschlechtsidentität seit einigen Jahren zu den Diskriminierungstatbeständen gehören. Im Jahr 1999 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt, dass die sexuelle Orientierung ein Diskriminierungsverbot nach Artikel 14 der Konvention ist. Der Gerichtshof erwähnte im Jahr 2010 in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die Transsexualität.

Der Gerichtshof hat einige Urteile gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung gefällt und sich dabei auf Artikel 14 berufen. Im Jahr 2011 hat das Ministerkomitee des Europarats das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verabschiedet. Der im Übereinkommen enthaltene Artikel zur Nichtdiskriminierung schließt auch die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität ein, womit er der erste internationale Vertrag ist, der explizit sowohl die sexuelle Ausrichtung als auch die Geschlechtsidentität als verbotene Diskriminierungsmerkmale einschließt (Europarat 2011).

24 Stellungnahme von Rio zu homophober Diskriminierung und Bildung für Alle – mit Teilnehmerliste – www.unesco.org/new/en/hiv-and-aids/our-priorities-in-hiv/gender-equality/anti-bullying/

25 A/HRC/19/41, November 2011.

Insbesondere ist im Kampf gegen homophobe Diskriminierung die Einschätzung des Europäischen Ausschusses für soziale Rechte aus dem Jahr 2009 relevant, nach der „Unterrichtsmaterialien keine herabwürdigenden Stereotypen bestätigen und keine langlebigen Vorurteilsformen enthalten [dürfen], die zum Ausschluss aus dem sozialen Umfeld, zu unterschwelliger Diskriminierung und der Vorenthaltung von Menschenrechten führen, die oft seitens historisch ausgegrenzter Gruppen erfahren wurden, wie zum Beispiel Menschen mit nicht-heterosexueller Ausrichtung“ (Europarat 2011).

Im Jahr 2010 hat das Ministerkomitee des Europarats eine Empfehlung zu den Maßnahmen der Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verabschiedet und in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Anwendung der aufgestellten Grundsätze und Maßnahmen in der nationalen Rechtsprechung, Politik und Praxis sicherzustellen, die dem Schutz der Menschenrechte von LGBT-Personen dienen. Die Empfehlung deckt einen weiten Bereich ab, der auch hassmotivierte Straftaten und Bildung einschließt. Obwohl diese Empfehlung nicht rechtsverbindlich ist, sind alle EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung angehalten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat diesbezüglich ebenfalls Resolutionen und Empfehlungen verabschiedet.

Sehr häufig wird die Meinung vertreten, dass die EU-Verträge wenig zu Bildung oder Rechten von LGBT-Personen aussagen, jedoch weist die FRA auf eine bedeutende Rolle der EU in diesem Bereich hin. Sie sagt:

„Zwar bieten die EU-Rechtsvorschriften LGBT-Personen außerhalb des Beschäftigungsbereichs nur begrenzten Schutz vor Diskriminierung, jedoch genießt der/die Einzelne einen substanziellen Schutz durch eine Vielzahl einzelstaatlicher und internationaler Rechtsinstrumente. Allerdings kann das durch Artikel 14 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Artikel 2 des ersten Zusatzprotokolls der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte (EKMR) geschützte Recht auf Bildung durch Diskriminierung beeinträchtigt werden, die durch Artikel 21 der Charta der Grundrechte der EU verboten ist.“ (Europäische Agentur für Grundrechte, 2013: 19)

Der *Council for Global Equality*, eine Nichtregierungsorganisation in den USA, die sich dafür einsetzt, „die amerikanische Stimme klarer und in stärkerem Maße zu LGBT-Menschenrechtsfragen weltweit zu erheben“²⁶ hat die OSZE als „eine undurchschaubare, aber einflussreiche internationale Organisation, die sich auf zahlreiche Fragen zu Sicherheit und Menschenrechten konzentriert“ beschrieben. Sie führt weiter aus: „Ursprünglich gegründet als eine Organisation zur stärkeren Einbindung der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten, hat sich die OSZE in der undurchsichtigen Folgezeit des Kalten Krieges als eine wichtige Plattform für die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung etabliert.“²⁷ Die Rechte von LGBT-Personen waren in der OSZE viele Jahre lang umstritten und die US-Politik unter

26 Entnommenen der Webseite Council for Global Equality: <https://globalequality.wordpress.com/about/>.

27 <https://globalequality.wordpress.com/category/organization-for-security-cooperation-in-europe/>.

Bush hat sich „gemeinsam mit dem Vatikan für eine Blockade der Diskussion von LGBT-Menschenrechtsfragen eingesetzt“ (ebd.). Neuerdings werden LGBT-Menschenrechte zu einem großen Teil aufgrund der Änderungen in der US-Regierung diskutiert. Während Irland im Dezember 2012 den Vorsitz der OSZE innehatte, hat die *Civil Society Platform* der OSZE, die auch die Irische Jugendorganisation *BeLonG To* einbezog, Empfehlungen an die Mitgliedstaaten bezüglich der LGBT-Rechte und insbesondere zu homophober und transphober Diskriminierung ausgesprochen. Das Dokument *Civil Society Recommendations to the participants of the OSCE Ministerial Council Meeting in Dublin, 6–7 December 2012* enthält den folgenden Text:

„Wir sind besorgt über die Zunahme von Gewalt gegen LGBT-Personen und die Einschränkung der Meinungsfreiheit der LGBT-Gemeinschaft. ... Die Diskriminierung von LGBT-Jugendlichen in Schulen ist dabei besonders besorgniserregend. Eine derartige Diskriminierung kann die Bildung und Gesundheit junger Menschen besonders ernst bedrohen und kann eine Ursache für Selbstverletzungen und Suizidversuche sein. Diese Diskriminierung wird oft von einer mangelnden Unterstützung seitens der Lehrer und ausschließenden Rahmenlehrplänen in der Schule begleitet.“

Das Dokument empfiehlt weiter, dass OSZE-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, „um eine sichere Bildung für Schüler mit LGBT-Ausrichtung sicherzustellen und homophobe und transphobe Diskriminierung in Schulen zu bekämpfen“.²⁸

Freilich kommt es zu Spannungen, wenn es darum geht, LGBT-Personen – auch junge Menschen – bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen, insbesondere dann, wenn kulturelle Rechte den Menschenrechten der LGBT entgegenstehen. Dieses Dauerproblem wurde vom UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon wie folgt angesprochen:

„Wir wissen, wie kontrovers die Frage der sexuellen Orientierung sein kann. Bei der Suche nach Lösungen erkennen wir an, dass es sehr unterschiedliche Sichtweisen geben kann. Jedoch stimmen wir alle in einem Punkt überein – und zwar in der Frage der Unverletzlichkeit der Menschenrechte ... Als Männer und Frauen mit Gewissen lehnen wir Diskriminierung im Allgemeinen ab und im Besonderen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Wo es Spannungen zwischen kulturellen Ansichten und den allgemeinen Menschenrechten gibt, müssen die Menschenrechte den Sieg davontragen.“²⁹

Die Erklärung des UN-Generalsekretärs ist sehr bedeutend in Bezug auf die Spannungen in Russland, einem großen Teil des Nahen Ostens und zunehmend auch in Afrika, wo Homosexualität immer noch kriminalisiert wird und in einigen Ländern die Todesstrafe Realität ist. In Russland machen die berühmt-berüchtigten Gesetze gegen die Homosexuellen-Propaganda, die insbesondere auf junge Leute und Pädagogen abzielen, den Kampf gegen homophobe und transphobe Diskriminierung nahezu unmöglich.

28 Der vollständige Wortlaut der Empfehlungen für die Zivilgesellschaft an die Teilnehmer des OSZE-Ministerratstreffens in Dublin, vom 6. und 7. Dezember 2012, finden Sie unter: www.civicsolidarity.org/sites/default/files/civil_society_recommendations_for_mcm_in_dublin_final.pdf

29 Kommentar des Generalsekretärs SG/SM/13311 HR/5043.

Die Camden-Grundsätze zu Meinungsfreiheit und Gleichheit sprechen die wahrgenommene und oft zitierte ‚Inkompatibilität‘ zwischen der Meinungsfreiheit und dem Gleichheitsgrundsatz an, die häufig von Gegnern der LGBT, die ihre Rechte wahrnehmen wollen, hervorgehoben werden. Diese Grundsätze, die 2009 von der internationalen Menschenrechtsorganisation *Article 19: Global Campaign for Free Speech* ausgearbeitet wurden, behaupten, dass das Verhältnis zwischen Gleichheit und Meinungsfreiheit eher affirmativ statt widersprüchlich sei. So heißt es dort:

„Die Grundsätze bestätigen das affirmative Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit und Gleichheit, wobei sie ergänzend und wesentlich zur Sicherung und Wahrung der Menschenwürde sowie zur Tatsache, dass sie zusammen Schlüsselemente der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte darstellen, beitragen. Werden sie eingehalten und geschützt, stärken sie den Respekt für die Menschenrechte aller.“ (Article 19, 2009: 3)

WELCHE SCHRITTE WERDEN BEZÜGLICH DER INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSNORMEN AUF INTERNATIONALER EBENE UMGESETZT?

Wie zuvor erwähnt, hat die UNESCO im Dezember 2011 in Rio de Janeiro, Brasilien, zum ersten Mal eine Konsultation der Vereinten Nationen zu Fragen der homophoben Diskriminierung in Bildungseinrichtungen organisiert. Die Konsultation machte das Ausmaß des Problems weltweit und den Einfluss homophober Diskriminierung auf die Rechte von LGBT-Jugendlichen auf Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden sowie auf die Lernumgebung aller Schüler deutlich. Beispiele für gute politische Maßnahmen und Verfahren seitens der Regierungen und Entwicklungspartner in diesem Bereich wurden ausgetauscht, zukünftige Schwerpunkte identifiziert und vereinbart. Ein wichtiges Mitglied der Beratungen war die Organisation *BeLonG To*, die von der irischen Abteilung für Kinder und Jugendangelegenheiten unterstützt wurde. Ihre Arbeit wurde als gutes Praxisbeispiel vorgestellt³⁰, und die UNESCO verpflichtete sich zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit *BeLonG To* bei der Umsetzung ihres weltweiten Arbeitsprogramms in den kommenden Jahren (UNESCO 2013).

Die Ergebnisse der Konsultation wurden in der Publikation *Education Sector Responses to Homophobic Bullying* zusammengetragen, die einen praktischen Leitfaden für die Entwicklung und Umsetzung von Grundsätzen, Interventionen und praktischen Instrumenten zur Prävention und zum Umgang mit homophober Diskriminierung in Schulen einschließt. Dieses Dokument wurde im Mai 2012 anlässlich des IDAHO-Tages veröffentlicht und ist in vier UN-Sprachen und fünf Nicht-UN-Sprachen, einschließlich Koreanisch, und mit einem Vorwort des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon verfügbar.

30 www.thejournal.ie/unesco-praises-irish-anti-homophobic-bullying-campaign-as-global-best-practice-303945-Dec2011/.

Die Arbeit der UNESCO bewegt sich in diesem Bereich innerhalb des Rahmenprogramms „Bildung für Alle“ (*Education for All, EFA*). In diesem Zusammenhang beruft sie sich auf die UN-Konvention über die Rechte des Kindes zusammen mit dem allgemeinen Recht auf Bildung, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948), den Millennium-Entwicklungszielen und den damit verbundenen Maßnahmen des Aktionsrahmens von Dakar enthalten sind. Die UNESCO hat auf diesem Gebiet (von Juli 2013 bis Dezember 2016) einen Arbeitsplan entwickelt und arbeitet weltweit mit Partnern zusammen, um „harte Fakten für das Wesen, den Umfang und die Folgen homophober Diskriminierung in Bildungseinrichtungen in solchen Ländern, in denen keine oder nur wenige Daten vorliegen, zu sammeln, bewährte Praktiken für die Umsetzung zu dokumentieren und auszutauschen, das Bewusstsein zu fördern und Koalitionen einzugehen sowie Maßnahmen zur Prävention und zum Umgang mit homophober Diskriminierung in Bildungseinrichtungen auf Länderebene zu unterstützen“ (UNESCO 2013, S. 1).

In Europa hat der Europarat ein LGBT-Referat eingerichtet, um LGBT-Personen in der EU-Region bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Dieses Projekt schließt Initiativen für die Bekämpfung homophober Diskriminierung und Gewährung einer sicheren Bildung für LGBT-Personen ein. Die Arbeit des Referats stützt sich auf drei rechtliche Schlüsselinstrumente – die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention), die Europäische Sozialcharta und das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.³¹ Bis heute umfasst die Arbeit des Referats die Förderung der Rechte von LGBT-Jugendlichen in den Mitgliedstaaten, insbesondere angesichts der Rechte des Kindes, und die Entwicklung von Schulmaterial zur Sensibilisierung für LGBT und relevante Weiterbildungen in Polen, Montenegro, Litauen und Albanien (letztere wurde in Partnerschaft mit der Organisation *BeLong To* durchgeführt).³²

Selbst innerhalb der OSZE kann man etwas Bewegung in dieser Frage sehen. Im September 2013 fand in Warschau im Rahmen des OSZE-Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension ein Diskussionsforum zum Thema „Die Rolle der Bildung bei der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Respekts für eine Vielseitigkeit der sexuellen Orientierung“ statt, auf dem Aktivisten aus Russland, der Ukraine und Irland über ihre Arbeit zur Bekämpfung von Homophobie unter Jugendlichen sprachen.³³ In Zusammenhang mit dem OSZE-Vorsitz der Ukraine und auf der Grundlage der 2012 in Dublin entwickelten Empfehlungen der *Civil Society Platform* organisierte der ukrainische Bürgerbeauftragte im Folgemonat eine Veranstaltung, in der Möglichkeiten zur Bekämpfung von Homophobie in ukrainischen Schulen untersucht wurden.

ILGA-Europe, der europäische Ableger des Internationalen LGBT- und Intersexuellen-Verbands (*International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans* and Intersex Association*),

31 Weitere Informationen zum LGBT-Referat des Europarats finden Sie unter www.coe.int/t/dg4/lgbt/Documents/Instruments_EN.asp.

32 www.coe.int/t/dg4/lgbt/themes/theme6_en.asp.

33 www.nhc.nl/en/news/archive_2013/Education_key_in_countering_discrimination_of_LGBT_persons.html?id=205.

hat in seiner Arbeit die Bekämpfung der Ausgrenzung von LGBT-Personen aus der Bildung in den Vordergrund gestellt. Während er im Bildungsbereich auf unterschiedlichen Ebenen tätig ist (einschließlich der Unterstützung von Mitgliedsorganisationen und dem Aufbau von Allianzen mit europäischen Bildungsakteuren), betreibt der Verband unter anderem eine besonders erfolgreiche Arbeit im Bestreben, Änderungen der europäischen Politik umzusetzen. ILGA-Europe überwacht die Entwicklung innerhalb der europäischen Institutionen und liefert, wann immer möglich, einen Beitrag: „Das Ziel ist, einen besseren gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung von LGBT-Personen im Bildungsbereich zu erreichen. Dies kann über ein neues europäisches Antidiskriminierungsgesetz und die Förderung einer effektiven Umsetzung relevanter internationaler und europäischer Menschenrechtsinstrumente erzielt werden.“³⁴

Im irischen Kontext zitiert der Nationale Aktionsplan gegen Diskriminierung, der vom irischen Bildungsministeriums herausgegeben wurde, die UNESCO-Publikation *Education Sector Responses to Homophobic Bullying*. Mit Bezug auf die UN-Konvention über die Rechte des Kindes wird dort die homophobe Diskriminierung „als eine Bedrohung des universellen Rechts auf Bildung“ (Department of Education and Skills 2013: 24) beschrieben. Auch in Irland beruft sich *Better Outcomes, Brighter Future: The National Policy Framework for Children and Young People 2014–2020* auf die Prinzipien der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (Abteilung für Kinder- und Jugendangelegenheiten 2014: 2, 98, 120) und bestätigt, dass „Vorurteile, einschließlich Homophobie und Transphobie bedeutende Gründe für die Diskriminierung unter Heranwachsenden sind“ (S. 79).

SCHLUSSFOLGERUNG

Dieser Beitrag stellt die europäische und internationale Situation der Menschenrechte bei der Bekämpfung homophober und transphober Diskriminierung und die Herstellung einer sicheren Bildungslandschaft für LGBT-Jugendliche vor. Es wurde untersucht, warum homophobe und transphobe Diskriminierung besondere Antworten erfordert. Dabei wurde die besondere Wirkung, die eine Diskriminierung durch hassmotivierte Straftaten und Vorfälle auf junge Menschen hat, in den Mittelpunkt gerückt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die UN, aber auch auf die Rolle des Europarates, der EU und der OSZE sowie auf die Aussagen in Abkommen, deren Auslegungen und Erklärungen zu den Verpflichtungen der Staaten gegenüber LGBT-Jugendlichen gelegt. Angesichts der Zunahme von homophoben Gesetzen und Vorurteilen, insbesondere in Osteuropa und Afrika, wo Bildung instrumentalisiert wird (die russischen Anti-Propaganda-Gesetze sind vorrangig Anti-LGBT-Bildungsgesetze), ist es Zeit, die staatlichen Verpflichtungen gegenüber internationalen Menschenrechtsnormen hervorzuheben, um Homophobie und homophobe Diskriminierung junger Menschen erfolgreich zu bekämpfen.

34 www.ilga-europe.org/home/issues/education.

LITERATUR

Article 19 (2009), "The Camden Principles on Freedom of Expression and Equality", Article 19. London, available at www.article19.org/data/files/pdfs/standards/the-camden-principles-on-freedom-of-expression-and-equality.pdf.

Barron M. and Bradford S. (2007), "Corporeal Controls: Violence, Bodies and Young Gay Men's Identities", *Youth and Society* Vol. 39, No. 2, S. 232–61, Sage, New York.

Barron M. (2013), "Advocating for LGBT Youth: Seeking Social Justice in a Culture of Individual Rights", *Irish University Review* Vol. 43, May 2013.

Clarke V., Ellis S., Peel E. and Riggs D. (2010), *Lesbian, gay, bisexual, trans and queer psychology: An introduction*, Cambridge University Press, Cambridge.

Council of Europe (2011), *Discrimination on grounds of sexual orientation and gender identity in Europe*, Council of Europe Publishing, Strasbourg.

Crown Prosecution Service (2009), *Policy for Prosecuting Cases of Homophobic and Transphobic Hate Crime*, Bolton, United Kingdom.

D'Augelli A. R., Grossman A. H., Salter N. P, Vasey J. J., Starks M. T. and Sinclair K. O. (2005), "Predicting the suicide attempts of lesbian, gay, and bisexual youth", *Suicide and Life-Threatening Behaviour* 35(6), S. 646–60.

Department of Children and Youth Affairs (2014), *Better Outcomes, Brighter Future: The National Policy Framework for Children and Young People 2014–2020*, DCYA, Dublin.

Department of Education and Skills (2012), *Action Plan on Bullying*, DES, Dublin.

Department of Education and Skills (2013), *Anti-Bullying Procedures for Primary and Post Primary Schools*, DES, Dublin.

Equality and Human Rights Commission (2009), *Homophobic hate crimes and hate incidents*, Equality and Human Rights Commission research summary 38, Equality and Human Rights Commission, Manchester.

EU FRA (2013) (European Union Agency for Fundamental Rights), *European Union lesbian, gay, bisexual and transgender survey*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Evans D.T. (1993), *Sexual citizenship: The material construction of sexualities*, Routledge, London.

Health Service Executive (2005), *Reach Out: National Strategy for Action on Suicide Prevention (2005–2014)*, HSE, Dublin.

Human Rights Watch (2001), *Hatred in the hallways: Violence and discrimination against lesbian, gay, bisexual and transgender students in US schools*, Human Rights Watch, New York.

Iganski P. (1999), "Why make 'hate' a crime?" *Critical Social Policy* Vol. 19, No. 3, August, S. 386–95.

- Kosciw J., Greytak E., Bartkiewicz M., Boesen M., Palmer N. (2012), "The 2011 National School Climate Survey: The Experiences of Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth in Our Nation's Schools", GLSEN, New York.
- Lynch K. and Lodge A. (2002), *Equality and Power in Schools*, Routledge Falmer, London.
- Mayock P., Bryan A., Carr N. and Kitching K. (2009), *Supporting LGBT Lives: A Study of the Mental Health and Well-Being of Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender People*, BeLonG To and GLEN, Dublin.
- Minton S.J., Dahl T., O'Moore A.M. and Tuck D. (2008), "An Exploratory Survey of the Experiences of Homophobic Bullying Among Lesbian, Gay, Bisexual and Transgendered Young People in Ireland", *Irish Educational Studies* Vol. 27, No. 2, June, S. 177–191.
- Nell M. and Shapiro J. (2011), *Out of the Box: Queer Youth in South Africa Today*, Atlantic Philanthropies, Johannesburg.
- Norman J. and Galvin M. (2006), *Straight Talk: An Investigation of Attitudes and Experiences of Homophobic Bullying in Second-Level Schools*, Centre for Educational Evaluation, Dublin City University, Dublin.
- OSCE/ODIHR (2009), *Preventing and responding to hate crimes: A resource guide for NGOs in the OSCE Region*, OSCE/ODIHR, Warsaw.
- Reygan F. (2009), "The school-based lives of LGBT youth in the Republic of Ireland", *Journal of LGBT Youth* 6(1), S. 80–89.
- Richardson D. (2000), *Rethinking sexuality*, Sage Publications, London.
- Richardson D. (2001), "Extending citizenship: Cultural citizenship and sexuality", in Stevenson N. (ed.), *Culture and citizenship*, Sage, London.
- Ryan C. and Rivers I. (2003), "Lesbian, gay, bisexual and transgender youth, victimisation and its correlates in the USA and UK", *Culture, Health and Sexuality* 5(2), S. 103–19.
- Sarma K. (2007), *Drug Use Amongst Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Young Adults in Ireland*, BeLonG To Youth Services, Dublin.
- Sears J. (2005), *Youth, Education and Sexualities: An International Encyclopedia*, Greenwood Publishing Group, Westport, CT.
- Stephens A. (2011), "Homophobia in schools in Pietermaritzburg: research report", Gay and Lesbian Network, Pietermaritzburg, South Africa.
- Takács J. (2006), *Social exclusion of young lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) people in Europe*, ILGA-Europe and IGLYO.
- Taylor C. and Peter T., McMinn T.L., Elliott T., Beldom S., Ferry A., Gross Z., Paquin S. and Schachter K. (2011), *Every class in every school: The first national climate survey on homophobia, biphobia, and transphobia in Canadian schools. Final report*, Egale Canada Human Rights Trust, Toronto.
- Tippett N. et al. (2010), *Prevention and Response to Identity-based Bullying Among Local Authorities in England, Scotland and Wales*, Equality and Human Rights Commission, Manchester.

UNESCO (2012a), *Education Sector Responses to Homophobic Bullying*, United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris.

UNESCO (2012b), "Review of homophobic bullying in educational institution", United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris.

UNESCO (2013), *Education and respect for all*, UNESCO's Anti-Homophobic Bullying Initiative.

Kapitel 10

Ein lebenslanges Engagement in der Jugendarbeit – Reflexionen und Fragen, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben

Gordon Blakely

EINLEITUNG

Es ist für mich eine willkommene Gelegenheit, an dieser Stelle meine persönliche Sicht des wirklich bedeutsamen internationalen Engagements junger Menschen darlegen zu können. Meine Sicht ist natürlich relativ subjektiver Art, sie unterliegt kulturellen Einflüssen und hat sich in einem Zeitraum von über 40 Jahren entwickelt. Ich werde mich daher überwiegend auf Entwicklungen konzentrieren, die in ganz Europa im weiteren Sinne stattgefunden haben.

Ich habe mehr als 20 Jahre mit China zusammengearbeitet, auch einzelne Projekte mit einigen afrikanischen Ländern durchgeführt, ein Freiwilligenprogramm in Sri Lanka organisiert, mit Japan, Argentinien und Mexiko über politische Kooperationen gesprochen und auch eine Zeit lang damit verbracht, gemeinsam mit den USA eine Strategie zur Förderung des Engagements Jugendlicher auszuarbeiten. Trotzdem waren es immer die europäischen Nachbarländer, von denen ich das meiste über die Möglichkeiten und Realitäten der schwer fassbaren Bedeutung der interkulturellen Beziehungen gelernt habe.

Anhand einiger ad hoc ausgewählter anschaulicher Beispiele möchte ich ein paar grundlegende Fragen betrachten, mit denen wir uns, wie es scheint, immer wieder befassen müssen, damit wir unsere persönliche Kompetenz zur Optimierung unserer Arbeit noch effektiver machen können.

Der schnelle historische Wandel lässt es nicht zu, dass wir uns auf vollendeten Tatsachen ausruhen, in einem sicheren Hafen verweilen oder eine Arbeit oder Reise als beendet ansehen. Veränderung ist im Leben die Norm. Wenn doch nur die positiven Dinge, die man im Laufe des Wandels lernt, ebenfalls die Norm wären!

Kürzlich bin ich noch einmal in der antiken Felsenstadt Petra in Jordanien gewesen. Bei meinem ersten Besuch im Jahr 1996 anlässlich der Konferenz zum Start des EuroMed Youth Programme hatte ich leider zu wenig Zeit. Dieses riesige und komplexe Zeugnis der Geschichte erhebt sich dort als Teil der kahlen und schroffen Landschaft. Die Nabatäer, ein geschickter, Handel treibender Stamm, der sich dort vor über 2.000 Jahren angesiedelt hatte, unterhielt weitreichende Handelsverbindungen, sogar bis nach Indien und China. Mit Hilfe der Einnahmen, die sie aus dem Handel erzielten, errichteten sie in einer einzigartigen Kulisse eine beeindruckende Vielfalt an Gebäuden mit monumentalen Fassaden, die der Selbstinszenierung dienten, und etablierten eine anspruchsvolle Sozialarchitektur, die durch militärische Stärke und geschickte Diplomatie viele Generationen lang überdauern konnte. Im Jahr 106 nach Christus wurde das Königreich der Nabatäer dem Römischen Reich einverleibt. Dem folgte die Ausbreitung des Christentums, die Beeinflussung der Region durch den Islam und schließlich die allumfassenden Auswirkungen des kulturellen Tourismus.

Während man zwischen den Ruinen umherwandert, fällt es nicht schwer, die verschiedenen Einflüsse zu bemerken und sich die Absorption eines Wertesystems durch ein anderes vorzustellen: Aus Tempeln wurden Kirchen, aus Grabkammern Häuser. Wandgemälde sind unberührt erhalten, während Artefakte aus Marmor ganz verschwunden sind. Doch während dieser gesamten Zeitspanne wurde die Stadt durch ein ausgeklügeltes Be- und Entwässerungssystem geschützt, das so sorgfältig konstruiert worden ist, dass es noch heute so aussieht, also ob es nur darauf warte, sofort wieder in Betrieb genommen zu werden. Was zeigt, dass die besten Strukturen diejenigen sind, die anpassungsfähig sind: Die wertvollsten Strukturen sind zeitlos.

Um zu verdeutlichen, in welcher Form wir Einfluss genommen haben, um junge Menschen zu beteiligen, und inwiefern Jugendbegegnungen ein Mittel kultureller und wirtschaftlicher Diplomatie waren, sollten wir uns einige der Strukturen anschauen, die dies ermöglicht haben. Dies, indem wir diese zum Teil als historische Indikatoren betrachten, aber auch als Systeme, die letztendlich den sozialen Wandel ermöglicht haben. Viele Strukturen, die wir heute vorfinden, waren auch schon vor 40 Jahren in unterschiedlicher Form vorhanden und haben sich seitdem kontinuierlich verändert.

DAS GEFÜHL DES FREMDSEINS

Frage: Was habe ich daraus gelernt, mich fremd zu fühlen?

Im Kontext der Mobilität begreift man sehr schnell, dass das Überschreiten von Grenzen politische, physische, soziale, kulturelle und auch generationsübergreifende Aspekte beinhaltet.

Um die vorhandenen Lücken zu schließen und die externen Gefahren abzuwehren (und um die Dinge nach innen hin ruhigzuhalten), beschränkte sich die internationale Politik vieler Länder in der Vergangenheit auf folgende Dinge: Lerne meine (hohe) Kultur kennen, lerne meine Sprache, kaufe meine Waren und werde auf diese Weise mein Freund. Nach außen hin eine Nation zu bilden, war für den Binnenkonsum ein starkes Gut. Reputation und Wirtschaft waren eng verbunden.

Als ich 1975 begonnen habe, im internationalen Bereich zu arbeiten, war die erste Veranstaltung, an der ich teilnahm, ein Forum junger Arbeitnehmer/-innen der UNESCO in Paris. In dem sehr großen Konferenzraum voller seriöser, kompetenter Verantwortlicher fühlte ich mich komplett wie ein Fremder, der zudem schlecht vorbereitet war.

Eine Woche später nahm ich an einem Jugendarbeitertreffen in Nordirland teil, bekanntlich ein Teil von Großbritannien, – über das damals praktisch täglich in unseren Tageszeitungen berichtet wurde – und fühlte mich auch dort komplett wie ein schlecht vorbereiteter Fremder.

Die Monate vergingen und es erwartete mich eine andere Aufgabe, nämlich mich mit dem Verband der Roma in London in Verbindung zu setzen, um die Reise einiger britischer Roma-Familien durch Frankreich zur Camargue (zum Volksbrauch der Taufe der Pferde) vorzubereiten, die durch den BBC gefilmt werden sollte. Schon wieder fühlte mich komplett wie ein schlecht vorbereiteter Fremder. Und dieses Gefühl wurde noch schlimmer während der drei Wochen, die ich mit ihnen zusammen auf dem Weg durch Frankreich verbrachte.

Eine weitere Aufgabe war, bei einem nüchternen Ausschuss der Royal Commonwealth Society teilzunehmen, der in einem großen Raum mit prachtvoller Eichenvertäfelung stattfand. Als ich in meinem Ledersessel saß, umgeben von alten Männern in noch älteren Anzügen, die wortgewandt redeten, vor sich einen riesigen Berg von Unterlagen, da fühlte ich mich erneut komplett wie ein schlecht vorbereiteter Fremder.

Ich begriff, dass Institutionen organisch sind: unergründliche, unermüdliche Gremien, von Persönlichkeiten dominiert. Ich verstand, dass die Geschichte eine große Anzahl von Vorurteilen und Missständen hervorbringen kann. Ich erkannte, dass sich meine Kultur von anderen unterscheidet, und andere es ebenfalls wertschätzten, eine eigene Kultur zu haben.

STRUKTUREN: INTERNATIONAL, TRANSNATIONAL, INTERKULTURELL, MULTIKULTURELL

Frage: Wie strukturieren und erleichtern wir die Art und Weise, wie sich Menschen begegnen?

Ich arbeitete bei einer staatlich geförderten Agentur und hatte die Aufgabe, Programme für junge Menschen zu organisieren, um zur weltweiten Verständigung beizutragen, was im Gegenzug auch dem Ruf meines eigenen Landes zugute kam. Ziel war es auch, in einem Prozess, der weniger sichtbar war, größeren Wohlstand für alle zu erreichen und den Frieden zu sichern. Das war eine ungeschriebene These, die aber vielleicht nicht unbedingt der Praxis entsprach. Die Wirklichkeit sah so aus, dass da etwas stattfand draußen in der Welt durch die Tatkraft einer versprengten Gruppe gleichgesinnter Individuen. Auf diese Weise wurden die gesellschaftlichen Interessen einer besonderen kulturellen Ausrichtung und eine Reihe von unverfälschten, aber leider relativ schlecht organisierten Jugendbewegungen miteinander vernetzt, die unter der etablierten Oberfläche warteten, bereit, viele, viele Barrieren niederzureißen.

Für junge Menschen gab es damals nur sehr begrenzt verfügbare und zugängliche Möglichkeiten des internationalen Austauschs. Es gab das starke traditionelle Format der Freiwilligendienste. Diese verfolgten ganz unterschiedliche Ziele. Ehrenamtliche Arbeit war und ist etwas für den Einzelnen oder für eine kleine Gruppe oder auch für ein partnerschaftliches System. Doch für einen gezielteren Prozess, mit dem man eine Vielzahl von jungen Menschen unter dem Dach gemeinsamer Interessen zusammenbringen konnte, brauchte man ernsthaftere Investitionen. Jetzt ging es darum, junge Menschen zusammenzubringen, nicht einfach, um formal wie auf einem Campus gemeinsam zu studieren, sondern um sich unter Gleichen zu treffen und um Partnerschaften zu entwickeln, die diese gemeinsamen Interessen stärken würden. Von der formalen, regierungspolitischen Perspektive her gesehen, hatte dies in sorgfältig abgestimmten, geführten Strukturen zu geschehen.

Die bekannteste Struktur in diesem Bereich war das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW), ein einzigartiges und nicht wiederholbares Phänomen strategischen Denkens nach dem Zweiten Weltkrieg. Andere Länder hatten weder die Ressourcen noch den Willen oder vielleicht auch gar keinen Grund, um eine operative und bilateral geführte Institution zu gründen, die Jugendprojekte, Schulpartnerschaften und zivilgesellschaftliche Abkommen durchführt und unterstützt. Das DFJW steht für sich allein, aber es gab auch andere Wege, um das gleiche Ziel zu erreichen, die allerdings auch abhängig von der politischen Stimmung waren, da ihre operativen Strukturen auch für die Vergabe öffentlicher Mittel zuständig waren.

Nahezu alle sogenannten „west“-europäischen Länder führten regelmäßige bilaterale „Gemischte Fachausschüsse“ durch. Als Teil der außenpolitischen Beziehungen mit „befreundeten“ Staaten war dies ein Prozess zur Umsetzung der Unterstützung durch die Regierungen (auch finanzieller Art), der ein wenig besser garantieren konnte, dass eine Veranstaltung, eine Konferenz oder ein Programm auch durch-

geführt werden würde, da beide Seiten diese vereinbart hatten. Bei diesen Gestaltungsabkommen hatten sich mehrere Länder dafür entschieden, eigene Fachauschüsse für den Jugendaustausch zu bilden, in denen die Gewährung wertvoller Fördergelder der Regierung für Jugendprojekte, hochrangige Jugendveranstaltungen und gemeinsam vereinbarte Maßnahmen beschlossen wurde.

Für die britische Regierung war die Bundesrepublik Deutschland der bei weitem wichtigste Partner in der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Es gab mit der Bundesrepublik Deutschland mehr als 1.200 zivile Partnerschaften (bzw. Städtepartnerschaften, wie die Briten es bevorzugterweise nennen) und eine ebenso große Anzahl an Schulpartnerschaften.

Es lag durchaus eine besondere Bedeutung darin, dass der Jugendaustausch zu einem Konzept wurde, das seine eigene Berechtigung hatte. Die formale Bildung kümmerte sich ohnehin nur um ihre eigenen Angelegenheiten und die hochrangige kulturelle Welt absorbierte die nun "aufgewerteten" kulturellen Jugendaktivitäten. Auf diese Weise waren wir in der Lage, uns mit Jugendthemen zu beschäftigen und die Prioritäten zu prüfen, die die staatliche Förderung festlegte für Jugendprojekte, Informationsaufenthalte und besondere Aktionsprogramme (dieses Element ermöglichte uns Initiativen, um die Dinge weiterzuentwickeln). Im Vergleich zu anderen Finanzierungen waren die Fördermittel für Jugendprojekte jedoch immer relativ gering ausgelegt.

Bei diesem strukturierten Prozess stand Frankreich vom Umfang der Aktivitäten her gesehen Großbritannien am nächsten, es folgten formale Absprachen mit Italien, weniger formelle mit den Niederlanden und später u.a. mit den Ländern Portugal und Spanien. Wenn ich mich recht erinnere, war für die Bundesrepublik Deutschland der Staat Israel der zweitgrößte Partner in der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Es wurde intensiv an der weltpolitischen Botschaft gearbeitet.

Auch wir hatten Vereinbarungen mit Ministerien in Israel, Japan und den USA, aber alle ohne eine damit verbundene finanzielle Förderung. Das war eventuell ein Spezifikum der Briten. Es gab keine geplante ideologische Einmischung des Systems, die verhindern sollte, dass junge Menschen sich trafen, um das System in irgendeiner Form zu untergraben. Die Beamten versuchten mit Vehemenz, eine Zweckbindung und Spezifität der Fördermittel zu vermeiden. Wenn eine Regierungsbehörde öffentliche Gelder vergab, die eine zu deutliche Zweckbindung erkennen ließen, bestand die Gefahr, dass diese gekürzt wurden. Dies hat sich zu einem endlosen finanziellen „Spiel“ entwickelt, das auch heute noch eine große Rolle spielt.

„Ost“-europäische Länder hatten eher restriktive Kulturabkommen, die sowohl detailliert als auch erdrückend waren. Nichts desto trotz fanden sich in einem allgemeineren Abschnitt zur Zusammenarbeit im Bereich des Jugend- und Studentenaustauschs auch Abschnitte, die Studienreisen für Jugendliche, Sommer Sprachkurse, Sportveranstaltungen und kulturelle Veranstaltungen zuließen sowie vereinzelt auch einfache Austauschprogramme für Jugendleiter/-innen. Bei den letzten Austauschprogrammen dieser Art kamen aus dem Osten ziemlich oft die nicht mehr ganz so jungen Mitglieder des jungen Flügels der Partei und britischerseits hauptsächlich Marxist(inn)en mit studentischem und touristischem Hintergrund, die einmal sehen wollten, wie es anderswo tatsächlich aussieht.

In einer sehr britisch motivierten nostalgischen Stimmung gründeten wir den Commonwealth Youth Exchange Council (CYEC). Dieser wurde durch Fördermittel des Außenministeriums und Beiträge der Kommunalverwaltungen finanziert, die aktive Mitglieder wurden. Die Leitung des CYEC unternahm einige entscheidende inklusive Schritte. Jugendorganisationen wurden bei Entscheidungen über Finanzanträge und bei Diskussionen über Schwerpunkte der Arbeit beteiligt. Angesichts der Mitgliederzahl von um die 50 Commonwealth-Ländern hofften die Gründer des CYEC, ein länderübergreifendes Jugendaustauschprogramm schaffen zu können, das offen für alle war und auch die besonders Bedürftigen unterstützen konnte. Dazu sollte es dann aber nicht kommen.

Wie bei vielen Commonwealth-Strukturen ist die Ideologie relativ klar. Die Ziele haben eine breite demokratische Basis und sind inklusiv, und konzeptionell gibt es umfassende Unterstützung, aber keine vertiefte Finanzierungsstruktur. Dies ist ein Beispiel für ein weit verbreitetes Phänomen, das wir auch von anderen Jugendprogrammen her kennen.

Die UNESCO und die UN hatten ähnliche gut gemeinte Jugendbeteiligungskonzepte. Was jedoch die Finanzierung betrifft, so erhielten sie durch ihre Mitgliedsländer keinerlei Mittel und Unterstützung für den Jugendaustausch, mit einigen wenigen Ausnahmen im Bereich der Freiwilligendienste und der Teilnahme an Konferenzen. Es gab keine Zugangspunkte zu Gemeinschaften noch Kontakte zu Interessengruppen, die von unten nach oben führten.

Der Europarat schien im Prinzip ein viel flexibleres und teilnehmerfreundlicheres Gremium zu sein, wenn auch in der Praxis doch ziemlich langweilig und auch schwierig zu verstehen, nicht nur in seiner Arbeitsweise, sondern auch im Hinblick auf das Warum. Jedenfalls stand das Thema Jugend auf der Agenda des Europarats. Es gab Treffen für Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Interessenvertretung der Jugend beschäftigten, und es gab einen kleinen Fördertopf zur Unterstützung der Jugendräte und anderer zu entwickelnder Jugendstrukturen. Das war natürlich sehr nützlich, aber auch irgendwie weit weg und schwer zu erreichen.

Die einzig herausragende Struktur in Bezug auf Finanzierungen, Engagement und Politikentwicklung, zumindest dort, wo es einen politischen Willen für ein gemeinsames Vorgehen gab, war und würde daher die EU sein.

DAS MODELL EUROPA

Frage: Was nehmen wir aus den mit den Systemen und Strukturen gemachten Erfahrungen mit in die Zukunft? Was gilt es zu bewahren, zu nutzen und weiterzuentwickeln?

Die politische Kantigkeit der EU-Belange scheint meist von den Briten inspiriert zu sein, denn an Kosten und Nutzen wird sehr häufig Kritik geübt, unterlegt mit dem Hinweis auf politischen Schutz der Identität und Subsidiarität. Offizielle Vertreter/-innen und führende Persönlichkeiten des „Projekts Europa“ konterten mit einem Ansatz, bei dem der Mensch im Mittelpunkt stehen sollte, nach dem Motto

„Das Europa des Volkes“. Das, was zähle, seien eine größere Mobilität, Bildungschancen und der Austausch guter Praxis. Dies sollte in verbesserten, neuen und weitreichenden Aktionsprogrammen verankert werden.

Ich hatte im Dezember 1982 ein Treffen mit einem offiziellen Vertreter der Europäischen Kommission. Wir diskutierten darüber, inwieweit Jugendprogramme in Großbritannien international in irgendeiner Form sinnvoll funktionieren. In vielen weiteren Diskussionen wurde klar, dass die Kommission dabei war, mittels weitreichender Konsultationen eine ganze Reihe neuer Programme zu initiieren, die den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellten, und dass ein eigenes Mobilitätsprogramm für Jugendliche durchaus im Bereich des Möglichen lag. Für unsere Arbeit bedeutete dies eine frische Brise, die hoffentlich über die Welle der Kürzungen in den Bereichen der strukturellen Mittel und Zollltarife hinwegfegen würde, die damals die EU-Debatten zu beherrschen schienen. Mit positivem Elan und großer Hoffnung wurde ein kompletter Satz schwerpunktmäßiger Papiere und Inputs erarbeitet und es fanden viele Sitzungen zum Thema statt. Daraus entstand zu guter Letzt im Juli 1988 die ausgearbeitete Formulierung des Programms „Jugend für Europa“.

Ziel war es, die bewährten Verfahren der multilateralen Institutionen (einschließlich der Europäischen Jugendstiftung des Europarates), der bilateralen, zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen und der Fachausschüsse auch im Jugendaustausch zugrunde zu legen und jedes Programm mit den essenziellen Mobilitätsklauseln der Römischen Verträge zu verbinden.

Artikel 50 der Römischen Verträge unterstützte den zwar begrenzten, aber doch recht angemessen finanzierten Austausch junger Arbeitskräfte zur Verbesserung ihrer Grundkompetenzen. Dank dieses Artikels konnten kleine Gruppen auf mittelfristig angelegte, individuell ausgesuchte Stellen entsandt werden. Es überraschte nicht, dass dieses Angebot innerhalb der pro-europäischen Lobby insbesondere die Verbände junger Landwirte bereitwillig annahmen, die für die Fördergelder die beste Verwendung fanden. Wie ein Kollege treffend bemerkte, sollte die Sprache nicht das Problem sein, denn schließlich bleibt ein Schwein ein Schwein. „Artikel 50: Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.“ – Römische Verträge, März 1957.

Auf diese Weise war die rechtliche Grundlage für eine Weiterentwicklung geschaffen. Intervention im Bereich der Sekundärbildung war noch immer ein politisch heißes Eisen, was bedeutete, dass sich außerhalb der formalen Schulbildung eine für die Jugend günstige Struktur frei entwickeln konnte. Erst mit dem ERASMUS-Programm wurde eine Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung möglich. Der Einstieg in das Programm verlief sanft und reibungslos, zumal er von wortgewandten Akademiker(inne)n und Beamten mit Hochschulabschluss begleitet wurde. Trotz des Drucks, die Grundbildung außen vor zu lassen, konnte man die Schulen nicht komplett übergehen, und es entstand für sie das Programm SOKRATES, das auf einer soliden finanziellen Basis stand. Die ursprünglich an anderer Stelle berücksichtigten jungen Arbeitskräfte wurden ganz einfach in das abgerundetere Programm LEONARDO da Vinci übergeleitet.

Für das geplante Programm im Jugendbereich wurde jedoch keine namensgebende Gottheit aus der Mythologie oder der Name einer herausragenden Persönlichkeit gefunden. Kurzzeitig kam der Name „YES for Europe“ (YES = Youth Exchange Scheme) ins Gespräch, doch eine englischsprachige Abkürzung fand bei den politischen Entscheidungsträgern auf höchster Ebene keine Zustimmung. „Jugend für Europa“ in seiner abstrakten Form etablierte sich daher als Name im Laufe des Jahres 1989 mit klar definierten Zielen und einer klaren Finanzierungsstruktur.

Jetzt gab es also eine Struktur mit länderübergreifenden gemeinsamen Themen, Herausforderungen und Beiträgen, die die Jugendorganisationen in die diplomatische Landschaft einbringen konnten. Die Organisationen sind hier von essenzieller Bedeutung, da dies die einzige Möglichkeit war, wie man in gewisser Weise der Jugend eine Stimme geben konnte – die organisierte Jugend und die etablierten Verbände waren die ersten, die davon profitierten. All diejenigen, die nach einer breiter aufgestellten und tiefergehenden Jugendvertretung strebten, waren wie immer mit der Frage konfrontiert: „Warum werden diese ausgewählt und nicht wir?“ Es gab eine ständige gedankliche Angst in Bezug auf die Vertretung der Jugend. Aber zunächst einmal brauchten wir ja etwas, das fertig und „in Betrieb genommen“ war, um darüber diskutieren zu können.

Es wurde sehr lange vorbereitend darüber debattiert, wie man die Unterstützung für die sehr unterschiedliche Anhängerschaft maximieren konnte, und gemeinsam mit einer aufmerksam zuhörenden, jedoch sehr vorsichtig agierenden Kommission setzten sich alle Mitgliedstaaten für klare Prioritäten ein. Dadurch kristallisierten sich zwei Kernpunkte heraus: ein System von Nationalagenturen, die für die Umsetzung des Programms zuständig sein sollten und mit umfassender Entscheidungsgewalt ausgestattet wurden, sowie eine schriftlich fixierte Schwerpunktsetzung, nämlich, dass sich Projekte auf diejenigen Bevölkerungsgruppen konzentrieren sollten, die am meisten unter Benachteiligungen zu leiden hatten. Zum letzten Punkt werde ich unten noch etwas sagen, aber zunächst möchte ich meinen Standpunkt zur Struktur darlegen, die durch die Gründung von Nationalagenturen zustande kam.

Die Nationalagenturen sollten die dritte Partei im Dreieck von Kommission, den offiziellen Vertreter(inn)en der Mitgliedsländer und den Programmteilnehmenden sein. Dies musste in mancherlei Hinsicht zu Konflikten führen. Einige Mitgliedstaaten wollten aufgrund nationaler Gesetze die Entscheidungsgewalt über öffentliche Mittel nicht an eine ihnen gegenüber nicht-rechenschaftspflichtige Struktur abtreten oder waren hierzu nicht befugt. Die meisten erstellten eigene Konzepte, mit denen sie die Tätigkeit der nationalen Agenturen fest im Griff hatten. Doch die Nationalagenturen hatten jetzt eine Peergroup, mit der sie sich vernetzen konnten, und die Kommunikation mit der Kommission wurde immer dichter.

Viele der Nationalagenturen leiteten unmittelbar nationale Konsultationen zum besseren Verständnis des Programms „Jugend für Europa“ ein. Ganze Sitzungen lang wurde über die Nachkommastellen von Fördersätzen diskutiert. Aber viele Treffen befassten sich auch ausschließlich mit der Beteiligung von Minderheiten, mit Geschlechtergleichheit, Innovationen im Bereich der Ausbildung sowie mit der Einbeziehung der entlegenen ländlichen Gebiete und urbanen Wohngebiete in

Europa. Nicht alle diese Themen fanden nationale Zustimmung – sich für eine politische Idee einzusetzen, bedeutet in der Praxis, sich für Ausgaben stark zu machen. Die Kommission ließ der Diskussion mehr oder weniger freien Lauf. Dies war nicht die Welt der formalen Bildung, des Anspruchs von Universitäten, der Gewinne von Unternehmen – dies waren die Belange der europäischen Gesellschaft.

Es war schwierig, sich auf gemeinsame Themen der Jugendpolitik zu verständigen, denn hatte man einmal den Schritt gemacht, auf eine Analyse einzugehen, war man stets auch immer bei der Frage der Finanzierung angelangt. Ende der 1990er Jahre war es dann die Kommission selbst in ihrem Weißbuch über die Jugend (Europäische Kommission 2001), die die Diskussion über eine Europäische Jugendpolitik anstieß – bis dahin ein unantastbares Thema, aber eine Debatte, die sich zu führen lohnte, um zumindest gemeinsame Prioritäten zu setzen, auch wenn für die Umsetzung eventuell keine Mittel vorhanden sein sollten.

Die Nationalagenturen gaben ihr Bestes, das Programm weiterzuentwickeln durch das Einbringen neuer Ideen zur Mobilität und durch den Einbezug neuer geographischer Regionen, die im Rahmen der kontinuierlichen EU-Erweiterung hinzukamen, wenn auch beschränkt durch die Höhe des zur Verfügung gestellten Etats und in Konkurrenz zu anderen Akteuren der Jugendpolitik, die ebenfalls Fördermittel benötigten. Im November 1990 fand in Brügge ein offizielles Treffen der Nationalagenturen statt, das erste „offizielle“ Treffen des Programms außerhalb von Brüssel. In meinem Tagebuch sind bilaterale Kooperationen im Rahmen des Programms verzeichnet: mit der Slowakei (1995), Polen (1996), Slowenien (1998) und der Türkei (1999), ein langsamer, allmählicher Prozess. Doch jetzt war der richtige Zeitpunkt gekommen, und neuer Schwung für multilaterale Kooperationen entstand.

Am Ende der Anfangsphase des Programms „Jugend für Europa“ war ein starkes Netzwerk von eigenständigen und politisch aktiven Nationalagenturen entstanden, und auch die deutliche Botschaft, dass es nun kein Zurück mehr gab und dass die multilateralen Aktivitäten auf allen Ebenen die bilateralen Vereinbarungen ersetzt hatten. Die Programme der EU hatten das formale Prinzip publik gemacht, dass es europäische Aktionen gibt, die für eine komplexere Interaktion junger Menschen sorgen. Wie dies in bezug auf die auch besonders von Praktikern geforderten Grundsätze der Inklusivität und Zugänglichkeit erreicht werden konnte, darüber zerbrach man sich in der gesamten Gemeinschaft den Kopf.

Neben der Gründung einer Reihe von Nationalagenturen zur Umsetzung des Programms öffnete die Kommission den Weg zur Finanzierung europaübergreifender Jugendstrukturen, mit denen man neue Chancen nutzen und die besten der alten Methoden weiterhin unterstützen wollte. Man übernahm viel vom Europarat, was zumindest strukturell im Jugendbereich zur Youth Partnership zwischen dem Europarat und der Europäischen Kommission führte.

Das wichtigste von der Kommission unterstützte Jugendgremium war das Europäische Jugendforum. Mit einem quasi lückenhaften Stammbaum hatten die originären Jugendstrukturen der EU, der Welt und der UN eine ganze Reihe leistungsfähiger Personen angelockt, die eine individuelle Vertretung ihrer Organe sicherstellten. Dabei gab es unterschiedliche Formen der Unterstützung durch die Regierungen.

Diese bewegten sich innerhalb einer Bandbreite, die von totaler Kontrolle bis zum vollkommenen Desinteresse reichten. Aber es gab keine Politik oder Argumentation, die für den einfachen Mann auf der Straße irgendeine größere Bedeutung gehabt hätten. Auf Basis einer soliden und garantierten Finanzierung berichtete das Europäische Jugendforum anhand eines Arbeitsplans und durch Konsultationen auf politischer Ebene an die Kommission und die Mitgliedstaaten.

Für jemanden, der wie ich aus einer Nationalagentur kam und der aus der Regierungsperspektive heraus die Dinge beurteilte, bedeutete das Europäische Jugendforum Diskussionen mit einigen herausragenden Persönlichkeiten. Es waren eindrucksvolle Treffen, und die Zahl der Arbeitspapiere, in denen dargelegt wurde, was zu tun sei, wuchs ständig. Auf der anderen Seite gab es jedoch wenig Berichte darüber, was man bereits erreicht hatte. Das Europäische Jugendforum erschien mir demnach wie eine bedeutende Stelle zu sein, an der man trainierte, wie politische Führung funktioniert. Für den Außenstehenden mag es so aussehen wie ein sich abmühendes Projekt für die Jugend: Das Glas schien eher halb leer zu sein als halb voll.

Bei der Entwicklung der europäischen Programme gab es Ergänzungen oder auch Widerspruch. Es gab Haushaltsexperten, denen ein einziges großes europäisches Mobilitätsprogramm lieber gewesen wäre, pyramidenförmig und mit einem nur einsträngigen Berichtsverfahren. Der Jugendlobby war aber klar, dass dies den Untergang, die Schwächung und die Auflösung der Möglichkeit klarer und nachhaltiger jugendpolitischer Interventionen bedeutet hätte. Mehr als ein Jahrzehnt lang spielte das Programm Jugend für Europa eine Rolle bei der Sammlung von Wissen über den sozialen Wandel, schuf eine große Anzahl an Jugendnetzwerken und innovative Konsultationssysteme. Eine Konsolidierung war damals nicht erwünscht.

Doch, wie das immer so ist, kam durch den Druck auf öffentliche Fördermittel und auch durch das Drängen der EU-Führung auf eine konstitutionelle Änderung schließlich doch eine Konsolidierung zustande. Im Rahmen einer Vertragsänderung in den Jahren 2004/2005 begann die Kommission damit, ein separates Programm für Lebenslanges Lernen aufzustellen. Das war die nächste Struktur. Aber das Ergebnis des französischen Referendums vom Mai 2005 zum Vertrag, der eine Europäische Verfassung für Europa etablieren sollte, war ein Sieg für die Kampagne der Nein-Sager. 55 % der Wähler/-innen stimmten gegen die Annahme des Vertrags. In den Niederlanden waren sogar 61 % dagegen. Bei näherem Hinsehen wurde klar, dass entgegen der internen Meinung junge Menschen nicht häufiger für eine gesetzliche EU-Verfassung stimmten als die Älteren.

Mit einigem Geschick führte die Kommission die Argumentation, dass es einen stärkeren Fokus auf Jugendengagement geben müsse. Die Investitionen in die Jugend waren nicht vollständig –sie blieb ein eher unbekanntes Wesen, das nicht allein über Studien, Training und Handel zu definieren war. Auf diese Weise überlebte das Jugendprogramm neben dem Programm für Lebenslanges Lernen. Nach der großen Finanzkrise im Jahr 2008, deren Auswirkungen auch heute noch spürbar sind, wurde mit ERASMUS+ schließlich das aktuelle, große und übergreifende Mobilitätsprogramm ins Leben gerufen. Auch ERASMUS+ enthält Abschnitte zur Jugend,

die die gleichen Ziele haben wie früher: den Austausch von Beispielen guter Praxis, die Gestaltung der Politik und die Netzwerkbildung. Nachdem das Programm nun fortschreitet, merkt man, dass der Prozess nicht mehr die ursprüngliche, nun verschwommen gewordene Zielsetzung erfüllt und dass es eine Reihe klar definierter Möglichkeiten zur Inklusion benachteiligter Personengruppen geben muss.

Die Weiterentwicklung von Strukturen erfolgt nicht geradlinig. Darum sollte sich wenigstens die Praxis in positiverer Form weiterentwickeln.

EINIGE THEMEN UND PROBLEME, DIE NICHT IGNORIERT WERDEN SOLLTEN

Frage: Wie sichern wir unsere Prinzipien in der langjährigen Praxis?

Wenn man sich einige der Themen anschaut, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, könnte jemand, der die Entwicklung beobachtet, Angst bekommen, dass sich das Leben von großen Teilen der Jugendlichen sehr wenig verändert hat. 2012, in der Mitte des zweiten Internationalen Jahres der Jugend, erstellte ein Kollege von der Open Society Foundations eine offene Aufstellung der Kosten von internationalen Jugendveranstaltungen, die im Laufe des Jahres im UN-Kalender veröffentlicht wurde. Wenn man Positionen wie Reisen, Personal und Zeitaufwand berücksichtigt, kann man mit einiger Gewissheit sagen, dass sich die Kosten für Hunderte von Aktivitäten mit umfangreichen, konkreten und wegweisenden Programminhalten bestimmt auf mehr als eine Milliarde US-Dollar belaufen haben. Dies veranlasste uns dazu, im Internet eine Diskussion unter folgender Überschrift anzustoßen: „Eine Milliarde investiert, aber keine Änderung in Sicht“.

Selbst wenn hochrangige Teilnehmer/-innen vertreten waren und dort auch Kritik an der öffentlichen Politik geübt wurde, waren wegweisende Veranstaltungen, auf denen man „Dampf ablassen“ konnte, dazu verurteilt, durch ihre Begrenztheit zu Sackgassen zu werden, auf denen lediglich geredet wurde. Man war vom Weg abgekommen, ziellos, oder aber, was noch schlimmer war, das Publikum reagierte mit der Antwort: „Danke, aber kein Bedarf“.

Es lässt sich der Trend feststellen, dass man das Alte im Gewand des Neuen wiedererfindet. Die Dinge fertigzustellen und sie zum Funktionieren zu bringen, das ist das größte Wagnis.

Ein Eckpfeiler der internationalen Jugendmobilität war die Freiwilligenarbeit. Diese gab es aus unterschiedlichen Gründen schon seit vielen Jahren: ideologische, religiöse, politische, zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit oder auch als Möglichkeit für den individuellen Ausstieg. Dieser letzte Punkt verdeutlichte, was bei der Durchführung vieler Freiwilligenprogramme tatsächlich das Problem war. Das durch 18- bis 21-jährige Freiwillige hervorgerufene Chaos, die an Heimweh und Depressionen litten und praktisch unkontrollierbar waren, war Ende der 1970er Jahre so groß, dass Voluntary Service Overseas (VSO) lange und gründlich darüber nachdachte, ob es überhaupt möglich sei, unerfahrene und schlecht ausgebildete

Freiwillige in unterentwickelte soziale Kontexte zu schicken, in denen große Herausforderungen auf sie warteten. Zum Schluss stoppten sie einfach die Rekrutierung junger Leute für den Freiwilligendienst.

Für VSO schloss sich der Kreis, als man begann, eine Politik der sorgfältigen Beratung und Vorbereitung einzuführen. In den 1980er Jahren waren die Freiwilligenprogramme allerdings nicht so sonderlich attraktiv und die Teilnehmerzahlen waren eher nicht so hoch, dies vor allem vor dem Hintergrund zunehmender Auflösungstendenzen nationaler Wehrdienste in Europa. Erst als die europäischen Programme in den 1990er Jahren gut liefen, wurden die Freiwilligenprogramme neu aufgelegt (oder die alten Konzepte einfach übernommen, wie manche behaupten würden).

Der Europäische Freiwilligendienst (EFD), vorgestellt im Weißbuch der Europäischen Kommission zur allgemeinen und beruflichen Bildung (Europäische Kommission 1995), wurde in der zweiten Phase von Jugend für Europa ins Leben gerufen. Mit der notwendigen und gründlichen Vorbereitung und Anleitung kann man beim EFD wertvolle Erfahrungen sammeln. Doch das Unerwartete lauert überall. In der ersten Zeit, als Großbritannien am EFD teilnahm, mussten wir drei Todesfälle junger Menschen durch Unfall und Selbsttötung verzeichnen, und zwei Jugendliche wurden wegen Diebstahls und Gewaltandrohung verhaftet. Solche Ereignisse waren eine große Herausforderung für uns und zeigten uns die Schwachstellen des EFD auf, die einerseits im Bereich der Vermittlung der Stellen lagen, andererseits aber vor allem in einer noch unzureichenden Vorbereitung. Und wir merkten sehr deutlich, dass die offene und inklusive Form der Rekrutierung sehr ambivalent sein konnte.

Da der EFD schwerpunktmäßig auf Einzelpersonen konzentriert ist, konnten die Programmverantwortlichen das Mikro-Management besser einschätzen und qualitativ bessere Entscheidungen treffen. Ebenso entwickelten wir eine größere Bewusstheit, wer bei der Durchführung von Mobilitätsprogrammen für was zuständig war.

Andere Schlüsselprobleme lagen weniger im operativen Bereich als vielmehr in der Verbreitung und Zugänglichkeit. Die Initiativen, die ergriffen wurden, um diese anzustoßen, waren alles andere als originell: Sitzungen von nationalen Planungsgruppen, Arbeitsgruppensitzungen zur Ausarbeitung von Zielen, Treffen mit der Kommission. Dann meldete sich endlich ein Mitgliedsstaat, der die Auftaktveranstaltung ausrichten wollte.

Aus britischer Sicht möchte ich noch die folgenden drei Beispiele anführen:

In den 1990er Jahren gingen Jugendorganisationen und Nationalagenturen bei den Themen Benachteiligung und soziale Inklusion verstärkt und in positiver Form aufeinander zu. Dies ist immer ein schwieriges Unterfangen, denn es enthüllt unsere eigene Ignoranz in den Bereichen Kultur und soziale Hierarchien. Es bringt uns dazu, neue Schwerpunkte zu setzen und Quoten zu definieren.

Großbritannien war 1991 in Gateshead Gastgeber des ersten, noch ein wenig oberflächlichen europaweiten Versuchs, benachteiligte Jugendliche einzubeziehen. Es war klar, dass die Chancen auf Erfolg begrenzt sein würden, wenn nicht dem

Ziel der Inklusion gleichzeitig auch im gesamten Einzugsgebiet der nationalen Jugendpolitik dieselbe Priorität eingeräumt werden würde. Dieser Sachverhalt galt wahrscheinlich für alle teilnehmenden Länder. Wir kannten unsere Grenzen. Nach dem Motto „Das oder gar nichts“ fuhren wir damit fort, die Botschaft zu vermitteln, dass dies ein offenes europäisches Programm sei. Und die Herausforderung wurde angenommen. Die Zusammenfassung und die Auswertung dessen, was dann tatsächlich in der Praxis als Nächstes passierte, ist indes nicht ganz so einfach.

Der zweite bahnbrechende Workshop, den wir veranstalteten, fand 1994 in Bradford statt. Hier ging es um den Zugang von Minderheitenkulturen zu den europäischen Programmen. Wir präsentierten dabei nicht nur unsere unterschiedlichen nationalen und lokalen Strategien zu diesem Thema, sondern wir begannen, die verschiedenen Wertesysteme auch zu begreifen. Es fand eine Debatte von höchster Qualität statt: Ideen wurden auf den Prüfstand gestellt und persönliche Vorurteile offen und ehrlich untersucht. Es wurde akzeptiert, wie auch immer man das definieren will, dass – egal, wie unzureichend das Programm Jugend für Europa auch sein mochte – die anderen EU-Programme sich noch nicht einmal ernsthaft Gedanken über das Thema der Inklusion gemacht hatten.

Zwanzig Jahre später ist es geradezu undenkbar geworden, dass sich irgendeine Veranstaltung im Bereich Jugend oder Bildung nicht in irgendeiner Form mit Fragen der Multireligiösität beschäftigt und sich der Komplexität von Rasse und Identität nicht in hohem Maße bewusst ist.

Ein dritter Bereich, in dem meiner Ansicht nach das Jugendprogramm maßgeblichen Einfluss hatte, war der Kinderschutz. Es gab eine beträchtliche Anzahl Beispiele guter Praxis, die in landesspezifischen Gesetzen und Institutionen der Zivilgesellschaft verankert waren, aber sie waren nur spärlich dokumentiert und oft nicht ausgetestet. Diese ganzen unbeantworteten Fragen konnten durchaus Alpträume verursachen. Wer überprüft die Freiwilligen? Wer übernimmt die Risikoeinschätzung für einen Gastgeber in 1.000 km Entfernung? Wer kennt die einzelnen Teilnehmenden wirklich, ihr Verhalten und ihren Hintergrund? Die Jugendarbeit insgesamt stand auf dem Prüfstand. Dunkle Schatten lagen auch auf den schwer zu beleuchtenden Themen Missbrauch und zugefügtem seelischen Schaden.

Es traf uns daher hart, als im Jahr 1999 ein ranghoher britischer Polizist eine Analyse zum Thema Kindesmissbrauch an englischen Sprachschulen veröffentlichte. Es gab Hunderte dieser nicht von einem Kontrollsystem erfassten Schulen, bei denen die Schüler/-innen in Gastfamilien untergebracht waren. Jeden Sommer kamen rund 800.000 Jugendliche unbegleitet nach England. Jugendorganisationen betonten felsenfest, dass sie den Kinderschutz ernstnahmen, aber der Massenzustrom bei Sprachreisen warf ein deutliches Licht auf die Jugendmobilität im Allgemeinen. Der gute Ruf internationaler Jugendprojekte wurde durch einzelne schwarze Schafe beschädigt.

Natürlich reagierten wir darauf. Auf einem großen europäischen Treffen tauschten wir uns über unsere Zweifel und mögliche Lösungen aus. Eine Arbeitsgruppe, die von der Kommission eingerichtet wurde, überprüfte das Antragsverfahren bei der Vergabe von Fördermitteln, bestand auf einer genaueren Prüfung von Leiter(inne)n und Freiwilligen, drängte die Mitgliedstaaten zu einer Überarbeitung ihrer Gesetze,

entwickelte eine Möglichkeit zur gegenseitigen Risikobewertung sowohl für die Aufnahme- als auch die Entsendestellen sowie auch die einzelnen Teilnehmenden. Es wurde ein Leitfaden erstellt sowie eine Internetseite eingerichtet, auf der man Hilfe finden konnte. Dies zeigte Wirkung.

Wenn man diese relativ umfangreichen Initiativen Revue passieren lässt und dabei daran denkt, dass über 20 Länder diese unterstützen mussten, dann wird klar, dass Änderungen nur sehr langsam umgesetzt werden konnten. Radikale Antworten bereiten uns Schwierigkeiten. Gesellschaftsübergreifende Lösungen und Weiterentwicklungen voranzubringen, ist möglicherweise ein Prozess, der sehr viel aufwändiger ist als die Förderung einer kulturübergreifenden Praxis. Staatssysteme haben eine robuste Struktur – sie sind widerstandsfähig gegenüber Störfaktoren. Gleichgesinnte Kulturen passen sich schneller an Veränderungen an. In gewissem Maße wäre dies auch eine gute Überschrift für die Jugendkultur selbst: Sie entwickelt sich weiter trotz externer Intervention. Sie hat ihre eigene Vitalität.

Zu den vielen praktischen Aktivitäten im Bereich der internationalen Jugendarbeit gehören nach wie vor gemeinsame Studienreisen, der Austausch von Personen und Ideen, gemeinsame Projekte, Seminare, Konferenzen und Workshops – unsere Handwerkszeuge –, die im Zeitalter der neuen Medien durch Webinare und Online-Konferenzen ergänzt werden. Die wirklich großen Themen kommen und gehen und sind wie Ebbe und Flut oft weit entfernt von der öffentlichen Politik.

Was Menschen wirklich ändert, ist die Motivation, warum sie einander treffen: Sie tun dies aus aktiver Neugierde oder damit sich etwas verändert. Sie wollen Anregungen erhalten durch die Erfahrung der Andersartigkeit, um besser für einen echten Wandel gerüstet zu sein. Das hoffe ich jedenfalls.

DIE VERKNÜPFUNG MIT DER POLITIK – ODER AUCH NICHT

Frage: Welche Relevanz hat das, was woanders geschieht, für unser eigenes Lebensumfeld?

Dinge geschehen. Politik wird beeinflusst durch Forschungsarbeiten und Forschungsergebnisse. Dann geschieht auf einmal etwas mir dir und um dich herum. Im Bereich der internationalen Jugendarbeit und -politik hat es schon einige wichtige Momente des Händeschüttelns gegeben, ausgehend von der Mitte der Gesellschaft hin zur Politik und umgekehrt.

Die Entwicklung von Angeboten der Weiterbildung für Jugendorganisationen durch das Europäische Jugendprogramm ist stark mit lokalen Bedarfen verbunden. Hierfür gibt es ein hervorragendes, aber dennoch eingeschränktes Beispiel: SALTO.

Die unterstützenden Trainings mit dem etwas seltsamen Namen SALTO, die um das Jahr 2003 herum entwickelt wurden und die im Rahmen des Jugendprogramms stattfinden, sind ein herausragendes Beispiel für die Reaktion auf einen gestiegenen Bedarf. Die wenn auch begrenzt zur Verfügung gestellten Mittel erlaubten es

den SALTO-Zentren dennoch, ihre Ansprüche relativ hoch zu schrauben. Sie verbesserten das politische Verständnis neuer Mitgliedstaaten direkt bei deren Aufnahme in das Programm, indem sie ihre eigenen Erfahrungen vor Ort einbrachten. Sie gingen die Themen der bewährten Verfahren im operativen Alltag und qualitativ hochwertige Vorbereitung aktiv an. Sie arbeiteten daran, die Inklusion auf einem realistischen Niveau zu optimieren, und sie boten Kompetenztrainings im Bereich kultureller Vielfalt an.

Das alles würde für sich allein nicht viel bedeuten, mit Ausnahme, dass die Schaffung der ausgegliederten SALTO-Struktur und die Inhalte der SALTO-Veranstaltungen dazu beitrugen, eine konstruktive Form der Kritik an den nationalen Jugendpolitiken anzuregen und darüber zu informieren, und dies auf unterschiedlichen Ebenen der Umsetzung. Dieser Welleneffekt führte dazu, dass sich ein Netzwerk aus engagierten Personen bildete.

Es gibt in der Jugendarbeit Tausende Beispiele nachahmenswerter Praxisbeispiele, Beispiele pädagogischer Kompetenzen und beispielhafte Methoden zur Stärkung der Humanressourcen, und dies auf tausend Ebenen bei allen Arten von internationalen Veranstaltungen. Die Auswirkungen auf den Einzelnen sollten dabei nicht unterschätzt werden. Die Auswirkungen auf die Politikentwicklung haben jedoch noch einen weiten Weg vor sich.

Die Verwirklichung sämtlicher politischer und praktischer Maßnahmen und Verfahren wird beträchtliche Summen an Geld verschlingen – nicht nur für die operative Arbeit auf einem signifikanten Niveau, sondern auch für das Monitoring und die Bewahrung des Erreichten. Die internationale Jugendarbeit verdient eine verbesserte Kontrolle und eine sichtbarere politische Plattform mit mehr Transparenz.

EINE FRAGE DES GELDES

Frage: Wie wurde das Geld eingesetzt und hat es sich gelohnt?

Der besagte Artikel 50 zum „Austausch junger Arbeitskräfte“ war für lange Zeit die einzige Finanzierungsquelle der EU. Ich war daher mehr als erfreut, als ich im Jahr 1976 die Gelegenheit bekam, durch meine Idee zur Durchführung einer europäischen Konferenz für junge Fischer im wahrsten Sinne des Wortes etwas davon in die Finger zu bekommen. Während ich in seinem Büro saß, half mir ein sehr freundlicher höherer Beamter vom Generaldirektorat Landwirtschaft und Fischerei der Europäischen Gemeinschaft beim Ausfüllen des Antrages. Junge Fischer, die auf offener See unterwegs sind, verstanden sich damals nicht besonders gut. Es gab in der Tat richtige, auch so genannte Kabeljaukriege. Wir dachten, wir könnten viele von ihnen zusammenbringen, um dem Frieden ein wenig nachzuhelfen. Um es noch ein wenig interessanter zu machen, sollte die Konferenz in Nordirland stattfinden.

Während der Veranstaltung wurde ich bar bezahlt – ich erinnere mich an belgische Francs, da der ECU nicht überall verfügbar war. Das Fazit aus dieser Geschichte: Nicht alle europäischen Finanzierungstransaktionen laufen so glatt ab wie diese.

Nationale Etats für bilaterale Jugendprogramme waren auf eine einfache Formel heruntergebrochen worden: ein bestimmter Prozentsatz für Reisekosten und ein bestimmter Prozentsatz für die Aufenthaltskosten. Es gab einen gestaffelten Tarif, bei dem der Prozentsatz anstieg, wenn man dafür größere Nachteile in Kauf nahm. Zu entscheiden, wer was und wieviel bekommen sollte, dafür gab es natürlich Komitees.

Allgemeiner betrachtet hatten wir auf europäischer Ebene als erstes das Problem der Additionalität. Wenn in der EG etwas umgesetzt wurde, das über ein eigenes Budget verfügte, für die gleiche Sache aber bereits im nationalen Etat eines Landes Geld bereitgestellt wurde, dann wurde dieser Betrag anteilig abgezogen. In Großbritannien waren wir zuerst begeistert darüber, das Programm Jugend für Europa zu haben, aber nur solange, bis wir merkten, dass nahezu alle bisher für den bilateralen Jugendaustausch zur Verfügung gestellten nationalen Fördergelder jetzt radikal gekürzt wurden.

Wenn Sie erst einmal mit -zig Ländern die Finanzierungsgrundsätze ausgehandelt haben (das klingt so einfach), kommt sofort panikartig eine ganze Elefantenherde angerannt und pocht auf Einhaltung der Rechenschaftspflicht. Wenn ich in meinen Tagebuchnotizen weiterblättere, sehe ich im Verlauf der Jahre die folgenden ins Auge fallenden Themen: Jahresbericht an die Kommission, dann Dreijahres-Abschlussbericht an die Kommission, dann Treffen mit den Rechnungsprüfern der Kommission, dann Treffen mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, dann (was logischerweise ein Schaudern hervorrief) Besuch durch die Kommission und die externen Rechnungsprüfer.

Ich glaube widerspruchsfrei sagen zu können, dass die anfängliche Begeisterung, die Überzeugung und die Anpassungsfähigkeit, die Programme der Jugendarbeit haben sollten, durch die rigorose (manch einer würde sagen, die notwendige) Kontrolle der Ausgaben auf eine harte Probe gestellt wurden (wenn nicht sogar bestraft wurden). Doch die Kommission hatte schließlich Erfahrung mit der Bereinigung finanzieller Ungereimtheiten, warum sollten wir, die Nationalagenturen dies im täglichen Geschäft nicht auch können?

Wurden jemals die beantragten Mittel optimal verwendet, um damit wirkliche Veränderungen herbeizuführen? Nun, um den Worten des weisen Bob Dylan zu widersprechen, der sagte: „When you ain't got nothin', you got nothin' to lose“ („Wenn Du nichts hast, hast Du auch nichts zu verlieren“), würde die politische Jugend entgegen: „When you ain't got nothin', a percentage of nothin' is nothin'“ („Wenn Du nichts hast, dann ist ein Prozentsatz von nichts auch gleich nichts.“). Es gab immer etwas, um das man sich streiten konnte.

Die Förderung stellte eine finanzielle Basis zur Verfügung, auf Grundlage derer man zusätzliche oder ergänzende Mittel beantragen musste. Solange Europa uns als Freund versorgte, bedeutete europäisches Geld ein erstes Standbein und man musste dann an anderer Stelle weitere Mittel akquirieren.

Im Laufe der Zeit beeinflusst der natürliche politische Prozess den Geldfluss, genauso wie das Geld die Politik beeinflusst. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts wurde dann China durch den Abschluss einer Jugendvereinbarung zwi-

schen Europa und China weit oben auf die Agenda der Außenbeziehungen der EU gesetzt. Dieser Wandel vollzieht sich auch bei anderen Ländern: Auch Indien, Mexiko und andere Länder werden attraktiv für jugendpolitische Investitionen. Auf der anderen Seite können Schwerpunktsetzungen bei den Länderbeziehungen auch dem Wirken größerer Kräfte zum Opfer fallen. Die Jugendinitiative EuroMed, die in den späten 1990er Jahren geschaffen wurde, scheint heute nur noch von der Intention her fortzubestehen. Die für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellten Ressourcen sind mittlerweile auf vielen Ebenen spärlicher verteilt.

KOMMUNIKATION: EIN WIRKLICHER WANDEL

Frage: Verstehen wir einander, während wir kommunizieren?

Ein wirklich tiefgreifender Wandel hinsichtlich Geschwindigkeit und Präzision hat sich definitiv in den letzten Jahren im Bereich der Kommunikationstechnologie vollzogen. In meinem Tagebuch von 1992, einem Jahr, das mir wie ein Wendepunkt bei der Entwicklung von Systemen erscheint, fand ich meine Anmeldung zu einem AMI PRO-Kurs. Worum es damals ging, weiß ich inzwischen gar nicht mehr. Einer der besonderen Momente der Veränderung war die Abmachung, dass die Nationalagenturen ab jetzt Faxgeräte verwenden würden (diese durften im Rahmen der Förderung für Verwaltungsmittel angeschafft werden).

Bei einem der ersten Treffen mit unserem Partner vom italienischen Außenministerium fragten wir, wie es denn so mit der Installierung des Faxgerätes laufe, da es mit dem Austausch von Informationen mittels der neuen Technik bis zu diesem Zeitpunkt ziemlich ruhig gewesen war. Während der Antwort unseres Partners hörte unsere hilfsbereite Dolmetscherin zehn Minuten lang auf, sich Notizen zu machen. Sie fasste die Antwort dann wie folgt kurz zusammen: „Man muss nur daran denken, dass es einfach nur ein Faxgerät ist. Jetzt hat es in einem italienischen Ministerium zu arbeiten.“

Die Standards und die Effizienz der Kommunikation verbesserten sich Schritt für Schritt. Wir konnten uns lange Zeit auf den Sprachgebrauch und unsere Defizite als englische Muttersprachler berufen, indem wir gute Kommunikation entweder nutzten oder häufig auch absichtlich etwas missverstanden. Darauf sollte man eigentlich näher eingehen. Aber mein Punkt ist eigentlich der, dass wir bei unserer Kommunikation erst uns selbst verstehen müssen, und dann verstanden werden müssen.

In seinem Buch *The Internet Is Not the Answer* (Keen 2015) beruft sich Andrew Keen auf folgende Zahlen für das Jahr 2014: Pro Minute verschickten die rund 3 Milliarden Internetnutzer weltweit rund 204 Millionen E-Mails, posteten 216.000 Fotos und gaben 83.000 US Dollar bei Amazon aus – und das alles in nur 60 Sekunden!

Wir alle haben leichten Zugang zu weltweiten Informationen. Unsere Aufgabe ist es, kritisch mit diesen Informationen umzugehen.

DAS ENDE DER REISE

Frage: Wohin gehen wir und was lernen wir?

Auch wenn Jugendarbeit dem Geld folgen muss, spielt sie durch ihren Beitrag zum nicht-formalen Lernen eine bedeutende Rolle. Wir wissen jetzt ganz genau, wie wichtig das nicht-formale Lernen ist. Wir können es praktisch messen. Denn es nicht bloß eine spirituelle Überzeugung. Den jungen Menschen bringt es eine ganze Reihe neuer Möglichkeiten, insbesondere können hierdurch diejenigen erreicht werden, die am härtesten zu kämpfen haben oder die am meisten entfremdet sind.

Aktuell werden Jugendfragen vom Thema der Beschäftigungsfähigkeit beherrscht, die als Allheilmittel angesehen wird, um das zu reparieren, was in Europa nicht funktioniert. Am meisten sollte dabei in die Zielgruppe der verdrossenen, misstrauenden Jugendlichen investiert werden, die anfällig sind für eine Radikalisierung und denen das Gefühl gegeben wird, dass sie versagt haben.

Rückschauend gibt es auch hierzu eine kleine Geschichte: Während eines Wirtschaftskongresses zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Birmingham im Jahr 1993 referierten wir über die Bedeutung der internationalen Jugendarbeit. Ich habe noch alte Notizen gefunden, die ich mir anlässlich eines Studienbesuchs zum Thema Beschäftigungsfähigkeit gemacht habe, an dem eine Gruppe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Mai 1998 teilnahm. Und es ist noch gar nicht so lange her, dass unsere Expertengruppe im April 2014 der Kommission ihren Bericht zum Thema *Nicht-formales Lernen und Beschäftigungsfähigkeit* vorgelegt hat. Man sieht, wie lang dieser Weg war und wie viele Stationen wir bis zu diesem Punkt zurückgelegt haben. Und wir haben unser Ziel noch immer nicht erreicht.

Die Jugendarbeit kann von neuen Partnern profitieren und auch umgekehrt können diese neuen Partner ebenso von ihr profitieren. Dies erfordert eine personelle Umgestaltung, in der die vorhandene Kompetenz, mit schwierigen Situationen auf der Straße und in Cafés umzugehen, verstärkt dazu genutzt wird, selbstsicher in Vorstandsetagen aufzutreten oder mit Personalverantwortlichen zusammenzuarbeiten. Das ist gar nicht so schwer. Überarbeitete Lerninhalte zur Aufwertung von Trainings im Bereich der Jugendarbeit findet man bereits in der bisherigen Praxis (sie sind durchaus übertragbar, aber trotzdem nicht als Ersatz zu sehen für lokale Schwerpunktsetzungen und Interpretationen).

Dem könnte man im Laufe der Zeit entgegensetzen: Mobilität ist viel einfacher geworden. Die meisten Nationalstaaten sind leicht zugänglich (oder stehen kurz davor). Benzin ist billig. Fliegen ist billiger geworden. Oder nimm einfach den Bus oder den Zug. Do it yourself!

Ein Argument wäre noch, dass die Teilnehmenden durch gut organisierte und gut durchdachte internationale Erfahrungen maßgeblich vom Austausch profitieren können, und dass sich hartnäckig der Glaube hält, dass dies zu Frieden und Wohlstand beiträgt.

In den letzten Jahren haben wir damit begonnen, interkulturelle Kompetenz mehr wertzuschätzen – die andere Art zu leben, zu überleben, diese Komplexität in die Praxis umzusetzen, die unsere Neugierde weckt: die fremde Luft einatmen, fremde Gerüche wahrnehmen, fremdes Essen zu probieren, fremde Geräusche zu hören.

Interkulturelle Kompetenz liefert uns ein besseres Verständnis, wie wir erfolgreich zusammenleben können, an anderen Orten arbeiten können, die sich globalisierende Welt genießen und an ihr teilhaben können, eine Welt, in der die Kultur zu einer zusätzlichen komplexen Komponente in einem bereits sehr komplexen Leben wird.

Wir alle müssen uns selbst innerhalb unserer eigenen Kultur verstehen. Wir müssen Vertrauen zwischen den verschiedenen Kulturen aufbauen, unsere Konflikte bewältigen und lösen.

Wenn wir bereits als junge Menschen damit anfangen, können wir durch Mobilitätserfahrungen Beziehungen aufbauen. Darauf aufbauend können wir gemeinsame Zielsetzungen definieren und die aktive Unterstützung anderer Menschen in einem Projekt, bei einer gemeinsamen Veranstaltung oder an unserem Arbeitsplatz gewinnen. Wir erweitern unsere Erfahrungen, um eine bessere und kulturübergreifende Teamarbeit zu entwickeln. Wir werden verantwortungsbewusster, wenn wir Teil eines größeren kulturellen Kontexts sind. Es geht um das Gefühl, dass wir die Zukunft gemeinsam gestalten können.

Diese Erfahrungen fügen sich nahtlos ein in lokale Jugendinitiativen. Das sind genau die Fähigkeiten, die die Arbeitgeber sich wünschen und die zu den wichtigsten Kompetenzen zählen, die im 21. Jahrhundert benötigt werden.

Die Jugendarbeit ist eine Erfolgsgeschichte. Die internationale Jugendarbeit sollte dies auch sein. Wie ich anfangs anhand des Beispiels der antiken Stadt Petra erläutern habe, werden die großen Strukturen wiederverwendet. Leider wird nicht alles übernommen, was wertvoll ist. Aber wie beim Wasserversorgungssystem gibt es irgendwo eine Struktur, die mehr als nur einfach funktional ist – sie steht für eine bessere Lebensqualität. Ich denke, dass die internationale Jugendarbeit diese Aufgabe übernimmt, egal, welche Probleme es gibt, egal, wie die wirtschaftliche Lage ist, und trotz der Politik.

LITERATUR

European Commission (1995), "Teaching and Learning: Towards the Learning Society" – White Paper on Education and Training, European Commission, Brussels.

European Commission (2001), "A new impetus for European Youth" – White Paper, European Commission, Brussels.

Keen A. (2015), *The Internet Is Not the Answer*, Atlantic Books, London.

Kapitel 11

Jugend, Peer-Education und Gesundheit: eine zweifelhafte Methode zur Verringerung von sozialen Ungleichheiten im Gesundheitsbereich

Yaëlle Amsellem-Mainguy

„Heutzutage beschäftigen sich alle staatlichen Einrichtungen mit der Gesundheit junger Menschen. Angefangen bei Regionalbehörden in Ballungsräumen, Ländern, Bezirken und Regionen bis hin zu Institutionen der Europäischen Union, haben alle Entscheidungsebenen ein Interesse an dieser Problematik. Entsprechend schließen viele Einrichtungen und Institutionen für Kinder und Jugendliche den Gesundheitsbereich in ihre Arbeit ein (Schulen, Jugendinformationszentren, lokale Arbeitsgruppen, Herbergen für junge Arbeiter, etc.) und es werden häufig neue spezifische Einrichtungen eröffnet (Jugendfürsorgezentren, Beratungseinrichtungen und beispielsweise Jugendzentren). Umgekehrt schließen allgemeinere Instrumente im Bereich Gesundheit systematische Maßnahmen für Jugendliche ein; dies gilt insbesondere für mobile Psychiaterteams, Bereitschaftsdienste für die Aufnahme und Versorgung in Krankenhäusern, lokale Gesundheitsförderung, kommunale Gesundheitsworkshops oder niederschwellige Aufnahmезentren.“ (Amsellem-Mainguy and Loncle 2010, S. 42)

Patrick Peretti-Watel erläutert hierzu:

„Die Frage der Gesundheit spielt heutzutage in jedem Bereich eine Rolle: Ein Schüler mit schlechten Noten ist 'schlecht an die Schule angepasst', genauso wie ein Mann, der mit seiner Erektion unzufrieden ist, sich selbst als sexuell 'krank' einstuft. Mit dem Gesundheitsbegriff wird Glück verknüpft... Wenn in diesem Zusammenhang bei Präventionskampagnen ein günstiges Gesundheitsverhalten (ausgewogene Ernährung, körperliche Bewegung und dergleichen) und die Bekämpfung von Risikoverhalten (Rauchen, Alkohol- und Drogenmissbrauch und dergleichen) in den Vordergrund gestellt werden, schließt der Widerspruch zwischen einem gesunden und ungesunden Verhalten zwangsläufig eine moralische Komponente mit ein (darüber hinaus ist aus etymologischer Sicht ungesund, was gesundheitsschädlich ist und moralischen Grundsätzen widerspricht). ... Bezüglich des Risikoverhaltens von Jugendlichen wer-

den insbesondere Präventionskampagnen sehr wahrscheinlich von stereotypen Vorstellungen junger Menschen beeinflusst.“ (Peretti-Watel 2010)

Die Gesundheitspolitik für 16- bis 25-jährige Jugendliche beruht in erster Linie noch immer auf der Schilderung von Risiken, der diese Altersgruppe ausgesetzt ist und zwar zum Nachteil eines Ansatzes, der auf Ressourcen und Wünschen der Jugend beruht und der ihre Gesundheit einbezieht. Dieser Gesichtspunkt verdeutlicht die unzureichende Beteiligung junger Menschen bei der Gestaltung der Politik, die sie betrifft, ebenso ein keimendes Gefühl der Stigmatisierung von Seiten der Erwachsenengesellschaft, das möglicherweise zu Misstrauen oder Widerstand gegen die von Professionellen implementierten Maßnahmen führt. Obwohl diese ‚Lücke zwischen der Jugend- und Erwachsenengesellschaft‘ auf verschiedenen Ebenen (Jugendvertretungen, geringe Anteilnahme im politischen Bereich) nicht nur auf den Gesundheitsbereich zutrifft, ist es ganz klar notwendig, alternative Maßnahmen vorzuschlagen für die Prävention und Gesundheitserziehung junger Menschen, die ihre Erwartungen und Bedürfnisse am besten befriedigen. In diesem Sinne kann die Gesundheitserziehung durch Gleichaltrige eine echte Möglichkeit sein, diese Lücke zu schließen und die Entwicklung sozialer Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheit zu begrenzen.

In Erweiterung ihrer Analyse zum Thema AIDS schlägt Florence Maillochon entsprechend vor, dass

„die Projektion Jugendlicher in das Mittelfeld des präventiven Apparats wahrscheinlich das Ergebnis eines Synkretismus aus Epidemiologie, Soziologie und Psychologie ist. Dieser Synkretismus war besonders darin erfolgreich, mit einer Altersgruppe, mit der Jugend als reine demografische Kategorie verstanden wird, die Vorstellung zu verbinden, dass junge Menschen eine spezifische Natur besitzen, die durch Verantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit, einer Neigung zur Beeinflussung und Feindseligkeit gegenüber der Erwachsenenwelt gekennzeichnet ist und die sich durch Provokationen, Verstöße und das freiwillige Eingehen von Risiken ausdrückt.“ (*Eine Quellenangabe fehlt im Originaltext, Anm. d. Red.*)

Das ist der Hintergrund, vor dem heutzutage Peer-Prävention im gesamten Territorium stattfindet. Jedoch geht die noch nie da gewesene Verschärfung des Gesundheitsproblems junger Menschen nicht mit einer Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes einher.

Gesundheitserziehung junger Menschen kann nicht als Einbahnstraße verstanden werden. Ganz im Gegenteil: Eine Strategie unterschiedlicher Interventionen und Ausführungsformen ist notwendig (auf Basis eines von Erwachsenen initiierten Programms oder auf Initiative von Jugendlichen auf Basis gegenseitiger Wertschätzung), die Fragen auf unterschiedlichste Weise aufgreift. Alle dargelegten Gedanken unterstreichen die Bedeutung der Reflektion über Gesundheitserziehungsmethoden und ihre Diversifikation, wobei der Schwerpunkt auf der aktiven und interaktiven Teilnahme Jugendlicher mit dem übergeordneten Ziel liegt, sie in ihren Lernprozess einzubeziehen und sie zu befähigen, sozusagen ihre Fähigkeit, aktiv zu werden, zu erkennen und mehr Einfluss auf ihr eigenes Leben zu gewinnen (mit anderen Worten *Empowerment*). Unter den angewandten Ansätzen, mit denen man die Position Jugendlicher als treibende Kraft der Gesundheitserziehung und -förderung stärken wollte, sind die Peer-Ansätze seit etwa 20 Jahren in

Frankreich weit verbreitet, weshalb es notwendig ist, ihnen an dieser Stelle mehr Aufmerksamkeit zu widmen.³⁵ In Frankreich gedeihen zahlreiche Peer-Programme zu Prävention, Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung, deren Zielgruppe insbesondere Jugendliche sind. Das Interesse an derartigen Präventionsprogrammen³⁶ zu verschiedenen Gesundheitsfragen (Süchte, Ernährung, Zugang zur Versorgung, Sexualität ...) nimmt auch in anderen Bevölkerungsgruppen zu: ältere Menschen, Prostituierte, Menschen in Notlagen usw.

Von Beginn an wurde der Begriff Peer-Education verwendet, um damit die ‚Bildung junger Menschen durch junge Menschen‘ zu beschreiben, wobei sich hinter dieser vereinfachten Darstellung eine Vielzahl von Herangehensweisen und Interessen verbergen (INSERM 2001). Dabei kann inzwischen die Vorstellung hinterfragt werden, dass alleine die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe genügt, um den Peer-Status zu definieren, wobei die Unterschiede zwischen den Jugendlichen erheblich sind (Labadie 2012), unterschiedliche Lebenswege nicht belegt werden müssen und der Prozess der Identitätsfindung auch durch Zugehörigkeitsgruppen mit spezifischen Affinitäten und Lebensstilen bedingt ist, die oft miteinander verglichen werden.

Der Peer-Ansatz wurde zunächst für die Primärprävention angewendet (wo Gesundheitsprobleme oder Krankheiten im Vordergrund standen, schließt er heutzutage beispielsweise Impfungen oder Aktionen gegen Risikofaktoren mit ein). Gesundheitserziehung/-förderung durch Peers wird nun auch im Bereich der Sekundärprävention (die in einem frühen Entwicklungsstadium der Krankheit genutzt wird) und der Verringerung von Risiken (Hauptziel ist die Verringerung von Schadensrisiken, die mit Drogenkonsum in Verbindung stehen) angewendet. Diese Aktionen sollten heutzutage nicht als konkurrierende, sondern eher ergänzende und verstärkende Maßnahmen betrachtet werden.

35 Dabei ist zu beachten, dass Frankreich in puncto Peer-Education beispielsweise hinter den englischsprachigen Ländern hinterherhinkt, welche bereits in den siebziger Jahren Maßnahmen insbesondere im Bereich der Suchtprävention ergriffen haben. Dieser Schritt folgte wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen von präventiv tätigen Akteuren, die besagen, dass es effektiver ist, junge Menschen mit einzubeziehen und deren Kompetenzen aufzubauen, statt diese Programme lediglich auf die Risiken auszurichten.

36 Dies ist besonders gut anhand der im Jahr 2010 vom Jugendministerium veröffentlichten Projektausschreibung für Projekte nachvollziehbar, die durch den *Fonds d'expérimentation pour la jeunesse AP2* gefördert werden, und die später Anlass zu einer nationalen Beurteilung im Rahmen von ESPAIR (Education santé par les pairs) gaben, welche von Éric Le Grand durchgeführt wurde.

DEFINITIONEN

Gesundheitsprävention

Die Prävention umfasst alle „Maßnahmen, die darauf abzielen, die Wirksamkeit verursachender Faktoren oder Gesundheitsprobleme zu minimieren, den Ausbruch von Krankheiten oder Gesundheitsproblemen zu verhindern, ihre Ausbreitung einzudämmen oder ihre Folgen zu begrenzen. Präventive Maßnahmen können medizinische Intervention, Umweltschutz, gesetzgeberische, finanzielle oder Verhaltensmaßnahmen, politischer Druck oder Gesundheitserziehung sein.“* Die Maßnahmen reichen von Mitteln, die verabreicht werden, um das Auftreten von Symptomen zu verhindern oder ihre Entwicklung einzudämmen, sie können aber auch die Eliminierung von Risikofaktoren und Unterstützungsmöglichkeiten für die soziale Rehabilitation von Patienten beinhalten.

Gesundheitserziehung

„Gesundheitserziehung sollte den Bürger befähigen, sich im Laufe seines Lebens Kenntnisse und Mittel zum Schutz, idealerweise für die Verbesserung der eigenen Gesundheit und die der Gesellschaft, anzueignen.“**

„Eine Strategie, die sich prinzipiell auf Lernprozesse konzentriert und dabei auf Wissen, Haltungen, Verhalten, Werte und den Entscheidungsprozesse wirkt. Diese sind mit den Zielen der Gesundheitsprävention, dem Schutz oder der Förderung, aber auch mit der Rehabilitation und der Einhaltung medizinischer und pharmazeutischer Behandlungen verbunden. Sie beschäftigen sich aber auch mit den Zusammenhängen, in denen die Lernprozesse äußerst günstig sind (Verhältnis von zwischenmenschlicher Hilfe, Klinik, kleiner Gruppe, Massenpublikum...).“***

„Die Gesundheitserziehung sollte unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Perspektive für die Entwicklung individueller und kollektiver Fähigkeiten betrachtet werden, die sowohl ein höheres Lebensalter und als auch eine Verbesserung der Lebensqualität sicherstellen... Sie sollte nicht bei der Information über Risiken stehen bleiben – obwohl dieser Schritt für die Bewusstseinsbildung notwendig ist –, sondern sollte sich das Ziel setzen, zumindest bedeutende Änderungen der Einstellungen und Haltungen von Einzelnen zu bewirken und, besser noch, diese dazu befähigen, Wünsche nach Verhaltensänderungen zum Ausdruck zu bringen und sie zu einer besseren Umsetzung zu befähigen.“****

Gesundheitsförderung

Die Definition der Gesundheitsförderung bezieht sich auf den Text der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1986, ***** herausgegeben von der WHO:

„Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Um ein umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, ist es notwendig,

dass sowohl Einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. In diesem Sinne ist die Gesundheit als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen und nicht als vorrangiges Lebensziel. Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit betont wie die körperlichen Fähigkeiten. Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt deshalb nicht nur bei dem Gesundheitssektor, sondern bei allen Politikbereichen und zielt über die Entwicklung gesünder Lebensweisen hinaus auf die Förderung von umfassendem Wohlbefinden hin.

Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Ökosystem, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.“

* Definition der Datenbank des Gesundheitswesens: <http://asp.bdsp.ehesp.fr/Glossaire/>.

** Französischer Nationaler Plan für die Gesundheitserziehung, Frz. Gesundheitsministerium, präsentiert im Ministerrat im Februar 2001.

*** „La promotion de la santé comme perspective“, Santé Société, Serie „Promotion de la santé“, Regierung von Quebec, Ministerium für Gesundheit und soziale Dienste, S. 9.

**** Lévy E., L'éducation pour la santé, Meinung des Wirtschafts- und Sozialrats, Paris 1982, S. 858.

***** www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0004/129532/Ottawa_Charter.pdf

„PEER-PRÄVENTION‘ ODER, PEER-EDUCATION‘?

Die Europäische Kommission definiert Peer-Education wie folgt:

„Dieser Bildungsansatz stützt sich auf Peers (Personen gleichen Alters, sozialer Herkunft, Stellung, Bildung oder Erfahrung), um zu informieren und Verhaltensweisen und Werte zu fördern. Peer-Education stellt eine Alternative oder Ergänzung zu traditionellen Gesundheitserziehungsstrategien dar. Dieser Ansatz beruht auf der Tatsache, dass in bestimmten Lebensabschnitten, insbesondere im jugendlichen Alter, dieser Einfluss stärker ist als andere Einflüsse.“

Der Peer-Ansatz entspricht der Vorstellung von Symmetrie, aber auch von Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung. Mit anderen Worten liegt die Attraktivität dieses Ansatzes im Aufbau einer Beziehungsdynamik, die auf der Ähnlichkeit zwischen dem Multiplikator und dem Empfänger (oder Nutzer) beruht. Diesem Ansatz liegt die jeweilige Bedeutung der Peer-Gruppe für den Identitätsbildungsprozess, die insbesondere im Jugendalter durch die Einführung gemeinsamer Werte und vorgeschriebener/verbotener Handlungsweisen und ganz allgemein auf Sozialisierungsprozessen beruht, zu Grunde. Dabei sind Familie und Schule nicht die einzigen Faktoren im Sozialisierungsprozess, und sie vermitteln manchmal entgegengesetzte Normen. Daher hüten sich Jugendliche häufig vor einem genauen Ein-

blick seitens ihrer Peers, nehmen aber ebenso die Botschaften, die über die Medien verbreitet werden und die ihre Sozialisierung beeinflussen, wahr. Trotz manchmal abweichender Zielstellungen arrangieren sich junge Menschen mit unterschiedlichen Sozialisierungsformen (Familie, Schule, Peers ...), und manchmal schätzen sie es, wenn deren Vertreter eine enge Verbindung mit bestimmten Normen haben, für die sie stehen.

Bei dieser Methode spielen der Austausch und die zwischenmenschlichen Beziehungen eine entscheidende Rolle, die manchmal dabei helfen, Gemeinschaften oder Gruppen mit gleichen Zielstellungen zu stärken oder zum Vorschein zu bringen. Der Peer übernimmt von Anfang an die Rolle der Kontaktperson, die in einem bestimmten Präventionsbereich tätig ist.

Gesundheitspräventionsmaßnahmen durch Peers ist nicht von einem starren Geflecht aus Einstellungen und Verhalten, die angenommen oder nicht angenommen werden sollen, geprägt oder beruhen nicht auf Überzeugung oder Überredung, sondern sind eher in Erzählungen über sich selbst, in denen das Wechselspiel von Grenzen und Möglichkeiten reflektiert wird, eingebettet. Präventive Maßnahmen durch Peers greifen durch Nähe und Authentizität und erhalten eine besondere Bedeutung, weil der Grundsatz gilt, dass, je glaubwürdiger eine Informationsquelle ist, sie umso attraktiver für den Empfänger erscheint.

HINWEISE

Verschiedene Peer-Konfigurationen

„Ein Peer wird als solcher bezeichnet, weil er ‚ähnlich‘ ist. Wenn er aber ähnlich ist, wie kann er dann anders sein? Wie wird er dann mit dem notwendigen Abstand betrachtet, dass er noch Peer bleibt, ohne dass er zum Außenseiter wird? Welche Ähnlichkeit ist erforderlich, welche ist schädlich, überflüssig oder unzureichend? Zudem besteht immer das unterschwellige Risiko ein ‚Peerot‘ zu werden. Dieser ist eine liebenswürdige, junge und starke Person, die zu jeder guten Tat bereit ist und schnell zum ‚Sprachrohr der Erwachsenen‘ wird und ihre guten Grundsätze weitergibt. Oft ist der einzige Grund, zum Peer erkoren zu werden, das passende Alter, wobei die Frage entsteht, ob dies ein ausreichendes Kriterium ist, um die Peer-Rolle zu übernehmen. Wenn der Peer genau so ist wie ich, was kann er mir bieten? Und wenn er andere Dinge weiß und sagt als ich, ist er dann noch ich? Ist er dann mein Peer? Um in der Teenagersprache zu bleiben, wenn er mich mit den Regeln und Grundsätzen, die ihm in der krassen Schule eingebläut wurden, bombardiert, ist er ein Clown und kein Peer, sondern ein ‚Peerot‘. Daher entspricht die richtige Position des Peers eher dem Mittler zwischen der Botschaft und dem Adressaten, eher der Funktion eines Boten anstatt Sprechers. Jemand, der fast so ist wie ich und weiß, wie er mit diesem feinen Unterschied umgehen muss.“*

Aus dieser Sicht wurden unterschiedliche Klassifikationen vorgeschlagen, um die Vielschichtigkeit des Peer-Ansatzes zu erfassen. Zwei Hauptparadigmen können unterschieden werden:**

- ▶ **„Multiplikatoren“** sind für die Verbreitung von Informationen und Empfehlungen zu einem bestimmten Thema in ihrem Lebensumfeld verantwortlich;
- ▶ **„Peers“ für die gegenseitige Hilfe** werden darin geschult, ihren Freunden zuzuhören, und ggf. eine Bestimmungsrolle zu übernehmen (Probleme Jugendlicher aufdecken) oder den Kontakt zwischen betroffenen Jugendlichen und Spezialisten oder Einrichtungen herzustellen.

Neuere Studien***, die zu Peer-Education durchgeführt wurden, gehen weiter und zeigen, dass drei Hauptbereiche der Peer-Intervention unterschieden werden können: **Sozialer Einfluss** (hier ist die Rolle des Peers vom Einfluss geprägt, den er gegenüber den Personen, die ihm nahe stehen, mit dem Ziel ausübt, Verhaltensänderungen, Einstellungen oder Werte zu fördern oder zu verhindern); **Soziale Ressource** (hier ergibt sich die Rolle des Peers aus den Beziehungen, die durch gegenseitige Hilfe und Austausch entstehen, um das eigene und das Wohlbefinden anderer sicherzustellen, wobei die Peers eine gemeinsame Gruppe bilden, die zu einer Ressource für alle wird); und **Soziale Kontakte** (hier ist der Peer eine Person, die zu einem anderen oder entgegengesetzten sozialen Bereich gehört und symbolische oder materielle Brücken zwischen diesen Bereichen aufbaut – hier sind Peers Peer-Mediatoren oder ‚Förderer‘).

* Chobeaux F. (2012), „L'éducation par les pairs: attentes et limites“, *La Santé de l'homme*, Nr. 421, S. 15-16.

** Baudier F., et al. (1996), *Approche par les pairs et santé des adolescents, Actes du séminaire international francophone, Besançon, 5–7 Dezember 1994*, CFES, Serie „Séminaires“.

*** Bellot C. and Rivard J. (2012), „Québec: l'intervention par les pairs investit la promotion de la santé“, *La Santé de l'homme* Nr. 421, S. 18-19.

NÄHE UND BEZIEHUNG ALS KERN DES ANSATZES

Der Alltag junger Menschen ist vom allgegenwärtigen und starken Einfluss von Peers im Identitätsbildungsprozess gekennzeichnet. Junge Menschen umgeben sich wie Erwachsene auch mit Menschen, die ihnen ähnlich sind. Die Ähnlichkeit kann mit dem Alter zusammenhängen (trifft auf Jugendliche oder generell auf junge Menschen zu), Geschlecht, aber auch Status oder Rollen, Werte und Gewohnheiten (Partys feiern) oder Genuss (Selbsthilfegruppen). Jedoch reichen diese Faktoren der Nähe an sich nicht aus, sondern es braucht zudem eine starke Verflechtung, eine Beziehung, die gewählt wird und anerkannt ist. Diese muss gleichzeitig so angesehen sein, dass der andere ein Peer werden kann. Im Jugendalter werden

Heranwachsende zwischen Familie und der Peer-Gruppe hin und her gerissen, wobei jede dieser beiden eine große Rolle in ihrem Leben spielt. Die Peer-Gruppe ist sehr wichtig und hilft dabei, wenn junge Menschen selbstständig werden, sich schrittweise von der Familie lösen und erwachsen zu werden, wobei jedes Individuum den nötigen Freiraum hat, um seine eigene Persönlichkeit gegenüber seinen Peers auszubilden. Hier ist man sich darüber einig, dass „das Konzept des Peers kein streng statisches, sondern ein dynamisches Konzept ist, bei dem die Ähnlichkeit durch die Interaktion zwischen dem Ich und den Anderen die Aufrechterhaltung der Beziehung definiert.“ (Bellot and Rivard 2007)

Jugend an der ersten Stelle und die spezifische Rolle danach

Die erwähnte Nähe – die tatsächliche und manchmal die vermeintliche – ist die entscheidende Grundlage für den Peer-Ansatz, aber das Konzept geht darüber hinaus und weist den Peers auf der Grundlage der Beziehungsdynamik spezifische Rollen zu. Wird der Peer als ähnliches oder gleichartiges Individuum wahrgenommen, impliziert dies auch Nähe zu denen, für die er eine spezifische Rolle spielen wird. Daher setzt der Peer-Ansatz, im Gegensatz zur gewohnten Top-Down-Intervention seitens der Experten, eine horizontale Kommunikation voraus. Dieser kleinste Nenner an Nähe zwischen Gleichaltrigen genügt häufig, um die Maßnahmen der Peer-Intervention in Gang setzen zu können. Im Gegensatz zu dem, was bei einer eher konventionellen, sozialen Intervention passiert, spielt bei Peers die Ähnlichkeit zu denjenigen, zu denen sie eine Beziehung pflegen, und die Wahrnehmung als jemand, der so ist wie ich, eine ganz entscheidende Rolle, bevor sie eine spezifische Rolle bei präventiven Maßnahmen spielen können. Dies macht jedoch die Interaktion weder offensichtlich noch einfach, weshalb sich die jungen Peers in der Schule beispielsweise mit der Warten-und-sehen-was-passiert-Haltung der anderen Mitschüler, die wiederum eher an direkte Interventionen gewöhnt sind, arrangieren müssen. Diese häufig beobachtete Warten-und-sehen-was-passiert-Haltung ist oft ein innovativer Zug dieses Ansatzes, denn bei der Peer-Education soll es um nachhaltige Auswirkungen gehen. Es ist tatsächlich so, dass die anderen Schüler sich erst an diese jungen ‚Peer-Educatoren‘ gewöhnen und deren Rolle vollständig begreifen müssen.

Eine auf Authentizität beruhende Beziehung

Beim gemeinsamen hautnahen Erleben, auf das sich junge Menschen freuen, funktioniert die Nähe zwischen jungen Menschen ebenso und stellt einen wesentlichen Beziehungsaspekt dar. Sie impliziert, dass junge Peers von anderen Jugendlichen als authentische, glaubwürdige Individuen wahrgenommen werden, die sich selbst treu bleiben möchten, d. h. sie wollen keine Vorbilder werden, sondern lieber Erfahrungen und Informationen weitergeben. Weil sie das weitergeben möchten, was ihnen selbst zuteil wurde (oder ihnen möglicherweise vorenthalten wurde) bringen sich Peers als positive Vorbilder für junge Menschen, die sich selbst treu bleiben, aber für andere engagieren und mit anderen zusammenarbeiten, ein. Diese Authentizität begünstigt das Gefühl der Sicherheit und der Anerkennung.

FREIWILLIGE PEERS PROFITIEREN AM MEISTEN

Gewöhnlich werden Peers auf freiwilliger Basis ausgewählt, obwohl nicht alle Freiwillige akzeptiert werden und die Auswahl entsprechend mehr oder weniger expliziter Kriterien, je nach Programm und Zielen, erfolgt. In anderen Fällen können Peers ausgewählt werden, weil sie die wohlwollende Aufmerksamkeit Erwachsener aus ihrem Umfeld auf sich gezogen haben (Lehrer, Sozialarbeiter, Verbandsmitglieder und andere). Aus diesem Grund kann man kein direktes und einheitliches Profil für Peers vorgeben, sondern das Profil muss jeweils von den Erwachsenen, die die Programme leiten, erörtert und diskutiert werden.

Entsprechend den Studien, die Anfang dieses Jahrtausends durchgeführt wurden, sind die Auswirkungen auf Jugendliche verschieden, obwohl durchgehend bei allen Jugendlichen, die sich als Peers engagieren, eine Bereicherung der Persönlichkeit zu verzeichnen ist (INSERM 2001). Diese Entwicklung der Persönlichkeit äußert sich in Selbstbehauptung, Selbstvertrauen oder in der Fähigkeit, etwas zu bewirken, und im weiteren Sinne, in der Fähigkeit, zum eigenen und dem Wohlbefinden anderer beizutragen (dem Druck der Gruppe zu widerstehen oder in der Lage zu sein, Stress und Gefühle in bestimmten Situationen zu ertragen, um nur zwei Beispiele zu nennen). Allgemein gesehen erlangen sie dadurch Fähigkeiten (Zuhören, Empathie, Unterstützung, Mediation), die sie anwenden können, wenn sie zum Beispiel einen bestimmten Bildungsweg einschlagen oder in die Arbeitswelt eintreten.

Man kann es daher bedauern, dass Peers meistens Jugendliche sind, die sich bereits engagieren und mit einbezogen sind. Am Beispiel der Schule zeigt sich, dass Gesundheitserziehungsprogramme mit Peers zu einer Verbesserung des Erwachsenen-Schüler-Verhältnisses beiträgt. Dort, wo Peers bereits Schülersprecher oder Delegierte des Schullebens sind, konsolidieren sie ihre Leistungen und ihr Wissen, wobei sie denen, die größere Schwierigkeiten haben, über die erwarteten schulischen Leistungen hinaus etwas zu erreichen, dies nicht ermöglichen. Trotzdem betonen alle durchgeführten Studien, dass die Teilnahme von Peers am Schulleben einen positiven Einfluss auf ihr Selbstbild und das Bild, das andere von ihnen haben, ausübt und dass sich dies auch auf ihre Lebensqualität (Selbstachtung), ihren akademischen Erfolg und die Verringerung von Fehlzeiten auswirkt. Die Frage ist nun, wie man diejenigen Jugendlichen, die die größten Schwierigkeiten haben, in Projekte der Gesundheitserziehung mit Peers einbeziehen kann, damit sie andere Fertigkeiten gewinnbringend einbringen und dadurch wiederentdecken können, dass ihre Anwesenheit in der Schule einen Sinn macht. Im weiteren Sinne sind Jugendliche mit einer gewissen Anfälligkeit diejenigen, die am meisten vom Peer-Sein profitieren, selbst wenn sie dies nur gelegentlich sind und selbst wenn dies eine längere Zeit oder eine andere Art von Training voraussetzt. Das Risiko besteht darin, dass die Jugendlichen durch das Coaching und die Einübung der Peer-Rolle zu professionell, d. h. sozusagen zu ‚Peer-Workern‘ (im Sinne eines Professionellen, der wegen seines Laienwissens rekrutiert wird) oder zu ‚Peer-Schülern‘ werden (und daher lediglich auf eine rein akademische Übung reagierend mit dem Ziel, das Richtige zu tun und gut angesehen zu werden).

Der Peer-Ansatz für die Gesundheitserziehung, -förderung und Prävention ist nur dann sinnvoll, wenn er mit anderen Maßnahmeprogrammen, die insbesondere auf die Änderung der unmittelbaren Umgebung eines jungen Menschen abzielen, verbunden ist (mit der Perspektive, dass die Gesundheitsförderung angenommen wird). Daher müssen auch organisatorische Rahmenbedingungen miteinbezogen werden, beispielsweise wenn jugendliche Peers sich zu Ernährungsfragen äußern, muss die Schulmensa zugänglich und miteinbezogen sein. Ähnlich kann es sinnvoll und notwendig sein, wenn Jugendliche auf Schwierigkeiten beim Zugang zu Fürsorgeeinrichtungen und -leistungen hinweisen, die Zugänglichkeit (Öffnungszeiten, Lage) der Fürsorgeeinrichtungen, die diese Projekte eingeführt haben, zu hinterfragen. Gesundheitserziehung durch Peers ist keinesfalls die Vertretung oder der Ersatz für beruflich qualifizierte Erwachsene und ist auch nicht als alleinige Maßnahme ausreichend – andernfalls kann dem Jugendlichen eine zu große Verantwortung übertragen werden. Die Erwartungen Jugendlicher gehen auch generell nicht in diese Richtung. Während sie sich mehr Raum für die Erfahrungen anderer Jugendlicher oder Personen, die in der gleichen Situation wie sie selbst sind, wünschen, wollen sie aber aus Angst vor Isolation nicht, dass die Peers alleinig agieren.

HINWEISE: INFORMATIONSQUELLEN ZU GESUNDHEITSFRAGEN

Bei der Frage der Prävention durch Peers ist eine Klarstellung bezüglich der Informationsquellen zu Gesundheitsfragen für Jugendliche erforderlich.

Frauen suchen mehr nach Informationen als Männer

Generell sind Frauen in Bezug auf ihre Gesundheit vorsichtiger als Männer, da sie es in erster Linie sind, die sich in der Familie mit diesen Fragen beschäftigen. Das Internet hat hier keinerlei Veränderung des Verhaltensmusters bewirkt. Daher spielen Mütter für Jugendliche eine besonders große Rolle bezüglich der Information zu Gesundheitsfragen.* Zudem greifen junge Frauen bei Fragen zur Gesundheit wesentlich häufiger auf Medien zurück: Im Gegensatz zu ein bis zwei Männern verfolgen zehn von sieben Frauen Fernseh- oder Radiosendungen zum Thema Gesundheit.** Diese Ergebnisse knüpfen an die geschlechterspezifische Aufgabenverteilung im häuslichen Umfeld an, wobei in den Aufgabenbereich der Frauen Bildung, Unterhalt, Fürsorge und Aufmerksamkeit gehören.

Information wird auch über Institutionen verbreitet

Die vorgestellten Daten der Studie über die Sexualität in Frankreich liefern einen wertvollen Einblick in die Informationsquellen zu Gesundheitsfragen. Die Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass bei der Frage der Verhütung unter den drei Hauptinformationsquellen, die von weiblichen Jugendlichen genannt werden***, zuerst die Schule, dann das Fernsehen und an dritter Stelle die Mutter rangiert, bei den männlichen Jugendlichen kommt zuerst die Schule, dann das Fernsehen und an dritter Stelle Mitschüler. Werden die jüngeren und die

älteren Generationen miteinander verglichen, kann eine zeitliche Entwicklung festgestellt werden. Peer-Gruppe und Frauenmagazine, die für die Generation der über 50-Jährigen die beiden wichtigsten Informationsquellen bildeten, nehmen relativ gesehen an Bedeutung ab. Die Rolle der Schule nimmt zu. Die Rolle der Mutter bleibt gleich. Unter den weiblichen Jugendlichen rangiert der Arzt vor den Freundinnen. Unter den Jungen spielen die Peers weiterhin eine spezifische Rolle.****

Internet

Das Internet wurde als verfügbare Informationsquelle zu Gesundheitsfragen angenommen. Bezüglich des Verhaltens von Jugendlichen zeigt die Untersuchung des französischen Gesundheitsbarometers Baromètre santé 2010 (INPES), dass alle 15- bis 30-Jährigen im Internet surfen und etwas weniger als die Hälfte (48 %) haben bereits zu Gesundheitsfragen im Internet recherchiert (Informations-und Ratsuche). Bei Gesundheitsfragen nimmt das Alter derer, die das Internet benutzen, zu: 39 % der 15- bis 19-Jährigen; 50 % der 20- bis 25-Jährigen und 55 % der 26- bis 30-Jährigen. Auch hier sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern feststellbar: Weibliche Jugendliche geben öfter als männliche Jugendliche an, dass sie Informationen zur Gesundheit im Internet suchen. Da es in den Interviews sehr offensichtlich ist, dass dies für Jugendliche in erster Linie ‚Mädchenkram‘ ist, sollte geprüft werden, ob die Vorgehensweise an sich sinnvoll ist.*****

Es muss zudem klar sein, dass Information zwar Wissen und Darstellungen formt, sie aber auch Normen vermittelt. Information zu Gesundheit hat zwar den Effekt, dass sie die Aufmerksamkeit eines bestimmten Publikums zu einer bestimmten Frage erregt und dadurch Bewusstsein schafft, so wird aber auch in allen, im Gesundheitsbereich durchgeführten Studien betont, dass Information zwar unverzichtbar ist, es aber nicht genügt, nur zu informieren und zu überzeugen, um Verhaltensänderungen zu erzielen.

* Amsellem-Mainguy Y. (2006), „Prescrire et proscrire des conduites, véhiculer des normes: les mères comme actrices privilégiées en matière de prévention de sexualité and de contraception“, Recherches Familiales Nr. 3, S. 49–59.

** Baromètre santé 2010, „Sentiment d’information et craintes des jeunes en matière santé“, INPES.

*** Das Internet war in dieser Umfrage nicht unter den vorgeschlagenen Antworten.

**** Bozon M. (2008), „Premier rapport sexuel, première relation: des passages attendus“, in Bajos N. und Bozon M. (eds), Enquête sur la sexualité en France, Pratiques genre et santé, La Découverte, Paris, S. 118–119.

***** Amsellem-Mainguy Y. (2015), „À la fin tu penses que tu vas mourir, mais tu y retournes!“ Jeunes, santé et Internet, INJEP-Studienbericht [Online].

LITERATUR

Amsellem-Mainguy Y. and Loncle P. (2010), "Introduction", *Agora débats/jeunesses* No. 54, S. 42.

Baudier F., et al. (1996), *Approche par les pairs et santé des adolescents, Actes du séminaire international francophone, Besançon, 5–7 December 1994*, CFES, series "Séminaires".

Bellot C. and Rivard J. (2007), "L'intervention par les pairs: un enjeu de multiple reconnaissance", Beitrag beim zweiten internationalen Kongress von Schulungsleitern in der Sozialarbeit und französischsprachiger Experten im Sozialbereich, Namur, Belgien, 3.–7. Juli.

Bellot C. and Rivard J. (2012), "Québec: l'intervention par les pairs investit la promotion de la santé", *La Santé de l'homme* No. 421, S. 18–19.

Chobeaux F. (2012), "L'éducation par les pairs: attentes et limites", *La Santé de l'homme*, No. 421, S. 15–16.

INSERM (2001), *Éducation pour la santé des jeunes. Démarches et méthodes*, series "Expertise collective".

Labadie F. (ed.) (2012), *Inégalités entre jeunes sur fond de crise. Rapport de l'Observatoire de la jeunesse 2012*, La Documentation française, Paris.

Maillochon F. (2000), "Les jeunes et le sida: entre 'groupe à risque' et 'groupe social'", in Le Bras H. (ed.), *L'invention des populations : biologie, idéologie et politique*, Odile Jacob, Paris.

Peretti-Watel P. (2010), "Morale, stigmatisme et prévention. La prévention des conduites à risque juvéniles", *Agora débats/jeunesses* No. 56, 3, S. 73–85.

Kapitel 12

Körper, Gesundheit und das Universum – ein polemischer und kritischer Blick auf das Gesundheitsverhalten von Jugendlichen

Manfred Zentner

EINLEITUNG

Jugendkulturen und -szenen können nicht nur als ein Mittel der Identitätsbildung und Podium für die Sozialisierung, sondern auch als eine Plattform und ein Symbol des Protests gegen die Erwachsenenengesellschaft verstanden werden. Untersuchungen fanden in beide Richtungen statt, und es wird deutlich, dass Identitätsbildung und Protest weder im Jugend- noch im Erwachsenenalter außergewöhnlich sein muss. Dieser Beitrag konzentriert sich in erster Linie auf die Sozialisierungsfunktion von Jugendkulturen und deren Auswirkung auf das Gesundheitsverhalten und den nachhaltigen Konsum. Kurz – und zynisch – gefasst könnte man sagen: Selbst das beste und sozial am meisten bevorzugte Verhalten braucht eine Bühne und ein Publikum – ansonsten ist es der Mühe nicht wert.

JUGEND, IDENTITÄT UND SELBSTDARSTELLUNG

Erwachsenwerden war noch nie einfach. Es bedeutete schon immer, den sicheren Hafen der Kindheit zu verlassen, um nach Überquerung des stürmischen Meeres der Unsicherheit das öde Ufer der Erwachsenenwelt zu erreichen – nun, das ist eine reine Metapher und sollte nur die Grundlage schaffen, um die Herausforderungen für junge Menschen zu beschreiben. Keineswegs glaube ich, dass Kindheit für die meisten Menschen sicher ist (oder dies jemals war), noch, dass das Leben der Erwachsenen immer langweilig ist (auch wenn meines Erachtens mehr für Letzteres

spricht). Aber jung zu sein in Zeiten der Globalisierung, Individualisierung, Pluralisierung und Virtualisierung in einer leistungs- und konsumorientierten Netzwerk-, Risiko- und Migrationsgesellschaft bedeutet, dass zu den Möglichkeiten, die junge Menschen haben, immer mehr Herausforderungen und Pflichten hinzukommen.

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wuchs die Entscheidungsfreiheit für immer mehr Menschen. Sie mussten ihr Leben nicht mehr zwingend in einem durch Geburt vorbestimmten sozialen Umfeld leben. Der Einfluss der Sozialstruktur einer Gesellschaft auf die Zukunft und Chancen der Menschen hat sich nicht in Luft aufgelöst, aber das Maß an Entscheidungsfreiheit hat deutlich zugenommen. Diese Entwicklung, Individualisierung genannt, erlaubt es Menschen, in vielen Lebensbereichen selbst zu entscheiden und sich nicht länger zwingend so zu verhalten, wie es die Gepflogenheiten und Menschen aus dem eigenen Umfeld vorgeben. Heute haben Menschen die Möglichkeit, selbst über ihren Bildungsweg, ihren Weg auf den Arbeitsmarkt, ihre Rechtsstellung, ihre Gesundheit, ihre Lebensweise und sogar ihre sexuelle Identität zu entscheiden, sind aber hierfür auch selbst verantwortlich. Demzufolge kann jeder seinen Lebensstil selbst wählen – wenn auch nicht komplett frei und unabhängig vom sozialen und kulturellen Background – und auch die soziale Struktur ist nicht der einzige Diskriminierungsfaktor in einer Gesellschaft. Die Hexis, wie Bourdieu (1982) diese definierte, nämlich als Resultat des kulturellen und wirtschaftlichen Kapitals, sowie Freizeitaktivitäten, Verhalten und sogar Haltungen können heute viel freier gewählt werden als noch vor 40 Jahren.

Bauman (2009) beschrieb, dass sogar Werte und Verhaltensweisen, da man sie selbst wählen könne, lediglich ein Symbol für eine bestimmte Lebensstilgruppe seien, so wie ein bestimmtes Outfit oder bestimmte Musikvorlieben. Der Grund, warum Menschen verschiedene Verhaltensformen zeigen, liegt darin, dass die Konsumgesellschaft dazu tendiert, jeden nicht nur in die Konsumentenrolle, sondern gleichzeitig auch in eine Waren- oder vielmehr Markenrolle zu zwingen, wie Bauman erklärt. Wir alle, die wir in konsumorientierten Gesellschaften leben, sind nicht nur daran gewöhnt, die vielfältigen Angebote – von Kleidung und Lebensmitteln über Elektronikgeräte und Möbel bis hin zu Informationen und Kultur – zu nutzen und zu konsumieren. Wir verwenden sie als eine Investition in unseren eigenen Marktwert, als Marken in der Konsumgesellschaft; unser Konsum wird zum Showroom unserer Persönlichkeit, unserer eigenen Marke, für den Markt. Aus diesem Grund stellen wir dem Markt, je nachdem, welchen ‚Verbraucher‘ wir dort erwarten, bestimmte Aspekte unseres Ichs vor: Wenn wir eine neue Arbeitsstelle suchen, präsentieren wir unser Wissen und Können und nicht unseren Musikgeschmack, wenn wir einen neuen Partner finden möchten, zeigen wir eher unser tänzerisches Können und unsere Einstellung zur Familie, als unsere Puzzle-Fähigkeiten und sportlichen Interessen (oder umgekehrt – je nachdem, welchen Partner wir finden möchten, und was uns glauben lässt, gerade für diesen unwiderstehlich zu sein). Wenn wir bei unseren Freunden Respekt gewinnen möchten, stellen wir einerseits bestimmte Werte, bestimmte Verhaltensweisen in den Vordergrund und versuchen andererseits, bestimmte Vorlieben zu verbergen, z. B. in Bezug auf Musik oder Bücher. Somit stützt sich die Präsentation unsere Selbstdarstellung auf den Markt, in dem wir uns bewegen, und die Verbraucher, die wir erreichen möchten. Und

so hängen unter Umständen auch unsere Einstellungen (falls wir sie zeigen) von den Werten der von uns erwarteten Kunden auf dem Markt ab. Bauman behauptet nicht, dass dies ein bewusster Vorgang ist, doch es kommt vor.

Die Präsentation des eigenen Ichs und die Reaktion der anderen, mit Blick auf das Publikum, bilden den Prozess der Sozialisierung und damit der Identitätsbildung, wie sie Erving Goffman (1959) in seiner Theorie des symbolischen Interaktionismus beschreibt. Dieser Prozess der Präsentation und des Anpassens der Präsentation je nach Reaktion der Empfänger, auch *Impression Management* genannt, fand auch in der Öffentlichkeit immer mehr Anerkennung, und anscheinend reagieren die Menschen bewusst nach diesem Schema. Folglich werden derartige identitätsbildenden Rollenspiele für die Menschen immer mehr zur Gewohnheit, aber häufig bleibt unklar, durch welche maßgebliche Zielgruppe die Selbstdarstellung beeinflusst wird. Daher sind Stil, Verhaltensweisen, Konsummuster bis hin zu den Einstellungen wichtige Symbole im Rahmen einer solchen Selbstpräsentation.

Das Internet und insbesondere die sozialen Online-Netzwerke wie Facebook, Myspace oder LinkedIn brachten eine neue Form des öffentlichen Raums für die Selbstinszenierung hervor. Hier ist es allgemein üblich, Freizeitaktivitäten, Musikvorlieben oder kulturelle Interessen sowie die Ausbildung oder berufliche Position zu präsentieren, aber auch Rechtsstellung, sexuelle Orientierung, Werte und Einstellungen werden über soziale Netzwerke wie Facebook, Myspace oder Tumblr mitgeteilt. Diese verschiedenen Facetten einer Persönlichkeit und Identität werden freiwillig und bewusst dargeboten – und sie lösen bei den Empfängern Reaktionen aus: andere kommentieren oder teilen den Status einer Person, liken Postings oder Links oder verlassen die Freundeliste, weil sie bestimmte Äußerungen nicht mögen. Illouz (2012) weist darauf hin, dass diese Form der Selbstdarstellung in den elektronischen Medien auch Offline-Beziehungen beeinflusst. Da die Online-Präsentation permanent positives Feedback der Empfänger einfordert, gewöhnen sich die Menschen an die Kultur der positiven Affirmation und werden hiervon abhängig – auch in Offline-Beziehungen. Zudem ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass in einer Zeit der sozialen Online-Netzwerke sämtliche Facetten einer Person gleichzeitig und dauerhaft für jeden sichtbar sind. Auch früher zeigte man verschiedene Aspekte seiner Persönlichkeit, aber nacheinander, und nur die Menschen, die gerade tatsächlich zugegen waren, konnten die jeweils gezeigte Facette sehen. Das Internet als eine Bühne der Selbstdarstellung förderte den Trend zu Selbstporträts mit einer Digitalkamera oder häufig mit dem Smartphone, die dann in einem sozialen Netzwerk online gestellt werden – die Selfies. Auf diese Weise dienen elektronische Medien als neue Plattform, sich selbst aus allen Perspektiven zu präsentieren und permanent Bestätigung oder kritisches Feedback zu erhalten, was wiederum in eine weitere Selbstinszenierung münden kann.

Die Wahlmöglichkeiten – oder besser die Inspirationen für eine bestimmte Entscheidung – stammen nicht nur aus den traditionellen Kulturen einer Region, noch nicht einmal mehr aus den traditionellen Kulturen des Landes, in dem ein Mensch geboren ist, sondern aus allen Teilen der Welt. Die Globalisierung, die Migration und die Netzwerkgesellschaft (Castells 1996) haben sich verändert und ihr Angebot im Supermarkt der Einstellungen und Stile ausgeweitet, so wie dies auch bei Musik und Mode der Fall war. Der kulturelle Austausch nahm durch Globalisierung,

Migration und Medien zu. Internationale Medienunternehmen übertragen nicht nur regionale Nachrichten, sondern erweitern die Reichweite von Informationen und Kultur für die Menschen merklich. Kulturpessimistische Analysen dieser Entwicklung verzeichnen den Verlust regionaler Kulturen an die globale westliche – normalerweise amerikanische – Kultur, und somit einen Verlust der lokalen und regionalen Identität. Auch regionale Gepflogenheiten erreichen über die globalisierte Medienindustrie – insbesondere durch das Internet, das nutzergenerierte Inhalte zulässt – ein deutlich breiteres Publikum. Das World Wide Web macht es heute möglich, von überall her Informationen zu erhalten und uns über unseren eigenen Lebenswandel zu informieren.

Eine weitere Entwicklung, welche die Diversität in der westlichen Welt fördert, ist das veränderte Konzept der Migration und Integration. Integration erfordert nach wie vor gute Sprachkenntnisse der Gesellschaft des Aufnahmelandes, der Kontakt und Austausch mit den Menschen dieser Gesellschaft außerhalb des Bildungsbezugs und Arbeitsmarkts ist hingegen weniger dringlich geworden. Migranten müssen sich nicht mehr vollständig an die Aufnahmegesellschaft anpassen, sondern können relativ leicht den Kontakt zu ihrer eigenen Kultur und Tradition (oder der ihrer Vorgänger) halten. Moderne Kommunikationsmedien ermöglichen die Kontaktpflege mit Menschen aus demselben kulturellen Hintergrund überall auf der Welt; einige der Migrantengruppen in den Aufnahmелändern haben zudem eine Größe erreicht, die zwischenmenschliche Kontakte mehr oder weniger ausschließlich innerhalb derselben Kultur möglich machen. Aus diesem Grund konnten in den vergangenen Jahrzehnten die verschiedensten Elemente unterschiedlicher Kulturen in kleinflächigen Regionen gefunden werden. In einigen Ländern weisen konservative Politiker und Analysten auf die vorgebliche/angebliche Entwicklung von Parallelgesellschaften hin. Im Allgemeinen wird der liberalen Migrationspolitik und Multikulturalität die Schuld für diese Entwicklung gegeben, die für zunehmende Gewalt, Arbeitslosigkeit, Armut oder den Verlust der ‚einheimischen‘ Tradition verantwortlich gemacht wird.

Darüber hinaus fördern internationale Medien und das Internet das Wissen über wirtschaftliche und ökologische Wechselbeziehungen von Ländern, Menschen und Aktivitäten rund um den Globus. Immer mehr Menschen sind sich heute bewusst, dass ihr Konsumverhalten immense Auswirkungen auf andere Regionen in der Welt hat. So kann sich dies positiv oder negativ sowohl auf die ökonomischen, als auch auf die ökologischen Bedingungen in anderen Teilen der Welt auswirken. Dies bedeutet, dass solche lokalen oder regionalen Entwicklungen nicht nur die Bedingungen für die Weltwirtschaft verändern, sondern auch das weltweite Klima und damit Migrationstrends beeinflussen können. Die Interdependenzen gab es auch schon zuvor, aber die Erkenntnisse hierüber waren weniger verbreitet. In jüngster Zeit führt das Bewusstwerden der Folgen des eigenen Verhaltens für die ganze Welt zur Selbstreflexion und sogar zu einem bewussten Konsum.

DIE ENTWICKLUNG DES SELBST IN JUGENDKULTUREN

Die vorhergehende kurze Beschreibung der aktuellen Situation sollte den Rahmen für eine Analyse der Jugendkulturen und -szenen vorgeben, in der die verschiedenen Ansätze zu Gesundheit, Körper und nachhaltigem Konsum im Mittelpunkt stehen sollen. Jugendliche Kulturszenen werden als Netzwerke von Personen, die bestimmte materielle und/oder mentale Formen der kollektiven Selbststilisierung teilen, definiert. Diese Gemeinsamkeiten werden an typischen Orten, zu typischen Zeiten und/oder in typischen Medien in Szene gesetzt, präsentiert und weiterentwickelt (Hitzler 2001). Im Gegensatz zu traditionellen Jugendorganisationen sind diese Szenen fließend, sowohl was ihre Symbole als auch die Neigungen der Jugendlichen anbelangt. Jugendliche Kulturszenen definieren sich – als Netzwerke – durch schwache Bindungen unter den Mitgliedern und selbstdefiniertes ‚Anhängsel‘ zur Szene. Folglich dienen diese Jugendszenen genau wie Familien, Freunde, Schule, das Arbeitsumfeld oder Organisationen als Orte der Sozialisierung, aber da die Bindung innerhalb und zur Szene selbstbestimmt ist, lässt das Setting der Jugendkulturszenen mehr Freiraum für autonomes Rollenspiel und Identitätsarbeit (Grossegger et al. 2001). Grundsätzlich bedeutet Sozialisierung die Integration einer Person in die Gesellschaft. Sie ist der Prozess der Aneignung von Wissen und Fähigkeiten, um die Werte und Regeln in bestimmten Gruppen zu verstehen und einzuhalten und damit an diesem Umfeld teilnehmen zu können. Hierzu gehört auch, die Erwartungen der anderen Personen an eine bestimmte Rolle in einem vorgegebenen Szenario zu erfüllen.

Jugendszenen bauen auf drei verschiedenen Säulen (Zentner 2008) oder Elementen auf, die für jede Szene formuliert werden können. Jugendszenen sind nicht nur Netzwerke von Personen mit gleichem Aussehen. Die Forschung zeigt, dass Menschen in einer bestimmten Szene nicht nur einen gleichen Stil bevorzugen, sondern auch ähnliche Einstellungen und Werte zeigen. Auch lassen sich in Szenen typische Bindungsmodelle erkennen. Beispielsweise ist HipHop nicht einfach nur Rap, Breakdance, Graffiti und Mode, sondern HipHopper sehnen sich normalerweise nach Respekt für ihr authentisches Verhalten und dem Gefühl, zu kleineren Gruppen, einer Gang oder einer ‚Posse‘ zu gehören. Die Forschung im Bereich der Jugendkultur kann nicht darlegen, ob zwischen Szenezugehörigkeit und Werten eine Kausalität besteht, aber sie kann Korrelationen aufzeigen.

Für diesen Beitrag ist der Zusammenhang zwischen Gesundheitsverhalten, Körperbild bzw. bewusstem Konsum und jugendlichen Kulturszenen sowie bestimmten Erscheinungen von Interesse.

I'M TOO SEXY FOR MY SHIRT – IDENTITÄTSBILDUNG IN JUGENDLICHEN KULTURSZENEN

Anscheinend ist die Bedeutung des Körpers als ein wesentliches Element des Ichs in den letzten drei Jahrzehnten wichtiger geworden, was auch bedeutet, dass er immer mehr zur Selbstinszenierung gehört. Dies kann aus der Tatsache abgeleitet

werden, dass sogar in den Massenmedien, wie in neuen TV-Medienformaten, (in erster Linie) der Schwerpunkt auf der Präsentation von Gesundheit, Aussehen und Körper liegt. Zu diesen Formaten gehören TV-Serien wie die US-amerikanische Dramaserie *Nip/Tuck*, Model-Castingshows oder Reality-Formate, in denen Körperoptimierungen und Schönheitsoperationen im Mittelpunkt stehen. Gesundheits- und Fitnessprogramme sind keine informativen – gleichwohl eher langweilige – Darbietungen oder Diskussionsrunden verschiedener Mediziner mehr, sondern haben sich zu ‚Reality-Shows‘ über Personen gewandelt, die Gewicht abnehmen, gesünder leben oder Gesundheitsprogramme absolvieren. Dieser Trend einer zunehmenden Bedeutung des Körpers kann aber auch im Verhalten der Menschen, insbesondere der Jugend, beobachtet werden. Immer mehr Menschen investieren in Schönheitsoperationen, besuchen Fitnesszentren oder verändern ihren Körper, z.B. mit Tattoos. Auch die Darstellung des Körpers in der Öffentlichkeit verändert sich. Im Modebereich ist es erlaubt, gut trainierte Muskeln, einen flachen Bauch oder künstlich optimierte Körperteile sowie Tattoos und Piercings zu zeigen. Egal, ob die Menschen zum Tanzen in die Disco, zum Sport oder zur Arbeit gehen, Kleidung ist so geschnitten, dass sie den Körper präsentiert, und dies ist gesellschaftlich akzeptiert. Somit kann man beobachten, dass der Körper zu einem Medium geworden ist. Vor kurzem berichteten die Medien über einen neuen Trend in der Selbstdarstellung von Männern, der sog. Spornosexualität. Spornosexualität kann als der Nachfolgetrend der 90er verstanden werden, als die Männer unter dem Begriff der Metrosexualität begannen, auf ihren Körper und ihr Gewicht zu achten, Lotionen verwendeten, in Friseur und Kleidung investierten. Spornosexualität geht hier noch einen Schritt weiter: Männer rasieren ihre Körperbehaarung und trainieren auf eine wohl-definierte Bauchmuskulatur hin und ‚müssen‘ dabei wie Sportler oder Pornodarsteller (daher der Name Spornosexualität) aussehen.

Diese zunehmende Bedeutung des Körpers war die Grundlage des Erfolgs der Fitnessszene. Immer mehr Jugendliche fühlten sich der Fitnessszene zugehörig, so dass im Verlauf der Jahre das Durchschnittsalter in der Szene zurückging, wie Studien über Jugendkulturen in der Altersgruppe von 10 bis 30 Jahren in Österreich zeigten. Die Daten bestätigen auch, dass der Anteil der Männer in der Szene höher ist als derjenige der Frauen und dass Jugendliche mit Migrantenhintergrund im Vergleich zu anderen Jugendkulturen hier stärker repräsentiert sind. Außerdem ergab sich eine hohe Korrelation zwischen „in der Fitnessszene unterwegs sein“ und der Zustimmung zu der Aussage, dass gut aussehende Menschen mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen. Die Bereitschaft, eine Schönheitsoperation vornehmen zu lassen, ist genauso wie die Neigung, Nahrungsergänzungsmittel zu sich zu nehmen, im Durchschnitt höher. Daraus lässt sich ableiten, dass der hohe Stellenwert des Aussehens und Körpers nicht nur automatisch mit einem gesunden Lebensstil und hohem Gesundheitsbewusstsein einhergehen, sondern auch mit dem Wunsch, in der Arbeitswelt erfolgreich zu sein. Interessanterweise wird dieses Erfolgselement auch in einer Analyse über das TV-Format der Modellcastingshows hervorgehoben (Stach 2013). Vor allem im Gesichtsausdruck während der Aufgaben der Challenge, welche die jungen Kandidatinnen in der Show absolvieren müssen, sollte keinerlei Anstrengung zu sehen sein. Dies soll zeigen, dass es einfach ist, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern.

Ein weiterer interessanter Aspekt in der Fitnesskultur ist die egozentrische (nicht aber automatisch egoistische!) Einstellung. Das Individuum ist in der Kultur von entscheidender Bedeutung. „Es ist dein Körper und du bist für ihn und sein Aussehen verantwortlich“, gehört zu den wichtigsten Botschaften der Fitnessszene. Und dies wird auch ersichtlich, wenn man die Aufmachung in Fitnesszentren näher betrachtet: Die Geräte stehen parallel nebeneinander, davor ein Monitor, auf dem jeder sich ein individuelles Entertainment-Programm auswählen kann, die Menschen konzentrieren sich auf ihre eigenen Bewegungen, ihre eigene Geschwindigkeit, ihren Rhythmus; Personal Trainer – auch wenn dieser wahrscheinlich für jeden Fitnessstudio-Besucher gleich ist – geben vor Ort jeweils nur einer Person Ratschläge. Daran können wir sehen, dass die gesamte Konstellation auf die Förderung des Einzelnen und die Kraft, es alleine zu schaffen, ausgelegt ist. Die Fitnesskultur unterscheidet sich durch diesen Blick auf das Individuum/die Einzelperson von anderen Formen körperorientierter Szenen wie beispielsweise Beach-Volleyball. Und auch das CrossFit-Konzept (das bisher noch nicht als Szene charakterisiert werden kann) ist grundverschieden. Beim CrossFit steht die Gruppe im Mittelpunkt, auch wenn nicht alle zeitgleich das Gleiche machen. Aber in der Gruppe fällt es leichter, erfolgreich zu sein, und sie unterstützt den Einzelnen.

Dieser individualistische, selbstzentrierte Ansatz der Fitnessszene kann vielleicht auch den höheren Anteil an Personen aus einem sozial benachteiligten Umfeld erklären. Da jeder die Macht über seinen eigenen Körper hat, braucht man ‚nur‘ Selbstdisziplin, Trainingswillen und die für die Aufgabe notwendige Zeit, um den Erfolg zu sehen. Die Botschaft der Fitnessszene lautet somit: Ich habe das alleine geschafft, ich bin damit fertig geworden, ich war alleine erfolgreich und genau das kann ich auch außerhalb des Fitnessstudios am Arbeitsmarkt.

In anderen Sportszenen gilt normalerweise ein deutlich anderes Wertesystem als in der Fitnessszene. Beim Beach-Volleyball, wo ebenfalls eine sehr ausdrucksstarke körper- und aussehenzentrierte Kultur herrscht, ist diese erfolgs- und leistungsorientierte Haltung nicht zu finden. Hier scheinen Feierlaune, gute Stimmung und eine gewisse Gelassenheit eine größere Rolle zu spielen. Darüber hinaus wird vor allem der weibliche Körper in den Medien sehr stark sexualisiert dargestellt, so dass viele argumentieren, die Szene sei sexistisch. Neben einem ‚gut definierten‘ Körper sind – genau wie in der Fitnessszene – Gesundheitsthemen auch hier nicht wichtiger als für den durchschnittlichen Jugendlichen. Angehöriger der Boarderszene, wie bei den Sportarten Surfen oder Skateboarden, wird man nicht unbedingt, weil man einen gesunden Lebensstil führen möchte. Im Gegenteil: Skateboarder oder Snowboarder zeigen meist ein eng an den Sport angelehntes Risikoverhalten. Skateboarder haben keine Angst/fürchten sich nicht vor Sportverletzungen, sondern sind eher stolz darauf, ein paar Schrammen oder manchmal sogar schlimmere Verletzungen zu haben. Solche Wunden werden dann beim nächsten Skateboard- oder Snowboardfahren gezeigt und sind Beleg für ein aufopferungsvolles Training und den nahezu zwanghaften Wunsch, besser zu werden. Skateboarder nehmen also Sportverletzungen gerne als den Preis hin, den sie auf ihrem Weg zur Perfektion bezahlen.

Geschlechterrollen und Stereotype sind wichtige Aspekte in verschiedenen Jugendszenen. In der Sportszene gelten Mädchen oft als dekoratives Beiwerk

(wie die Cheerleader beim American Football) oder ablenkendes Element (wie die ‚Betties‘ beim Skateboarding³⁷) oder werden auf ihr Aussehen reduziert, nicht aber nach ihren Leistungen beurteilt. Stereotype finden sich auch in vielen Musikszenen, und zwar nicht nur in den Texten, sondern auch in der Darstellung der Musiker und Tänzer. Besonders deutlich wird dies in der letzten Zeit im HipHop, ein Bereich, in dem Frauen auf extrem sexualisierte Art und Weise präsentiert werden, indem sie ihre Körper einem Mann darbieten, der das Sagen hat und alle Mädchen haben kann (egal wie er aussieht, was er kann, wie er sich verhält oder ob er Charme hat). In einigen Gangsta-Rap-Texten wird den Frauen sogar die Schuld für aggressives oder gewalttätiges Verhalten ihnen gegenüber gegeben. Die Stereotype werden somit sehr deutlich umrissen und zu ihnen gehören auch bestimmte Körperbilder. Frauen sollten einen flachen Bauch, große Brüste, schlanke Beine und einen schönen, kecken Hintern haben und mit diesen Körperteilen einem Mann gefallen – zumindest wird dieses Bild so in den Musikvideos gezeichnet. Ein Szene-Symbol für diese Frauenrolle war das ‚Twerking‘, laszive kreisende Hüftbewegungen beim Tanzen. Dieses Symbol wurde sogar abseits der HipHop-Szene und der jüngsten Miley-Cyrus-Musikvideos, die diese Tanzschritte zeigten, ein Mainstreamphänomen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass der Körper schon lange ein ausdrucksstarkes Element in der Musik ist, dabei aber geschlechterspezifische Stereotype nicht immer derart in den Vordergrund gestellt und konkretisiert wurden, vor allem nicht in allen Musikrichtungen.

Eine Jugendkultur, die nicht auf das Körperbild fokussiert ist, aber dennoch auf den Körper, ist LOHAS – *Lifestyle Of Health And Sustainability*. Dieser Lebensstil ist nicht so sehr für Teenager, sondern eher für junge Erwachsene interessant, kann aber trotzdem zu den jugendlichen Kulturerscheinungen gezählt werden. Charakteristisch für diese Lebensweise ist der bewusste Konsum, ausgerichtet auf verschiedenste Aspekte. Hierzu zählen die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Produktion, die Bevorzugung regionaler Produkte, aber auch gesunde Lebensbedingungen, die Nutzung erneuerbarer Energien und anderes. Menschen, die sich selbst als LOHAS sehen, behaupten, dass ihr Verständnis von Nachhaltigkeit keine Konsumabstinenz impliziert, sondern sie bei der Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Produkt oder eine konkrete Marke auf die Produktionsverfahren, die Recyclingmöglichkeiten und den Energieverbrauch achten. Somit können LOHAS Elektronikartikel nutzen oder Designerkleidung tragen, solange sie im Einklang mit Werten der Nachhaltigkeit produziert, versandt oder verkauft werden. Gleichwohl sind LOHAS häufig Vegetarier oder Veganer, da die Produktion dieser Lebensmittel weniger Energie verbraucht und weniger schädliche Beiprodukte als Fleisch oder Fisch erzeugt. Für LOHAS sind auch die persönliche Gesundheit und das eigene Wohlbefinden wichtig, daher üben sie oft entspannende Sportarten

37 Skateboarder nannten die Mädchen in der Szene oft die „Betties“, wenn sie eher an den Skateboardern als am Fahren an sich interessiert waren. Sicher ist es gut, wenn auch Mädchen unter den Zuschauern sind und die Leistungen der Board-Fahrer bewundern, aber die „Betties sind gefährlich, wenn sie die Fahrer von den wirklich wichtigen Dingen des Lebens ablenken möchten. Dann kann man sie nicht akzeptieren“, erklärte ein 13-jähriger Skateboardfahrer aus Wien einmal in einem Interview und bezeichnete Skateboardfahren als „das wirklich wichtige Ding“.

wie zum Beispiel Tai-Chi oder Yoga aus. Die Werte der LOHAS sind typisch post-materialistisch, wie Inglehart es beschreibt (1982). Inglehart unterschied zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten, wobei er zu den Erstgenannten den Erfolg des Einzelnen in Bezug auf die wirtschaftlichen Sicherheit und den Wunsch nach Wohlstand, Karriere, einem schönen Haus und weiteren Statussymbolen zählt. Unter den postmaterialistischen Werten versteht er die Werte, die nur an Bedeutung gewinnen können, wenn materialistische Bedürfnisse erfüllt sind. Zu diesen Werten gehören Selbstverwirklichung, Partizipation, globale Solidarität und Gerechtigkeit. In diesem Sinne sind LOHAS eher postmaterialistisch, was in der Folge erklärt, warum sozial benachteiligte Menschen seltener zu den LOHAS zählen. Als frühe Formen des LOHAS-Lebensstils innerhalb der Jugendszenen können die Ökos und Alternativen angesehen werden. In diesen Bewegungen definieren sich die grundlegenden Werte allerdings nicht unbedingt über eine gesunde Lebensweise: Ökos legen Wert auf ökologische Nachhaltigkeit und häufig auf Tierrechte, für die Alternativen steht die wirtschaftliche Gerechtigkeit im Mittelpunkt und sie sind gegen das ökonomische Primat der Globalisierung. Beide Bewegungen stehen Mode und Marken zudem äußerst kritisch gegenüber und tragen eher No-Name- und/oder Second-Hand-Kleidung. Für die LOHAS ist es hingegen auch wichtig, ordentlich und modisch gekleidet zu sein.

Im Ganzen können wir einige Jugendkulturszenen beobachten, in denen Gesundheit, Körper und das Universum wichtig sind, aber nicht alle weisen ähnliche Einstellungen oder Ziele auf. Dennoch kommunizieren alle benannten Szenen ihre Einstellungen über verschiedene Symbole, wie einen trainierten Körper, eine sexualisierte Darstellung von Körperteilen oder einen ostentativen bewussten Konsum. Neben dem kulturbedingten Verhalten sehen wir jedoch Einstellungen oder Verhaltensweisen, die nicht mit den jugendlichen Kulturszenen in einem Zusammenhang stehen, insbesondere in der Online-Welt.

(UN)GESUNDES ONLINE-VERHALTEN

Gesundheit und Körperbilder sind nicht nur maßgebliche Faktoren in bestimmten Jugendkulturszenen. Die Bedeutung dieser Thematik kann auch bei anderen – oft jugendbezogenen – Phänomenen beobachtet werden, wie beispielsweise der Selbstinszenierung und der Präsentation anderer, aber auch bei der Online-Diskussion und -Darstellung von Ernährungstrends bis hin zu Essstörungen.

Wir können feststellen, dass sich der Trend, sich selbst online zu präsentieren und Selbstporträts per Mobiltelefon zu senden, in den vergangenen fünf bis sieben Jahren, insbesondere durch die zunehmende Bedeutung der Smartphones, intensiviert hat. Diese Form der visuellen Selbstdarstellung führte zum Boom der Selfies. Diese waren anfangs lediglich Bilder von sich selbst, haben sich aber zu einer Kunstform in den verschiedensten Zusammensetzungen gewandelt, die dann eine Zeit lang in Mode sind. Im vergangenen Jahr war bei den Selbstporträts das Duckface sehr beliebt, so wie es die nackte Selbstinszenierung des Hinterteils einige Jahre zuvor war. Hier galt Scarlett Johansson als Trendsetter. In letzter Zeit wurde die Zurschaustellung von Kollegen, Exfreunden oder -partnern durch beschä-

mende (häufig nackte bzw. sexuelle) Bilder in Online-Communities ein Phänomen des Online-Mobbings (auch) unter Jugendlichen. Hierbei, dem sogenannten *Sexting*, wird der Körper einer Person bloßgestellt und damit dem Ansehen dieser Person geschadet. Dies macht deutlich, dass in einem solchen Fall die dargestellte Situation als negativ wahrgenommen wird und das Körperbild doch eher keinen positiven Effekt hat. Darüber hinaus treffen die negativen Auswirkungen das Opfer stärker als den Täter, der – in den meisten Fällen – ebenfalls in die Szene involviert war. Dies ist ein Phänomen, das hinsichtlich der Wahrnehmungsschemata und der Beurteilung derartiger Situationen weiter untersucht werden muss. Das Online-Mobbing als ein wesentlicher Aspekt für psychische Probleme und psychische Krankheiten bei Jugendlichen ist im Gegensatz zum *Sexting* eine eher allgemeinere Form negativer Zurschaustellung. Die Studie EU Kids Online II (2011) stellt fest, dass rund jeder 7. Jugendliche bereits sexuell orientierte Nachrichten oder Bilder erhalten hat, aber lediglich 3 % erklärten, bereits solche Nachrichten verschickt zu haben. Laut einer kürzlich in Österreich durchgeführten Studie empfanden es 30 % der Befragten im Alter von 14 bis 18 Jahren normal, eigene Nacktbilder oder Bilder, auf denen sie fast nackt zu sehen sind, an einen Partner zu senden (saferinternet.at / jugendkultur.at, 2015).

Eine weitere Form der virtuellen Präsentation in Bezug auf Gesundheit und Körperbild (in der virtuellen Umgebung) sind Online-Interessengruppen rund um Essstörungen. Diese Communities starteten zunächst als eine Form von Online-Hilfegruppen für Betroffene, in denen sie sich über ihre Erfahrungen austauschen, sich gegenseitig unterstützen und Rückhalt geben konnten. Allerdings werden solche Gruppen problematisch, sobald die Online-Hilfe der medizinischen Behandlung in der ‚realen Welt‘ widerspricht. Vor allem die Pro-Ana- und Pro-Mia-Blogs und -Communities verherrlichen Krankheiten und Essstörungen als erstrebenswerte Lebensstile. Bilder, Geschichten und Ratschläge, die – insbesondere junge Frauen – dazu anregen, abzunehmen und dünn zu bleiben, sind die wesentlichen Bestandteile solcher Webseiten. Auf ‚*Thinspiration*‘-Bildern werden sehr dünne (häufig magersüchtige) Modells gezeigt, die von professionellen Fotografen professionell gestylt und in Szene gesetzt wurden. Solche Bilder stellen einen magersüchtigen ‚Lifestyle‘ als wünschenswert und nicht ungesund dar. Essstörungen werden somit als weitverbreitet und normal präsentiert und die Risiken bagatellisiert und heruntergespielt.

Einen ähnlichen verharmlosenden und Normalität vortäuschenden Effekt haben Videos über riskante Verhaltensweisen im Straßenverkehr, wie beispielsweise Geschwindigkeitsüberschreitungen. Auch andere Formen risikoreichen Verhaltens werden per Video, Bilder oder Text im Internet präsentiert und könnten somit als negative Vorbilder für andere Jugendliche dienen. Diese mögliche Auswirkung wird zumindest von einigen Pädagogen genannt, die auf die Verbreitung von Videos und Bildern über Risikoverhalten, wie ungeschützten Geschlechtsverkehr, Gewalttätigkeiten, Drogenmissbrauch und Autoaggression, hinweisen. Offenbar werden diese Medien hauptsächlich online verbreitet, und die Auswirkung auf das jugendliche Verhalten muss erst noch weiter erforscht werden.

SCHLUSSFOLGERUNG

Abschließend können wir feststellen, dass Gesundheit und Körper Bestandteile der Selbstdarstellung vor einem Publikum in der virtuellen und realen Welt geworden sind und Reaktionen induziert, die eine weitere Identitätsbildung junger Menschen beeinflussen. Ebenfalls wurde das Konsumverhalten zu einem Element in der Bildung des Selbstverständnisses, das den Blicken der Öffentlichkeit ausgesetzt ist und damit zu einem Aspekt der Selbstdarstellung. Der Körper ist zu einem Instrument der Kommunikation und einem Symbol für Erfolg und eine (scheinbar) gesunde Lebensweise geworden.

LITERATUR

- Bauman Z. (2009), *Leben als Konsum*, Hamburger Edition, Hamburg.
- Bendit R., Hahn-Bleibtreu M. (eds) (2008), *Youth transitions. Processes of social inclusion and patterns of vulnerability in a globalised world*, Budrich, Opladen & Farmland Hills.
- Bütow B., Kahl R., Stach A. (eds) (2013), *Körper, Geschlecht, Affekt. Selbstinszenierungen und Bildungsprozesse in jugendlichen Sozialräumen*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.
- Castells M. (1996), *The Rise of the Network Society: The Information Age: Economy, Society and Culture*, Volume 1, Blackwell Publishers, Oxford.
- Goffman E. (1959), *The Presentation of self in everyday life*, Anchor Books, New York.
- Grossegger B., Heinzlmaier B., Zentner M. (2001), "Youth scenes in Austria", in Furlong A., Guidikova I., *Transition of youth citizenship in Europe – Culture, subculture and citizenship*, Council of Europe Publishing, Strasbourg, S. 193–216.
- Herschelmann M. (2013), "Weil man sich selbst oft darin wieder findet – Jungen im popkulturellen Sozialraum (Gangsta)Rap", in Bütow B., Kahl R., Stach A. (eds), *Körper, Geschlecht, Affekt. Selbstinszenierungen und Bildungsprozesse in jugendlichen Sozialräumen*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.
- Hitzler R., Bucher T., Niederbacher A. (2001), *Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute*, Leske und Budrich, Wiesbaden.
- Illouz E. (2012), *Why Love hurts. A sociological explanation*, Polity Press, Cambridge.
- Inglehart R. (1982), *Die stille Revolution. Vom Wandel der Werte*, Athenaeum Verlag, Bodenheim.
- Livingstone S., Haddon L., Görzig A., Ólafsson K. (2011), "EU Kids Online II final report", London School of Economics and Political Science, London.
- Saferinternet.at / jugendkultur.at (2015), *Sexting bei Jugendlichen*, www.saferinternet.at (ÖIAT), Vienna.

Stach A. (2013), "Einübung eines kritischen Blicks auf den weiblichen Körper – Die Sendung Germany's next Topmodel und ihre Bedeutung für die Körpersozialisation junger Frauen und Männer", in Bütow B., Kahl R., Stach A. (eds), *Körper, Geschlecht, Affekt. Selbstinszenierungen und Bildungsprozesse in jugendlichen Sozialräumen*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.

Zentner M. (2008), "Young people, culture and new technologies", in Bendit R., Hahn-Bleibtreu M. (eds), *Youth transitions. Processes of social inclusion and patterns of vulnerability in a globalised world*, Budrich, Opladen & Farmland Hills, S. 273–283.

Über die Autoren

Dragana Avramov ist Direktorin von PSPC (Population and Social Policy Consultants) in Brüssel. Sie ist Senior Scientific Fellow mit einer mehr als 20-jährigen Erfahrung auf dem Gebiet der Sozial- und Geisteswissenschaften und widmet sich insbesondere den Auswirkungen der Wissenschaft und Bildung auf die Gesellschaft und Politik sowie den sozialen Auswirkungen von Bildung und Ausbildung. Dragana Avramov besitzt einen Doktorabschluss in Soziologie – Bevölkerungsstudien und -politik, einen Masterabschluss in Soziologie der Kultur und Kulturpolitik sowie einen Bachelorabschluss in Soziologie und einen Hochschulabschluss in Journalistik. Sie hat bislang 14 Bücher und über 70 wissenschaftliche Artikel in mehreren Sprachen veröffentlicht.

Michael Barron ist der Gründungsdirektor von BeLonG To, der irischen Organisation für LGBT-Jugendliche, und Doktorand an der Universität Maynooth, Irland. Er arbeitet seit 2000 in der Jugend- und Gemeindearbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Michael Barron setzt sich erfolgreich für wichtige Veränderungen in der irischen Nationalpolitik in den Bereichen Bildung, Suizidprävention sowie Drogen- und Alkoholkonsum ein.

Gordon Blakely begann sein Berufsleben bei der nichtstaatlichen Organisation Greater Manchester Youth Association und wechselte dann zum Central Bureau for Educational Visits (Zentralstelle für Besuchsmaßnahmen im Bildungswesen), der internationalen Regierungsagentur. Im Jahr 1990 wurde er als Direktor des Jugendaustauschzentrums im British Council tätig. Er leitete 14 Jahre lang das Programm *Youth in Action* der Europäischen Kommission (zuvor *Youth for Europe*). Er war auch verantwortlich für die formale bilaterale Zusammenarbeit mit China, Japan, Israel und Programme mit Südosteuropa und dem subsaharischen Afrika. Bis 2014 war Gordon Blakely Leiter der Jugendpolitik für den British Council und arbeitet seitdem an einer Strategie zur Messung von interkulturellen Kompetenzen.

Ansgar Drücker ist Geschäftsführer des bundesweit tätigen Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. (IDA). IDA ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität. Der Geograf Ansgar Drücker war koordinierender Herausgeber verschiedener Buchveröffentlichungen, die der Wochenschau Verlag herausgegeben hat, z. B. der *Leitfaden InterKulturell on Tour* und die Wegweiser *Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus* und *Kinder- und Jugendreisepädagogik*.

Haridhan Goswami hat Erfahrung auf dem Gebiet der quantitativen Methoden und in der Kinder- und Jugendforschung zum subjektiven Wohlbefinden. Er arbeitet derzeit zusammen mit dem Q-Step Team am Institut für Soziologie der Manchester Metropolitan University an der Verbesserung der quantitativen Fähigkeiten von Studenten und Doktoranden (www2.mmu.ac.uk/qstep/). Außerdem unterstützt er das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt *Measuring Youth Well-Being*

(MYWEB) (<http://fp7-myweb.eu/>) mit Fachwissen zu quantitativen Methoden, Kinder- und Jugendforschung und subjektivem Wohlbefinden.

Magda Nico besitzt einen Doktorabschluss in Soziologie der Universität Lissabon und hat über das Thema Übergang ins Erwachsenenendasein in Portugal und Europa promoviert. Sie ist derzeit als Forscherin im Centro de Investigação e Estudos de Sociologia (CIES-IUL), Mitglied im MyWeb-Projektteam und PEYR-Mitglied tätig. Hauptsächlich beschäftigt sie sich mit dem Übergang ins Erwachsenenendasein und der Lebenslaufperspektive.

Maria Pisani ist Dozentin am Institut für Jugend- und Gemeinschaftsstudien der Universität Malta, ist Mitglied des The Critical Institute (TCI) und Koordinatorin des Centre for Critical Migration Studies. Sie ist eine Praktikerin und Aktivistin sowie Mitbegründerin und Direktorin der Stiftung Integra. Sie gehört zum Redaktionsbeirat des International Journal of Humanitarian Action und der internationalen Fachpublikation *Disability and the Global South*.

Gary Pollock ist Leiter des Instituts für Soziologie an der Manchester Metropolitan University und verfügt über Forschungserfahrung im Bereich der Erwerbsverläufe von jungen Menschen, des politischen und staatsbürgerlichen Engagements von Jugendlichen und der vergleichenden Analyse zu den Lebensumständen von Jugendlichen. Im Rahmen des FP7 MYPLACE-Projekts – www.fp7-myplace.eu – leitete er die Umfragekomponente und ist Projektkoordinator von FP7 MYWEB – www.fp7-myweb.eu.

Fred Powell ist Professor der Sozialpolitik und ehemaliger Dekan der Sozialwissenschaft am University College Cork.

Margaret Scanlon ist promovierte Wissenschaftlerin am Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaft am University College Cork.

Beata Sochacka ist Erzieherin und engagiert sich als soziale Aktivistin für nachhaltige Entwicklung und sozialen Wandel. Sie hat für gemeinnützige Einrichtungen in Europa und Lateinamerika gearbeitet, die sich für Bildung und Nachhaltigkeit einsetzen. Derzeit arbeitet sie für das Centre for Citizenship Education (Polen) und die Fundación Patagonia Sur im chilenischen Patagonien, wo sie lebt. Außerdem schließt sie gerade ihr Aufbaustudium an der FLACSO Argentina im Bereich Umweltkonflikte und partizipatorische Planung ab. Ihre akademischen und beruflichen Interessen liegen in der Bildung für nachhaltige Entwicklung, der sozialen Beteiligung an strategischer Planung und der Verbreitung sozialer Innovationen.

Manfred Zentner ist seit 1997 in der Jugend- und Jugendkulturforschung tätig. Seit 2001 arbeitet er als Fachbereichsleiter ‚Forschung und Wissenstransfer‘ am Institut für Jugendkulturforschung in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Jugendkulturen, Migration und Partizipation. Er ist Dozent an der Donau-Universität Krems und an der Pädagogischen Hochschule in Niederösterreich. Er war Berichterstatter in den internationalen Überprüfungsteams des Europarats für die nationale Jugend in Ungarn und Belgien. Manfred Zentner ist auch ein Mitglied des Pool of European Youth Researchers (PEYR).

Über das Redaktionsteam

Yaelle Amsellem-Mainguy, Ph.D., ist Soziologin. Ihre Schwerpunkte in der Forschung sind Jugendsoziologie, Sexualität, Gesundheit und Geschlechter. Sie arbeitet am französischen Nationalen Institut für Jugend und außerschulische Bildung (INJEP). Zudem ist sie Herausgeberin von *Agora débats/jeunesses*, einem wissenschaftlichen Review der Sozialwissenschaften mit dem Thema Jugend und Jugendpolitik in Frankreich, der von Presses de Sciences Po veröffentlicht wird.

Maurice Devlin, Ph.D., ist Professor im Jean-Monnet-Programm und Direktor des Zentrums für Jugendforschung und -entwicklung (Centre for Youth Research and Development) an der National University of Ireland in Maynooth. Er ist gemeinschaftlicher Vorsitzender des Nord-Süd-(gesamtirischen) Bildungs- und Standard-Komitees für die Jugendarbeit (Education and Standards Committee for Youth Work), irischer Korrespondent für das Europäische Wissenszentrum für Jugendpolitik und ehemaliges Mitglied im Pool Europäischer Jugendforscher (PEYR). Zudem ist er derzeit Co-Vizepräsident für Europa (einschl. der Russischen Föderation) des Forschungskomitees Jugend des Internationalen Soziologenverbandes.

Günter J. Friesenhahn, Ph.D., ist Professor für European Community Education Studies und Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz. Derzeit ist er Vizepräsident des Europäischen Verbands der Hochschulen für Sozialarbeit (European Association of Schools of Social Work). Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind: Sozialarbeit in Europa, internationale Jugendarbeit und Diversitätsstudien.

Francine Labadie ist Politikwissenschaftlerin und Projektmanagerin am Jugend-Observatorium beim französischen Nationalen Institut für Jugend und außerschulische Bildung (INJEP). Sie koordiniert zudem die Forschungseinheit Beobachtung/Beurteilung des Instituts. Sie war als Berichterstatte(r)in für einige Berichte über Jugend und Jugendpolitik bei der Planungsbehörde, nun „France Stratégie“ genannt, (Büro des Premierministers) tätig. Vor Kurzem leitete sie die zwei Berichte über das Jugend-Observatorium/INJEP, die bei La Documentation française in 2012 und in 2014 veröffentlicht wurden. Seit der Gründung ist sie Mitglied des Redaktionsteams für den Review *Agora débats/jeunesses* (Presses de Sciences Po).

Koen Lambert besitzt einen Master-Abschluss in Moderner Geschichte der Universität Gent. Er arbeitet als Beamter im flämischen Ministerium für Jugendpolitik in Flandern und wurde 1990 Direktor des JINT, das flämische Wissenszentrum für internationale Jugendmobilität und Jugendpolitik. Die Aufgabe des JINT ist die Unterstützung von jungen Menschen, Jugendorganisationen und Jugendpolitikern bei ihrer internationalen Zusammenarbeit. JINT ist die nationale Agentur des EU-Programms Jugend in Aktion der flämischen Gemeinschaft.

Matina Magkou ist Beraterin, Forscherin und Projektmanagerin im Bereich Kultur, Jugend und Kommunikation. Sie arbeitet seit 2000 mit Jugendstrukturen und -training

auf europäischer Ebene und war von 2002-2003 Mitglied des European Youth Forum Bureau. Vor Kurzem wurde sie Mitglied im Pool der Trainer des Europarates und veröffentlichte diverse Publikationen zum Thema Jugend. Derzeit arbeitet sie an ihrer Doktorarbeit über Freizeitforschung an der Deusto-Universität in Bilbao, Spanien. Sie koordiniert die Verlagsarbeit dieser Publikation.

Hans Joachim Schild arbeitet seit 2005 für die Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Bereich Jugend. Diese konzentriert sich auf die Förderung der wissensbasierten Jugendpolitik, Qualitätsentwicklung, Anerkennung der Jugendarbeit und nichtformalen Lernerfahrungen/Bildung. Davor war er in verschiedenen Bereichen des Jugendsektors tätig, darunter der Abteilung Jugendpolitik in der GD-Bildung und Kultur der Europäischen Kommission und einer NRO in den Bereichen Arbeitsmarkt, allgemeine und berufliche Bildung, soziale Inklusion und Jugend sowie als Trainer und Sozialpädagoge.

Reinhard Schwalbach ist seit 1994 Geschäftsbereichsleiter bei IJAB - Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Er arbeitete ehrenamtlich in der Jugendarbeit und studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Europäische Ethnologie und Erziehungswissenschaften in Marburg/Lahn. Er war Trainer für Gruppenleiter bei den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (IJGD 1980-86). Seit 2008 ist er Präsident des Europäischen Eurodesk-Netzwerks.

Bram Spruyt ist Lehrbeauftragter für Soziologie an der Freien Universität Brüssel in Belgien und Mitglied der Forschungsgruppe TOR (www.vub.ac.be/TOR). Auch ist er einer der Supervisoren der flämischen Plattform für Jugendforschung (www.jeugdonderzoekplatform.be/en). Seine Interessenschwerpunkte sind Bildungssoziologie, Soziologie der Identität und Stereotype. Neben *Perspectives on Youth* ist er auch Mitglied des Redaktionsteams von *Sociologos* und dem *Irish Journal of Sociology*.

Leena Suurpää arbeitet als Forschungsdirektorin im finnischen Jugendforschungsnetz, einer fachübergreifenden Forschungsgemeinschaft für akademische und angewandte Forschung im Bereich Jugend, Jugendkultur, Jugendarbeit und Jugendpolitik. Ihre fachübergreifenden Forschungsschwerpunkte umfassen Multikulturalismus und Rassismus sowie das Engagement von Jugendlichen in diversen Bereichen der Zivilgesellschaft, Politik und Sozialstrukturen.

Howard Williamson ist Professor für europäische Jugendpolitik an der Universität Glamorgan. Zudem ist er tätig als Affiliate Professor für Jugend- und Gemeinschaftsstudien an der Universität Malta und Gastdozent am Institut für Sozialforschung in Zagreb. Davor war er an den Universitäten Oxford, Cardiff und Kopenhagen tätig. Er ist Jugendarbeiter mit JNC-Qualifikation und seit vielen Jahren in der Jugendarbeit tätig. Er arbeitete an einer Reihe von Jugendthemen auf europäischer und nationaler Ebene, wie Lernerfahrungen, Justiz, Drogenmissbrauch, Ausgrenzung und Bürgerschaft. Derzeit koordiniert er die internationale Überprüfung der nationalen Jugendpolitik des Europarates.

Antonia Wulff kommt aus dem Organising Bureau of European School Student Unions (OBESSU, europäischer Dachverband nationaler Schüler- und Schülervertretungsorganisationen) und ist die ehemalige Leiterin des Jugendbeirates des Europarates. Sie hat einen Master in Sozialwissenschaften und arbeitet derzeit in der internationalen Bildungspolitik.

Zusammenfassungen

DAS JUGENDLICHE PREKARIAT, 'GENERATIONISMUS' UND DIE URBANE AUSTERITÄT

Fred Powell und Margaret Scanlon

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Position junger Menschen in der urbanen Austerität, die als Metapher für die postmoderne Gesellschaft verwendet wird. Außerdem wird die Entstehung eines jugendlichen Prekariats im 21. Jahrhundert und dessen Auswirkungen auf eine Gesellschaft und Politik im Wandel untersucht. Im Mittelpunkt des Artikels stehen die Fragen „Wie müssen sich Jugendpolitik und Jugendarbeit ändern?“ und „Welche Maßnahmen und Praktiken sind erforderlich, um Jugendstrategien und -angebote an die Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen in der postmodernen Gesellschaft anzupassen?“. Unserer Meinung nach ist ein radikaler transformativer Wandel in der Jugendpolitik und Jugendarbeit nötig, um die Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen zu stärken.

VON GANZHEITLICHEN BEDÜRFNISSEN ZU SEKTOR-ÜBERGREIFENDEN MASSNAHMEN – EINE ANALYSE DER SEKTORÜBERGREIFENDEN JUGENDPOLITIK ANHAND DER RELEVANTEN DOKUMENTATION

Magda Nico

Sich sicher, gesund und glücklich zu fühlen, ist keine Sache der Magie und ist auch nicht unumkehrbar. Notwendig hierfür sind bestimmte Existenzbedingungen und ein Minimum an Wohlergehen, Selbstachtung und ein Gefühl der Erfüllung. Diese Bedingungen sind notwendig, aber nicht unbedingt hinreichend, um Glückseligkeit oder Selbstverwirklichung zu erreichen. Sie sind auf zahlreiche Lebenssphären verteilt und zumindest die meisten davon finden eine relative Entsprechung in Bestandteilen der Jugendpolitik oder in Teilen der Verwaltung, wie z. B. Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnungspolitik und Kultur.

Die Jugendlichen selbst bestätigen diese vielschichtige und ganzheitliche Definition von Wohlbefinden. Sie sehen Wohlbefinden überwiegend als eine Kombination aus seelischem/philologischem, physischem und vor allem emotionalem und sozialem Wohlbefinden (Nico und Alves 2015: 15). Aber sie begreifen Wohlbefinden auch als komplex und unterscheiden es vom Glück. Wohlbefinden in diesem Sinn entspricht der Erreichung der grundlegenden objektiven und subjektiven Lebensbedingungen, während Glück auf einer höheren Ebene gesehen und gewöhnlich

nur momentan oder stufenweise oder kumulativ erlebt wird. Wohlbefinden wäre somit eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Glück (Nico und Alves 2015: 16).

Aber wird dieser ganzheitliche Ansatz des Lebens durch die Verwendung, Verbreitung, Erreichung und Operationalisierung des Konzepts der sektorübergreifenden Jugendpolitik unterstützt? Somit ist ‚Erfolg‘, im Gegensatz zur Aussage von Oscar Wilde, k’eine Wissenschaft‘. Wenn man über die Bedingungen verfügt, erzielt man nicht unbedingt die Ergebnisse. Aber irgendwo muss man ja anfangen. Die Aufgabe der Jugendpolitik wäre dann sicherzustellen, dass der Ausgangspunkt für alle Jugendlichen in etwa derselbe ist, dass die Mindestvoraussetzungen zur Erreichung von Glück gewährleistet sind.

In diesem Artikel möchte ich einen Überblick über vorliegende Informationen zur sektorübergreifenden und politikgestaltenden Kooperation geben, die auf Materialien beruhen, welche bei der Arbeit mit der EU, dem Europarat und spezifischen Ländern mit konkreten Erfahrungen in sektorübergreifender Kooperation entstanden sind. Zu diesem Zweck wurde für eine bestimmte Anzahl und Art von politikbezogenen Dokumenten mithilfe der Software Maxqda® eine thematische Inhaltsanalyse durchgeführt. Dabei konnte man einerseits die formale oder offizielle Bedeutung und die politische Anerkennung, die einige der großen europäischen Institutionen den sektorübergreifenden Merkmalen der Jugendpolitik zuteil werden lassen, auf der anderen Seite die Umsetzung der Querschnittspolitik im Jugendbereich auf nationaler Ebene analysieren.

DER ENTWURF EINER NACHHALTIGEN ZUKUNFT

Beata Sochacka

Die Einbeziehung junger Menschen in die Schaffung einer nachhaltigen Zukunft ist in den Diskussionen über eine nachhaltige Entwicklung immer wieder ein Thema. Insbesondere steht hier die Komplexität der Zusammenhänge zwischen jungen Menschen und nachhaltiger Entwicklung im Blickfeld. Als die wichtigsten Interessenvertreter für eine nachhaltige Zukunft wird von der Jugend erwartet, dass sie beim Übergang in ein Paradigma der nachhaltigeren Entwicklung die Führungsrolle übernehmen. Der Artikel zeigt auf, dass – selbst wenn die Jugend für den Entwurf der Zukunft und beim sozialen Wandel sicherlich eine wichtige Aufgabe hat – wichtige Fragen gestellt werden müssen, um sicherzustellen, dass Jugendliche bei der Übernahme ihrer führenden Rolle bei Veränderungen nicht nur ein weiteres Element einer vereinfachten Vorstellung einer nachhaltigen Zukunft sind, in der die Bedeutung eines einzigen sozialen Akteurs überschätzt wird.

JUNGE MENSCHEN IM WANDEL: CHANCEN UND OPTIONEN. GLOBALE DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

Dr. Dragana Avramov

Der Wandel junger Menschen hat mit den kritischen Veränderungen im Laufe des Lebens zu tun: Übergang von einer Ausbildungsstufe in die nächste, Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben, Übergang von der elterlichen Obhut hin zu einem unabhängigen Leben oder einem eigenen Familienleben.

In diesem Beitrag möchte ich zunächst auf einige gesellschaftliche Entwicklungen eingehen, vor allem in demografischer Hinsicht, die einige der wichtigsten Herausforderungen und Chancen, denen junge Menschen wahrscheinlich begegnen, ein wenig erklären. Dann betrachte ich die individuellen Lebensereignisse im Zusammenhang mit den Übergängen in Bezug auf Sexualität, Bildung, Arbeit und Familienleben.

Wenn die heute in Europa lebende Jugend erwachsen wird, gehört sie zu einer schrumpfenden Bevölkerungsgruppe, wohingegen diese Altersgruppe in Asien und Afrika stark zunehmen wird. Die heutigen Jugendlichen in Europa werden als Erwachsene mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung konfrontiert sein. Spätere Lebensabschnitte und Arbeitsbedingungen der heutigen europäischen Jugend werden teilweise von der demografischen Entwicklung sowie dem aus unterschiedlicher Bildung entstehenden Wettbewerb und dem Arbeitskräfteangebot, Migrationsdruck und Altersquotienten beeinflusst.

Junge Menschen in Europa benötigen heute bedeutende individuelle und gesellschaftliche Investitionen in die Bildung, sehen sich aufgrund eines fehlangepassten Weltwirtschaftssystems einer problematischen beruflichen Eingliederung gegenüber und versuchen den schwierigen Spagat zwischen Beruf und Familienbildung.

Die Verteilung der Lebenszeit auf die wichtigsten Aktivitäten in Bezug auf Bildung, bezahlte Arbeit, Haushalt, Partnerschaft, Elternschaft, Pflege und aktive und passive Freizeit muss über das gesamte Leben neu verteilt werden, um die Lebenschancen besser an die veränderten sozioökonomischen und demografischen Rahmenbedingungen anzupassen.

KORRELATIONEN DER SEELISCHEN GESUNDHEIT UND DES PSYCHISCHEN WOHLBEFINDENS VON JUGENDLICHEN IN EUROPA: ERGEBNISSE DER EUROPÄISCHEN ERHEBUNG ZUR LEBENSQUALITÄT

Haridhan Goswami und Gary Pollock

Das jugendliche Wohlbefinden rückt in der Sozialpolitik der Europäischen Union und auf nationaler Ebene immer mehr in den Mittelpunkt. Untersuchungen zum

Wohlbefinden sind in den letzten Jahren weit vorangekommen. Inzwischen ist man weg von Interpretationen und konzentriert sich auf objektive Messungen und differenzierte Analysen, die verschiedenste soziale und psychische Dimensionen einbeziehen. Gleichzeitig gibt es deutliche Fortschritte bei der Entwicklung einheitlicher Forschungsinstrumente und länderübergreifender Erhebungen, was eine komparative Analyse des Wohlbefindens möglich macht. Dieser Beitrag stellt auf Basis von Daten aus der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität aus dem Jahr 2011 die nationalen Unterschiede der seelischen Gesundheit und des psychischen Wohlbefindens (PWB) dar und beginnt die Faktoren zu erarbeiten, aus denen sich vermutlich positive Erfahrungen ablesen lassen.

„ILLEGALE PERSONEN“ IN BEWEGUNG – EIN KRITISCHER BLICK AUF ZWANGSMIGRATION IM HINBLICK AUF SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR JUNGE ASYLSUCHENDE

Maria Pisani

Dieser Beitrag setzt sich mit der menschlichen Mobilität auseinander, und zwar insbesondere mit den Erfahrungen junger Flüchtlinge, die auf der Suche nach Frieden und Sicherheit in Europa das Mittelmeer überqueren. Dies ist ein aktuelles Thema, das in der letzten Zeit verstärkt das Interesse der Politik, Wissenschaft und Medien auf sich zog. Die Mehrheit der Asylsuchenden, die an der Küste von Malta ankommen, sind junge Menschen. 2014 führten ein Viertel der Asylbewerber aus, unbegleitete Minderjährige zu sein, was ein weltweites Phänomen darstellt (UNHCR 2013).

Zwangsmigration findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern muss zwischen neoliberaler Globalisierung und sozialem Wandel angesiedelt werden. Durch die Absicherung der Grenzen wird es für Flüchtlinge aus dem Globalen Süden immer schwieriger, in der EU Asyl zu suchen. Eine solche Politik trägt zur Ausbreitung skrupelloser Schleuserringe bei: 2014 haben rund 3.000 Menschen beim Überqueren des Mittelmeers ihr Leben verloren. Eine unmenschliche EU-Politik und die Verletzung der Menschenrechte werden durch hegemoniale diskursive Praktiken gerechtfertigt, welche die „illegalen Personen“ definieren und darstellen, dabei aber gleichzeitig Ängste und Nationalismus nähren.

In diesem Beitrag schaue ich auf die Zwangsmigration und die Absicherung der Grenzen aus maltesischer Sicht und im breiteren Rahmen der EU-Politik. Ich stütze mich hierbei auch auf meine Erfahrungen aus der praktischen Arbeit und als Aktivistin, um mich für ein kritischeres Verständnis der Zwangsmigration einzusetzen. Denn diese muss auf der Suche nach sozialer Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte die allgegenwärtige Staatsfixiertheit in der Jugendforschung hinterfragen. Dieser Beitrag zeigt auf, dass das „Recht, Rechte zu haben“ nicht vorausgesetzt werden kann und dass die vorherrschende, unkritische Haltung gegenüber den Begriffen Nationalstaat und Demokratie problematisch und ausschließend ist.

und keinen Bezug zur gelebten Realität hat, wie sie von Millionen junger Menschen auf der ganzen Welt erfahren wird.

SELBSTWIRKSAM, AKTIV UND GESUND – GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND INTERNATIONALE JUGENDARBEIT

Ansgar Drücker

Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hatte den Schwerpunkt Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Der Bericht befasst sich kaum mit der Jugend(verbands)arbeit und gar nicht mit der Internationalen Jugendarbeit und ist daher in diesen Themenfeldern nur unzureichend rezipiert worden; dennoch enthält er Erkenntnisse, die auf diese beiden Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe übertragbar sind und im Artikel näher erläutert werden.

Der Bericht beschreibt viele Facetten gelingender Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe, die bisher nicht oder kaum bewusst gestaltet werden und allenfalls als implizite Gesundheitsförderung charakterisiert werden können. Der Bericht legt großen Wert auf positive Selbstwirksamkeitserfahrungen von Kindern und Jugendlichen, denen ein förderlicher Effekt auf die psychische Gesundheit attestiert wird. Genau diese Erfahrungen ermöglichen auch Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit.

Die Berichtskommission warnt vor einer Kulturalisierung und Ethnisierung gesundheitlicher Belastungen, rückt stattdessen die soziale Benachteiligung in den Vordergrund und beschreibt die Mehrfachzugehörigkeit junger Menschen zu Kulturen als eine wichtige Ressource. Aufbauend auf diesen positiven und würdigenden Ansatz gegenüber jungen Menschen mit Migrationshintergrund wird diese Gruppe dennoch sehr wohl als gesundheitlich benachteiligt und überdurchschnittlich belastet dargestellt – ein oft vernachlässigter Aspekt ihrer strukturellen Diskriminierung. Interkulturellen Aspekten des Themas Gesundheitsförderung kommt daher bei auf Begegnung angelegten Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe eine besondere Bedeutung zu. Sie sind häufig konzeptioneller Teil der Internationalen Jugendarbeit.

Der im Bericht hergestellte Zusammenhang zwischen Sozialstatus und gesellschaftlicher Positionierung einerseits und dem Gesundheitszustand und Wohlbefinden junger Menschen andererseits wird weder in der Kinder- und Jugendhilfe noch in der Gesundheitspolitik hinreichend berücksichtigt. Er stellt einen zusätzlichen Begründungszusammenhang für Antidiskriminierungspolitik dar und verdeutlicht, dass Eigenverantwortung für Gesundheit ein notwendiger, aber keineswegs hinreichender Schritt zu möglichst hohem Wohlbefinden ist. Für die pädagogische Praxis bedeutet dies gleichzeitig, dass Gesundheitsförderung aufgrund der beschriebenen Verwobenheit von individuellen und gesellschaftlichen Faktoren der Gesundheit junger Menschen diese beiden Ebenen in den Blick nehmen muss, also weder darauf setzen kann, dass mit noch so guten Konzepten der Gesundheitsförderung sich automatisch ein Wohlbefinden bei allen teilnehmen-

den jungen Menschen einstellt, noch davon ausgehen kann, dass schon durch eine Haltung der Diversität und Antidiskriminierung automatisch auch eine Verbesserung der individuellen Gesundheit einzelner Teilnehmender erreicht werden kann.

Die Selbstwirksamkeit junger Menschen kann durch Diskriminierungserfahrungen und Hassrede deutlich eingeschränkt werden. Daher umfasst Gesundheitsförderung auch den Abbau von Diskriminierungen und wirksame Mittel gegen Hassrede. Gerade in diesem Zusammenhang können die Herkunft, die sexuelle Orientierung oder Identität oder körperliche Einschränkungen junger Menschen eine wichtige Rolle spielen. Daher wird am Ende dieses Artikels ein Bezug zu den aktuellen Schlagwörtern Diversität und Inklusion hergestellt.

HOMOPHOB UND TRANSPHOB DISKRIMINIERUNG JUNGER LGBT VOR DEM HINTERGRUND DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTE

Michael Barron

In den letzten Jahren sind die Belange von jungen LGBT-Personen und insbesondere ihre Erfahrungen mit homophober und transphober Diskriminierung in Schulen offensichtlich zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Im Jahr 2011 organisierte die UNESCO zum ersten Mal eine internationale Konsultation zur homophoben und transphoben Diskriminierung in Schulen und veröffentlichte zwei Publikationen zu diesem Thema: „Review of Homophobic Bullying in Educational Institutions“ und „Education Sector Responses to Homophobic Bullying“. Im Jahr 2011 beschrieb UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon die homophobe Diskriminierung junger Menschen als „schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte“. Dieser Beitrag beschreibt die europäischen und internationalen Menschenrechtsnormen und deren Auslegungen, um zu klären, inwieweit und warum homophobe Diskriminierung die Menschenrechte junger Menschen verletzt. Zudem stellt er die These auf, dass ein Großteil der internationalen Gesetze das Ziel hat, junge LGBT-Personen gegen diese Diskriminierung zu schützen und die Staaten hier somit eine gesetzliche Verantwortung haben. Eine besondere Bedeutung erhält dieser Beitrag dadurch, dass wir einen Anstieg bei der Anti-LGBT-Gesetzgebung und Ressentiments in einigen Ländern, einschließlich Russland und Nigeria, erleben, eine Situation, die besonders verheerende Auswirkungen auf junge LGBTler hat. In der folgenden Analyse werden homophobe und transphobe Diskriminierung in ein Setting aus hassmotivierten Verbrechen und Vorfällen eingebettet und das oft zitierte Spannungsfeld zwischen kulturellen/religiösen Rechten und den Menschenrechten von LGBT-Personen aufgezeigt.

ÜBERLEGUNGEN ZUM LEBENSLANGEN ENGAGEMENT IN DER JUGENDARBEIT – DRÄNGENDE FRAGEN

Gordon Blakely

Dieser Artikel blickt auf einen Zeitraum von rund 40 Jahren zurück, in dem wir eine bedeutsame internationale, ja sogar interkulturelle Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen aufgebaut und – noch wichtiger – geleitet haben. Der Autor stellt eine Reihe von Fragen dazu: wie wir aus Erfahrung gelernt haben, welche Strukturen wir entwickelt haben, um eine solche Regierungspolitik möglich zu machen, und welche Werte für uns auf diesem Weg besonders wichtig waren. Auf diese Weise können wir abwägen, welche Ergebnisse beständig sein werden. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Interventionen auf europäischer Ebene, aber die Analyse lässt sich auch leicht auf die breitere vernetzte Welt ausweiten.

In einem sich ständig wandelnden Umfeld geht auf politischer, sozialer und persönlicher Ebene viel verloren und werden manche Lehren niemals vollständig gezogen. Ein Gedanke, der bleibt, ist: Mit all ihren stimulierenden – und häufig chaotischen – Formen haben die Werte, die Praktiken und die Reichweite des einfallsreichen, nicht-formalen Lernens im Laufe der Zeit viele Prüfungen und Systeme überlebt. Welches Etikett wir auch immer dieser Form des Engagements geben – Jugendarbeit, die auf junge Menschen ausgerichtet ist und von diesen mitbestimmt wird –, es ist ein wesentliches Mittel zur Gewährleistung der interkulturellen Sicherheit in einer positiven Form.

JUGEND, PEER-EDUCATION UND GESUNDHEIT: EINE ZWEIFELHAFTE METHODE ZUR VERRINGERUNG VON SOZIALEN UNGLEICHHEITEN IM GESUNDHEITSBEREICH

Yaëlle Amsellem-Mainguy

Dieser Artikel versucht darzustellen, dass Gesundheitserziehung junger Menschen eine Strategie unterschiedlicher Interventionen erfordert – auf Basis eines von Erwachsenen initiierten Programms oder auf Initiative von Jugendlichen aus einer gemeinsamen Perspektive. Seit 20 Jahren ist es das Ziel, Jugendliche mit Hilfe von Peer-Erziehungsprogrammen in einen sie befähigenden Lernprozess einzubeziehen.

KÖRPER, GESUNDHEIT UND DAS UNIVERSUM – EIN POLEMISCHER UND KRITISCHER BLICK AUF DAS GESUNDHEITSVERHALTEN VON JUGENDLICHEN

Manfred Zentner

In Zeiten der Individualisierung und einer Ära, in der das Aussehen immer wichtiger wird, wird sogar Gesundheit zu einem Symbol des persönlichen Erfolgs. Gesund zu bleiben, ist anscheinend die Aufgabe aller. Eine Gesundheitsgefährdung ergibt sich eher aus dem (falschen) individuellen Lebensstil als aus den Umweltbedingungen, wodurch eine gesunde Lebensweise verstärkt in den Mittelpunkt gerückt ist. Daher wurde der Körper – als wichtigster Ausdruck des Gesundheitszustands – ein immer maßgeblicheres Symbol für Gesundheit und damit für persönlichen Erfolg und Motivation. Eine gesunde Lebensweise steht auf der Beliebtheitsskala bei jungen Menschen nach wie vor nicht ganz oben; dennoch versuchen kulturelle Codes Gesundheit und Nachhaltigkeit als wichtige Faktoren des persönlichen Lebensstils zu kommunizieren. Zudem ist die persönliche Lebensweise ein Teil der Identitätsbildung und gehört damit zur Investition in sich selbst für das Produkt „Ich“ auf verschiedenen Märkten. Dieser Beitrag befasst sich mit der Beziehung zwischen gesunden Lebensstilen und Körperbild und wie dieses in Jugendkulturszenen gezeichnet und vorgeführt wird. Jugendliche Kulturszenen sind die Schauplätze für die eigene Selbstfindung, die Identitätsbildung und -definition. Körper, Aussehen und Gesundheit sind eng miteinander verbunden, aber in Szenen hat der performative, ausdrucksstarke Akt die höchste Priorität. Daher ist eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Aussehen erforderlich, um die Bedürfnisse und Wünsche von jungen Menschen in diesen Szenen zu verstehen. Die Symbole und Codes der Körperbilder und das Gesundheitsverhalten sind die Themen dieses Artikels.

Band 3 der Serie *Perspectives on Youth* konzentriert sich auf das Thema „Gesundes Europa“, und zwar nicht in einem engeren Sinne. In einem weiteren Sinne geht es darum was es bedeutet, in einem Europa jung zu sein, das mit Konflikten und Spatzwängen konfrontiert ist und wie es sich anfühlt, jung zu sein, wenn Übergänge immer herausfordernder werden. Bei der Planung dieser Ausgabe wurde von der Annahme ausgegangen, dass Gesundheit in diesem weiter gefassten Sinne ein kontroverser Bereich innerhalb der Jugendpolitik bleibt, da die Ausgangspositionen von Politikern auf der einen Seite und Jugendlichen selber auf der anderen Seite oft dramatisch verschieden sind. Tatsächlich nehmen junge Menschen den vorherrschenden Diskurs als eine Einschränkung, eine Bevormundung, vielleicht sogar als Angriff wahr.

Die Frage der Gesundheit bringt die alten Spannungen zwischen Schutz und Beteiligung sowie Wirkung und Struktur hervor. Nicht alle Fragen werden detailliert bearbeitet, aber viele werden berührt. Es wurde mit Absicht eine Mischung von Beiträgen ausgewählt, um eine Vielfalt an Argumenten zur Verfügung zu stellen und um Reflexion und Diskussionen anzustoßen. Entsprechend der bisherigen Intention der *Perspectives on Youth* haben wir versucht, Meinungen von Wissenschaftlern, Politikern und Praktikern zu sammeln und zu veröffentlichen, die theoretische, empirische und hypothetische Ansichten und Analysen darstellen.

Perspectives on Youth wird im Rahmen der Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Europarat im Jugendbereich, in Kooperation mit und unterstützt durch die vier folgenden Staaten veröffentlicht: Belgien, Deutschland, Finnland und Frankreich. Sie hat zum Ziel, den Dialog über wichtige Probleme der Kinder- und Jugendpolitik auf einem soliden Fundament im Hinblick auf Inhalt, Fachwissen und Politik fortzusetzen. Die Reihe soll als Forum für Informationen, Diskussion, Reflexion und Dialog über europäische Entwicklungen und Trends im Bereich Jugendpolitik, Jugendforschung und Jugendarbeit dienen und soll dabei zur Förderung von Jugendpolitik und Praxis der Jugendarbeit beitragen, die auf Fachwissen und dem Grundsatz der Partizipation basieren.

Das Redaktionsteam dieser Ausgabe besteht aus 12 Mitgliedern als Vertreterinnen und Vertreter der unterstützenden Länder, des Pool of European Youth Researchers (PEYR), des Koordinators Jugendpolitik-Berichte des Europarats, der Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Europarat im Jugendbereich und der Koordinatorin des Redaktionsteams.

DEU

<http://youth-partnership-eu.coe.int>
youth-partnership@partnership-eu.coe.int

Ministry of Education
and Culture, Finland



ijab
Service International pour la jeunesse
et la jeunesse transnationale

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 47 Mitgliedsstaaten, von denen 28 auch Mitglied der Europäischen Union sind. Alle Mitgliedsstaaten des Europarates haben die Europäische Menschenrechtskonvention gezeichnet, ein Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedsstaaten.

www.coe.int



<http://book.coe.int>

ISSN 2413-659X

Die Europäische Union ist eine einzigartige wirtschaftliche und politische Partnerschaft zwischen 28 demokratischen europäischen Staaten. Ihre Ziele sind Frieden, Wohlstand und Freiheit für 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in einer sicheren und gerechteren Welt. Um dies zu gewährleisten, haben die EU-Mitgliedsstaaten ein institutionelles Gefüge gegründet, das nicht nur die allgemeine politische Richtung der EU festlegt, sondern auch die gesetzgebende Gewalt ausübt: die wichtigsten sind das Europäische Parlament (vertritt die europäischen Bürgerinnen und Bürger), der Rat der Europäischen Union (vertritt die Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer), die Europäische Kommission (vertritt das allgemeine EU-Interesse).

<http://europa.eu>



EUROPEAN UNION

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE